

Stephan Grigat
**Vom Antijudaismus
zum Hass auf Israel**

Interventionen zur Kritik des Antisemitismus



katho

Katholische Hochschule **Nordrhein-Westfalen**
Catholic University of Applied Sciences



center for antisemitism
and racism studies

Verlag **Barbara Budrich**



Stephan Grigat

Vom Antijudaismus zum Hass auf Israel

katho

Katholische Hochschule **Nordrhein-Westfalen**
Catholic University of Applied Sciences

Schriften der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen

Band 45

Stephan Grigat

Vom Antijudaismus zum Hass auf Israel

Interventionen zur Kritik des Antisemitismus

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2025

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.



Die Veröffentlichung wurde gefördert aus dem Open-Access-Publikationsfonds der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen.

Gedruckt auf FSC®-zertifiziertem Papier, CO₂-kompensierte Produktion. Mehr Informationen unter <https://budrich.de/nachhaltigkeit/>. Printed in Europe.

© 2025 Dieses Werk ist beim Verlag Barbara Budrich GmbH erschienen und steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0): <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung unter Angabe der Urheber*innen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz.

Stauffenbergstr. 7 | D-51379 Leverkusen | info@budrich.de | www.budrich.de

Die Verwendung von Materialien Dritter in diesem Buch bedeutet nicht, dass diese ebenfalls der genannten Creative-Commons-Lizenz unterliegen. Steht das verwendete Material nicht unter der genannten Creative-Commons-Lizenz und ist die betreffende Handlung gesetzlich nicht gestattet, ist die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers für die Weiterverwendung einzuholen. In dem vorliegenden Werk verwendete Marken, Unternehmensnamen, allgemein beschreibende Bezeichnungen etc. dürfen nicht frei genutzt werden. Die Rechte des jeweiligen Rechteinhabers müssen beachtet werden, und die Nutzung unterliegt den Regeln des Markenrechts, auch ohne gesonderten Hinweis.

Dieses Buch steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (<https://doi.org/10.3224/84743147>).

Eine kostenpflichtige Druckversion (Print on Demand) kann über den Verlag bezogen werden. Die Seitenzahlen in der Druck- und Onlineversion sind identisch.

ISBN 978-3-8474-3147-3 (Paperback)

eISBN 978-3-8474-3284-5 (PDF)

DOI 10.3224/84743147

Druck: Libri Plureos, Hamburg

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – www.lehfeldtgraphic.de

Titelbildnachweis: Stephan Grigat

Satz: Ulrike Weingärtner, Gründau – info@textakzente.de

Lektorat: Jens Ossadnik, Aach – www.rundumtext.de

Inhaltsverzeichnis

Antisemitismuskritik vor und nach dem 7. Oktober	
Israels Selbstbehauptung und der Ruf nach Frieden	7
 I. NACH 10/7	
„Antisemiten sind Feiglinge“	
Interview auf <i>ZEIT ONLINE</i> von Diana Zinkler	19
Linker Israelhass und linke Israelolidarität	
Interview in <i>Die Welt</i> von Frederik Schindler	25
Erinnerungspolitik: Das Gedenken an die Opfer des NS	
Interview in <i>Kirchenzeitung für das Bistum Aachen</i> von Kathrin Albrecht	29
Das iranische Atomprogramm und die Kampagne STOP THE BOMB	
Interview in <i>WINA. Jüdisches Stadtmagazin</i> von Alexia Weiss	33
Historikerstreit 2.0: Die Shoah wird relativiert	
Interview in <i>Jüdische Allgemeine</i> von Stefan Meetschen (Katholische Nachrichtenagentur KNA)	40
Antisemitismus in der Rechten, der Linken und im „auslandsbezogenen Extremismus“	
Interview in <i>RECHTS.GESCHEHEN. Zeitschrift der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus im Landesarchiv Baden-Württemberg</i> von Linda Roth.	43
 II. HISTORISCHES	
Vom religiösen Antijudaismus zum modernen Antisemitismus	
Christliche und islamische Judenfeindschaft, israelbezogener Antisemitismus und Erziehung zur Mündigkeit als Antisemitismuskritik	49
Terror aus Teheran	
Der Antisemitismus der Ajatollahs, die Struktur des iranischen Regimes und die deutsche Iran-Politik	83

Der vergessene Exodus

Flucht und Vertreibung von Juden aus den arabischen Ländern, islamischer Antisemitismus und die Bedeutung der Abraham Accords.	123
---	-----

Von der israelischen Staatsgründung zum Scheitern des Friedensprozesses

Zionistische Selbstbehauptung und die Bedeutung der Arbeiten von Benny Morris.	135
---	-----

Antisemitismus in der Linken

Das Beispiel Österreich.	159
----------------------------------	-----

Persistenz des Antizionismus

Studien zu linken Zionismus-Diskussionen und Israelhass.	176
--	-----

III. THEORETISCHES

Subversives Denken im Postnazismus

Agnolis Staats- und Faschismuskritik, Debords „Kritik mit der Axt“ und der Prozionismus der Kritischen Theorie	211
---	-----

Arbeit und Antisemitismus

Kritik des Produktivitätswahns	237
--	-----

Der Autor.	255
--------------------	-----

Antisemitismuskritik vor und nach dem 7. Oktober

Israels Selbstbehauptung und der Ruf nach Frieden

Dieser Band aktualisiert und dokumentiert Beiträge, mit denen in der letzten Dekade in antisemitismus- und gesellschaftskritische Debatten und in Diskussionen über Geschichte und Gegenwart der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten im deutschsprachigen Raum interveniert wurde. Es werden die Konsequenzen dieser Debatten für aktuelle Auseinandersetzungen verdeutlicht und gegenwärtige Ereignisse kontextualisiert – insbesondere das Massaker vom 7. Oktober 2023 in Südisrael, die Angriffe auf Nordisrael ab dem 8. Oktober 2023 und die daran anschließenden Auseinandersetzungen über israelbezogenen Antisemitismus in Deutschland und Europa.

Ausgehend von Darstellungen der christlichen und islamischen Tradition des Antijudaismus und der Zuspitzung im modernen, rassistischen Antisemitismus des 19. und 20. Jahrhunderts wird der Fokus der sowohl historisch als auch theoretisch orientierten Beiträge auf die unterschiedlichen Ausprägungen eines antisemitischen Antizionismus gerichtet. Linke und rechte Theorietraditionen werden ebenso behandelt wie unterschiedliche Ausprägungen des Islamismus – der israelbezogene Antisemitismus wird als eine zentrale Integrationsideologie der Gegenwart analysiert.

Eingebettet in Erörterungen im Anschluss an die klassische Kritische Theorie werden Ausdifferenzierungsprozesse in linken Positionierungen gegenüber Israel nachvollzogen und die unterschiedlichen Ausprägungen des politischen Islam vor dem Hintergrund der Geschichte der Konflikte im Nahen Osten diskutiert. Ein besonderer Fokus wird auf die Analyse und Kritik der Holocaustleugnung und des eliminatorischen Antizionismus des iranischen Regimes und seiner Verbündeten gerichtet, die im Kontext des iranischen Atomwaffenprogramms und der deutschen Nahost-Politik erörtert werden.

Das Ende einer Illusion

Die Attacken der vom iranischen Regime aufgerüsteten und finanzierten djihadistisch-palästinensischen Einsatzgruppen vom 7. Oktober in Südisrael waren eine Zäsur in der Geschichte des „Nahost-Konflikts“ – ein Begriff, mit dem sämtliche den Nahen Osten prägende Konflikte jenseits der israelisch-arabischen Auseinandersetzungen zum Verschwinden gebracht werden und dem immer schon die Tendenz zur Verharmlosung des seit Jahrzehnten währenden Krieges gegen Israel

innewohnte. Dieser Krieg resultiert maßgeblich aus der antisemitisch motivierten Nicht-Anerkennung des jüdischen Staates in großen Teilen der islamisch geprägten Welt, die auch den historischen Hintergrund für die Angriffe im Oktober 2023 darstellt.

Die Attacken von 10/7 wurden keineswegs alleine von der Hamas durchgeführt, auf die sich nichtsdestotrotz die mediale Berichterstattung und das akademische Interesse in den letzten eineinhalb Jahren konzentriert haben, sondern von einer Art Koalition des eliminatorischen Antizionismus. In dieser hat der Hass auf Israel sowohl islamistische als auch arabisch-nationalistische und (zumindest ehemals) marxistisch-leninistische Organisationen zusammengebracht: Neben den Qassam-Brigaden – dem militärischen Arm des palästinensischen Zweigs der Muslimbrüder – waren beispielsweise auch die Al-Quds-Brigaden des Palästinensischen Islamischen Dihad, die aus der Fatah hervorgegangenen Al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden und die Abu-Ali-Mustafa-Brigaden der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) an den Mordaktionen beteiligt (Ragad et al. 2023). Letzteres muss besonders betont werden, weil die PFLP und ihre Vorfeldorganisationen bei den vermeintlich „propalästinensischen“ Demonstrationen in Deutschland und anderen europäischen Ländern ein wichtiger positiver Bezugspunkt sind.

In den meisten Darstellungen der Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts gilt die Zweite Intifada Anfang der 2000er Jahre mit über 1.000 ermordeten Israelis als tiefer Einschnitt und Wendepunkt in der Konfliktgeschichte (Grigat 2014: 29–44). In der Zweiten Intifada dauerte die Ermordung von 1.000 Israelis jedoch mehrere Jahre – am 7. Oktober einen Vormittag. Das Massaker von 10/7, das durch den Massenmord und die exzessive Gewalt auf israelischem Staatsterritorium auf das Sicherheitsgefühl nicht nur von Israelis, sondern von Juden weltweit zielte, lässt sich schwer mit einem einzelnen Begriff erfassen: Es war eine Vernichtungsaktion und zugleich ein Pogrom unter Beteiligung von Teilen der palästinensischen Zivilbevölkerung, ein erschreckend gut koordinierter militärischer Angriff mit genozidaler Intention und ein ebenso antisemitischer wie misogyner Bluttausch, bei dessen Beschreibung auch heute noch die Worte versagen: „Wie bei den historischen Vorbildern gingen auch am 7. Oktober zügelloses Wüten, unter Mitwirkung von sogenannten Zivilpersonen, und planvolle militärische Präzision miteinander einher“ (Fuchshuber 2024: 102) – ein Zusammenspiel, das man zu wiederholen gedenkt: Die Hamas hat nach 10/7 mehrfach öffentlich erklärt, dass man genau solche auf Vernichtung zielende Angriffe und Massenmordaktionen so oft wie möglich wiederholen wird (MEMRI 2023). Explizit wird „die genozidale Intention“ (Fuchshuber 2024: 102) bekräftigt. Hier wird bereits deutlich, dass beim abstrusen Vorwurf des „Genozids“ an die Adresse Israels Projektionen der eigenen oder der unterstützten Gewalt und der Vernichtungsversuche und -absichten eine entscheidende Rolle spielen.¹

1 Für die Diskussion über das Leiden der palästinensischen Bevölkerung in den von der Palästinensischen Autonomiebehörde beanspruchten Gebieten sei auf eine frühere Intervention aus

Der 7. Oktober hat eine Illusion zerplatzen lassen, die in den letzten 15 Jahren auch Teile des israelischen Sicherheitsestablishments gehegt haben – mit fatalen Konsequenzen. Auf lange Sicht kann Israel sich nicht mit hochgerüsteten antisemitischen Terrorarmeen direkt an seinen Grenzen abfinden. Sie lassen sich nicht dauerhaft abschrecken, und ganz egal, wie man sich ihnen gegenüber verhält, weichen sie keinen Millimeter von ihrem erklärten Ziel ab, den jüdischen Staat zu vernichten und Juden auf der ganzen Welt zu attackieren. Dementsprechend wurde die Netanjahu-Regierung schon vor Jahren von israelischen Analysten unterschiedlichster Couleur dafür kritisiert, die Hamas in Gaza gewähren zu lassen und nicht präventiv gegen die immer bedrohlichere Bewaffnung der Hisbollah im Libanon vorzugehen.

Auch wenn nach eineinhalb Jahren Krieg, in denen insbesondere die deutsche Außenpolitik und Institutionen der Vereinten Nationen (Markl 2025) den Feinden Israels immer wieder zur Seite gesprungen sind, vollkommen unklar ist, ob Israel seine Kriegsziele erreichen kann – nach 10/7 war es in der israelischen Politik zunächst Konsens, dass die Hamas militärisch komplett zerschlagen werden muss und in jedem Zukunftsszenario für den Gaza-Streifen keine Rolle spielen darf. Darauf zielte das militärische Vorgehen der israelischen Armee nach dem 7. Oktober, und jegliche wohlfeile Forderung nach einer bedingungslosen Beendigung der Kampfhandlungen in den ersten Monaten nach 10/7 musste sich den Vorwurf gefallen lassen, Israel seinen Feinden ausliefern zu wollen. Gegen den israelfeindlichen Pseudo-Pazifismus, dem jede konsequente Reaktion des israelischen Militärs als „unverhältnismäßig“ gilt, habe ich bereits in meiner Rede auf der ersten Israel-Solidaritätskundgebung in Frankfurt am Main, die am Abend des 7. Oktober 2023 auf dem Römerberg stattfand (Hessenschau 2023), an einen Satz des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, erinnert. Spiegel meinte zu Zeiten der Zweiten Intifada hinsichtlich der Kritik an den israelischen Verteidigungs- und Antiterrormaßnahmen: „Hinter dem Ruf nach Frieden verschansen sich die Mörder.“

Dieser von den Existenzbedingungen Israels abstrahierende Ruf nach Frieden wurde in den Monaten nach 10/7 immer lauter, vor allem als auf den Krieg gegen die

der Zeit des Gaza-Krieges der Jahre 2008/2009 verwiesen, die von der prozionistischen, sich in der Tradition der Kritischen Theorie verortenden Gruppe Café Critique veröffentlicht wurde, zu welcher ich damals gehörte, und über die im vorliegenden Band im Beitrag „Antisemitismus in der Linken: Das Beispiel Österreich“ mehr zu erfahren ist (Café Critique 2009). In einem Zeitungskommentar während des Gaza-Krieges 2012, der sich den Slogan „Free Gaza from Hamas“ zu eigen gemacht hat, habe ich Aspekte daraus aufgegriffen: „Jene Menschen in den palästinensischen Gebieten [...], die den Aufstieg der Hamas schon immer gefürchtet haben und auch der Fatah noch nie viel abgewinnen konnten, haben bessere Freunde verdient als jene, die stets am lautesten gegen den jüdischen Staat schreien und jederzeit bereit sind, die individuelle Sehnsucht der Menschen nach Glück dem großen Ganzen des islamischen Dihad zu opfern.“ (Grigat 2012) Es ist bemerkenswert, wie wenig präsent die Stimmen jener Palästinenser in westlichen Diskussionen sind, die vor der Hamas aus Gaza fliehen mussten (Altlooli 2021).

Hamas und die anderen Terrorrackets in Gaza jener gegen die Hisbollah folgte.² Im Gegensatz zu Europa war in Israel nahezu jedem seit dem 7. Oktober klar, dass der Krieg gegen die Hamas und den Islamischen Djihaad der Beginn einer größeren Auseinandersetzung mit dem iranischen Regime und der Hisbollah darstellt. Das iranische Regime hat seine in den letzten Jahren erlangten Machtpositionen in arabischen Ländern, mit dem es einen „Ring of Fire“ um Israel legen wollte (Neria 2024), nicht von alleine aufgegeben. Es konnte nur militärisch zurückgedrängt werden. Und das antisemitische Terrorregime im Iran kann wohl nur gestürzt werden, wenn die Macht der Revolutionsgarden im Land und in der Region gebrochen wird.

Es war auch klar, dass die Hisbollah keine einzige ihrer 150.000 auf Israel gerichteten Raketen verschroten und ihre Radwan-Einheiten, von denen ein schlimmerer Angriff auf Nordisrael drohte als jener der Hamas vom 7. Oktober im Süden des Landes, nicht selbst entwaffnen würde. Die „Einsamkeit Israels“ (Grigat 2014), die immer wieder in Abrede gestellt wird, wurde in der Folge von 10/7 vor allem daran deutlich, dass die „internationale Gemeinschaft“ keinen Finger gerührt hat, um die in der UN-Sicherheitsratsresolution 1701 von 2006 geforderte Entwaffnung der Hisbollah umzusetzen. Nach Monaten europäischer Untätigkeit und weitgehend hilflosen Versuchen der US-Administration unter Präsident Joe Biden wurde auch klar, dass sie nicht einmal dafür sorgen würde, einen in der Resolution ebenfalls geforderten Rückzug der Hisbollah nördlich des Litani-Flusses durchzusetzen – was Israel, aus dessen nördlichen Gebieten seit dem 7. Oktober fast hunderttausend Menschen evakuiert werden mussten, die monatelang zu in der Weltöffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommenen Binnenflüchtlingen wurden, bis weit in das Jahr 2024 fast täglich – und erfolglos – gefordert hat.

Feinde des Friedens

Es ist wahrscheinlich, dass die nächsten Monate und Jahre von weiteren kriegerischen Auseinandersetzungen Israels mit seinen Todfeinden geprägt sein werden, die mit ihrer Eskalation vom 7. Oktober auch die arabisch-israelische Annäherung im Rahmen der Abraham Accords und die weit gediehenen saudisch-israelischen Gespräche sabotieren wollten. Es deutet sich bereits an, dass Israel sich durch die Erfahrung von 10/7 genötigt sieht, zu einem Verhalten zurückzukehren, dessen Notwendigkeit Max Horkheimer bereits anlässlich des Sinai-Krieges in den 1950er Jahren betont hat: Israel muss sich zeitweise aggressiv und präventiv verhalten, weil es keine Weltmacht, sondern lediglich eine Regionalmacht mit dauerhaft prekärer Sicherheitslage ist (Horkheimer 1991: 243f.). Dazu kommt, dass gegenüber islamfaschistischen Gegnern klassische Abschreckungspolitik sehr viel schlechter

2 Zum Begriff des Rackets in der Kritischen Theorie und zu seiner Bedeutung für eine Kritik der globalen antisemitischen Konstellationen im 21. Jahrhundert siehe Scheit (2018) und Fuchshuber (2019).

funktioniert als gegenüber mehr oder weniger säkularen arabischen Nationalisten – was bedeutet, dass Israel ab einem gewissen Punkt gar nichts anderes übrig bleibt, als auf die Beseitigung der militärischen Macht der antisemitischen Gegner zu setzen.

Wer perspektivisch Frieden oder auch nur eine Entspannung der Situation und eine Verbesserung der Lebensbedingungen im Nahen Osten möchte, muss die Bekämpfung der Feinde des Friedens unterstützen – und das sind die Hamas, die Hisbollah, die proiranischen Milizen in Irak, Syrien und Jemen sowie das iranische Regime mit seinen Revolutionsgarden und seinem Nuklearwaffenprogramm.³ Eine 180-Grad-Wende in der deutschen und europäischen Iran- und Nahost-Politik müsste auch bedeuten, Israel bei der Bekämpfung der Hisbollah, der in Deutschland stets als „Huthi-Rebellen“ titulierte Ansar Allah im Jemen und insbesondere der Strippenzieher in Teheran in jeglicher Hinsicht zu unterstützen – gegebenenfalls auch militärisch. Wer das anders sieht, meint es weder mit der Solidarität mit dem angegriffenen Israel noch mit der Verteidigung individueller Freiheit und der mit dieser auf das Innigste verbundenen Kritik des Antisemitismus ernst.

Antisemitische Mobilisierung

In Deutschland haben linksradikale „Antiimperialisten“ und Teile der sich als feministisch und queer verstehenden Szene die Gewaltorgie der angreifenden Palästinenser ebenso abgefeiert wie Islamisten und arabische Nationalisten sowie klassische Rechtsradikale (Duarte et al. 2024; Gruber et al. 2024; Huesmann 2024; Kocyba et al. 2024; Mettler 2024; Stöver 2024). Die Zahlen antisemitischer Straftaten – von Bedrohungen und Beleidigungen über Sachbeschädigungen bis zu Körperverletzungen – sind seit dem 7. Oktober geradezu explodiert, sowohl in Deutschland als auch in nahezu allen anderen europäischen Ländern (EK 2024; FRA 2024; IKG 2024). 10/7 hat in ähnlicher Weise wie 9/11 im Jahr 2001 als Farnal und Ferment für eine globale antisemitische Mobilisierung gewirkt, bei der Synagogen in Melbourne attackiert, jüdische Studierende in Berlin verprügelt und proisraelische Demonstranten in Montreal mit Parolen wie „The final solution is coming your way“ konfrontiert wurden (North 2024).

Das Massaker der palästinensischen Terrorarmeen, das wohl nicht zufällig am 50. Jahrestag des Beginns des für Israel existenzbedrohenden Jom-Kippur-Krieges stattgefunden hat, ist in diesem Sinn auch für die Kritik des Antisemitismus eine Zäsur. Seit 10/7 sind mehrere Essaysammlungen, Sammelbände, Studien und Beiträge zur Relevanz der Ereignisse und zu den Herausforderungen erschienen, vor

3 Die Diskussion über die dramatischen innenpolitischen Veränderungen in Israel in den letzten Jahren, zu denen ein deutlicher und präzedenzloser Machtzuwachs der radikalen und zum Teil offen rassistischen Fraktionen der nationalreligiösen Siedlerbewegung gehört, ist für Diskussionen über die weiteren Entwicklungen in Israel und seinen Nachbarländern wichtig – aber kaum für eine Kritik des globalen Antisemitismus.

denen eine aktuelle Kritik des Antisemitismus nach dem 7. Oktober steht (Bittermann/Martini 2024; Dachs 2024; Freedman/Hirsh 2024; Leshem 2024; Naumann 2024; Stögner 2024; Vukadinović 2024). Die vorliegende Textsammlung beschäftigt sich im *ersten* Teil mit der Situation nach 10/7: in Form von Interviews, die zwischen November 2023 und Juni 2024 erschienen sind. In den Interviews werden zentrale Punkte aufgegriffen, die ich in meiner Rede auf der Israel-Solidaritätskundgebung in Frankfurt am Abend des 7. Oktober thematisiert habe: Die zu erwartende Entsolidarisierung mit Israel in den Monaten nach 10/7, die Notwendigkeit der konsequenten zionistischen Selbstverteidigung, die Bedeutung einer umfassenden, global orientierten Antisemitismuskritik, die fatale deutsche Iran-Politik und die Mitschuld der Bundesrepublik an den Angriffen am Morgen des 7. Oktober. Durch die Dokumentation der Interviews können politische Interventionen in die Diskussionen über den „Nahost-Konflikt“ und seine Rezeption in der deutschen Öffentlichkeit nachvollzogen werden. Zugleich illustrieren sie das den hier versammelten Texten zugrunde liegende wissenschaftliche Selbstverständnis, in dem jede theoretische und akademische Anstrengung stets als ein Beitrag zu einer eingreifenden Kritik konzipiert ist.

Die Beiträge im *zweiten* Teil beschäftigen sich mit der Geschichte des Antisemitismus und des Konflikts Israels mit großen Teilen der islamisch geprägten Welt, die letztlich zu 10/7 geführt hat: Die Geschichte der religiösen Judenfeindschaft und ihre Radikalisierung im modernen Antisemitismus, die historischen und aktuellen Ausprägungen eines antisemitisch begründeten Israelhasses, die linke Kritik an solch einem antisemitischen Antizionismus und die Entwicklung der Konfrontation des Staat gewordenen Zionismus mit seinen Feinden.

Im *dritten* Teil geht es einerseits um Essentials einer linken Solidarität mit Israel, die bereits vor einem Vierteljahrhundert im deutschsprachigen Raum formuliert wurden und die angesichts ihres zunehmenden Verschwindens aus breit rezipierten Debatten nochmals in Erinnerung gerufen werden sollen. Andererseits geht es um Bezüge der Antisemitismuskritik und der Israelsolidarität zu einer grundlegenden Kritik jener Gesellschaft, in welcher der Antisemitismus stets aufs Neue reproduziert wird und die prozionistische Positionierung im Sinne eines kategorischen Imperativs notwendig macht.

Die Antisemitismusforschung und die Politikwissenschaft stehen erst am Beginn, die Bedeutung der Zäsur des 7. Oktober in all ihren Konsequenzen zu erfassen. Ich hoffe, dass die hier vorliegenden, zum Teil in überarbeiteter und aktualisierter Fassung wiederveröffentlichten Texte und Interviews zu einer Grundlage für eine zukünftige Kritik des Antisemitismus beitragen können, die sich aus dem Gegenstand ihrer Kritik heraus als ebenso israelsolidarisch wie gesellschaftskritisch versteht. Eine Vielzahl der Punkte, die sowohl in den dokumentierten Interviews als auch in den Beiträgen nur angerissen werden können, sollen demnächst in den Beiträgen von Grigat/Stögner (2025) näher ausgeführt werden.

Für Redaktions- und Lektoratsarbeiten danke ich Bianca Gabrielli und Maria Jordan, Referentin und Wissenschaftliche Hilfskraft am Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien in Aachen.

Literatur

- Altlooli, Mohammed (2021): A message to the true friends of the Palestinians. In: Von Tunis nach Teheran. Jungle Blog, 18.5.2021, <https://jungle.world/blog/2021/05/message-true-friends-palestinians> [Zugriff: 18.2.2025].
- Bittermann, Klaus; Martini, Tania (Hg.) (2024): Nach dem 7. Oktober. Essays über das genozidale Massaker und seine Folgen. Berlin: Edition Tiamat.
- Café Critique (2009): Das Leid in Gaza und der Ruf nach Frieden. Januar 2009, <https://contextxxi.org/das-leid-in-gaza-und-der-ruf-nach.html> [Zugriff: 21.2.2025].
- Dachs, Gisela (Hg.) (2024): 7. Oktober. Stimmen aus Israel. Berlin: Jüdischer Verlag/Suhrkamp.
- Duarte, Mika Pérez; Fuchs, Dana; Gruber, Julius; Henßler, Vera (2024): Der arabisch-israelische Konflikt in der rechten Publizistik. Antifaschistisches Bildungszentrum und Archiv Göttingen; Bundesverband RIAS (magazine, 13), <https://www.apabiz.de/wp-content/uploads/2024/07/magazine13.pdf> [Zugriff: 17.2.2025].
- Europäische Kommission (EK) – Vertretung in Deutschland (2024): Bekämpfung von Antisemitismus in EU wichtiger denn je, 14.10.2024, https://germany.representation.ec.europa.eu/news/bekampfung-von-antisemitismus-eu-wichtiger-denn-je-2024-10-14_de [Zugriff: 18.2.2025].
- FRA – European Union Agency for Fundamental Rights (2024): Jewish People's Experiences and Perceptions of Antisemitism. Vienna: FRA.
- Freedman, Rosa; Hirsh, David (Hg.) (2024): Responses to 7 October: Antisemitic Discourse. London: Routledge.
- Fuchshuber, Thorsten (2019): Rackets. Kritische Theorie der Bandenherrschaft. Freiburg: ça ira.
- Fuchshuber, Thorsten (2024): Pogrom und eliminatorischer Antisemitismus. Über sexuelle Gewalt, Lust und Aggression am 7. Oktober. In: sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik, Heft 24, 77–103.
- Grigat, Stephan (2012): Befreit Gaza – von der Hamas! In: Der Standard, 15.11.2012, <https://www.derstandard.at/story/1350261528181/befreit-gaza---von-der-hamas> [Zugriff: 21.2.2015].
- Grigat, Stephan (2014): Die Einsamkeit Israels. Zionismus, die israelische Linke und die iranische Bedrohung. Hamburg: Konkret.
- Grigat, Stephan; Stögner, Karin (Hg.) (2025): Israelbezogener Antisemitismus vor und nach dem 7. Oktober. Baden-Baden: Nomos (im Erscheinen).

- Gruber, Julius; Loy, Bianca; Poensgen, Daniel (2024): Antisemitische Vorfälle nach den Massakern der Hamas am 7. Oktober. Die Rolle von Gelegenheitsstrukturen für das antisemitische Vorfalleschehen in Deutschland. RIAS Working Paper 01/23, https://report-antisemitism.de/documents/2024-05-17_Working-Paper-01-23_Antisemitische-Vorfaelle-nach-den-Massakern-der-Hamas-am-7-Oktober.pdf [Zugriff: 17.2.2025].
- Hessenschau (2023): Demonstranten bekunden Solidarität mit Israel, <https://www.hessenschau.de/politik/hamas-angriff-auf-israel-demonstranten-bekunden-in-frankfurt-solidaritaet-mit-israel-v1,israel-demo-frankfurt-102.html>, 7.10.2023 [Zugriff: 15.2.2025].
- Hirsh, David (Hg.): The Rebirth of Antisemitism in the 21st Century. From the Academic Boycott Campaign into the Mainstream. London: Routledge.
- Horkheimer, Max (1991): „Zur Kritik der instrumentellen Vernunft“ und „Notizen“. Gesammelte Schriften, Bd. 6. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Huesmann, Felix (2024): Wie es zur seltsamen Verbrüderung von Islamisten und Rechtsextremen kommt. Redaktionsnetzwerk Deutschland, 26.7.2024, <https://www.rnd.de/politik/islamisten-und-rechtsextreme-solidarisieren-sich-wie-geht-das-zusammen-A6CLWBJES5AQJFJTOX2YTPIHO4.html> [Zugriff: 9.2.2025].
- IKG Antisemitismus Meldestelle (2024): Antisemitische Vorfälle Jänner – Juni 2024 in Österreich. Wien: IKG.
- Kocyba, Piotr; Wetzel, Gideon; Winkler, Benjamin (2024): Reaktionen der extrem rechten sächsischen Telegram-Szene auf den 7. Oktober. Else-Frenkel-Brunswick-Institut (Digital Report, 24/2), https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2024/07/2024_EFBI_DigitalReport_2024_2.pdf [Zugriff: 17.2.2025].
- Leshem, Ron (2024): Feuer: Israel und der 7. Oktober. Berlin: Rowohlt.
- Markl, Florian (2025): Erfolgsgeschichte des Terrors. Die UNO und Israel – vor und nach 10/7. CARS Working Papers 26, Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, DOI: <https://doi.org/10.17883/5407> [Zugriff: 21.2.2025].
- MEMRI (2023) Hamas In Their Own Words Since The October 7 Attack, 28.12.2023, <https://www.memri.org/reports/hamas-their-own-words-october-7-attack> [Zugriff: 19.2.2025].
- Mettler, Miriam (2024): Postergirls der Gegenauflklärung. Die Rolle der Frauen im antizionistischen Aktivismus. In: Jungle World 24/48, 28.11.2014, <https://jungle.world/artikel/2024/48/antizionistische-aktivistinnen-postergirls-der-gegenauflklaerung> [Zugriff: 17.2.2025].
- Naumann, Matthias (Hg.) (2024): Judenhass im Kunstbetrieb. Reaktionen nach dem 7. Oktober 2023. Berlin: Neofelis.
- Neria, Jacques (2024): The Realization of Qassem Soleimani's „Ring of Fire“ Strategy. Jerusalem Center for Security and Foreign Affairs (JCFA), 9.6.2024, <https://>

- jcpa.org/the-realization-of-qassem-soleimanis-ring-of-fire-strategy/ [Zugriff: 21.2.2025].
- North, Harry (2024): Quebec condemns Nazi reference at pro-Palestinian protest in Montreal, 22.11.2025, <https://www.montrealgazette.com/news/article567328.html> [Zugriff: 17.2.2025].
- Ragad, Abdelali; Irvine-Brown, Richard; Garman, Benedict; Seddon, Sean (2023): How Hamas built a force to attack Israel on 7 October. BBC, 27.11.2023, <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-67480680> [Zugriff: 18.2.2025].
- Scheit, Gerhard (2018): Rackets. In: Best, Beverley; Bonefeld, Werner; O’Kane, Chris (Hg.): Sage Handbook of Frankfurt School Critical Theory, Vol. 3. London: Sage, 1551–1566.
- Stögner, Karin (2024): Der neue Unwille zu trauern. Kritische Theorie und Antisemitismus nach dem 7. Oktober. In: Zeitschrift für kritische Theorie, 30 (58-59), 191–205.
- Stöver, Merle (2024): #Me too – unless you’re a jew. In: Diskus. Frankfurter Student_innenzeitschrift, 63. Jg., Nr. 1.24, 8–13.
- Tikhomirova, Anastasia (2024): Der vergiftete Ruf nach Frieden. In: ZEIT online, 16.5.2024, <https://www.zeit.de/kultur/2024-05/israel-proteste-gaza-propalaestina-antisemitismus/komplettansicht> [Zugriff: 22.2.2025].
- Vukadinović, Vojin Saša (Hg.) (2024): Siebter Oktober Dreiundzwanzig. Antizionismus und Identitätspolitik. Berlin: Querverlag.

I. NACH 10/7

„Antisemiten sind Feiglinge“

Interview auf *ZEIT ONLINE* von Diana Zinkler¹

ZEIT ONLINE: Herr Grigat, die ganze Welt spricht seit der Hamas-Attacke auf Israel wieder über den Begriff des Antisemitismus. Mit was für einem Vorurteil oder einer Haltung haben wir es zu tun?

Stephan Grigat: Antisemitismus ist nicht einfach ein Vorurteil gegenüber Juden, sondern es handelt sich um eine bestimmte Sicht auf die Gesellschaft. Antisemitismus ist ein wahnhafter Blick auf die Welt: Juden haben demnach einen überlegenen Geist und spezifische ökonomische Fähigkeiten. Sie sollen reich, gefährlich und mächtig sein – wie gesagt, es handelt sich um eine verquere Sichtweise, die nichts mit der Realität zu tun hat.

ZEIT ONLINE: Wie kommt es zu diesem wahnhaften Blick?

Grigat: Antisemiten sind Feiglinge. Sie reagieren auf die Widersprüche, Ambivalenzen und Krisenerscheinungen, die es in allen Gesellschaften gibt, nicht mit Konfrontation und Reflexion auf diese Widersprüche, sondern mit Projektion. Sie bekämpfen nicht die Mächtigen, sondern sagen: Die Juden sind schuld. Alles als unangenehm und bedrohlich Wahrgenommene wird auf Juden, das Judentum und später auch auf den jüdischen Staat projiziert, und dann bekämpft.

ZEIT ONLINE: Ist Antisemitismus eine Art Rassismus?

Grigat: Ja und Nein. Es gibt wichtige Gemeinsamkeiten, aber auch entscheidende Unterschiede. Rassisten halten die Menschen, die sie diskriminieren, verfolgen und unterdrücken, für dumm, tierisch, unzivilisiert. Letztlich repräsentieren sie in den Augen der Rassisten ungebändigte Natur. Juden wird im modernen Antisemitismus das Gegenteil unterstellt. Sie repräsentieren das Abstrakte, das schwer Greifbare in der modernen Gesellschaft.

ZEIT ONLINE: Wann ist eine Aussage oder ein Verhalten antisemitisch und an welche Definition hält sich die Wissenschaft?

Grigat: Es gibt einen großen Streit über die Definition von Antisemitismus in der Wissenschaft. Ich denke, dass man Judenhass allein mit definitorischem Denken

1 Erschienen am 22. November 2023: <https://www.zeit.de/wissen/2023-11/antisemitismus-professor-stephan-grigat-israel-hamas-nationalsozialismus> [Zugriff: 19.2.2025].

nicht beikommen kann. Ich halte die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance für hilfreich, die Antisemitismus als eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden beschreibt, die sich im Hass gegen Personen oder gegen jüdische Institutionen ausdrücken kann. Letztlich scheint mir eine Kritik des Antisemitismus aber nur im Rahmen einer allgemeinen Gesellschaftskritik sinnvoll zu sein, die seine Dynamik beschreibt, seine Widersprüchlichkeit analysiert und versucht, ihn in der jeweiligen gesellschaftlichen Konstellation zu verorten – und das ist etwas anderes als eine simple Definition.

ZEIT ONLINE: In vielen Diskussionen hört man derzeit Kritik an der israelischen Politik, auch an Israel generell. Wann wird Kritik antisemitisch?

Grigat: Kritik an bestimmten politischen Entscheidungen in Israel ist normal und wird ja auch permanent formuliert – insbesondere in Israel selbst. Aktuell haben wir es aber vor allem mit offenem Israelhass und mit nicht ganz so offenen antiisraelischen Ressentiments zu tun. Eine erste Annäherung bei der Frage, inwieweit eine Kritik antisemitisch ist, kann der 3-D-Test leisten. Die Ds bedeuten: Dämonisierung, doppelte Standards und Delegitimierung. Wenn Israel als Staat dämonisiert wird und antisemitische Verschwörungsmythen angeführt werden, wenn Israel das Existenzrecht abgesprochen wird, wenn der jüdische Staat delegitimiert wird, wenn er anders beurteilt wird als andere Länder in vergleichbaren Situationen und damit ein doppelter Standard angelegt wird – dann haben wir es mit klassischen Fällen von israelbezogenem Antisemitismus zu tun.

[...]

ZEIT ONLINE: Warum hat man historisch gesehen ausgerechnet die Menschen jüdischen Glaubens zum Sündenbock erklärt?

Grigat: Der moderne rassistische Antisemitismus kam im 19. Jahrhundert auf. Er basiert auf religiösen Traditionen der Judenfeindschaft. In Europa sind das vor allem christliche Traditionen, global betrachtet auch islamische. Am Beginn des Christentums steht der Vorwurf, die Juden seien „Gottesmörder“, es wird behauptet, nicht der römische Statthalter in Jerusalem wäre verantwortlich für die Kreuzigung von Jesus Christus, sondern „die Juden“. Über die Jahrhunderte radikalisierten sich die Vorwürfe: Juden seien Kinder des Teufels und Brunnenvergifter, schuld an der Pest und an ökonomischen Krisen. Hinzu kam die Ritualmordlegende, die in christlich geprägten Gesellschaften entstand: Juden entführten und töteten angeblich christliche Kinder, um an ihr Blut zu kommen. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts fand diese Legende auch in islamisch geprägten Gesellschaften Verbreitung. Die katholische Kirche hat übrigens viele ihrer judenfeindlichen Lehrmeinungen erst 20 Jahre nach

dem Nationalsozialismus auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil revidiert. Daran sieht man, wie lange christlich motivierter Antisemitismus Bestand hatte.

ZEIT ONLINE: In Deutschland gipfelte der Antisemitismus im Holocaust. Wie konnte sich Judenhass zu einer Staatsideologie entwickeln?

Grigat: Im 19. Jahrhundert verwandelte sich der religiös begründete Judenhass in einen rassistischen Antisemitismus. Nun warf man Juden nicht nur vor, dass sie eine andere Religion haben, sondern behauptete, sie seien eine volksfremde Rasse. Das Problem liegt nicht in ihrem Glauben, sondern in ihrem Blut.

ZEIT ONLINE: Gab es in Deutschland damals besondere Voraussetzungen für den Antisemitismus?

Grigat: Entscheidend scheint mir die Bedeutung des völkischen Nationalismus im Gegensatz zu republikanischen Traditionen zu sein. Republikanische Staaten wie Großbritannien, Frankreich oder die USA sind zwar keineswegs frei von antisemitischen Traditionen, aber im republikanischen Nationalismus existierte doch eine andere Konstellation als in völkischen Konzeptionen des Deutschen Reichs, die von Beginn an eine Gegenbewegung zur Teilemanzipation der Juden sowohl in Frankreich als auch in Deutschland war. Im deutschen völkischen Nationalismus, der sich später zum Nationalsozialismus radikalisierte, war von Beginn an klar: Die Juden gehören nicht zum Volk.

ZEIT ONLINE: Aber selbst unter diesen Voraussetzungen hätte man doch nie geglaubt, dass es einem Regime oder Staat gelingen könnte, eine Bevölkerungsgruppe so zu entmenslichen, dass wesentliche Teile der Bevölkerung bei ihrer Vernichtung mitmachen.

Grigat: Auch nach jahrzehntelanger Beschäftigung mit dem Thema Antisemitismus bleibt am Ende immer Entsetzen und Staunen: zum einen über die massenhafte Beteiligung an der Ermordung der europäischen Juden im Nationalsozialismus. Zum anderen darüber, wie Menschen ernsthaft glauben konnten und können, dass eine Gruppe Menschen, die einen verschwindend kleinen Teil der Weltbevölkerung ausmachte, die Welt beherrschen könnte. Dieser Verschwörungsmythos war und ist aber ein Kernelement der nationalsozialistischen und auch der aktuellen antisemitischen Ideologie.

ZEIT ONLINE: Blickt man heute auf die deutsche Gesellschaft, gibt es Antisemitismus in verschiedenen Gruppen. Könnten Sie das für uns sortieren?

Grigat: Es gibt mörderischen Antisemitismus bei Rechtsradikalen und Neonazis, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Mit der AfD sitzt eine Partei im Bundestag und in den Landtagen, die eine aggressive Abwehr der NS-Vergangenheit betreibt und auch anderen Formen des Antisemitismus Vorschub leistet. Aber auch linke Formen des Antisemitismus muss man ernst nehmen, insbesondere, wenn es um Israelfeindschaft geht, sei es im historischen oder im aktuellen Kontext. Hinzu kommt die aktuell besonders verbreitete und gefährliche islamistische Form der Judenfeindlichkeit.

ZEIT ONLINE: Nehmen wir diese antisemitischen Strömungen ernst genug?

Grigat: Nicht immer. Viele Menschen unterschätzen die Bedrohung, die vom Antisemitismus in den unterschiedlichen politischen Spektren ausgeht, und treten ihm nicht immer stark genug entgegen. Warum findet sich bei Berliner Kundgebungen von Gruppen, die der offen antisemitischen Hamas nahestehen, nur eine Handvoll Gegendemonstranten ein, während gegen die AfD Zehntausende auf die Straßen gehen? Ein anderes Beispiel ist das iranische Regime, das eine entscheidende Rolle bei der jetzigen Eskalation zwischen Israel und der Hamas spielt: Wenn Spitzenvertreter des iranischen Regimes in Europa freundlich empfangen werden, wie Teherans Bürgermeister Pirouz Hanachi 2019 vom damaligen Berliner Regierenden Bürgermeister Michael Müller oder wie 2008 der iranische Außenminister Manouchehr Mottaki bei seinem deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier, dann demonstrieren keine 50 Leute. Und wir reden hier von einem Holocaustleugner-Regime, das dem jüdischen Staat mit der Vernichtung droht und sich anschickt, sich mit Massenvernichtungswaffen auch die entsprechenden Mittel dafür zuzulegen. Sollte solch ein Regime, welches übrigens von vielen Rechtsradikalen in Europa bewundert wird, nicht im Zentrum einer jeden Kritik des Antisemitismus stehen?

ZEIT ONLINE: Wie erklären Sie sich das?

Grigat: In bestimmten linken, akademischen Kreisen möchte man sich nicht gegen islamischen Antisemitismus äußern – unter anderem aus Angst, als Rassist zu gelten. Und auch der weitverbreitete Kulturrelativismus spielt eine Rolle: die irriige Meinung, dass Kulturen nur aus der Innenperspektive kritisiert werden könnten. In diesem Rahmen werden Formen islamischer Herrschaft nahezu unter Kritikverbot gestellt. Das halte ich für ein gravierendes Problem, unter anderem, weil man es den rechten Fremdenfeinden sehr leicht macht, sich des Themas zu bemächtigen. Es wäre doch gerade die Aufgabe von Linken und Liberalen, Antisemitismus und

auch den eklatanten Frauen- und Schwulenhass beim iranischen Regime und anderen Islamisten zu kritisieren.

ZEIT ONLINE: Das iranische Regime finanziert unter anderem die Hamas. Wie kam es, dass sich gerade im Iran ein so großer Hass auf Juden entwickelt hat?

Grigat: Die Ideologie des iranischen Regimes fußt sowohl auf Traditionen der islamischen Judenfeindschaft als auch des modernen verschwörungsmythischen Antisemitismus. Letzteren kennen wir einerseits aus Europa und vom Nationalsozialismus, andererseits von der Muslimbruderschaft, aus der später die palästinensische Hamas hervorgegangen ist. Zentrale Schriften der Vordenker der Muslimbrüder wurden vom heutigen obersten geistlichen Führer im Iran, Ali Khamenei ins Persische übersetzt. Große Bedeutung hatte auch die 1978 ins Persische übersetzte antisemitische Hetzschrift *Die Protokolle der Weisen von Zion*, die in den folgenden Jahrzehnten von staatlichen Stellen im Iran in großen Auflagen immer wieder neu herausgegeben wurde – mitunter mit geänderten Titeln wie *Protokolle der jüdischen Führer zur Eroberung der Welt*. Daher wird in der iranischen Propaganda bis heute über „die Zionisten“ stets in jenem verschwörungstheoretischen Ton geredet, der aus dem klassischen Antisemitismus gegenüber Juden bekannt ist. Der Zionismus wird in der Ideologie und Propaganda des iranischen Regimes nicht als ein gewöhnlicher politischer Gegner attackiert, sondern als Grundübel, das für nahezu alle Probleme in der Welt verantwortlich gemacht wird, und dessen Auslöschung daher den Weg zur Erlösung bereite.

ZEIT ONLINE: Die Zweistaatenlösung ist in dieser Ideologie keine Option?

Grigat: Dem iranischen Regime, ebenso wie der Hamas und der Hisbollah, geht es nicht um einen Ausgleich oder Kompromiss mit Israel, sondern um die Auslöschung des jüdischen Staates. Sie wollen keine Zweistaatenlösung, sondern die Vernichtung des Staates Israel.

ZEIT ONLINE: Sie haben von einem Wahn gesprochen. Kann man Menschen, die antisemitisch sind, zur Vernunft bringen?

Grigat: Wenn jemand ein geschlossenes antisemitisches Weltbild hat, helfen keine Verweise darauf, dass Juden gar nicht so mächtig sind, wie im Antisemitismus behauptet wird. Und wenn jemand meint, Israel sei das Grundübel in der Welt und stecke hinter nahezu jedem Problem, hilft kein Vortrag über die reale historische Entwicklung im Nahen Osten. Deshalb wird bezüglich des Antisemitismus auch von den „Grenzen der Aufklärung“ gesprochen. Wenn man den Antisemitismus bekämpfen will, geht es deshalb nicht nur darum, den Menschen Bildung zur Geschichte der Konflikte im Nahen Osten zu vermitteln. Sondern auch darum, klare

Grenzen zu ziehen und auf Antisemitismus mit gesellschaftlicher Ächtung, staatlicher Repression und gegebenenfalls mit militärischer Gewalt zu reagieren, wie beispielsweise die Alliierten gegenüber dem NS-Regime.

ZEIT ONLINE: Scheitert die Bildung also am Antisemitismus?

Grigat: Gegenüber einem geschlossenen antisemitischen Weltbild scheitert Bildung meiner Meinung nach, ja. Aber Bildung ist trotzdem notwendig. Man muss sich nur klar sein, es gibt Fälle, da reicht jede Aufklärung nicht aus.

Linker Israelhass und linke Israelsolidarität

Interview in *Die Welt* von Frederik Schindler²

WELT: Herr Grigat, jüdische Studenten fühlen sich an vielen Universitäten an die 1970er Jahre erinnert: Linke Gruppen polemisieren dort gegen Israel, den einzigen jüdischen Staat. Wie ist das zu erklären?

Stephan Grigat: Wir erleben ein Wiederauferstehen des Marxismus-Leninismus, also von autoritären Linken, die ausgehend von einem kruden, vermeintlich anti-imperialistischen Weltbild zum Angriff auf Israel blasen. Außerdem markieren bestimmte Ausprägungen der postkolonialen Theorie Israel als Feindbild, ausgehend von einem Pseudoantirassismus und einer völligen Geschichtsvergessenheit. Das kann für jüdische Studierende sowie für Freunde Israels und Verteidiger des Westens an den Universitäten zu einem bedrohlichen Klima führen, wenn dem nicht entschieden entgegengetreten wird. Es gibt an den Hochschulen aber auch linke Gruppierungen, die sich mit Israel solidarisieren.

WELT: Diese proisraelischen linken Gruppen beziehen sich auf die Kritische Theorie von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, aus der zentrale Impulse für die Kritik des Antisemitismus hervorgingen.

Grigat: Diese Strömung ist nicht mehr so aktiv, wie ich mir das wünschen würde. Aber sie hat dennoch weiterhin Einfluss, vor allem im akademischen Bereich oder durch Publikationen wie die Wochenzeitung *Jungle World*. Die Interventionen der proisraelischen Linken aus der Zeit der Zweiten Intifada und den islamistischen Anschlägen von 9/11 sind nicht verpufft. Man muss aber immer wieder lautstark für die antisemitismuskritischen Essentials streiten, sonst kommt es zu einem Revival Israel-hassender Positionen.

WELT: Sie selbst kommen aus einer linken Theorietradition, die sich an der Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx und der Kritischen Theorie von Adorno und Horkheimer orientiert.

2 Erschienen am 13. Dezember 2023 unter dem Titel „Erleben ein Wiederauferstehen des Marxismus-Leninismus, also von autoritären Linken“ auf *Welt online*: <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus248907280/Antisemitismus-Erleben-ein-Wiederauferstehen-des-Marxismus-Leninismus-also-von-autoritaeren-Linken.html> [Zugriff: 25.1.2025] und am 14. Dezember 2023 unter dem Titel „Neue Form von Schuldabwehr, diesmal von links“ in der Printausgabe von *Die Welt*.

Grigat: Aus dieser radikalen Gesellschaftskritik lässt sich explizit eine Solidarisierung mit dem Zionismus formulieren. Sie ist geprägt von einem historischen Bewusstsein darüber, dass es etwas Schlimmeres gibt als die bestehende westlich-liberale Gesellschaft. Gerade ausgehend von einer auf allgemeine Emanzipation zielenden Gesellschaftskritik muss man nicht nur Israel verteidigen, sondern auch die liberale Demokratie gegen ihre regressive Aufhebung. Israel ist in erster Linie eine Antwort auf den Antisemitismus, der in die moderne Gesellschaft eingeschrieben ist.

WELT: Linke sind traditionell kritisch gegenüber Staat und Nation eingestellt. Fällt es vielen aus diesem Grund schwer, sich mit Israel zu solidarisieren?

Grigat: Ausgehend von einer durchaus berechtigten und notwendigen Staats- und Nationskritik müsste man die jeweiligen Besonderheiten von Staaten und Nationen betonen. Es macht doch einen entscheidenden Unterschied, ob eine Staatlichkeit wie etwa im Iran Homosexuelle hinrichtet, den Holocaust leugnet und dem jüdischen Staat mit Vernichtung droht, oder ob eine Staatlichkeit wie Israel zum Schutz von Juden und Homosexuellen beiträgt. Aus einer Staats- und Gesellschaftskritik, die sich nicht in abstrakten und unhistorischen Allgemeinplätzen verliert, folgt zwingend Solidarität mit Israel.

WELT: In postkolonialen Theorien, von denen Teile der deutschen Linken heute stark geprägt sind, gelten Israelis und Juden als weiß und privilegiert.

Grigat: Das ignoriert völlig die Geschichte des europäischen Antisemitismus. Und es zeugt von völliger Unkenntnis der israelischen Gesellschaft, in der sehr viele Juden aus arabischen, iranischen oder äthiopischen Familien kommen.

WELT: In Berlin riefen linke Studenten kürzlich „Free Palestine from German guilt“. Ist das die Schuld kult-These aus der extremen Rechten von links?

Grigat: Ja, das ist eine neue Form von Schuldabwehr, diesmal von links. Solche Parolen sind eingebettet in den „Historikerstreit 2.0“, in dessen Rahmen nun nicht mehr rechte, sondern linke Historiker versuchen, die Besonderheiten des Nationalsozialismus in allgemeinen Begriffen von Kolonialismus, Imperialismus und Rassismus zum Verschwinden zu bringen. Sie wollen Israel ganz ungehemmt attackieren können.

WELT: Diese Historiker haben sich nun erneut zu Wort gemeldet und warnen vor einem Vergleich des Hamas-Terrors mit dem Nationalsozialismus.

Grigat: Es ist absurd, dass diejenigen, die die ganze Zeit den Nationalsozialismus mit allem möglichen vergleichen wollten, ausgerechnet nach einem der schlimmsten Ausbrüche eines Vernichtungsantisemitismus meinen, man dürfe das nicht machen. Der 7. Oktober war nicht nur ein Massaker und ein Pogrom, sondern eine Vernichtungsaktion. Es ist nachvollziehbar, dass sich viele Juden an Bilder aus der Shoah erinnert gefühlt haben.

WELT: Beim Parteitag der Linkspartei tobte kürzlich ein Streit über den israelisch-palästinensischen Konflikt. Ein Redner bezeichnete die Hamas als Teil des „palästinensischen Widerstands“, der langjährige Berliner *Linke*-Chef Klaus Lederer kritisierte hingegen linken Antisemitismus.

Grigat: Lederer ist in der Partei deutlich wichtiger als der andere genannte Redner.³ Aus den durchaus vorhandenen proisraelischen oder auch islamkritischen Positionen werden aber nicht deutlich genug Konsequenzen gezogen. Pro-Hamas-Äußerungen müssten zu einem sofortigen Parteiausschluss führen. Und eine abstrakte Verteidigung von Israels Existenzrecht ist einfach viel zu wenig. Gerade materialistische Staatskritiker sollten ja wissen, dass diese Existenz einzig und allein durch die israelische Armee gewährleistet wird.

WELT: Wie bewerten Sie die Positionierungen zu Israel innerhalb der SPD und Grünen?

Grigat: Bei den Grünen hatte es in den 1980er Jahren noch eine Hegemonie von antiisraelischen Positionen gegeben. Das ist heute ganz eindeutig nicht mehr so. Die deutlichen und wichtigen Solidarisierungen der Parteispitzen von Grünen und SPD in der aktuellen Situation stehen allerdings in einer Diskrepanz zur bisherigen Politik gegenüber den unmittelbaren Feinden Israels. Die SPD und auch alle anderen Parteien haben das iranische Regime lange Jahre geradezu hofiert. Ausgesprochen begrüßenswert ist, dass in den linken Jugendorganisationen eine viel konsequenter Position als in den Mutterparteien besteht, was die Kritik am Antisemitismus und politischen Islam angeht.

WELT: Die AfD präsentiert sich als Antisemitismus-kritisch und häufig auch als Israel-freundlich – und behauptet, mit ihrer migrationsfeindlichen Politik „Garant jüdischen Lebens“ zu sein. Stimmt das?

Grigat: Natürlich nicht. Die AfD befördert den Antisemitismus durch eine aggressive Schuldabwehr und ihr strömungsübergreifendes Gerede von einem angeblichen Schuld kult. Dennoch muss man konstatieren, dass Teile der Partei Probleme mit

3 Klaus Lederer ist Ende 2024 gemeinsam mit anderen Exponenten einer linken, proisraelischen Positionierung aus der Partei ausgetreten.

dem politischen Islam früher und deutlicher angesprochen haben als andere Parteien. Die AfD hat die Benennung dieser Probleme aber nahezu durchgängig ausgehend von einer Fremdenfeindlichkeit und einem ethnopluralistischen Weltbild betrieben. Das trägt zur Lösung dieser Probleme nichts bei. In Teilen der Partei gibt es außerdem große Sympathien für den Autoritarismus und den Antisemitismus des politischen Islam. Das sollte man in Zukunft stärker im Auge haben.

Erinnerungspolitik: Das Gedenken an die Opfer des NS

Interview in *Kirchenzeitung für das Bistum Aachen* von Kathrin Albrecht⁴

Kirchenzeitung: Am 27. Januar wird der Holocaust-Gedenktag begangen. Auch im Bistum Aachen organisieren Initiativen Gedenkveranstaltungen. Herr Professor Grigat, ist es nicht langsam gut mit dem Erinnern?

Stephan Grigat: Die Frage zeigt bereits das Problem auf. Ich habe allerdings auch ein Problem mit dem Begriff „Erinnerungskultur“, ich würde lieber über „Erinnerung“ reden. Die Forderung, dass ein Schlussstrich gezogen werden soll, ist nichts Neues, sie ist bereits im Jahr 1945 aufgekommen – wenige Monate nach Beendigung dieses unglaublichen Grauens. Das ist nie wieder verschwunden.

Kirchenzeitung: Können Sie das skizzieren?

Grigat: In periodischen Abständen gibt es immer wieder Wellen von aggressiver Vergangenheitsabwehr – so würde ich das nennen – die darauf zielt, die deutsche Schuld zu tilgen. Die politische Intention dahinter ist, dass die deutsche Nation, befreit von dieser Schuld, wieder eine wichtigere Rolle, auch in der Weltpolitik, spielen soll. Historisch hat die Wiedervereinigung einen entscheidenden Einschnitt bedeutet, denn bis dahin war für die ganze Welt sichtbar, dass es eine Besonderheit in Deutschland gibt – und der Grund ist die deutsche Schuld am Nationalsozialismus und der europäischen Judenvernichtung. Diese sichtbare Schuld ist weggefallen.

Kirchenzeitung: Was hat das für Auswirkungen gehabt?

Grigat: Im Nachgang der Wiedervereinigung gab es eine aggressive Welle der Vergangenheitsabwehr. Es gab eine Re-Nationalisierung, ein Wiederaufleben eines alten Nationalismus, eine Reihe rassistischer Pogrome, eine Welle von Antisemitismus. Seitdem haben wir eine neue Form von deutscher Vergangenheitspolitik, die begonnen hat mit der ersten rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer. Die haben für sich selbst in Anspruch genommen, dass sie das Verdienst der 68er-Bewegung aufgreifen, die nationalsozialistischen Verbrechen zu

4 Erschienen in Nr. 28, 28. Januar 2024.

thematisieren. Allerdings denke ich, dass auch an dieser neuen Vergangenheitspolitik viel zu kritisieren ist.

Kirchenzeitung: Was zum Beispiel?

Grigat: Diese Vergangenheitsoffensive scheint zur Folge zu haben, dass man stolz darauf ist, Vergangenheitsaufarbeitungsweltmeister zu sein. Das wird stark durch das Holocaust-Mahnmal in Berlin symbolisiert. Es ist der sichtbare Beweis, dass sie die Vergangenheit aufgearbeitet haben und deswegen nun wieder international Politik machen dürfen und beispielsweise den osteuropäischen Ländern und auch Israel sagen dürfen, wie sie sich zu verhalten haben. Das war vorher für die deutsche Politik weitgehend ein Tabu. Auch der Kulturbegriff ist problematisch, er klingt zu sehr nach staatspolitischer Inszenierung. Der Kern um den es geht, ist die Erinnerung an die Opfer und die Erinnerung an die Täter.

Kirchenzeitung: Wie erleben Sie das Erinnern aktuell?

Grigat: Mir scheint der Fokus stark auf die Erinnerung an die toten Juden ausgerichtet zu sein. Die Frage ist aber, die auch in Israel immer wieder gegenüber den Deutschen formuliert wird, was ist mit den Lebenden? Es fehlt oft die konkrete Unterstützung. Kritisch ist auch, dass der Antisemitismus im globalen Maßstab kaum thematisiert wird. Wenn man sagt, dass man etwas aus der Vergangenheit gelernt habe, müsste man über das holocaustleugnende iranische Mullah-Regime sprechen, und über den Antisemitismus der Hisbollah und der Hamas, jene Gruppen, die heute die unmittelbarste Gefahr für jüdisches Leben auf der Welt sind. Diese Bedrohung ist in mancherlei Hinsicht konkreter als die Agitation durch die AfD.

Kirchenzeitung: Erlauben Sie trotzdem den Einschub: Welche Rolle spielt die AfD?

Grigat: Die AfD hat als einen zentralen Punkt die Agitation gegen den sogenannten „Schuldkult“. Das ist ein aggressiver Angriff auf die deutsche Erinnerung an die nationalsozialistischen Massenverbrechen. Und weil sie im Bundestag stark vertreten ist, gewinnt das auch wieder eine gesellschaftspolitische Relevanz. Eine Umfrage der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass die Forderung nach einem Schlussstrich eine breite Zustimmung hat, die wieder deutlich höher ist als Ende der 1990er Jahre.

Kirchenzeitung: Was passiert, wenn die AfD bei den kommenden Landtagswahlen in einigen ostdeutschen Ländern stärkste Partei wird?

Grigat: Auch wenn die AfD 30 Prozent der Stimmen auf sich vereint, hat sie nicht die absolute Mehrheit. Da stehen die anderen Parteien in der Verantwortung. Da sehe ich ein Problem. Denn in Teilen der CDU, aber auch der FDP, gibt es Leute, die

aus machtpolitischen Gründen eine Koalition mit der AfD erwägen. Auch müsste die CDU eine (Mit-)Regierung der Linken dulden, um die AfD zu verhindern. Bei aller kritischen Einstellung zur Linken stellt diese Partei keine Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat dar. Die AfD schon. Das ist eine antidemokratische Bewegung, die für sich in Anspruch nimmt, die echte Demokratie zu vertreten. Das zielt aber gerade auf die repräsentativen Elemente der Demokratie ab. Die AfD vertritt eine rechte Vorstellung von direkter Demokratie und es gibt sehr gute Gründe, warum in Deutschland nach 1945 starke repräsentative Elemente eingeführt wurden.

Kirchenzeitung: Warum ist die AfD so erfolgreich?

Grigat: Die AfD hat frühzeitig einige gesellschaftspolitisch drängende Themen aufgegriffen, die andere Parteien ignoriert haben. Das sind beispielsweise Probleme mit dem politischen Islam, Antisemitismus in Migrationsgesellschaften. Die anderen Parteien, vor allem diejenigen, die sich als links definieren, haben lange Zeit eine Thematisierung als Rassismus abgetan. Die AfD benutzt diese Themen auch dafür. Das ändert aber nichts daran, dass wir ein reales Problem damit haben. Genauso wie man sich mit Antisemitismus, Frauen- und Homosexuellenfeindlichkeit von Deutschen auseinandersetzen muss, muss man das auch hinsichtlich von Menschen machen, die aus anderen Teilen der Welt kommen. Damit haben gerade linke Parteien einen wichtigen Themenkomplex den Fremdenfeinden von rechts überlassen.

Kirchenzeitung: Kommen wir auf das Erinnern zurück. Läuft da etwas falsch und was?

Grigat: In der Schule gibt es eine breite Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus. Aber die Beschäftigung mit dem Antisemitismus als zentralem Element in der NS-Ideologie kommt offenbar kaum vor. Man schildert empirisch, was Ausgrenzung, dann Deportation, dann Vernichtung der Juden gewesen ist, aber was dahintersteht, nämlich dieser verschwörungsmithische Vernichtungsantisemitismus, der den Nationalsozialismus ganz grundlegend charakterisiert, wird zu wenig analysiert.

Kirchenzeitung: Müsste die Beschäftigung damit in die Erinnerungsarbeit einfließen?

Grigat: Das wäre erst einmal eine andere Form der Bildungsarbeit. In Bezug aufs Erinnern könnte ich das an Beispielen besser erklären: Ich war lange in Wien tätig und dort gab es auch Kundgebungen zum 9. November. Zur Zeit der Zweiten Intifada haben wir mit der jüdischen Gemeinde eine Kundgebung organisiert und aus-

drücklich zur Solidarität mit Israel aufgerufen. Außer uns Akademikern und der jüdischen Gemeinde hat aber kaum jemand teilgenommen. Die Vorbehalte gegenüber der israelischen Armee und dem jüdischen Selbstverteidigungsrecht führen dazu, dass Menschen nicht teilnehmen. Auch bei den Novemberkundgebungen in Aachen gibt es kaum Solidaritätsbekundungen mit Israel. Aber das wäre eine Form, wie man es anders und besser machen könnte.

Kirchenzeitung: Was würden Sie sich für die kommenden Gedenkveranstaltungen wünschen?

Grigat: Wir sind in der Zeit nach dem 7. Oktober. Das war der größte Massenmord an Jüdinnen und Juden, der seit der Shoah stattgefunden hat. Die Bedeutung davon scheint mir in Deutschland noch nicht angekommen zu sein. Auch die deutsche Politik müsste ihre Haltung, beispielsweise gegenüber dem Regime im Iran, ändern. Deutschland ist der wichtigste Handelspartner. Das Geld aus diesen Geschäften nutzt das Regime zur Finanzierung von antisemitischem Terror – darunter fällt auch das Massaker vom 7. Oktober. Dass darüber gesprochen wird, und dass daraus Konsequenzen gezogen würden, würde ich mir wünschen.

Das iranische Atomprogramm und die Kampagne STOP THE BOMB

Interview in *WINA. Jüdisches Stadtmagazin* von Alexia Weiss⁵

WINA: Dem Bündnis STOP THE BOMB geht es seit seiner Gründung 2007 darum, die Gefahr durch den Iran für den Westen und vor allem für Israel darzustellen, wobei die Bedrohung vor allem in Richtung Atomprogramm formuliert wurde. Wurde diese Gefahr nicht ernst genug genommen?

Stephan Grigat: Ganz offensichtlich nicht, ansonsten müsste die Iran-Politik von Österreich und Deutschland, von der EU, aber auch den USA anders aussehen. Wir haben von Anfang an auf mehrere Punkte hingewiesen: die Bedrohung Israels, die Bedrohung des Westens und die Bedrohung der iranischen Bevölkerung. Gegen die iranische Bevölkerung wird vom iranischen Regime schon seit Jahren Krieg geführt. Unsere Forderungen waren und sind: Keinerlei Geschäfte mit dem iranischen Regime, keine politische Unterstützung und keine Liebedienerei, also für Vertreter des Iran in Österreich den roten Teppich auszurollen. Letzten Endes geht es aber um einen Sturz des iranischen Regimes und eine Politik des Westens, die aktiv darauf hinarbeitet.

Was wir immerhin erreichen konnten ist, dass wir die Diskussion über das Regime maßgeblich beeinflusst haben. Und es gibt auch durchaus Erfolge im Bereich der Wirtschaft. Ein 2007 von der OMV angekündigtes 22-Milliarden-Euro-Erdgas-Geschäft mit dem Iran kam schließlich nicht zustande. Dadurch wäre Österreich und ganz Europa auf lange Sicht von iranischen Erdgaslieferungen abhängig gewesen. Ein paar unserer Aktivisten und Aktivistinnen haben sich damals OMV-Aktien ge-

5 Erschienen im Februar 2024 in Print und online unter dem Titel „Die Zeit für halbe Sachen ist vorbei“: <https://www.wina-magazin.at/die-zeit-fuer-halbe-sachen-ist-vorbei/> [Zugriff: 25.1.2025]. Das Bündnis STOP THE BOMB wurde 2007 in Wien von Simone Dinah Hartmann in Zusammenarbeit mit Stephan Grigat gegründet. Hartmann war von 2007 bis 2015 Gründungsdirektorin und Geschäftsführerin der Kampagne sowie Koordinatorin von STOP THE BOMB-Europa, Grigat von 2007 bis 2022 Wissenschaftlicher Direktor und ab 2015 auch Geschäftsführer. 2008 wurde STOP THE BOMB in Deutschland etabliert. In den folgenden Jahren war das Bündnis u. a. in Spanien, Italien, Großbritannien, den Niederlanden, Dänemark, der Schweiz und Schweden aktiv und hat mit zahlreichen Organisationen insbesondere in den USA kooperiert. Das iranische Regime hat im Oktober 2022 die europäische Kampagne STOP THE BOMB – neben sieben weiteren Organisationen und 12 Einzelpersonen – auf seine „Sanktionsliste“ gesetzt, was das Bündnis als „Ehre“ und Bestätigung seiner jahrelangen Bemühungen bezeichnet hat, zur Isolation des iranischen Regimes beizutragen: <http://de.stopthebomb.net/de/presse/presseaussendungen.html#c3791> [Zugriff: 26.1.2025].

kauft, dadurch hatten sie bei der Jahreshauptversammlung Rederecht. Das hat sehr gut funktioniert, denn dort ist immer auch die internationale Wirtschaftspresse. Das hat zu einem großen Medienecho geführt. Auch unsere Kollegen aus Deutschland haben bezüglich Iran-Geschäften einiges erreicht, insbesondere bei Siemens. Es sind ein paar große Geschäftsbeziehungen gecancelt worden. Zu der nötigen 180-Grad-Wende in der Politik hat es aber nicht geführt.

WINA: Warum hat die Politik nicht adäquat reagiert?

Grigat: Wir haben zunächst für Sanktionen argumentiert – da meinten alle Parteien von ganz links bis ganz rechts: Kann man nicht machen; STOP THE BOMB sei der Büttel der amerikanischen Außenpolitik; wir würden nur die Interessen Israels vertreten. Mit der Zeit hat die Politik aber schon gemerkt, dass das Atomprogramm ein wirkliches Problem ist und es zumindest Verhandlungen darüber braucht. Das führte zur Position der Obama-Regierung, den Iran über vergleichsweise scharfe Sanktionen an den Verhandlungstisch zu zwingen. Das wurde peu à peu dann auch von den europäischen Regierungen übernommen. Dann saßen sie auch wirklich am Verhandlungstisch und wir meinten: Wenn schon ein Abkommen, dann eines, mit dem die Gefahr des iranischen Atomprogramms dauerhaft beseitigt wird.

Dann kam es 2015 zu einem Abschluss und wir haben endlos Artikel geschrieben, dass dieses Abkommen das Gegenteil von dem ist, was notwendig wäre. Die komplette Infrastruktur des Programms blieb im Land. Die Zentrifugen blieben im Land, nur ein paar moderne wurden eingemottet. Es wurde aber keine verschrottet oder außer Landes gebracht. Die Urananreicherung wurde also nicht beendet. Aber auch der zweite Weg zur Atombombe, der Schwerwasserreaktor in Arak, existiert weiterhin. Dazu kommt all das, was im Abkommen gar nicht vorkommt: Von der Unterdrückung der Opposition über die regionale Expansion bis zum Raketenprogramm. Vor allem die regionale Expansion haben wir immer wieder thematisiert, Stichwort „Ring of Fire“. Man kann das Atomprogramm nicht jenseits des Charakters und der aggressiven Politik des iranischen Regimes betrachten.

Und selbst das, was im Abkommen vorgesehen ist, ist löchrig: Es kam zu vermehrten Inspektionen, aber nur in den Atomanlagen, die vom Iran als Teil des Atomprogramms deklariert wurden. Dazu gehörte aber nicht der Militärkomplex in Parchim, wo die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) daher nicht den notwendigen Zutritt hatte. Dort haben aber höchstwahrscheinlich die Tests für nukleare Sprengköpfe stattgefunden. Und all die unzureichenden Bestimmungen waren auch nicht auf Dauer ausgelegt, sondern hatten eine Ablaufklausel.

All das wusste auch Obama. Aber seine jungen Berater hatten gemeint, wenn dieses Abkommen geschlossen wird, würde sich der Iran zu einem verantwortlichen Akteur in der Region entwickeln. Die Idee war, so die vermeintlich Moderaten im Iran zu stärken. Das war eine vollkommene naive und falsche Annahme. Jahre nach

dem Abkommen haben dann auch ehemalige Befürworter des Abkommens, wie etwa die ehemalige deutsche Kanzlerin Angela Merkel, gemeint, dass einige der Kritikpunkte wohl berechtigt gewesen seien.

WINA: Unter US-Präsident Donald Trump wurde das Abkommen schließlich aufgekündigt.

Grigat: Das war eine der wenigen vernünftigen Dinge, die die Trump-Administration gemacht hat, auch wenn sie dann keinen Plan hatte, was stattdessen kommt. Joe Biden ist mit dem Versprechen angetreten, ein neues Atomabkommen zu schließen, mit all den Punkten, die nötig wären, aber die akzeptiert der Iran natürlich nicht. Das Abkommen von 2015 tat ihm nicht wirklich weh und es sind dann Milliarden an Geldern für Teheran freigegeben worden. Das sind genau die Gelder, mit denen das iranische Regime die Gruppen finanziert, die jetzt Israel angegriffen haben.

WINA: Damit sind wir beim schon angesprochenen „Ring of Fire“. Können Sie diese Strategie skizzieren?

Grigat: Qassem Soleimani war als Leiter der Quds-Brigade eine zentrale Figur im iranischen Regime. Das ist eine Einheit der hoch ideologisierten Revolutionsgarden, die für Auslandseinsätze zuständig ist. Soleimani war über eine lange Zeit der strategische Kopf dieser Expansionsstrategie. Sie setzt auf regionale Expansion und eliminatorischen Antizionismus. Dieser auf Vernichtung setzende Israelhass ist ein Kernbestandteil der Strategie. Darin sieht man diese Gleichzeitigkeit von Pragmatismus und Vernichtungswahn, der dieses Regime ausmacht.

Und das macht es auch so schwierig, weil man im Westen immer gern auf den Pragmatismus schaute und sagte, man kann ja mit ihnen reden. Der Vernichtungswahn wird gerne übersehen oder nicht ernst genommen. Das iranische Regime weiß, wenn Israel heute angegriffen wird, ist das schlimm für Israel und es gibt viele Tote, aber letzten Endes gewinnt Israel die Konfrontation. Und genau deshalb setzt der Iran auf eine langfristige, regionale Expansion, in der man versucht, rund um Israel ähnliche Ergebnisse hinzubekommen wie im Libanon. Im Libanon hat die Hisbollah de facto die Macht übernommen. Sie sitzt nicht nur im Parlament, sie hat vor allem eine hochgerüstete Armee, die mehr oder weniger unter Befehl des iranischen Regimes steht. Neben dem iranischen Atomprogramm stellt die Hisbollah heute auch die größte Gefahr für Israel dar. Sie verfügt über 150.000 Raketen, die auf Israel gerichtet sind.

WINA: Wer gehört noch zum „Ring of Fire“?

Grigat: Das ist eben zum einen der Libanon mit der Hisbollah. Dann geht es weiter mit Syrien. Das ist auch der Grund, warum der Iran am Beginn des syrischen Bür-

gerkrieges gesagt hat, Assad bleibt an der Macht. Assad ist zwar kein Islamist, er kommt aus der Tradition des arabischen Faschismus. Er gehört aber zu der ‚Achse des Widerstands‘, wie der Iran es selbst nennt. Das sind all die Gruppierungen, die entweder zum schiitischen Halbmond gehören oder sich angeschlossen haben, wie die Huthis im Jemen und die Hamas in Gaza und der Westbank. Der Iran hat die Hisbollah nach Syrien geschickt, um Assad an der Macht zu stärken. Und sie versuchen seit Jahren, sich mit den Revolutionsgarden in Syrien festzusetzen so wie sich die Hisbollah im Libanon festgesetzt hat. Der einzige Grund, warum das noch nicht funktioniert hat, ist, weil Israel bereits hunderte von Luftangriffen in Syrien geflogen ist. Darüber wird in Israel inzwischen auch offiziell berichtet. Vor der aktuellen Eskalation wurden teils täglich solche Luftangriffe geflogen. Immer wenn die Israelis sehen, dass Präzisionswaffen an die Hisbollah geliefert werden sollen, greift Israel ein. Bombardiert wird aber auch, wenn die Revolutionsgarden versuchen, bestimmte Basen aufzubauen.

Im Irak wiederum gibt es pro-iranische Milizen, die militärisch ziemlich stark sind und die in der Bekämpfung des Islamischen Staats eine wichtige Rolle gespielt haben. Da gab es dann die absurde Situation, dass die USA zeitweise mit diesen Milizen gemeinsam den IS bekämpft haben. Gegen diese Milizen ist Israel im Irak auch schon vorgegangen. Man sieht, da gibt es schon ziemlich lange einen regionalen Konflikt. An der unmittelbaren Grenze zu Israel, in den palästinensischen Gebieten, gibt es die Hamas, aber auch den Islamischen Dschihad. Das ist zwar die kleinere Organisation, aber, was das Bündnis mit dem Iran angeht, die wichtigere. Die Hamas hat eine gewisse Eigenständigkeit. Sie ist eine sunnitische Organisation und im syrischen Bürgerkrieg gab es ein Zerwürfnis zwischen der Hamas und dem Iran, weil der Iran Assad gestützt hat und die Hamas auf der Seite der Muslimbruderschaft und damit auf Seite der Opposition stand.

Daher hat die Hamas auch eine Zeit lang kein Geld mehr bekommen und musste ihr Hauptquartier aus Damaskus nach Katar verlegen. Da gab es also einige Jahre ziemliche Probleme, die hat man dann aber bei einem großen Treffen in Teheran gelöst. Da war der Tenor: So lange es gegen Israel geht, bekommt die Hamas wieder Geld aus dem Iran. Auf Grund dieser Unstimmigkeiten hat der Iran aber den Islamischen Dschihad stärker gefördert; der ist schlicht ein verlängerter Arm des iranischen Regimes. Und er war auch beteiligt an den Angriffen vom 7. Oktober. Schließlich gehören auch die Huthis im Jemen zum „Ring of Fire“.

Suleimani, der von den USA getötet wurde, wollte aber auch Jordanien in die anti-israelische Front eingliedern. Das hat aber nicht funktioniert. Man sieht allerdings, worauf die Strategie abzielt: Länder, die zwar Israel nicht freundlich gesonnen sind, aber zumindest einen Friedensvertrag haben, versucht der Iran zu destabilisieren. Das gilt für Jordanien, das gilt für Ägypten. In den letzten fünf, sechs Jahren haben Gruppierungen versucht, massiv den Sinai zu destabilisieren.

WINA: Nach dem massiven Angriff aus Gaza auf Israel wurde medial immer gemutmaßt: Der Iran war in die Vorbereitung involviert. Lässt sich das inzwischen mit Fakten untermauern?

Grigat: Es kommt darauf an, was man mit Vorbereitungen meint und ob es um die ganz unmittelbare Aktion vom 7. Oktober geht. Das Verhalten des iranischen Regimes deutet darauf hin, dass der unmittelbare Angriff auch für den Iran überraschend kam. Aber in die langfristige Vorbereitung war er sicher involviert. Die haben sie finanziert, die wäre ohne den Iran überhaupt nicht möglich gewesen.

WINA: Was ist hier konkret über die Verbindungen zwischen der Hamas und dem Iran bekannt?

Grigat: Zum einen gibt es eine massive finanzielle Unterstützung nicht nur der Hamas, sondern auch des Islamischen Djihaad und wohl teilweise auch der PFLP, der Volksfront zur Befreiung Palästinas, einer ursprünglich marxistisch-leninistischen Gruppe. Sie war früher Teil der PLO, als diese dann Anfang der 1990er Jahre auf die Anerkennung Israels gesetzt hat, ist sie zur Ablehnungsfront übergewechselt und macht seitdem mit den Islamisten gemeinsame Sache. Das ist deshalb wichtig zu wissen, weil pseudo-linke Studierende in Deutschland und Österreich gerne sagen, sie unterstützen ja nicht die Hamas, sondern die PFLP und meinen, das sei viel besser. In Wirklichkeit sind das aber ebenfalls antisemitische Mörder, auf deren Konto einige der grausamsten Anschläge zum Beispiel in Jerusalem gehen. Wichtiger sind aber Hamas und der Islamische Djihaad, die vom Iran direkt finanziert werden. Die Hamas erhält Schätzungen zufolge 160 bis 180 Millionen pro Jahr. Der Islamische Djihaad soll 20 bis 30 Millionen Euro erhalten. Darüber hinaus gibt es direkte Waffenlieferungen.

WINA: Was wird mit diesen Geldern finanziert?

Grigat: Vor allem der Ausbau militärischer Infrastruktur und das Tunnelsystem, das Israel nun vor gravierende militärische Probleme gestellt hat. Auch da war der Iran sehr pragmatisch. Suleimani stellte fest, dass es schwierig ist, Waffen zu schmuggeln, weil diese häufig von Israel abgefangen werden. Daher stieg man vor allem auf Hilfe zur Selbsthilfe um, lieferte Waren, mit denen in Gaza selbst Waffenfabriken gebaut werden konnten. Das ist offensichtlich sehr gut gelungen.

WINA: Es gab aber auch weiterhin direkte Waffenlieferungen. Welche Wege wurden dazu gewählt?

Grigat: Einerseits über Ägypten und andererseits über den Seeweg.

WINA: Die Raketen werden aber inzwischen vorrangig in Gaza gebaut und wurden von der Reichweite her immer besser.

Grigat: Auch der Raketenbau findet unter Anleitung der iranischen Revolutionsgarden statt. Sie vermitteln das Know-how an Hamas und den Islamischen Djihead.

WINA: Was sind aus der heutigen Perspektive Ihre Forderungen für den politischen Umgang mit dem Iran?

Grigat: Die haben sich gar nicht groß verändert. Es braucht eine 180-Grad-Wende der österreichischen und europäischen Iranpolitik. Es darf keinerlei Unterstützung für das Regime geben, stattdessen braucht es Hilfe für die demokratische und säkulare Opposition im Iran und im Exil. Konkret würde das bedeuten: keinerlei ökonomische Geschäfte, keinerlei politische Liebedienerei, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen – was nicht heißt, dass man keinerlei Gespräche mehr führt, aber keinen Botschafter mehr entsendet – das ist ein wichtiger symbolischer Akt, der auch nichts kostet. Aber selbst das passiert nicht.

Letzten Endes geht es – das muss man so deutlich formulieren – um eine Politik, die offen daraufsetzt, dass das iranische Regime gestürzt wird. Für nahezu alle Probleme in der Region des Nahen und Mittleren Ostens kann man heute formulieren: Solange das iranische Regime existiert, werden auch diese Probleme existieren. Und dazu gehört diese massive krieglerische Eskalation mit Israel, die in den nächsten Monaten und Jahren, so fürchte ich, noch sehr viel schlimmer werden wird. Man müsste von den heutigen europäischen Regierungen daher fordern, dass sie Israel bei jeder militärischen Konfrontation mit der Hisbollah und dem iranischen Regime, was sehr bald kommen könnte, unterstützen.

WINA: Womit sehen Sie Israel in nächster Zeit konfrontiert?

Grigat: Die unmittelbare Fortsetzung der jetzigen Auseinandersetzung wird wohl ein Krieg gegen die Hisbollah sein. Das ist vermutlich mittlerweile keine Frage mehr des Ob, sondern nur eine Frage des Wann. Benjamin Netanjahu hat auf eine Politik gesetzt, die gesagt hat, wir können das mit Abschreckung in Schach halten und schauen, wie es sich entwickelt. Jetzt hat man die Situation, wo durch die Hamas sehr deutlich vor Augen geführt wurde, dass man mit solchen Organisationen nicht auf Dauer als Nachbarn leben kann. Die Hisbollah betreibt im Norden Israels übrigens ein ähnliches Tunnelsystem wie die Hamas in Gaza, inklusive Angriffstunnel in Richtung Nordisrael.

WINA: Der Angriff der Hamas führte nicht nur zu einer militärischen, sondern auch einer wirtschaftlichen Herausforderung für Israel. Viele Unternehmen kamen

in Schwierigkeiten, den laufenden Betrieb aufrecht zu erhalten. Gibt es auch einen Punkt, an dem es gelingen könnte, Israel total in die Enge zu treiben?

Grigat: Dieses Szenario darf es nicht geben. Vor diesem Hintergrund ist es auch so wichtig, für die Unterstützung Israels zu werben. Ich habe 2014 ein Buch geschrieben, das hieß *Die Einsamkeit Israels*. Viele Leute haben diesen Titel nicht verstanden. Ich fürchte, jetzt sind wir in einer Situation, in der dieser Titel sehr verständlich und nachvollziehbar wird. Bei der Unterstützung Israels geht es nicht darum, dass europäische Politiker schöne Reden halten, sondern es geht um sehr konkrete Unterstützung und das wird auch militärische Unterstützung sein müssen. Es war nach dem Angriff aus Gaza im Oktober schon sehr wichtig und ein deutliches Zeichen in Richtung Hisbollah und Iran, dass die USA Flugzeugträger vor die libanesische Küste verlegt haben. Das Signal lautete: Wenn ihr euch da jetzt einmischt, müsst ihr damit rechnen, dass wir uns auch einmischen.

Sollte es zu einem ernsthaften Angriff aus dem Libanon kommen, wird die Hisbollah zwar nicht in der Lage sein, Israel zu besiegen, aber doch militärisch ernsthaft unter Druck zu setzen. Dadurch können die Todeszahlen auch auf israelischer Seite schnell sehr hoch werden. Da könnte es dann zur Debatte stehen, ob die USA direkt in den Krieg eingreifen und intervenieren.

In Europa geht es nun darum, eine Debatte zu führen, wie man sich in solchen Auseinandersetzungen verhalten wird. Das ist eine unangenehme Diskussion, aber ich fürchte, die ist notwendig. Die Zeit für halbe Sachen, wie zum Beispiel ökonomischen Druck oder irgendwelche Verhandlungen, ist vorbei. Dieser Konflikt ist ein zutiefst ideologischer, letztlich geht es um Antisemitismus und Vernichtung, und da kann man nicht auf Ausgleich und Kompromiss setzen.

Historikerstreit 2.0: Die Shoah wird relativiert

Interview in *Jüdische Allgemeine* von Stefan Meetschen (Katholische Nachrichtenagentur KNA)⁶

Jüdische Allgemeine: In Ihrem neuen Buch *Erinnern als höchste Form des Vergessens?* beschäftigen Sie sich mit der deutschen Gedächtniskultur im Schatten des Holocaust und dem Historikerstreit 2.0. Was meinen Sie mit diesem Begriff?

Stephan Grigat: In dem Buch, das ich mit Kollegen von der Gesellschaft für kritische Bildung und der Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung im Verbrecher Verlag herausgegeben habe, thematisieren wir, dass wir derzeit einen neuen Historikerstreit erleben. Anders als in den 1980er Jahren, als es eine Art Generalangriff von rechten Historikern auf die Singularität von Auschwitz gab, kommt dieser aktuell von linker Seite, von Historikern, die sich selbst als fortschrittlich und emanzipatorisch verstehen.

JA: Was kennzeichnet diesen neuen Angriff?

Grigat: Die Historiker und Aktivisten, die den Historikerstreit 2.0 begonnen haben, behaupten mit einer ganz spezifischen Intention, es gebe in Deutschland so etwas wie eine ritualisierte Form der Vergangenheitspolitik – etwas, das auch wir in unserem Buch thematisieren und kritisieren, wenn auch gänzlich anders begründet. Sie versuchen, die nationalsozialistischen Massenverbrechen gegenüber den Juden und Jüdinnen in eine Art Gesamtgeschichte des Kolonialismus und Rassismus einzuordnen. Dadurch kommt es zu einer Nivellierung der entscheidenden Unterschiede zwischen Rassismus und Antisemitismus zum einen; zum anderen wird die Präzedenzlosigkeit der Shoah infrage gestellt.

JA: Was folgt daraus?

Grigat: Das führt, politisch betrachtet, zu einem Angriff auf Israel und auf den Zionismus. Diese Akteure wissen natürlich, dass Israel kein Staat wie alle anderen ist, sondern der Staat der Holocaust-Überlebenden und ihrer Nachkommen, der auf dieser Präzedenzlosigkeit der Shoah basiert.

⁶ Erschienen am 5. Mai 2024 in Print und online: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/die-schoa-wird-relativiert/> [Zugriff: 25.1.2025].

JA: Nicht nur seitens einiger Historiker wird das Existenzrecht Israels offenbar infrage gestellt, sondern auch von Philosophen wie der jüdischen Gender-Theoretikerin Judith Butler. Was hat es damit auf sich?

Grigat: Sie reiht sich mit ihrer radikalen, ahistorischen Ablehnung des Staates Israel in eine lange Tradition des Antizionismus ein, wie er auch nach 1945 innerhalb der jüdischen Weltbevölkerung vorkam – wenn auch nur, anders als vor dem Nationalsozialismus, bei einer kleinen Minderheit. Gleichzeitig stellt Butler sich an die Seite von antisemitischen Terrorbanden wie der Hamas oder der Hisbollah, bei denen sie lediglich die von ihnen angewendeten Mittel kritisiert, also den Einsatz von Gewalt, aber explizit nicht ihre Zielsetzung: Der Staat Israel soll nicht mehr existieren als ein zionistischer Staat, der als Schutzraum für Jüdinnen und Juden gelten kann. Das halte ich für eine völlig inakzeptable Position. Egal, ob sie von einer Jüdin oder einer Nichtjüdin formuliert wird.

JA: An Universitäten, vor allem in den USA, fordern linke Studenten die Vernichtung Israels. Welche Ideologie steckt hinter diesem Hass?

Grigat: Was wir in den USA derzeit sehen, ist ein giftiges Gemisch aus Ideologieversatzstücken: aus kradem Anti-Imperialismus und Marxismus-Leninismus, Islamismus und arabischem Nationalismus, außerhalb der Universitäten mitunter auch klassisch rechtsradikaler Propaganda sowie – insbesondere im akademischen Bereich – poststrukturalistischer Philosophie und Verfallsformen einer postkolonialen Sichtweise. Letztere werden seit fast zwei Dekaden als Substitut für kritisches Denken an vielen Universitäten herumgereicht. Der israelbezogene Antisemitismus erweist sich hier als eine der zentralen Integrationsideologien unserer Zeit, die in der Lage ist, politisch sehr heterogene Gruppierungen im Hass auf Israel zu homogenisieren.

[...]

JA: Der Philosoph Omri Boehm wünscht sich für Israelis und Palästinenser eine Ein-Staat-Lösung. Wie realistisch ist das?

Grigat: Es ist eine schöne Idee – solange man alles ausblendet, was man historisch über die Situation von Juden in islamisch geprägten Gesellschaften weiß. Hier wird im Sinne von Kants Vorstellung vom ewigen Frieden argumentiert. Ich würde eine solche Position als ultraidealistisch bezeichnen. Im besten Fall.

JA: Das klingt sarkastisch.

Grigat: Das grundlegende Problem an solchen Positionierungen ist, dass sie auf einer zwanghaften Abstraktion von der antisemitischen Bedrohung basieren. Deshalb ist es nicht nur eine ganz sympathisch klingende Idee, sondern es ist eine gefährliche Positionierung. Übrigens hat Boehm sie nicht selbst gebastelt, was er auch gar nicht beansprucht. Das ist eine typische Positionierung von israelischen Antizionisten.

Antisemitismus in der Rechten, der Linken und im „auslandsbezogenen Extremismus“

Interview in *RECHTS.GESCHEHEN. Zeitschrift der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus im Landesarchiv Baden-Württemberg* von Linda Roth⁷

RECHTS.GESCHEHEN: Innerhalb der außerparlamentarischen Linken ist die Solidarisierung mit den Palästinensern groß. Nicht selten zeigt sich auf Kundgebungen, aber auch in den Sozialen Medien diese in Form von Israel-Hass, Antisemitismus und Antizionismus. Haben Sie eine Erklärung dafür, dass große Teile der außerparlamentarischen Linken sich so absolut auf die Seite der Palästinenser in diesem Konflikt schlagen?

Stephan Grigat: Zum Glück ist es in Deutschland und Österreich nicht ganz so eindeutig: Es hat sich in den letzten 30 Jahren im deutschsprachigen Raum auch eine explizit pro-israelische und antisemitismuskritische Linke herausgebildet, die sich auf die Kritische Theorie bezieht und bei der Kritik des linken Antisemitismus eine wichtige Rolle spielt. Die offen israelfeindlichen Teile der Linken beziehen sich auf andere Theorietraditionen, zum einen und schon seit Jahrzehnten auf den autoritären Marxismus-Leninismus, der mit seinem kruden antiimperialistischen Weltbild schon immer auch einen antisemitischen Antizionismus kolportiert hat und derzeit bei einigen jungen Linken eine merkwürdige Wiederbelebung erlebt. Und zum anderen – und das ist die neuere Entwicklung – auf poststrukturalistische Philosophie und bestimmte Ausprägungen des Postkolonialismus. Bei letzterem spielen dann auch ein Pseudoantirassismus und der Kulturrelativismus eine entscheidende Rolle.

RG: International kritisieren besonders linksgerichtete Regierungschefs das militärische Handeln Israels im Gaza-Streifen. Vor wenigen Monaten kam es zu einer Solidarisierungswelle mit Brasiliens Staatschef Lula da Silva, von den Regierungschefs der Nachbarländer, nachdem dieser mit einem Holocaust-Vergleich über die Stränge schlug. Warum ist auch international zu beobachten, dass die politisch Linke so entschieden an der Seite der Palästinenser steht?

⁷ Erschienen in Ausgabe 10/24, Juni 2024.

Grigat: Zunächst stehen diese Linken nicht „an der Seite der Palästinenser“, sondern objektiv auf der Seite der Hamas und des Islamischen Dihad, unter denen auch viele Palästinenser und erst recht Palästinenserinnen leiden. Gerade die lateinamerikanische Linke solidarisiert sich seit Jahrzehnten nicht nur mit den antisemitischen Terrorarmeen an der Grenze Israels, sondern befindet sich auch in einem engen Bündnis mit dem iranischen Regime. Besonders deutlich war das zu Zeiten von Mahmoud Ahmadinejad und Hugo Chavez, aber dieses Bündnis besteht auch heute noch. Hier wird nicht nur, wie bei da Silva, der israelbezogene Antisemitismus ideologisch befeuert, sondern es wird ganz praktische antiisraelische Politik in Kooperation mit Islamisten betrieben.

RG: Wie beurteilen Sie die Positionierung der extremen Rechten in Deutschland zum Israel-Gaza-Konflikt?

Grigat: Das kommt darauf an, wen man alles unter „extreme Rechte“ fasst. In den politischen Formationen rechts vom klassischen Konservatismus ist das Thema Israel ebenso umstritten wie die Positionierung zum Islam. Neben islamkritischen und in der Regel dann auch pro-israelischen Kräften vor allem im Rechtspopulismus existieren weiterhin offen antisemitische Kräfte, die den Islam im Rahmen ihres ethnopluralistischen Weltbildes und ausgehend von den Großraumtheorien von Carl Schmitt als potenziellen geopolitischen Bündnispartner sehen – auch gegen Israel, das diesen Rechten als Vorposten des verachteten westlichen Liberalismus gilt.

RG: Ist Antisemitismus weiterhin ein konstitutives Element im deutschen Rechts-extremismus?

Grigat: Auf jeden Fall, nicht nur bei den offen neonazistischen und rechtsterroristischen Gruppen, wo der Antisemitismus mit Parolen wie „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“ oder „Israel ist unser Unglück“ weiterhin ganz offen proklamiert wird, sondern auch bei jenen Fraktionen, die versuchen, sich aus dem unmittelbar positiven Bezug auf den Nationalsozialismus zu lösen. Bei letzteren muss darüber geredet werden, wie sie mit ihrem Geraune einerseits über einen „Schuldskult“ und andererseits über die angeblich zersetzenden Kräfte der Globalisierung und einen von Drahtziehern im Hintergrund orchestrierten „großen Austausch“ sowohl einen klassischen Schuldabwehrantisemitismus proklamieren als auch eine antisemitische Sicht auf die Weltgesellschaft befördern – auch, wenn anders als bei klassischen Nazis das Feindbild „Jude“ nicht explizit ins Visier genommen wird.

RG: „Im auslandsbezogenen Extremismus in Deutschland nimmt Antisemitismus vor allem im türkischen Rechtsextremismus und bei extremistischen Palästinensern eine relevante Rolle ein“, schreibt das Bundesamt für Verfassungsschutz. Wel-

che Rolle spielen ihrer Meinung nach türkischstämmige extreme Rechte bei der Verbreitung antisemitischer Propaganda in Deutschland und an welchen Orten wird diese besonders häufig verbreitet?

Grigat: Eine sehr große Rolle. Wir haben im Mai 2023 in der Reihe *Working Papers* des Centrums für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) einen wichtigen Text dazu von Ismail Küpeli veröffentlicht, der deutlich aufzeigt, welche grundlegende Rolle sowohl antisemitische als auch antiarmenische Ressentiments in Verschwörungsnarrativen des türkischen Nationalismus spielen. Und das ist ein Nationalismus, der auch bei Protagonisten der türkisch-islamischen Ideologie in Deutschland eine entscheidende Rolle spielt.

RG: Würden Sie sagen, dass Antisemitismus im „Ausländerextremismus“ in der öffentlichen Diskussion zu wenig Beachtung findet?

Grigat: Ja, und das gilt sowohl hinsichtlich nationalistischer Akteure wie den türkischen Grauen Wölfen und ähnlichen Gruppierungen als auch für diverse Akteure des politischen Islam. Bezüglich letzterem müsste neben zahlreichen sunnitischen Akteuren insbesondere über die Hisbollah und das iranische Regime geredet werden, die weiterhin in Deutschland viel zu ungehindert agieren können. Die Sicherheitsbehörden beschreiben seit Jahren sehr deutlich die Gefahren, die von diesen antisemitischen Akteuren in Deutschland ausgehen, aber es fehlen die entsprechenden Antworten auf politischer Ebene.

II. HISTORISCHES

Vom religiösen Antijudaismus zum modernen Antisemitismus

Christliche und islamische Judenfeindschaft, israelbezogener Antisemitismus und Erziehung zur Mündigkeit als Antisemitismuskritik

Begriff und Sache des „Antisemitismus“ lassen sich nicht in eine einfach zu handhabende Definition zwingen, sondern nur in den historischen Erscheinungen des Judenhasses darstellen, im Verhältnis zur jeweiligen Form von Gesellschaft ideologiekritisch dechiffrieren und politisch kontextualisieren. Eine soziologische Beschäftigung mit Hass auf Juden und auf den jüdischen Staat spricht von gesellschaftlichen Konstellationen des Antisemitismus und muss stets im Bewusstsein haben, dass es nicht um ihre bloße Beschreibung gehen kann, sondern um ihre Überwindung gehen muss.

Im Folgenden geht es *erstens* um einen groben Überblick zu den religiösen Formen des Antijudaismus, wie sie sich im Christentum und im Islam entwickelt haben, um daran anschließend die Entstehung des modernen Rasseantisemitismus zu skizzieren, der in der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gegenüber dem europäischen Judentum gipfelte. *Zweitens* wird der Antisemitismus als spezifische Reaktionsweise auf die Widersprüche von modernen Gesellschaften kritisiert, in Parallele und in Abgrenzung zum Rassismus diskutiert und in seinen Erscheinungsformen in unterschiedlichen politischen Spektren dargestellt. *Drittens* werden historische und gegenwärtige Erscheinungsformen des Antizionismus und Israelhasses als geopolitische Reproduktion des Antisemitismus interpretiert und israelbezogener Antisemitismus als Integrationsideologie ausgewiesen. *Viertens* werden Formen des islamischen und islamistischen Antisemitismus im 20. und 21. Jahrhundert analysiert. *Fünftens* werden Möglichkeiten und Grenzen einer Kritik und Bekämpfung des Antisemitismus in einer Erziehung zur Mündigkeit, der politischen Bildung und in der Sozialen Arbeit diskutiert.¹

Vom Antijudaismus zum modernen Ressentiment

Der moderne, rassistische Antisemitismus, wie er sich seit dem 18. Jahrhundert entwickelt hat und Ende des 19. Jahrhunderts zur vorherrschenden Form des

1 Der Beitrag erscheint in erweiterter Fassung demnächst in einem Einführungsband zu politischen und soziologischen Themen in der Sozialen Arbeit (Spetsmann-Kunkel 2025).

Antisemitismus wurde, basiert auf religiösen antijüdischen und antijudaistischen Traditionen: einerseits der christlichen Judenfeindschaft, andererseits der islamischen Diskriminierung von Juden. Bereits vor der Etablierung des Christentums existierten jüdenfeindliche Traditionen (Nirenberg 2017), die aber für die heutige Situation eine nur untergeordnete Rolle spielen. Das Christentum ist über zweitausend Jahre hinweg der zentrale Protagonist der Judenfeindschaft. Erst nach dem Nationalsozialismus beginnen die christlichen Kirchen, ihre jüdenfeindlichen Lehren offiziell zu revidieren: die evangelische 1950 bei der Synode von Weißensee, die katholische 1965 beim Zweiten Vatikanischen Konzil – gegen massive Widerstände (Gottschlich 2015: 28–48).

Sechs Jahrhunderte nach der Etablierung des Christentums entstand mit dem kolportierten Sieg Mohammeds über die jüdischen Stämme auf der arabischen Halbinsel eine zweite religiöse Ausprägung des Antijudaismus, die zunächst weniger drastische Folgen für die jüdische Minderheit hatte als die christliche, aber ebenfalls zur Vorgeschichte des modernen Antisemitismus gehört.

Im frühen Christentum entstehen zentrale Topoi des europäischen Antisemitismus. Mit dem Johannesevangelium, in dem Juden bereits als Kinder des Teufels attackiert werden (Voigt 2024: 18), der Substitutionstheologie im 2. Jahrhundert, mit der die Christen als neues „Volk Gottes“ proklamiert werden, das die Juden abgelöst hätte, und mit Augustinus' *Vom Gottesstaat*, das 413–426 entstand, wurde die jüdenfeindliche Ausrichtung des Christentums festgeschrieben. Augustinus postuliert, dass Juden in Knechtschaft und permanenter Erniedrigung leben müssen, weil sie Jesus nicht als Messias anerkennen. Am Beginn des christlichen Antisemitismus steht der Vorwurf des „Gottesmordes“, der bereits das für den späteren Antisemitismus zentrale Bild der allmächtigen, verschwörerischen Juden transportiert, das regelmäßig zu gewaltsamen Übergriffen und Verfolgung führt.

Die Konstellation bei der Entstehung des Islam im 7. Jahrhundert ist eine andere: Im Gegensatz zum Begründer der christlichen Religion setzt Mohammed laut den gängigen Überlieferungen auf die militärische Unterwerfung aller, die den neuen Glauben nicht annehmen und sich seiner Herrschaft nicht unterwerfen wollen. Das betrifft auch die jüdischen Stämme auf der arabischen Halbinsel, die von Mohammed letztlich im Khaybar-Feldzug 628 besiegt werden – worauf sich der islamische Antisemitismus bis heute bezieht, etwa, wenn auf antiisraelischen Demonstrationen skandiert wird „Khaybar, Khaybar, ya yahud! Jaysh Muhammad sa-ya'du“ („Khaybar, Khaybar, oh ihr Juden! Mohammeds Armee kommt bald wieder“).

Am Beginn des Islam steht nicht der Vorwurf, die Juden hätten den Propheten oder Gott ermordet, sondern der Prophet lässt einen Teil der Juden umbringen und unterwirft die Überlebenden. Die daraus resultierende antijüdische Tradition des Islam unterstellt Juden keine Allmacht, sondern betrachtet sie als minderwertige, zu diskriminierende Minderheit. In traditionellen islamischen Gesellschaften haben Juden in der Folge den Status von *dhimmis*, sogenannten Schutzbefohlenen. Es

ist der Status einer systematisch diskriminierten Minderheit, die den Herrschaftsanspruch der Muslime akzeptieren muss, die aber bis ins 20. Jahrhundert in der Regel in den islamisch geprägten Gesellschaften keiner systematischen Verfolgung ausgesetzt ist.

Am Beginn des zweiten Jahrtausends findet eine Radikalisierung antisemitischer Gewalt in Europa statt, sowohl in islamisch beherrschten Gegenden als auch in den christlich dominierten: 1066 kommt es im islamisch beherrschten Granada zu einem der ersten Pogrome gegen Juden in Europa, mit etwa 4.000 Ermordeten (Lewis 2004: 142). In weiterer Folge bleiben solche Ausschreitungen in den islamischen Gegenden aber die Ausnahme. Im christlichen Europa markiert der erste Kreuzzug 1095 eine frühe Radikalisierung der Judenfeindschaft, die zur Zerstörung ganzer jüdischer Gemeinden führt, insbesondere im Rheinland und Teilen Frankreichs. Die Kreuzzüge und die Pogrome in Rouen, Köln, Speyer, Worms und Mainz gelten als erste Welle der Massengewalt gegen Juden in Europa. Sie führen zu einer Verallgemeinerung des antijüdischen Hasses. In der Folge prägen Massenterror und Massenvertreibungen von Juden die Geschichte im christlichen Europa, und es etablieren sich neben dem Vorwurf des „Gottesmordes“ weitere antisemitische Motive, die bis in die Gegenwart fortwirken: Ab dem 12. Jahrhundert kommt es zu Zwangskennzeichnungen von Juden, etwa durch gelbe Stoffflecken, gelbe „Judenringe“ und andere auf die Farbe des Teufels rekurrierende Symbole. Bis heute nachwirkende physiognomische Vorurteile wie die „Judennase“ finden in der mittelalterlichen Kunst starke Verbreitung. Massive Beschränkungen bei der Berufswahl zwängen Teile der Juden in gesellschaftlich (und religiös) geächtete Berufe wie Geldverleiher oder Steuereintreiber, was in der Folge das Klischee vom geldgierigen Juden und vom jüdischen Wucher popularisiert.

Im 12. Jahrhundert wird in England die Ritualmordlegende kolportiert, in der Juden unterstellt wird, christliche Kinder zu entführen und bestialisch zu ermorden. 1290 kommt es zur Ausweisung und Vertreibung der Juden aus Großbritannien, dann aus Frankreich und zahlreichen deutschen Städten. Die Vorstellung einer „jüdischen Weltverschwörung“, die bis heute antisemitisches Denken charakterisiert, entsteht bereits im 13. Jahrhundert (Heil 2006). Während der Pest im 14. Jahrhundert wird der Vorwurf der „Brunnenvergiftung“ popularisiert, der unmittelbar zu Massengewalt gegen die europäischen Juden führt. 1420/21 kommt es zur fast vollständigen Ausrottung der jüdischen Gemeinde in Wien. Mitte des 15. Jahrhunderts wird in Spanien mit dem Statut von Toledo und der „*Limpieza de sangre*“ („Reinheit des Blutes“) erstmals eine prorassistische Ausprägung des Antisemitismus akut, die sich auch gegen tatsächlich oder vermeintlich christlich getaufte Juden richtet.

Im 16. Jahrhundert befeuert Martin Luther mit seinen offen judenfeindlichen Schriften den Hass und die Gewalt gegen Juden, insbesondere mit seinem 1543 erschienenen Pamphlet *Von den Juden und ihren Lügen*. Seine Aufrufe zur Ausmerzung und Vernichtung der Juden und des Judentums sind eine frühe Vor-

wegnahme von Elementen des nationalsozialistischen Vernichtungswahns: Luther forderte „mit Ausnahme der Vergasung alles“, was die „Nationalsozialisten später den Juden Europas antaten“ (Brumlik 2012: 51).

Im 17. Jahrhundert prägt der katholische Prediger Abraham a Sancta Clara mit seinen Hetzschriften gegen den „Abschaum“ der Juden den christlichen Antisemitismus. Seine antisemitische Agitation, in der Juden vorgeworfen wird, ebenso gott- und treulos wie laster- und sündhaft zu sein, wird später von Hitler und den Nationalsozialisten stark rezipiert und reproduziert (Pauley 1993: 46f.).

Im 19. Jahrhundert verwandelt sich der religiös begründete Juden Hass in einen rassistischen Antisemitismus. Nun wirft man Juden nicht nur vor, dass sie eine andere Religion haben, sondern behauptet, sie seien eine volksfremde Rasse. Das Problem liege nicht in ihrem Glauben, sondern in ihrem Blut.

Die Amerikanische Revolution und die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten verschaffen durch das Gleichheitspostulat und die Praktizierung eines religiösen Pluralismus Juden Freiräume und Möglichkeiten, die in den europäischen Gesellschaften bis dahin unbekannt sind. Die Französische Revolution proklamiert erstmals die rechtliche Gleichstellung der Juden in einem europäischen Land. Der im 19. Jahrhundert sich entwickelnde moderne, rassistisch argumentierende Antisemitismus ist zum einen eine Reaktion auf diese partielle Emanzipation der Juden, die sich im 19. Jahrhundert in mehreren europäischen Staaten fortsetzt. Zum anderen ist er eine Reaktion auf die gesellschaftlichen Umbrüche, die sich in der Amerikanischen und der Französischen Revolution manifestierten: die Ablösung des Feudalismus durch eine kapitalistische, bürgerliche Gesellschaft, die Transformation von direkter zu scheinbar subjektloser Herrschaft, das Entstehen von vermittelten Abhängigkeitsverhältnissen und vermeintlich apersonaler Dominanz.

In Deutschland ist der völkische Nationalismus im Gegensatz zu republikanischen Traditionen besonders ausgeprägt (Longerich 2021: 146–170). Republikanische Staaten wie Großbritannien, Frankreich oder die USA sind keineswegs frei von antisemitischen Traditionen, aber im republikanischen Nationalismus existiert eine andere Konstellation als in völkischen Konzeptionen des Deutschen Reichs, die sich als eine Gegenbewegung zur Teilemanzipation der Juden sowohl in Frankreich als auch in Deutschland verstehen. Im deutschen völkischen Nationalismus, der sich später zum Nationalsozialismus radikalisiert, ist von Beginn an klar: Die Juden gehören nicht zum Volk.

Im 19. Jahrhundert entstehen zentrale antisemitische Werke, die als intellektuelle Vorbereitung des nationalsozialistischen Antisemitismus des 20. Jahrhunderts verstanden werden müssen. 1853 bis 1855 erscheint Arthur de Gobineaus mehrbändiger *Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen*, das 1900 auf Deutsch übersetzt wird. 1879 veröffentlicht der deutsche Journalist Wilhelm Marr *Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum* und gründet die „Antisemitenliga“, mit welcher der Begriff des Antisemitismus als Terminus für eine rassistisch argumen-

tierende Judenfeindschaft popularisiert wird. Im selben Jahr prägt der deutsche Historiker und Reichstagsabgeordnete Heinrich von Treitschke den Ausspruch „Die Juden sind unser Unglück“, der sich später auf jeder Titelseite der nationalsozialistischen Hetzpostille *Der Stürmer* findet. Ebenfalls 1879 erscheint *Das moderne Judenthum in Deutschland* vom protestantischen Hofprediger Adolf Stoecker, der ein Jahr zuvor mit den „Christlich-Sozialen“ dem Antisemitismus ein parteipolitisches Standbein verschafft hat. 1881 erscheint Eugen Dührings *Die Judenfrage als Racen-, Sitten- und Culturfrage*. Der Nationalökonom begründet einen antimarxistischen Sozialismus und fordert zunächst die Vertreibung, später die Vernichtung der Juden. 1886 publiziert der katholische Monarchist Édouard Drumont mit *La France juif* eine der ersten umfassenden antisemitischen Welterklärungen. Im selben Jahr wird der *Wanzenepos* des katholischen Herausgebers der seit 1848 erscheinenden *Wiener Kirchenzeitung* veröffentlicht, in dem Juden als Ungeziefer und Parasiten, der Antisemitismus hingegen als notwendiges „Wanzenpulver“ bezeichnet werden, was als eine aus dem katholischen Antisemitismus heraus begründete Vorwegnahme des NS-Vernichtungsantisemitismus gilt. 1899 erscheint mit Houston Stewart Chamberlains *Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts* ein weiteres Grundlagenwerk des völkischen Rasseantisemitismus.

Ende des 19. Jahrhunderts gleichen sich die besonders radikalen Fraktionen des christlichen Antijudaismus immer mehr dem rassistischen Antisemitismus an oder übernehmen ihn im Extremfall vollends (Kertzer 2004: 180–185; Tarach 2022: 119f.). Für die Jesuitenzeitschrift *Civité Catholica* kommt der US-amerikanische Holocaustforscher Daniel Jonah Goldhagen für die 1920er und 1930er Jahre zu dem Urteil, dass sich der dort proklamierte Antisemitismus von jenem der Nationalsozialisten nicht mehr unterscheidet (Goldhagen 2002: 126–135).

Von der pathischen Projektion zur Vernichtung

Die Ideologie des Nationalsozialismus radikalisiert und politisiert den rassistischen Antisemitismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Zentrale Merkmale des Nazi-Antisemitismus lassen sich bereits anhand früher Schriften und Texte von Adolf Hitler nachzeichnen. In seinem *Brief an Gemlich* aus dem Jahr 1919 betont er eingangs, dass es ihm keineswegs bloß um einen religiös begründeten Antijudaismus gehe: „Zunächst ist das Judentum unbedingt Rasse und nicht Religionsgemeinschaft.“ (Hitler 1919) Für seinen rassistischen Antisemitismus greift er auf Motive der christlichen Judenfeindschaft zurück, wettert gegen den „Tanz ums goldene Kalb“ und unterstellt als zentrale Eigenart der jüdischen „Rasse“ das „Streben nach Geld“: „Seine Macht ist die Macht des Geldes, das sich in Form des Zinses in seinen Händen mühe- und endlos vermehrt.“ Hitler begründet in diesem Brief bereits 14 Jahre vor der Machtübergabe an die Nationalsozialisten die Vertreibungs- und Vernichtungsabsicht gegenüber den Juden, die er als „Rassentuberkulose der Völker“ ins Visier nimmt. Der spätere „Führer“ der nationalsozialistischen deutschen

Volksgemeinschaft unterscheidet zwischen einem „Antisemitismus aus rein gefühlsmäßigen Gründen“, der letztlich nur zu Pogromen führe, das von ihm ausgemachte Problem aber nicht lösen könne. In Ergänzung dazu fordert er einen „Antisemitismus der Vernunft“, der zunächst „zur planmäßigen gesetzlichen Bekämpfung und Beseitigung der“ von Hitler halluzinierten „Vorrechte des Juden“ führen müsse. Letztlich gehe es um die „Entfernung der Juden überhaupt“, wozu nur „eine Regierung nationaler Kraft und niemals eine Regierung nationaler Ohnmacht“ in der Lage sei (ebd.).

Der unbeirrbare Weg der Nationalsozialisten zur Macht zielt von Beginn an auf die Ermöglichung der Vernichtung der Juden. Ab 1933 vollzieht sich der Prozess von Ausgrenzung, Diskriminierung und Entrechtung der Juden über Konzentration, Deportation und Vertreibung hin zur Massenvernichtung. Im Holocaust, der auf Hebräisch als Shoah (Katastrophe) bezeichnet wird, werden sechs Millionen Juden systematisch ermordet, zum einen durch eine industrialisierte Mordmaschinerie (die Konzentrations- und Vernichtungslager, insbesondere Auschwitz, Majdanek, Treblinka, Sobibór, Belzec), zum anderen durch Massenerschießungen durch die „Einsatzgruppen“ (Lehnstaedt 2023).

Der nationalsozialistische Antisemitismus war ein Erlösungsantisemitismus (Friedländer 2006), der von der selbst geglaubten Lüge lebte, mit der Ermordung aller Juden alle Probleme aus der Welt zu schaffen: Erlösung von den Widersprüchen der modernen Gesellschaft durch bürokratisch geplanten und bis zur äußersten Konsequenz praktizierten Massenmord. Auf Grund der ideologischen Motivation durch einen Vernichtungs- und Erlösungsantisemitismus, der aus dieser Ideologie folgenden Totalität der Vernichtung und einer ebenso konsequenten wie kaum noch zu beschreibenden Brutalität gilt die Shoah als singular in dem Sinne, dass sie präzedenzlos war.

Postnazismus

Der nationalsozialistische Vernichtungsantisemitismus und die systematische Mordpolitik waren ein historischer Einschnitt – nicht nur für die deutsche Gesellschaft, sondern für die Weltgesellschaft. Seitdem weiß man, dass Judenhass sich derart radikalieren kann, dass er in einer systematischen Massenmordpolitik mündet, die zugleich selbstzerstörerische Züge trägt und den eigenen Untergang zumindest in Kauf nimmt. Zur jüdischen Erfahrung gehört zudem die Erkenntnis, dass die Welt Juden selbst dann nicht zur Hilfe kommt, wenn sie mit einem Antisemitismus konfrontiert sind, der in präzedenzloser Weise nicht nur auf Diskriminierung, Verfolgung und Vertreibung, sondern auf Vernichtung abzielt und eine systematische Massenmordpolitik auf einem ganzen Kontinent Wirklichkeit werden lässt.

Nach 1945 spricht man von nachnationalsozialistischen Gesellschaften. Der Begriff des Postnazismus meint nicht einfach eine chronologische Abfolge, sondern

versucht die Tatsache zu fassen, dass 1945 zwar das Morden geendet hat, aber die viel beschworene „Stunde Null“ nicht stattfand. Die nachfaschistischen und nationalsozialistischen Gesellschaften haben Struktur- und Ideologieelemente des Faschismus und des Nationalsozialismus in sich aufgenommen. Der Begriff des Postnazismus versucht erstens das Fortwesen des Antisemitismus und das Nachwirken nationalsozialistischer und faschistischer Ideologie zu thematisieren; zweitens zielt er auf die massiven personellen und institutionellen Kontinuitäten vom Nationalsozialismus in den postnazistischen Gesellschaften; und drittens kritisiert er die Schuldabwehr und die jahrzehntelang völlig unzureichende Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit und die Derealisierung der massenhaften Unterstützung der nationalsozialistischen Politik durch die deutsch-österreichische Volksgemeinschaft. Darüber hinaus thematisiert er die weltgeschichtliche Dimension der Erfahrung des Nationalsozialismus: Wir leben nach Auschwitz in einer globalen postnazistischen Konstellation, in der das Nachwirken des nationalsozialistischen Antisemitismus, die jeweilige Positionierung gegenüber Elementen der NS-Ideologie und die Strukturierung der weltpolitischen Konstellationen durch die globale Frontstellung des Zweiten Weltkrieges bis heute von entscheidender geopolitischer und weltgesellschaftlicher Bedeutung sind (Grigat 2012).

Antisemitismus, Rassismus und Gesellschaft²

Seit dem Nationalsozialismus ist die sowohl akademische als auch politische Beschäftigung mit historischem und mit aktuellem Antisemitismus zentral für das Selbstverständnis der deutschen Gesellschaft – und die Kritik des Antisemitismus ist eines der am stärksten umstrittenen und politisch aufgeladenen Felder wissenschaftlicher Forschung. In einigen Richtungen der akademisch etablierten Forschung wird suggeriert, Antisemitismus resultiere aus Unkenntnis über Juden, das Judentum oder den jüdischen Staat. Auch viele politische Programme zur Bekämpfung des Antisemitismus beruhen auf dieser Annahme und konzentrieren sich dementsprechend auf das Sichtbarmachen jüdischen Lebens in Deutschland oder anderen Gesellschaften. Doch wäre die zentrale Ursache für Antisemitismus tatsächlich Unkenntnis, wäre es vergleichsweise einfach, etwas dagegenszusetzen, beispielsweise durch Begegnungsprogramme von jüdischen und nicht-jüdischen Jugendlichen, Tagen der offenen Synagoge und Informationsreisen nach Israel. Klassischen Vorurteilen kann so tatsächlich begegnet werden, aber man muss sich bewusst bleiben, dass so der Antisemitismus nicht aus der Welt zu schaffen ist, da es sich bei ihm um eine umfassende, wahnhaft-projektive Weltsicht handelt. Für diese ressentimenthafte Weltsicht existiert eine Vielzahl sich ergänzender Erklärungsmodelle, die weit über traditionelle Vorurteiltstheorien hinausweisen (Beyer 2015).

2 Die folgenden Ausführungen beruhen teilweise auf Grigat (2023).

Anstatt Antisemitismus als simples Vorurteil zu verharmlosen, über das man allein durch bessere Information aufklären könne, sollte er als eine Kritik an der „antisemitischen Gesellschaft“ im Sinne von Theodor W. Adornos und Max Horkheimers *Dialektik der Aufklärung* dechiffriert werden (Horkheimer/Adorno 1997: 225). Der Hass auf Juden und das Judentum existiert zwar seit Jahrtausenden, aber Antisemitismus ist keine anthropologische Konstante, sondern eine je unterschiedliche wahnhaft-projektive Reaktion auf die jeweils historisch bestehenden Gesellschaften (Enderwitz 2018). Eine entfaltete Kritik des Antisemitismus muss in Abgrenzung zu einem traditionellen Theorieverständnis sich stets dem Anspruch verpflichtet fühlen, ein, wie Horkheimer es früh für eine allgemeine kritische Theorie der Gesellschaft formuliert hat, „einziges entfaltetes Existenzialurteil zu sein“ (Horkheimer 1995: 244).

In diesem Verständnis ist der Antisemitismus des 19., 20. und 21. Jahrhunderts die antiemanzipatorische Ideologie schlechthin: In ihm bündelt sich der Hass auf Aufklärung, Selbstreflexion und Freiheit. Der moderne Antisemitismus reagiert auf die Widersprüche der modernen Gesellschaft. Alles als unangenehm und bedrohlich Wahrgenommene wird auf Juden, das Judentum und später auch auf den jüdischen Staat projiziert und dann bekämpft. Mit einer enormen Verschiebungsleistung werden im Antisemitismus Juden, das Judentum oder ein „jüdisches Prinzip“ für die Ambivalenzen und für sowohl gesellschaftliche als auch persönliche Krisen verantwortlich gemacht. Anstatt sich mit Widersprüchen auseinanderzusetzen und die tatsächliche Herrschaft zu kritisieren, weichen Antisemiten der Konfrontation mit den real für Herrschaft und Ausbeutung Verantwortlichen aus. Sie scheuen den Konflikt mit der wirklichen Macht und stürzen sich auf die als mächtig nur halluzinierten Juden. Das heißt: Antisemiten sind Feiglinge.

Antisemitismus ist wesentlich eine Reaktionsweise auf eine nicht begriffene, fetischistische, sich selbst mystifizierende Gesellschaft (Postone 2005: 175–194):

„Der moderne Antisemitismus ist die leidenschaftliche wie manichäisch-weltanschauliche Flucht in die ethnische Personalisierung unterdurchschauter Dynamiken einer zerrissenen Moderne, wobei sich diese Flucht historisch aus religiösen Motiven, triebökonomisch aus dem Grundgefühl der Ohnmacht und ideologisch aus der selektiven Aneignung der Fetischformen speist.“ (Ellmers 2024)

Antisemitismus betreibt eine scheinbare Vereindeutigung, beruht auf Personalisierung und denkt in manichäischen Bildern. Der Drang zur wahnhaften Konkretisierung der Abstraktion ist eines der maßgeblichen Elemente des Antisemitismus und der modernen Gesellschaft mit ihrer zunehmenden Ablöse von unmittelbaren und persönlichen Herrschaftsverhältnissen durch sachlich vermittelte inhärent (Scheit 2004: 246–254). Der Antisemitismus ist eine regressive Revolte gegen das globale Prinzip scheinbar subjektloser Herrschaft, durch das sich Menschen „anonymen Mächten“ ausgesetzt sehen, und gegen die als Zumutung und Bedrohung empfunden

dene Abstraktheit von Ökonomie und Politik. So verstanden ist der Antisemitismus eine Basisideologie der modernen Gesellschaften, die ihre eigene Negation – im positiven wie im negativen Sinne – hervorbringen.

Die in der Kritik der politischen Ökonomie des 19. Jahrhunderts maßgeblich von Karl Marx entwickelte Kritik des Fetischismus und Mystizismus der modernen Gesellschaft ist von entscheidender Bedeutung für die Kritik dieser ideologischen Weltbetrachtung und liefert die Grundlage für eine Kritische Theorie des Antisemitismus: Die Begriffsschärfe der entfalteten Kritik der politischen Ökonomie ist notwendig, um das Umschlagen einer Ökonomiekritik in ein verfolgendes Ressentiment zu verunmöglichen oder zumindest entscheidend zu erschweren (Grigat 2007: 273–281).

Ein zentrales Moment des modernen Antisemitismus ist der Hass auf die abstrakte Seite ökonomischer Prozesse, die in den Juden biologisiert wird. Das Nicht-Greifbare wird so versucht dingfest zu machen (Salzborn 2010: 157–168). Am deutlichsten wurde das bei der im Nationalsozialismus vorgenommenen Trennung in deutsches „schaffendes Kapital“ und jüdisches „raffendes Kapital“, die von antisemitischen Ideologen wie Gottfried Feder bereits 1919 in seiner Schrift mit dem programmatischen Titel *Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes* vorgenommen wurde.³ Die Grundlage dieser Trennung ist aber keine Erfindung der nationalsozialistischen Ideologie, sondern die tendenziell allen geläufige Unterscheidung in Arbeitsplätze schaffende, verantwortungsbewusste Industriekapitalisten einerseits und das unproduktive Kapital der Zirkulationssphäre andererseits. Die Unbegriffenheit der globalen Kapitalverwertung und die ressentimenthafte Kritik an ihren Erscheinungsformen sowie eine in zahlreichen politischen Lagern anzutreffende ideologische Herangehensweise, in der die Ökonomie in eine konkretistisch erklärte produktive einerseits und eine moralisch zu attackierende spekulative andererseits aufgespalten wird, führt mit einer gewissen Notwendigkeit zu einer ressentimenthaften Konkretisierung des als bedrohlich Empfundenen, das aus den unterschiedlichen religiösen Traditionen heraus und in jeweiligen historischen Kontexten mit Juden identifiziert wird. Allein schon dieser zentrale Aspekt des projektiven Wahns des Antisemitismus macht deutlich, dass die antisemitische ideologische Welterklärung nicht einfach mit anderen Formen von „Menschenfeindlichkeit“ oder Diskriminierungen auf eine Stufe gestellt werden kann.

Eine Kritik des Antisemitismus muss zeigen, dass dieser nicht einfach ein gegen Juden gerichteter Rassismus ist. Es geht hierbei nicht darum zu behaupten, der Antisemitismus müsse *mehr* bekämpft werden als der Rassismus, sondern darum, sich die unterschiedliche Funktionsweise von Rassismus und Antisemitismus zu vergegenwärtigen, um sie jeweils *besser* bekämpfen zu können.

3 Umfassendes (Bild-)Material zur Illustration dieser Entgegensetzung im Nationalsozialismus findet sich bei Herf (2006).

Es gibt wichtige Gemeinsamkeiten, aber auch entscheidende Unterschiede zwischen Rassismus und Antisemitismus. Rassisten halten die Menschen, die sie diskriminieren, verfolgen, unterdrücken und töten, für dumm, tierisch und unzivilisiert. Letztlich repräsentieren sie in den Augen der Rassisten ungebändigte Natur. Juden wird im modernen Antisemitismus das Gegenteil unterstellt: Sie repräsentieren das Abstrakte, das schwer Greifbare in der modernen Gesellschaft.

Sehr Rassismus und Antisemitismus auch zusammenhängen und miteinander korrespondieren, existiert ein fundamentaler Unterschied: Es ist allein der Antisemitismus, der als allumfassende verschwörungsmythische Welterklärung auftritt und eine existenzielle Feinderklärung vornimmt (Rensmann 1999: 195). Etwas schematisch lässt sich der zentrale Unterschied wie folgt auf den Punkt bringen: Die Abgrenzung gegen die „Minderwertigen“ findet im Rassismus seinen Ausdruck. Gegen die „Überwertigen“ richtet sich der Antisemitismus. Den Opfern des Rassismus wird nicht ihre Überlegenheit, sondern ihre Unterlegenheit vorgeworfen (Bruhn 2019: 89–124). Der Rassismus biologisiert historisch und aktuell real existierende Produktivitätsgefälle – er wendet sich gegen die Ohnmacht der Rassifizierten. Die Antisemiten wissen insgeheim um die zumindest bis zur Gründung Israels existierende Schutzlosigkeit der Juden, was ihnen ein jederzeitiges Losschlagen gegen sie ermöglicht. Dennoch imaginieren sie ihre prospektiven Opfer im klaren Gegensatz zu den Opfern des Rassismus gerade nicht als ohnmächtig, sondern als allmächtig. Als Verkörperung der Abstraktheit beherrschen Juden in den Augen der Antisemiten die ganze Welt, wozu die Opfer des Rassismus im Bewusstsein der Rassisten gar nicht in der Lage wären. Anders formuliert: Kein Mensch fantasiert von einer „afrikanischen Weltverschwörung“. Die verschwörungsmythische Vorstellung von der Existenz einer „jüdischen Weltherrschaft“ oder dem Streben danach ist hingegen ein zentrales Element des modernen Antisemitismus und wurde bereits im christlichen Antijudaismus seit Jahrhunderten kolportiert.

In beiden Fällen, beim Rassismus wie beim Antisemitismus, handelt es sich um fetischistische Reflexionen moderner Gesellschaftlichkeit, und in beiden Fällen, beim Rassismus wie beim Antisemitismus, handelt es sich um Bedrohungsszenarien, die sich die Subjekte halluzinieren. Die Art der Bedrohung, die halluziniert wird, ist aber entscheidend anders: Antisemiten imaginieren sich ihre Vernichtung durch den überlegenen Geist, die „Herren des Geldes“ oder die als illegitim begriffene jüdische Staatlichkeit. Dieser imaginierten Bedrohung gedenken sie durch die Vernichtung der personifizierten bzw. zur politischen Souveränität gelangten Abstraktheit in Gestalt der Juden bzw. des jüdischen Staates zuvorkommen.

Dabei muss hervorgehoben werden, dass es sich hierbei zunächst nur um eine idealtypische begriffliche Bestimmung von Rassismus handelt. Auch im rassistischen Bewusstsein finden sich Fantasien von einer Allmächtigkeit der Rassifizierten. Zu denken wäre hier an die Vorstellungen von angeblicher sexueller Omnipotenz, die allerdings an der Einschätzung der Opfer des Rassismus als Unterwertige nichts ändert und die Reduzierung der Rassifizierten auf die erste Natur

nur mehr um eine weitere Facette ergänzt. Außerdem lassen sich auch hier wichtige Unterschiede zwischen antisemitischen und rassistischen Zuschreibungen aufzeigen. „Schwarze“ imaginiert sich das rassistische Bewusstsein in der Regel als muskelbepackte Omnipotente. Häufig kommt dazu noch das Bild vom „schwarzen“ Vergewaltiger. Der Jude hingegen fungiert in der klassischen antisemitischen Projektion nicht als Vergewaltiger, sondern als Verführer, als hinterhältiger Verderber, der seine Opfer nicht, wie der rassifizierte Schwarze, durch physische Gewalt oder äußerliche Reize ins Elend stürzt, sondern durch eine Art emotionaler und psychischer Heimtücke oder durch Geld. Das entsprechende Bild ist nicht das vom naturverbundenen, wohlgeformten jungen Kerl, sondern jenes vom alten, gekrümmten geilen Bock (Jacoby/Lwanga 1990).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit ähnlich strukturierte Ressentiments mit dem Antisemitismus vergleichbar sind. Der Massenmord an den Armeniern am Beginn des 20. Jahrhunderts wurde beispielsweise durch Propaganda gegen nichttürkische „Ausbeuter“ und „Blutsauger“ vorbereitet (Kieser/Schaller 2002: 20), und auch heute noch findet sich im türkischen Nationalismus ein radikales, antiarmenisches Ressentiment (Küpeli 2023). Die antichinesischen Ressentiments in Indonesien, die sowohl in den 1960er als auch in den 1990er Jahren zu Pogromen geführt haben, weisen zahlreiche Übereinstimmungen mit den Elementen der antisemitischen Ideologie auf. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts agitierten Antisemiten in Mexiko nicht nur gegen Juden, sondern auch gegen Chinesen als Repräsentanten der Zirkulationssphäre. Doch trotz der strukturellen Ähnlichkeiten bleibt darauf hinzuweisen, dass sich hier vor allem Gemeinsamkeiten mit den mittelalterlichen Formen der Judenfeindschaft zeigen. Ein zentrales Element des modernen Antisemitismus, die wahnhaftige Vorstellung von der weltbeherrschenden Macht der Juden, findet sich bei diesen strukturell verwandten Ressentiments nicht.

Die Besonderheit des Antisemitismus resultiert in erster Linie aus dem unterstellten spezifischen Umgang mit Geld und Geist, woraus für Antisemiten die besondere Gefährlichkeit der Juden folgt. Auf Grund ihrer besonderen Bedrohlichkeit, die nicht aus ihrer Quantität, sondern ihrer unterstellten Qualität resultiert, sind sie es, die als „Gegenrasse, als negative[s] Prinzip als solches“ (Horkheimer/Adorno 1997: 192) ins Visier genommen werden. Aus dieser halluzinierten Bedrohung resultiert eine spezifische Verfolgungspraxis, die – in der „Logik“ des Antisemitismus nur konsequent – aufs Ganze geht. Am deutlichsten wurde das im Nationalsozialismus, in dem sowohl der Antisemitismus als auch der Rassismus zu millionenfachem Massenmord geführt haben. Während es hinsichtlich der jüdischen „Gegenrasse“ jedoch um totale Vernichtung ging, war im Fall des antislawischen Rassismus im Nationalsozialismus nach dem millionenfachen Mord, der insbesondere im Zuge des Vernichtungskrieges im Osten begangen wurde, die partielle Beherrschung der „rassisch Minderwertigen“ ins Auge gefasst – was allein dadurch möglich wurde, dass in den Augen der Rassisten „die Slawen“ oder „die

Afrikaner“ zu jener unterstellten spezifisch jüdischen Handhabung von Geld und Geist gar nicht fähig sind.

Vor diesem Hintergrund wird auch die Problematik des Begriffs „Islamophobie“ deutlich, der häufig in Parallelisierung zum Antisemitismus benutzt wird, in erster Linie aber darauf abzielt, jegliche Kritik an den unterschiedlichen Strömungen des Islam als ebenso ungerechtfertigte wie krankhafte Panikmache zu delegitimieren. Eines der Hauptprobleme beim „Islamophobie“-Begriff ist die ihm inhärente Gleichsetzung einer ressentimenthaft begründeten Ablehnung des Islam oder eines Hasses auf in Europa lebende Muslime mit dem seit über 2000 Jahren existierenden, als allumfassende Welterklärung auftretenden und in der Shoah kulminierenden Antisemitismus. Derartige Gleichsetzungen oder auch Parallelisierungen basieren auf der falschen Annahme, Muslime würden in den heutigen ressentimenthaften und wahnhaft-projektiven Verarbeitungen von Widersprüchen und Krisen in der Gesellschaft eben jene Funktion erfüllen, die Juden im klassischen Antisemitismus haben. Doch keine politisch relevante Gruppierung imaginiert Muslime oder gar ein „islamisches Prinzip“ als Verkörperung der Zersetzung und als Personifikation des globalen Prinzips subjektloser Herrschaft, in deren Vernichtung der Krisencharakter der Moderne zu exorzieren wäre. Das aber ist ein Kernelement des antisemitischen Wahns. Wenn Antisemiten im Westen oder das iranische Regime sowie djihadistische Terror-Gruppierungen wie Hamas und Hisbollah von einem jüdischen Drang nach Weltherrschaft fantasieren, ist das eine wahnhafte Projektion der eigenen Wünsche auf den ewigen Todfeind. Der Hinweis auf einen globalen Herrschaftsanspruch im Islam hingegen ist keine Verschwörungstheorie (auch wenn er von Rechtsradikalen häufig in der Form von paranoidem Gerede vorgebracht wird), sondern dieser Anspruch wird von maßgeblichen Strömungen des Islam offen artikuliert.

Erscheinungsformen des Antisemitismus: Rechts, links und die „Mitte der Gesellschaft“

Antisemitismus findet sich heute in allen gesellschaftlichen Schichten und in allen politischen Spektren – allerdings in unterschiedlicher Ausprägung und Intensität. Etwa ein Viertel der Bevölkerung in der Bundesrepublik stimmt klassisch antisemitischen Aussagen wie „Die Juden haben zu viel Einfluss in der Welt“ zu. Aussagen aus dem Bereich des israelbezogenen Antisemitismus wie die Gleichsetzung der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern mit der Verfolgungs- und Mordpolitik gegenüber den Juden im Nationalsozialismus werden von etwa 35 % der Bevölkerung unterstützt. Formen des Schuldabwehr-Antisemitismus, der auch als sekundärer Antisemitismus bezeichnet wird, sind besonders verbreitet: 49 % der Bundesbürger forderten 2022, einen „Schlussstrich“ unter die NS-Vergangenheit

zu ziehen (Schwarz-Friesel/Friesel/Reinharz 2010; Hestermann/Nathanson/Stetter 2022; AJC 2022).

Dass Antisemitismus heute keineswegs allein ein Problem bei Parteien am äußersten rechten politischen Spektrum darstellt und neben der gesellschaftlichen Mitte auch in der politischen Linken ein Rolle spielt, wurde in den letzten Jahren immer wieder herausgearbeitet, nicht nur für die deutschsprachigen Länder, sondern beispielsweise auch für den angelsächsischen Raum. Als historisch entscheidender Protagonist des *offenen* Antisemitismus hat die Rechte in dieser Hinsicht dennoch weiterhin besondere Aufmerksamkeit verdient.

Im klassischen Rechtsextremismus sowie im neonazistischen und rechtsterroristischen Milieu spielt offen artikulierter Antisemitismus weiterhin eine zentrale und integrierende Rolle (Botsch 2019a; Salzborn 2020b). Es wäre fatal, bei der Linken richtigerweise immer wieder auch implizit, sekundär und strukturell antisemitische Argumentationen ins Visier zu nehmen, bei der politischen Rechten jenseits des klassischen Konservatismus aber Entwarnung zu geben, nur weil sich dort abseits der offen neonazistischen Gruppierungen und Parteien mittlerweile nur mehr in Ausnahmefällen offen judenfeindliche Äußerungen finden lassen. So wie bei der Linken muss auch bei Parteien wie der AfD, der FPÖ und vergleichbaren politischen Formationen gefragt werden, wie sie unabhängig von offen artikuliertem Judenhas mit ihrer Ideologie und ihren politischen Verlautbarungen eine antisemitische Sicht auf die Welt befördern. Zu betrachten wären hier neben dem insbesondere für die FPÖ charakteristischen Geraune über „raffgieriger Bankmanager“ das „internationale Spekulantentum“ und die „Zocker von der Ostküste“ (kritisch dazu Schiedel 2017: 111) oder Björn Höckes Attacken gegen „internationale Finanzhaie“, „Globalisten“ und den „modernen Kasino-Kapitalismus“ (Höcke 2018: 202, 209), allem voran die aggressive Abwehr der nationalsozialistischen Vergangenheit und die geschichtsrevisionistischen Vorstöße, wie sie sich in den letzten Jahren insbesondere bei Funktionsträgern, Mitgliedern und in der Anhängerschaft der AfD zeigen.

2017 hielt der thüringische AfD-Vorsitzende Björn Höcke auf einer Veranstaltung in Dresden eine Rede, die er sowohl vom Inhalt als auch im Duktus problemlos auf jedem NPD-Parteitag hätte vortragen können. Im Hinblick auf den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit forderte er eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“, das Mahnmal für die ermordeten Juden in Berlin bezeichnete er als „Denkmal der Schande“, und bezüglich der alliierten Anstrengungen, den deutschen Vernichtungswahn militärisch niederzuringen und nach 1945 zumindest eine rudimentäre Entnazifizierung und Reeducation ins Werk zu setzen, fabulierte er in einer klassischen Form pathisch-projektiver Schuldabwehr von der zunächst physischen und sodann geistigen Vernichtung des deutschen Volkes: „Man wollte uns mit Stumpf und Stiel vernichten, man wollte unsere Wurzeln roden. Und zusammen mit der dann nach 1945 begonnenen systematischen Um-erziehung hat man das auch fast geschafft.“ (Höcke 2017)

Das in der AfD nahezu strömungsübergreifend gängige Anprangern von einem vermeintlichen „Schuldkult“, das sich auch in zahlreichen programmatischen Schriften findet (Grimm/Kahmann 2017), zeigt die AfD als einen aktuell entscheidenden Protagonisten eines Schuldabwehr-Antisemitismus, für dessen Analyse sich die Schriften der klassischen Kritischen Theorie auch heute noch als ausgesprochen fruchtbar erweisen. Allein die Aussage einer strömungsübergreifenden parteiinternen Integrationsfigur wie Alexander Gauland, er wolle auf die deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg stolz sein dürfen (Salzborn 2020a: 25), also auf jene Wehrmachtssoldaten, die den rassistischen Vernichtungskrieg geführt haben und auch für die Massenvernichtung der europäischen Juden unabdingbar waren, wirft ein Schlaglicht auf den politischen Charakter dieser Partei.

In ihrer Außendarstellung versuchen Teile der AfD sich als antisemitismuskritisch darzustellen, obwohl Protagonisten der sich selbst als „Neue Rechte“ begreifenden Formationen die Partei immer stärker prägen. Eines der Hauptcharakteristika dieser „Neuen Rechten“ ist, dass sie sich selbstbewusst in die Tradition der intellektuellen Vorbereiter des Nationalsozialismus – der sogenannten „Konservativen Revolution“ – stellen (Weiß 2017: 15–37) und sich explizit auf die Philosophie von Martin Heidegger beziehen. Das bedeutet: Sie reihen sich ganz offen in eine antisemitische Tradition ein (Gruber 2023/24: 92–96), die sie zugleich per Deklaration und gegen jede Evidenz von jeglichem Antisemitismus freisprechen.

Die Agitation gegen einen Finanzmagnaten wie George Soros, der in der rechtsradikalen und rechtspopulistischen Propaganda nicht nur der AfD und der FPÖ, sondern weltweit als eine Art neuer Rothschild herhalten muss, sowie die Taxierung der vermeintlichen Drahtzieher des „großen Austauschs“ (zu dessen Planung und Organisation die rassifizierten Migranten im antisemitischen und rassistischen Bewusstsein selbst gar nicht in der Lage wären) liefern Paradebeispiele für den oben thematisierten Hass auf das vagabundierende, vermeintlich volkszeretzende Finanzkapital der Zirkulationssphäre.

Für das sozial deklassierte oder sich von Deklassierung bedroht führende Wählerpotenzial von Parteien wie der AfD oder der FPÖ scheint es so, als würden die etablierten Parteien im vorauseilenden Gehorsam gegenüber nicht dingfest zu machenden internationalen Finanzagenturen und nicht greifbaren Politagenten ihre korporatistischen Versprechen verraten und stattdessen auf den Neoliberalismus setzen. Auch ohne explizit antisemitische Äußerungen kommen sie als Gemeinschaft der sich permanent belogen und betrogen Fühlenden gar nicht umhin, sich immer wieder dunkle Mächte zu halluzinieren, die für alles und jedes verantwortlich gemacht werden – was zwangsläufig antisemitischen Ressentiments Tür und Tor öffnet. Weder die AfD noch die FPÖ stehen für einen Neoliberalismus, wie er in anderen westlichen Demokratien von bestimmten Kapitalfraktionen favorisiert wird, sondern sie agitieren für die Produktivierung der völkischen Nation. Der Neoliberalismus wird nur als Fitnessprogramm für Nation und Vaterland akzeptiert, nicht als umstandslos zu gewährende schrankenlose Freiheit für das Kapital.

Eine auf antisemitische Codes zurückgreifende Agitation gegen die Agenten der Zirkulationssphäre findet sich auch in Teilen der Linken und insbesondere in einigen Fraktionen der Antiglobalisierungsbewegung, die nicht von einer Kritik der politischen Ökonomie ausgehen, sondern von einem in einer ressentimenthaften Personalisierung gründenden Antikapitalismus, der zumindest strukturelle Ähnlichkeiten zum antisemitischen Weltbild aufweist. Zur Kritik an dieser ressentimentgeladenen Aufspaltung der Ökonomie bietet sich abermals ein Rückgriff auf Adorno und Horkheimer an, die bereits in *Elemente des Antisemitismus* darauf verwiesen haben, inwiefern die „Verantwortlichkeit der Zirkulationssphäre für die Ausbeutung gesellschaftlich notwendiger Schein“ (Horkheimer/Adorno 1997: 198) ist und die antisemitisch-projektive Sicht auf die moderne Gesellschaft befördert.

Antisemitismus und Israel

Der Hass auf Israel erweist sich immer wieder als „antisemitische Integrationsideologie“ (Salzborn 2018: 139), durch die politisch ausgesprochen heterogene Spektren zusammenfinden können. Der israelbezogene Antisemitismus ist neben Formen der Schuldabwehr gegenwärtig die am weitesten verbreitete Form von Antisemitismus (RIAS Berlin 2021/IFES 2021). Die Analyse der geopolitischen Reproduktion des Antisemitismus im Antizionismus ist heute eine der zentralen Aufgaben sowohl einer kritischen Theorie des Antisemitismus als auch für die historische Aufarbeitung der globalen Judenfeindschaft.

Es existierten und existieren Formen des Antizionismus, die nicht antisemitisch sind: etwa der religiös begründete Antizionismus von ultraorthodoxen jüdischen Gruppierungen oder universalistische, meist linke Argumentationen, die sich im Rahmen einer allgemeinen Staats- und Nationskritik „in der Welt vor Auschwitz, als die Begriffe noch stimmten“ (Diner 1991: 78), in den heftig geführten innerjüdischen Debatten gegen den Zionismus wandten. Aber schon lange vor der Staatsgründung Israels bilden sich eindeutig antisemitische Ausprägungen des Antizionismus heraus, sowohl in der politischen Rechten wie in der Linken, im Islamismus ebenso wie im arabischen Nationalismus – und um diese geht es bei der Kritik eines israelbezogenen Antisemitismus.⁴

4 In den letzten Jahren wurde mehrfach verdeutlicht, wie sehr christliche Motive auch in den unterschiedlichen Erscheinungsformen des Israelhasses eine entscheidende Rolle spielen, und inwiefern christliche Traditionen des Antisemitismus bei dem ausgesprochen schwierigen Verhältnis des Vatikan zum jüdischen Staat von Bedeutung waren und sind (Jansen 2023). Allein schon vor diesem Hintergrund ist die Tatsache, dass dieser Band in der Schriftenreihe der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen (katho) erscheint, und dass die Hochschulleitung der katho 2020 das Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) eingerichtet und 2022 die Professur für Theorien und Kritik des Antisemitismus etabliert hat, als eine vorbildliche Form von praktizierter Selbstkritik zu verstehen, die Schule machen sollte. Besonders deutlich hat in letzter Zeit Tilman Tarach auf die Rolle christlicher Konzeptionen und Motive im

Hinsichtlich des israelbezogenen Antisemitismus wird seit einigen Jahren der sogenannte 3-D-Test als eine Art Zauberformel zur Kritik der Delegitimierung Israels und des Zionismus und zur Unterscheidung von „legitimer“ und antisemitischer Kritik an Israel kolportiert. Der israelische Politiker Natan Sharansky hatte 2004 angesichts der Welle wüster Israel-Schmähungen infolge der Zweiten Intifada, in der über 1.000 Israelis bei Terroranschlägen ermordet wurden, die Anwendung von doppelten Standards, die Dämonisierung Israels und die Delegitimierung seiner Existenz als klare Indikatoren für eine antisemitische Kritik am israelischen Vorgehen ausgemacht (Sharansky 2004). Kritik an bestimmten politischen Entscheidungen in Israel ist normal und wird permanent formuliert – insbesondere in Israel selbst. Das Problem sind nicht Kritik und Diskussion, sondern offener Israelhass und weniger offen artikulierte antiisraelische Ressentiments. Eine erste Annäherung bei der Frage, inwieweit eine Kritik an israelischer Politik antisemitisch ist, kann der 3-D-Test leisten. Wenn Israel als Staat dämonisiert wird und antisemitische Verschwörungsmythen angeführt werden, wenn Israel das Existenzrecht abgesprochen wird, wenn der jüdische Staat delegitimiert wird, wenn er anders beurteilt wird als andere Länder in vergleichbaren Situationen und damit ein doppelter Standard angelegt wird – dann haben wir es mit klassischen Fällen von israelbezogenem Antisemitismus zu tun.

Dieser „3-D-Test“ ist zwar ein sinnvolles Instrumentarium, um zumindest den krudesten Antisemitismus in den Anwürfen gegen Israel kenntlich zu machen, aber er ist keineswegs hinreichend, um den Attacken auf den jüdischen Staat angemessen entgegenzutreten – allein schon, weil an einen Staat mit einer derartigen, vom Vernichtungsantisemitismus geprägten Vorgeschichte, der sich seit seiner Gründung in einer feindlichen Umwelt behaupten muss und dem bis zum heutigen Tag mit der Vernichtung gedroht wird, nicht die gleichen Maßstäbe anlegt werden können wie an andere Staaten.

Wichtig ist, die historischen Traditionen zu verdeutlichen, in denen gegenwärtige antizionistische Artikulationen stehen. In aktuellen Debatten über Zionismus und Antizionismus ist zu wenig präsent, dass der Nationalsozialismus von Beginn an nicht nur traditionell antisemitisch, sondern auch explizit antizionistisch war. Der maßgebliche nationalsozialistische Text zum Zionismus stammt von Alfred Rosenberg, der das jüdische Staatsgründungsprojekt als „staatsfeindlich“ qualifiziert (Rosenberg 1938). Adolf Hitler attestierte 1928 den Juden, sie seien „mangels eigener produktiver Fähigkeiten“ zu einem „Staatsbau räumlich empfundener Art“ nicht in der Lage (zit. n. Weinberg 1961: 220). Würden Juden ein staatsähnliches Gebilde erschaffen, so könne das wie schon im antiken Jerusalem nichts anderes sein als eine Art Universität für den jüdischen Zersetzungsgeist, der die echten

antisemitischen Antizionismus hingewiesen; zum Teil anhand bisher stark unterbelichteten Materials – beispielsweise hinsichtlich des Jerusalemer Erzbischofs Hilarion Capucci (Tarach 2022: 143–156), allerdings mit einer starken Tendenz zur Überbetonung der „christlichen Wurzeln“ bei der Dechiffrierung des modernen Antisemitismus.

Staaten ins Unglück stürze: In einer Rede von 1920 führt Hitler aus, der „ganze Zionistenstaat soll nichts werden als die letzte vollendete Hochschule ihrer internationalen Lumpereien“ (zit. n. Jäckel/Kuhn 1980: 190).

Die oben erwähnte Entgegensetzung von Abstraktem und Konkretem, von „raffendem“ und „schaffendem“ Kapital, wird hier ins Politische übersetzt: Den vermeintlich organischen, echten Staaten wird als zersetzende Negation der „künstliche Zionismus“ entgegengestellt. Diese Entgegensetzung fand ihren Nachhall nach 1945 sowohl im arabischen Nationalismus als auch in der antiimperialistischen radikalen Linken und in den diversen Spielarten des Islamismus. Deutsche Neonazis stellen sich heute ganz unmittelbar in diese Tradition und postulieren mit einer Paraphrasierung Heinrich von Treitschkes: „Israel ist unser Unglück“ (zit. n. Rensmann 2021).

Nach 1945 hatten Teile der antiimperialistischen Linken maßgeblichen Anteil an der Perpetuierung des Antizionismus. Die Grundlagen für die antizionistische Agitation, wie sie sich gegenwärtig insbesondere in der globalen BDS-Kampagne findet (Feuerherdt/ Markl 2023), wurden in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg gelegt, und die Grundmotive eines autoritären, marxistisch argumentierenden Antizionismus lassen sich bis in die Zeit vor dem Nationalsozialismus zurückverfolgen. Anhand des Beispiels der Kommunistischen Partei Deutschlands lässt sich zeigen, dass die ressentimenthafte Ablehnung des jüdischen Staatsgründungsprogramms auch in Teilen der Linken schon lange vor 1948 existierte: Die antizionistischen Positionen, die in der westeuropäischen Linken nach dem Sechstagekrieg und in der osteuropäischen Staatslinken seit Beginn der 1950er Jahre vertreten wurden, mussten „nicht erst 1967 oder nach 1945 erfunden werden. In den Grundzügen bestand diese Position schon vor 1933“ (Kistenmacher 2016: 281).

Beim linken Antizionismus haben im Hinblick auf die theoretischen Bezüge deutliche Verschiebungen stattgefunden. Während in den 1920er und 30er Jahren und noch viel stärker in den Jahrzehnten des Kalten Krieges ein antiimperialistischer, auf den Marxismus-Leninismus rekurrerender „Befreiungsnationalismus“ der zentrale Bezugspunkt war, hat sich in den letzten drei Dekaden ein abstrakter Antinationalismus und ein unhistorischer Universalismus zur maßgeblichen Legitimation des Antizionismus entwickelt, die durch die sozialwissenschaftlichen Debatten der letzten Jahrzehnte weit in den politischen Mainstream hineinwirken. Das hat mit dazu geführt, dass zionistischen Juden in gewissen linken Milieus nun nicht mehr vorgeworfen wird, sie könnten gar keinen richtigen Staat, sondern nur ein „künstliches Gebilde“ erschaffen, sondern ganz im Gegenteil, sie würden starrsinnig an ihrem Staat und ihrer Nation festhalten, obwohl das Konzept der Nationalstaatlichkeit historisch doch längst obsolet sei.

Auch die Verschiebung von materialistischen, kritisch-theoretischen Paradigmen hin zu postmodernen, poststrukturalistischen und postkolonialen Ansätzen in der akademischen Linken (kritisch dazu Elbe 2020: 242–275; Elbe 2024) prägt

die gegenwärtige Auseinandersetzung über israelbezogenen Antisemitismus, wie sich in Deutschland in jüngerer Vergangenheit in der Debatte über Achille Mbembe 2020, die documenta 15 in Kassel 2022 und die Situation nach den Massakern von 10/7 gezeigt hat – besonders ausgeprägt in letzter Zeit in einem sich als links zumindest begreifenden akademischen Kunst-Milieu (kritisch dazu die Beiträge in Naumann 2024). Zur Einordnung dieser Debatten erweist sich eine *Arbeitsdefinition für Antisemitismus* wie jene der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) als ausgesprochen hilfreich, weil sie explizit Formen des israelbezogenen Antisemitismus anführt (IHRA 2016; Jikeli 2023). Gegen die IHRA-Definition, die von zahlreichen deutschen und internationalen Institutionen übernommen wurde und von der überwiegenden Mehrzahl der jüdischen Gemeinden empfohlen wird, richtet sich die *Jerusalem Declaration on Antisemitism*, die sich in erster Linie damit beschäftigt, was alles nicht als antisemitisch bezeichnet werden sollte (kritisch zur JDA Rensmann 2023, apologetisch Ullrich et al. 2024).

Islam und Islamismus

Die Beurteilung eines eindeutig antisemitischen Antizionismus in den unterschiedlichen Spielarten des Islamismus, der seit der Jahrtausendwende als „aggressivste und brutalste Variante“ eines „universalen Antiuniversalismus“ (Salzborn 2018: 125) gelten muss, ist um ein Vielfaches unumstrittener als der Antizionismus in den mannigfaltigen Fraktionen der Linken. Die Deutlichkeit und die Offenheit der Formulierungen inklusive expliziter Vernichtungsdrohungen im Islamismus erinnern eher an rechtsradikale europäische Traditionen des Antizionismus denn an linke, deren Besonderheit gerade darin besteht, sich selbst von jeglichem Antisemitismus freizusprechen. Das zeigt sich besonders deutlich bei den diversen Fraktionen der Muslimbruderschaft und bei jenem Regime, das seit 1979 den Iran beherrscht.

Der im September 2022 verstorbene Yusuf al-Qaradawi, der als Fernsehprediger auf *Al Jazeera* und Vorsitzender des *European Council for Fatwa and Research* einer der einflussreichsten Vordenker des sunnitischen Islam war, hat den Holocaust für vorbildlich erklärt: Hitler sei die „letzte Strafe“ für das jüdische Volk gewesen, die Allah ihm wegen „seiner Verkommenheit“ auferlegt habe, und in der Zukunft sollten die Muslime selbst Hand anlegen. 2009 erklärte al-Qaradawi: „So Gott will, wird das nächste Mal diese Strafe durch die Hand der Gläubigen erfolgen“ (zit. n. Cáceres 2010). Die ägyptische Muslimbruderschaft, aus der al-Qaradawi stammt, war für fast alle späteren Richtungen des radikalen Islam prägend. Das gilt auch für das iranische Regime und die Hisbollah, die in einigen Aspekten zwar mit Gruppierungen und Parteien der Muslimbruderschaft konkurrieren, aber immer wieder mit ihnen kooperieren – insbesondere bei der Bekämpfung Israels.

Gerade beim politischen Islam ist zu betonen, dass hier der Antisemitismus deutlich älter ist als der jüdische Staat – was auch für viele Ausprägungen des arabischen Nationalismus gilt, der jahrzehntelang für die politischen Entwicklungen

in der Region bedeutender war als der Islamismus, mit dem er zumindest anfänglich in klarer Konkurrenz stand. Die Muslimbruderschaft entstand 1928 als Prototyp einer islamistischen Organisation nahezu zeitgleich mit den faschistischen Massenbewegungen in Europa. Die Nationalsozialisten haben die Etablierung der Muslimbrüder materiell und ideologisch aktiv unterstützt. Mit etwa einer Millionen Mitgliedern war die Muslimbruderschaft nach 1945 die „größte antisemitische Bewegung der Welt“ (Küntzel 2019a: 120). Der sprunghafte Anstieg ihrer Mitglieder resultierte Anfang der 1930er Jahre – ganz so wie beim europäischen Faschismus und Nationalsozialismus, aber in einem anderen religiösen und gesellschaftlichen Kontext – aus einer massenhaften, wahnhaft projektiven Reaktionsweise auf die hereinbrechende krisenhafte Moderne. Diese Reaktion auf die Ambivalenzen und emanzipativen Potenziale der Moderne war später auch einer der zentralen Gründe für die Massenunterstützung des Ajatollahs Ruhollah Khomeini seit den 1970er Jahren im Iran.

Zentrale Bedeutung für die Kooperation von Teilen der islamisch geprägten arabischen und frühen palästinensischen Nationalbewegung mit dem Nationalsozialismus hatte der Mufti von Jerusalem, Amin al-Husseini, der in den 1920er und 1930er Jahren zur führenden Figur der arabischen Nationalbewegung im Mandatsgebiet Palästina wurde, offen antisemitische Hetze verbreitete und von den Nazis unterstützt wurde. Von 1941 bis Kriegsende lebte al-Husseini in Berlin. In der Hauptstadt des „Dritten Reiches“ pflegte er enge Verbindungen zu den Spitzen des NS-Staates. Er traf Adolf Hitler und zentrale Figuren der Vernichtungspolitik gegen die europäischen Juden. Der Mufti war in die Aufstellung muslimischer SS-Divisionen und in die antisemitische Vernichtungspolitik involviert. Insbesondere beteiligte er sich an der antisemitischen NS-Propaganda, welche die Nationalsozialisten mittels des Kurzwellensenders in Zeesen bei Berlin auf Arabisch, Türkisch und Persisch in die Region des Nahen und Mittleren Osten sendeten. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges gelang es ihm, sich der alliierten Strafverfolgung zu entziehen. Er kehrte in den Nahen Osten zurück und setzte sich erneut an die Spitze der arabisch-palästinensischen Nationalbewegung, was entscheidend zur Ablehnungshaltung der arabischen Regierungen gegenüber der Gründung eines jüdischen Staates (und auch zur Ablehnung der Gründung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels) beitrug und zum ersten Angriffskrieg der arabischen Staaten auf den 1948 gegründeten Staat Israel führte. An der Person des Muftis wird besonders deutlich, wie sehr der Antisemitismus die Entstehung des Konfliktes zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn geprägt und befördert hat (Mallmann/Cüppers 2006; Herf 2010a).

Die Schriften des Gründers der Muslimbruderschaft, Hassan al-Banna, und des späteren Vordenkers Sayyid Qutb haben bis heute zentrale Bedeutung für die diversen Richtungen des politischen Islam, sowohl des legalistischen als auch des terroristischen. Dazu zählen etwa Qutbs 1950 veröffentlichtes Pamphlet *Unser Kampf mit den Juden*, das bis heute islamistische Attentäter rund um den Globus

inspiriert, und al-Bannas *Todesindustrie* aus dem Jahr 1938. Die Schriften Qutbs wurden in den Jahrzehnten vor der Islamischen Revolution vom heutigen obersten geistlichen Führer des Iran, Ali Khamenei, ins Persische übersetzt und bilden einen zentralen ideologischen Bezugspunkt der iranischen Islamisten (Ünal 2016). Al-Banna veröffentlichte noch 1946 Lobpreisungen für Amin al-Husseini. Der bis heute verehrte Führer der ägyptischen Muslimbruderschaft erklärte bezüglich des Muftis: „Was für ein Held, was für ein Wunder von Mann [...] der mit der Hilfe Hitlers und Deutschlands ein Empire herausforderte und gegen den Zionismus kämpfte. Deutschland und Hitler sind nicht mehr, aber Amin Al-Husseini wird den Kampf fortsetzen“ (zit. n. Herf 2010b: 285).

Der islamische Antisemitismus sollte in einem ideologiekritischen Verständnis als pathisch-projektive Abwehr einer neuen, ambivalenten, das Potenzial der Emanzipation in sich aufhebenden Form von Gesellschaft dechiffriert werden: als eine Form des modernen Antimodernismus. Zugleich müssen die Spezifika des islamischen, sowohl für die Muslimbruderschaft und andere sunnitische Islamisten als auch für das iranische Regime und die Hisbollah charakteristischen Antisemitismus betont werden: „Nur hier verschmelzen der degradierende Anti-Judaismus des Frühislam und der verschwörungsbezogene Antisemitismus der Moderne zu einer Einheit.“ (Küntzel 2019a: 34)

Der Antisemitismus unter Muslimen sowohl in Europa als auch im globalen Maßstab stellt heute eine der größten Herausforderungen für die Antisemitismuskritik dar. Nahezu alle Erhebungen zeigen, dass sowohl klassisch antisemitische als auch auf Israel bezogene antisemitische Aussagen bei Muslimen auf deutlich mehr Zustimmung stoßen als bei Nicht-Muslimen (Jikeli 2024). Dabei geht es nicht ausschließlich um radikale, fundamentalistische und djihadistische Ausprägungen des Islam, sondern auch um Protagonisten eines orthodox-konservativen Mehrheitsislam. Einflussreiche Vordenker, die als Kritiker des islamistischen Djihadismus gelten, können nichtsdestotrotz Protagonisten eines islamischen Antisemitismus sein (Küntzel 2008: 24ff.).

Dennoch existieren in den moderaten Ausprägungen des Islam auch Gegenstimmen, und mitunter wird im Rahmen religiöser Argumentationen deutliche Kritik sowohl an den antijüdischen Traditionen als auch an aktuellen antisemitischen Äußerungen formuliert. In der islamistischen Ideologie der radikalen Ausprägungen des politischen Islam hingegen ist der Antisemitismus ebenso zentral wie unumstritten. Das gilt sowohl für die diversen global operierenden Gruppierungen der Muslimbruderschaft als auch für den „Islamischen Staat“ und jenes theokratisch-diktatorische Regime, das seit 1979 im Iran herrscht.

Durch das iranische Regime existiert trotz seiner deutlichen Schwächung im Jahr 2024 eine spezifische Bedrohungskonstellation: Die Kombination des eliminatorischen Antizionismus und einer islamistischen Märtyrerrideologie mit dem Streben nach der Technologie der Massenvernichtung und der Existenz von immer noch zehntausenden Raketen der von Teheran finanzierten und aufgerüsteten

Hisbollah im Libanon gebietet es, das iranische Regime, seine Verbündeten und seine globalen Unterstützer ins Zentrum einer aktuellen Kritik des Antisemitismus zu rücken.

Antisemitismuskritik und Erziehung zur Mündigkeit

Die akademische Beschäftigung mit Antisemitismus kann keine interesselose sein, sondern die Beschäftigung mit dem Gegenstand impliziert notwendigerweise dessen Verurteilung. Einer Kritik des Antisemitismus muss es um die Verunmöglichung des Antisemitismus und um seine ideologiekritische Dechiffrierung gehen. Jede noch so treffende Rekonstruktion des Bewusstseins der Antisemiten und jede noch so detaillierte Nacherzählung der Geschichte des Antisemitismus steht letztlich staunend vor dem projektiven Wahn des Judenhasses, dem es praktisch gilt entgegenzutreten: „In Wahrheit gibt es letztlich nur ein einziges tragendes Motiv, sich mit Antisemitismus zu beschäftigen: ihm Widerstand entgegenzusetzen.“ (Gottschlich 2012: 9) Dennoch sind sowohl die ideologiekritische Rekonstruktion des antisemitischen Bewusstseins als auch die präzise historische Darstellung der Modifikationen des Antisemitismus zwingend erforderlich – allein schon, um sich bei seiner Bekämpfung keinen Illusionen hinzugeben, die Grenzen der theoretischen Kritik auszuloten und die Notwendigkeit der praktischen Gegenwehr zu verdeutlichen.

Es ist die Aufgabe einer jeden Antisemitismuskritik, den Zusammenhang zwischen den Antisemiten und der Gesellschaft, die sie hervorbringt, sichtbar zu machen. Zugleich gilt es jedoch zu verdeutlichen, dass dieser Zusammenhang weder zur Entschuldigung der Antisemiten noch der Gesellschaft taugt (Scheit 2004: 14). Auch in einer die Entfaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der Individuen beschränkenden Gesellschaft sind Subjekte, die sich für Hass und Gewalt gegenüber Juden, jüdischen Institutionen oder dem jüdischen Staat entscheiden, für ihre Entscheidungen zur Verantwortung zu ziehen.

Zum Wesen des Antisemitismus gehört es, Juden in eine ausweglose Situation zu versetzen. Dem reichen Juden wird sein Erfolg angekreidet, der arme als Schnorrer verachtet. Der Assimilant erscheint als heimtückischer Zersetzer des Volkskörpers, der Traditionsbewusste als anpassungsunfähiger Sonderling. Der sexuell Aktive gilt als Verderber und Verführer der Jugend, der Enthaltsame als impotenter Schwächling. Was auch immer Juden tun, sie liefern den Antisemiten stets nur neues Material zur Illustration ihres Wahns. Passt ein Verhalten einmal nicht in die projektive Bilderwelt des Antisemiten, wird es gerade dadurch integriert, dass in solch einem unerwarteten Agieren eine besondere Perfidie zwecks Verschleierung der wahren Absichten vermutet wird.

Antisemitismus ist das „Gerücht über die Juden“ (Adorno 1951: 125). Eine Kritik des Antisemitismus im Sinne der Kritischen Theorie beschäftigt sich dementsprechend vorrangig nicht mit den Objekten, sondern den Subjekten des Antisemi-

tismus, also nicht mit Juden, dem Judentum oder dem jüdischen Staat, sondern mit den psychischen Bedürfnissen und den mal bewussten, mal unbewussten Motiven der Judenhasser. Unabhängig von dieser Wendung aufs Subjekt bleibt es aber notwendig, darauf zu reflektieren, inwiefern Besonderheiten der jüdischen Religion Juden, das Judentum und in späterer Folge auch den jüdischen Staat für den Hass von Menschen prädisponieren, die sich von Vermittlung, Vernunft, Intellektualität und Zweifel bedroht fühlen. Insofern spielen die Unterschiede zwischen den Religionen bezüglich ihres jeweiligen Verhältnisses zu Vermittlung, Vernunft, Intellektualität etc. eine zentrale Rolle, wenn es um die Untersuchung der sehr spezifischen religiösen Traditionen des Antisemitismus geht.

Antisemiten bekämpfen in einer wahnhaften Projektion im „jüdischen Prinzip“ und seinen vermeintlichen Verkörperungen gesellschaftliche und individuelle Ambivalenzen, Widersprüche und Krisenerscheinungen. Dies kann als wesentliches Element in den unterschiedlichen Äußerungsformen des Antisemitismus ausgemacht werden. Im Antisemitismus

„bleiben alle Ambivalenzen der modernen bürgerlichen Gesellschaft kognitiv nicht nur unverstanden und unreflektiert, sondern affektiv auch der emotionalen Bearbeitung vorenthalten, da Gefühle abstrahiert werden und damit die ambivalente Zerrissenheit des modernen Subjekts nicht ertragen wird“ (Salzborn 2015: 159).

Ein Mittel zur Bekämpfung der antisemitischen Reaktionsweise wäre die massenhafte Herausbildung selbstreflexiver Individuen, die lernen, in einer mündigen und verantwortlichen Art und Weise mit diesen sowohl individuellen als auch gesellschaftlichen Ambivalenzen, Widersprüchen und Krisenerscheinungen umzugehen. Doch in der Kritik des Antisemitismus muss man sich stets der „Grenzen der Aufklärung“ bewusst bleiben – eine Formulierung, die nicht zufällig als Untertitel für Adornos und Horkheimers berühmten Text *Elemente des Antisemitismus* in der *Dialektik der Aufklärung* gewählt (Horkheimer/Adorno 1997: 192) und später unter anderem von Detlev Claussen aufgegriffen wurde (Claussen 2005).

Wo immer es verwirklicht ist, gilt es, gesellschaftliche Verhältnisse herbeizuführen, die ein Mindestmaß an Selbstreflexion und zu Erfahrung fähiger Mündigkeit aufrechterhalten (Adorno 1971). Es ginge darum, zumindest die Möglichkeit zu bewahren, den antisemitischen Wahn aufzubrechen, die Antisemiten vor sich selbst erschrecken zu lassen, zur Selbstbesinnung anzuhalten und bestenfalls zur Selbstkritik anzustiften. Das Problem ist jedoch, dass die modernen Formen der Vergesellschaftung die Möglichkeiten der Herausbildung einer selbstreflexiven, mündigen Individualität einerseits schaffen und andererseits sabotieren. Sich der „Grenzen der Aufklärung“ bewusst zu sein bedeutet: Wo das nicht geht, gilt es, die Antisemiten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln an der Umsetzung ihrer letztlich massenmörderischen Ziele zu hindern. Schon Adorno verwies darauf, dass es gegen manifesten Antisemitismus stets gelte, die „zur Verfügung stehenden

Machtmittel ohne Sentimentalität“ anzuwenden (Adorno 1962: 364). Das gilt im nationalstaatlichen Rahmen ebenso wie in der Auseinandersetzung mit antisemitischen Akteuren in der internationalen Politik.

Wenn jemand ein geschlossen antisemitisches Weltbild hat, helfen keine Verweise darauf, dass Juden gar nicht so mächtig sind, wie im Antisemitismus behauptet wird. Und wenn jemand meint, Israel sei das Grundübel in der Welt und stecke hinter nahezu jedem Problem, hilft kein Vortrag über die historische Entwicklung im Nahen Osten.

Gegen die antisemitische Agitation, die notwendig ist, um das verfolgende Bewusstsein hervorzubringen oder am Leben zu erhalten, ist man keineswegs machtlos. Der Antisemitismus kann letztlich nur durch die Aufhebung seiner gesellschaftlichen Gründe zum Verschwinden gebracht werden. Ein „Ende des Antisemitismus“, wie es 2018 auf einer großen internationalen Konferenz an der Universität Wien halb verkündet, halb eingefordert wurde, würde letztlich bedeuten, eine befreite Gesellschaft zu konstituieren, in der jeder ohne Angst und Zwang verschieden sein könnte: „die Verwirklichung des Allgemeinen in der Versöhnung der Differenzen“ (Adorno 1951: 116). Gegen die antisemitische Agitation und Praxis existieren aber auch in der heute bestehenden Gesellschaft gewisse Instrumente. Jede Aktion, sei sie politisch, polizeilich, juristisch oder auch militärisch, die unmittelbar auf die Verhinderung antisemitischer Praxis und Propaganda gerichtet ist, zeigt, dass es durchaus effektive Mittel gibt, um sich gegen Antisemitismus zur Wehr zu setzen. Aus der Welt schaffen kann diese dringend notwendige Gegenwehr den Antisemitismus allerdings nicht.

In dieser Gleichzeitigkeit der Notwendigkeit einer allgemeinen Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen, die Antisemitismus und Rassismus immer wieder hervorbringen, und der Notwehr gegen unmittelbare Bedrohungen drückt sich das Spannungsverhältnis zwischen universalistischen und zwangsweise partikularen Formen der Emanzipation aus: Ein universalistischer Ansatz erinnert uns an die Notwendigkeit allgemeiner Emanzipation, allein schon, um zumindest die Denkmöglichkeit festzuhalten, dem Antisemitismus und Rassismus perspektivisch tatsächlich ein „Ende“ zu setzen. Gleichzeitig gilt es aber, sich der Notwendigkeit bewusst zu bleiben, im Hier und Jetzt Antisemitismus und Rassismus ganz konkret entgegenzutreten. Genau darauf zielt Adorno in seiner *Negativen Dialektik*, wenn er schreibt, dass es darum geht, „im Stande der Unfreiheit“ alles „Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe“ (1966: 358). Das ist nach Adorno der neue kategorische Imperativ nach dem Nationalsozialismus. Bei diesem wäre allerdings stets zu konkretisieren, was das in der jeweils aktuellen politischen und gesellschaftlichen Konstellation bedeutet. Ansonsten droht selbst noch dieser Imperativ zur rhetorischen Spielmarke eines in Deutschland mittlerweile weit verbreiteten folgenlosen Gedenkens an die Vergangenheit zu verkommen.

Was nützt, ist eine sowohl theoretische als auch praktische Kritik des Antisemitismus, die alle Ausprägungen des historischen und insbesondere des aktuellen globalen Antisemitismus umfasst und gleichzeitig in der Lage ist, eine Gewichtung der Gefahren vorzunehmen, die von den jeweiligen antisemitischen Akteuren aktuell ausgehen. Es bedarf einer akademischen Anstrengung, die völkische Burschenschaftler, christliche Traditionen des Antijudaismus, den Schuldabwehr-Antisemitismus einer AfD, den „gebildeten Antisemitismus“ (Schwarz-Friesel 2015) der gesellschaftlichen Mitte (Schwarz-Friesel/Reinharz 2013) und den offenen Antisemitismus von europäischen oder US-amerikanischen Neonazis genauso selbstverständlich ins Visier nimmt wie die israelfeindlichen Teile der globalen Linken, die israelfeindlichen Traditionen des arabischen Nationalismus und aktuell insbesondere die diversen Ausprägungen des globalen islamischen Antisemitismus. Um dem kategorischen Imperativ Adornos gerecht werden zu können, muss permanent aufs Neue die Diskussion geführt werden, welche gesellschaftliche Relevanz und welches Bedrohungspotenzial die jeweiligen Ausprägungen des Antisemitismus in der je aktuellen globalen und gesellschaftlichen Konstellation haben.

Politische Bildung und Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft

Antisemitismus und Rassismus sind in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland nicht nur eine Gefahr für die unmittelbar Betroffenen, sondern auf Grund ihres demokratie- und aufklärungsfeindlichen Kerns und wegen der immensen Bedeutung der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit für das Selbstverständnis der bundesrepublikanischen Gesellschaft und des deutschen Staates zentrale Herausforderungen in der Gegenwartsgesellschaft – und allein dadurch auch für die Profession der Sozialen Arbeit. Vor diesem Hintergrund hat sich antisemitismus- und rassismuskritische Bildungsarbeit als Bestandteil einer umfassenden Erziehung zur Mündigkeit nach der Erfahrung von Auschwitz (Ahlheim/Heyl 2019; Fischer 2020) in Deutschland und Österreich in den letzten zehn Jahren zu einem in der Sozialen Arbeit stark diskutierten Themenbereich entwickelt – insbesondere im Rahmen der Auseinandersetzung über Soziale Arbeit als „Menschenrechtsprofession“, in der Selbstreflexion der Disziplin über die eigene Geschichte und über die Verstrickung Sozialer Arbeit in den Nationalsozialismus (Ernst 2021; Altling/Momper 2024) und insbesondere über Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft (Radvan 2010; Schäuble 2012; Radvan 2016; Gögercin et al. 2018; Awad 2019).

In der Sozialen Arbeit Tätige sind auf vielfältige Weise mit Antisemitismus konfrontiert, und bei Praktikern der Sozialen Arbeit existieren sehr unterschiedliche Reaktionen auf die Herausforderung, auf Antisemitismus reagieren zu müssen: von einem ausgeprägten Problembewusstsein inklusive einer Begriffsschärfe im Bereich der Antisemitismuskritik über die Artikulation von Überforderung gepaart

mit dem Wunsch nach Fortbildung bis hin zu Abwehr, Infragestellung der Relevanz des Themas für die Soziale Arbeit und Verweigerung einer vertiefenden Befassung (Radvan 2017: 43).

Es existieren mittlerweile mannigfaltige Beispiele für gelungene Aufklärungs-, Bildungs-, Interventions- und Präventionsprojekte gegen Antisemitismus – sowohl in der Erwachsenen- als auch in der Jugendarbeit – bezüglich traditionellen antisemitischen Stereotypen ebenso wie hinsichtlich eines israelbezogenen Antisemitismus (Müller 2022; Schubert 2022): Die Bandbreite reicht von spezifischen „musikbezogenen Jugendszenen“, Fanprojekten im Fußball (Baier/Grimm 2022), „Digital Streetwork“ hinsichtlich Sozialer Medien und Internet, intersektionaler Pädagogik und der klassischen Vermittlungsarbeit hinsichtlich des Nationalsozialismus und der Shoah (Grimm/Müller 2020). Allgemein kann formuliert werden, dass Projekte in der Bildungs- und Sozialen Arbeit bezüglich Antisemitismuskritik und -prävention umso erfolgreicher und effektiver sind, je expliziter sie einerseits über die Besonderheiten des Antisemitismus und andererseits über die Grenzen der Aufklärung reflektieren (Rajal 2023).

Letztlich geht es im Kontext der Sozialen Arbeit bei der Kritik des Antisemitismus stets um das Spannungsverhältnis von einer Erziehung zur Mündigkeit im Sinne der Herausbildung selbstreflexiver, zu lebendiger Erfahrung fähiger Individualität einerseits und dem Bewusstsein über die Grenzen der Aufklärung andererseits, die das Setzen von Grenzen gegen Antisemitismus notwendig macht. Kritik des Antisemitismus in der Sozialen Arbeit bedeutet, die Resistenzkraft gegen Antisemitismus in den Individuen zu stärken und sie dergestalt gegenüber aufklärungsfeindlichen, autoritären, exkludierenden und in letzter Konsequenz mörderischen Ideologien zu wappnen. Soziale Arbeit kann einen Beitrag dazu leisten, Menschen gegen Antisemitismus zu immunisieren: einerseits durch antisemitismuskritische Bildungsarbeit, die für Einzelne und gesamtgesellschaftlich zunächst materiell überhaupt erst ermöglicht werden muss, und andererseits durch Anstiftung zur Selbstreflexion: „Es gilt, die Urteils- und Erfahrungsfähigkeit der Einzelnen so zu stärken, dass die antisemitische Ideologie nicht mehr blind wirkt, sondern erkannt und kritisiert werden kann.“ (Stögner 2022: 50) Es braucht „in der Sozialen Arbeit ein Wissen und Können, aber auch eine antisemitismuskritische Haltung. Diese kann im Studium der Sozialen Arbeit erworben werden, wenn es Angebote zum Thema gibt, aber auch durch Weiter- und Fortbildungen“ (Perko/Czollek/Eifler 2021: 12).

Eine besondere Herausforderung für Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft stellt der Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus dar, der insbesondere seit dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober in der deutschen Gesellschaft verstärkt diskutiert wird, auch hinsichtlich der Implikationen für Bildungs- und Aufklärungskonzeptionen (Firsova-Eckert/Schubert 2024). Antisemitismuskritische Bildungsarbeit steht immer wieder vor dem Problem, dass man in der Diskussion über den israelisch-palästinensischen Konflikt auf die Behauptung trifft,

der Antisemitismus in den arabischen und den islamisch geprägten Ländern sei ein *Resultat* des Nahost-Konflikts. Auch in der „transnationalen Sozialen Arbeit“ wird mitunter in Abrede gestellt, dass Antisemitismus eine der zentralen Ursachen des Konfliktes ist; der Antisemitismus in nahöstlichen Gesellschaften wird als „Mittel zum Zweck“ (Mendel 2023: 110) verharmlost und nicht in seiner konstitutiven Bedeutung und in seiner ideologischen Verhärtung ernst genommen.

Diesbezüglich ginge es darum, dass Bildungsangebote auf allen Ebenen verdeutlichen, inwiefern das nicht den historischen Tatsachen entspricht. Der arabische und islamische Antisemitismus muss als eine der zentralen *Ursachen* dieses Konfliktes herausgearbeitet werden. In vielen Aspekten ist er nicht Folge, sondern Grundlage dieses Konfliktes und prägt dessen Verlauf bis heute maßgeblich.

Für eine Bildungsarbeit gegen israelbezogenen Antisemitismus gilt es, einerseits im Bewusstsein zu halten, dass sich Menschen mit Ressentiments gegenüber dem jüdischen Staat in aller Regel kaum für die realen Verhältnisse im Nahen Osten interessieren und dementsprechend auch die Kritik des Antizionismus zunächst gar nichts über die je spezifische Ausgestaltung israelischer Politik und zionistischer Praxis aussagen kann und muss. Zugleich besteht andererseits die Notwendigkeit, die Geschichte Israels und der Konflikte in der Region stärker in die Kritik des Antisemitismus zu integrieren, allein schon, um den antiisraelischen Narrativen (und das heißt allzu oft: Erfindungen oder verzerrten historischen Darstellungen) mit Fakten gewappnet entgegentreten zu können, um zumindest in jenen Fällen Erfolge zu erzielen, bei denen israelfeindliche Aussagen in erster Linie auf eklatantem Unwissen beruhen.⁵

Im akademischen Bereich wären Institute für Antisemitismuskritik erforderlich, die sich nicht auf die historische Aufarbeitung des europäischen Judenhasses beschränken, sondern gerade den aktuellen und den israelbezogenen Antisemitismus in einer global vergleichenden Perspektive ins Zentrum stellen. Das würde insbesondere bedeuten, sich in viel stärkerem Ausmaß als bisher den Ausprägungen des Antisemitismus in den mannigfaltigen Strömungen des politischen Islam zuzuwenden und ebenso Gegenströmungen in den islamisch geprägten Gesellschaften deutlich stärker in den Blick zu nehmen. Letztere spielen insbesondere für didaktische und pädagogische Konzepte der Bildungsarbeit in einer Migrationsgesellschaft eine zentrale Rolle.

Durch intensivierte Migrationsbewegungen aus der Region des Nahen und Mittleren Ostens seit 2015, die darauf reagierende Rezeption der Konflikte in dieser Region in der deutschen Gesellschaft und damit einhergehende Diskussionen über israelbezogenen Antisemitismus einerseits und antiarabischen Rassismus

5 Das Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) der ktho führt seit 2024 das Fort- und Weiterbildungsprojekt „IBAS – Israelbezogenem Antisemitismus an Hochschulen entgegentreten“ in Nordrhein-Westfalen durch. Eine exemplarische Kritik an fehlgeleiteten Ansätzen zu einer antisemitismus- und rassismuskritischen Beschäftigung mit den Konflikten im Nahen Osten und ihrer Rezeption in Deutschland findet sich bei Baier et al. (2025).

andererseits kommt der Entwicklung des Verhältnisses Israels zu seinen Nachbarländern eine entscheidende Bedeutung für antisemitismus- und rassismuskritische Bildungsarbeit zu. Sowohl Verweise auf den ägyptisch-israelischen und den jordanisch-israelischen Friedensvertrag von 1979 und 1994 als auch auf die Abraham Accords, mit denen seit 2020 weitere arabische Staaten wie Bahrain, Marokko und die Vereinigten Arabischen Emirate Frieden mit Israel geschlossen haben, können das Narrativ von der ewigen und quasi naturwüchsigen arabisch-israelischen Feindschaft nachhaltig durchbrechen – und daher ist zu hoffen, dass ihre stärkere Rezeption in Deutschland auch einen wichtigen Beitrag zur antisemitismus- und rassismuskritischen Bildungsarbeit im Rahmen der Sozialen Arbeit leisten kann.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1951): *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*. In: Adorno, Theodor W.: *Gesammelte Schriften (GS)*, Bd. 4. Frankfurt a. M. 1997: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. (1962): *Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute*. In: Adorno, Theodor W.: *GS*, Bd. 20. Frankfurt a. M. 1997: Suhrkamp, 360–383.
- Adorno, Theodor W. (1966): *Negative Dialektik*. In: Adorno, Theodor W.: *GS*, Bd. 6. Frankfurt a. M. 1997: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. (1971): *Erziehung zur Mündigkeit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Ahlheim, Klaus; Heyl, Matthias (Hg.) (2019): *Adorno revisited: Erziehung nach Auschwitz und Erziehung zur Mündigkeit*. Hannover: Offizin.
- Alting, Thure; Momper, Benny (2024): *Die Soziale Arbeit erinnert sich (nicht) – Zur Geschichte und Geschichtsschreibung der Sozialen Arbeit im Nationalsozialismus*. In: Richter, Salome u. a. (Hg.): *Antisemitismus in der postnazistischen Migrationsgesellschaft. Eine interdisziplinäre Bestandsaufnahme*. Opladen: Budrich, 75–90.
- American Jewish Committee Berlin Lawrence and Lee Ramer Institute (AJC) (2022): *Antisemitismus in Deutschland. Eine Repräsentativbefragung*. Berlin: AJC.
- Awad, Alia (2019): *Antisemitismus in der Jugendarbeit: „Da gehen wir in die Reibung“*. Ein Sozialarbeiter erzählt. In: *Belltower News. Netz für digitale Zivilgesellschaft*, 3.7.2019, <https://www.belltower.news/interview-antisemitismus-in-der-jugendarbeit-da-gehen-wir-in-die-reibung-87091/> [Zugriff: 26.1.2025].
- Baier, Jakob; Grimm, Marc (Hg.) (2022): *Antisemitismus in Jugendkulturen. Erscheinungsformen und Gegenstrategien*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Baier, Jakob; Beck, Volker; Beer, Florian; Grimm, Marc; Habig, Jana; Stahl, Andreas (2025): *Zu den Auswirkungen des arabisch-israelischen Konflikts im Klassenraum. Kritische Anmerkungen zu „Empfehlung Fachdidaktik: Hamas-Terror, Gaza-Krieg, Nahost-Konflikt – 50 Handlungsmöglichkeiten für Lehrer*innen“ von Karim Fe-*

- reidooni. EMPATHIA³ Working Paper Series, No.3, <https://doi.org/10.46586/E3.358>.
- Beyer, Heiko (2015): Theorien des Antisemitismus: Eine Systematisierung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Vol. 67, Nr. 3, 573–589.
- Botsch, Gideon (2019a): Der ‚Bomben-Holocaust‘ von Dresden. Die NPD als antisemitische Partei. In: Salzborn, Samuel (Hg.): Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen. Baden-Baden: Nomos, 179–196.
- Botsch, Gideon (2019b): Rechtsextremismus und ‚neuer Antisemitismus‘. In: Glöckner, Olaf; Jikeli, Günther (Hg.): Das neue Unbehagen. Antisemitismus in Deutschland heute. Hildesheim: Olms, 21–38.
- Bruhn, Joachim (2019): Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation. Freiburg: ça ira.
- Brumlik, Micha (2012): Innerlich beschnittene Juden. Zu Eduard Fuchs’ *Die Juden in der Karikatur*. Hamburg: Konkret.
- Cáceres, Javier (2010): An den Teufel verkauft. In: Süddeutsche Zeitung, 22.12.2010, <https://www.sueddeutsche.de/sport/neuer-sponsor-beim-fc-barcelona-an-den-teufel-verkauft-1.1039090> [Zugriff: 24.03.2024].
- Claussen, Detlev (2005): Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Diner, Dan (1991): Täuschungen: Israel, die Linke und das Dilemma der Kritik. In: Brumlik, Micha; Kiesel, Doron; Reisch, Linda (Hg.): Der Antisemitismus und die Linke. Frankfurt a. M.: Haag & Herchen, 73–83.
- Elbe, Ingo (2020): Gestalten der Gegenaufklärung. Untersuchungen zu Konservatismus, politischem Existentialismus und Postmoderne. Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Elbe, Ingo (2024): Antisemitismus und postkoloniale Theorie. Der „progressive“ Angriff auf Israel, Judentum und Holocausterinnerung. Berlin: Edition Tiamat.
- Ellmers, Sven: (2024): Was ist moderner Antisemitismus? Ein Erklärungsvorschlag auf Grundlage der Theorien von Freud, Fromm und Postone. Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, CARS Working Papers 24, Aachen, DOI: <https://doi.org/10.17883/5308>.
- Enderwitz, Ulrich (2018): Antisemitismus und Volksstaat. Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung: Freiburg: ça ira.
- Ernst, Tim (2021): Gleichgeschaltet in die Praxis: die Soziale Frauenschule Aachen und der Nationalsozialismus. In: Baum, Markus; Breidung, Julia Maria; Spetsmann-Kunkel, Martin (Hg.): Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft. Rassismus, Rechtspopulismus und extreme Rechte zum Thema machen. Opladen: Budrich, 189–221.

- Feuerherdt, Alex; Markl, Florian (2023): Die Israel-Boykottbewegung BDS und die documenta fifteen. Vom alten Hass zur Delegitimierung des jüdischen Staates. In: Grigat, Stephan (Hg.): Kritik des Antisemitismus in der Gegenwart: Erscheinungsformen – Theorien – Bekämpfung. Baden-Baden: Nomos, 135–157.
- Firsova-Eckert, Elizaveta; Schubert, Kai E. (Hg.) (2024): Israelbezogener Antisemitismus, der Nahostkonflikt und Bildung. Analysen und didaktische Impulse. Opladen: Budrich.
- Fischer, Michael (2020): Nach der Erziehung zur Mündigkeit. Anmerkungen zu Antisemitismus und Pädagogik. In: Hagen, Nikolaus; Neuburger, Tobias (Hg.): Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft – Theoretische Überlegungen, Empirische Fallbeispiele, Pädagogische Praxis. Innsbruck: Innsbruck University Press, 185–200.
- Friedländer, Saul (2006): Die Jahre der Vernichtung: Das Dritte Reich und die Juden 1939–1945. München: C. H. Beck.
- Gögercin, Süleyman et al. (2018): Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Grundlagen – Konzepte – Handlungsfelder. Wiesbaden: Springer VS.
- Goldhagen, Daniel Jonah (2002): Die katholische Kirche und der Holocaust. Eine Untersuchung über Schuld und Sühne. Berlin: Siedler.
- Gottschlich, Maximilian (2012): Die große Abneigung. Wie antisemitisch ist Österreich? Kritische Befunde zu einer sozialen Krankheit. Wien: Czernin.
- Gottschlich, Maximilian (2015): Unerlöste Schatten. Die Christen und der neue Antisemitismus. Paderborn: Schöningh.
- Grigat, Stephan (2007): Fetisch und Freiheit. Über die Rezeption der Marxschen Fetischkritik, die Emanzipation von Staat und Kapital und die Kritik des Antisemitismus. Freiburg: ça ira.
- Grigat, Stephan (Hg.) (2012): Postnazismus revisited. Das Nachleben des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert. Freiburg: ça ira.
- Grigat, Stephan (2023): Kritik des Antisemitismus heute. Zur kritischen Theorie anti-jüdischer Projektionen, der Persistenz des Antizionismus und der aktuellen Gefahr des islamischen Antisemitismus. In: Grigat, Stephan (Hg.): Kritik des Antisemitismus in der Gegenwart. Erscheinungsformen – Theorien – Bekämpfung. Baden-Baden: Nomos, 11–50.
- Grimm, Marc; Kahmann, Bodo (2017): AfD und Judenbild. Eine Partei im Spannungsfeld von Antisemitismus, Schuldabwehr und instrumenteller Israelsolidarität. In: Grigat, Stephan (Hg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden: Nomos, 41–60.
- Grimm, Marc; Müller, Stefan (Hg.) (2020): Bildung gegen Antisemitismus: Spannungsfelder der Aufklärung. Frankfurt a. M.: Wochenschau.
- Gruber, Alex (2023/24): Der erste Poststrukturalist: Zu Heideggers Ereignis-Philosophie. Von Martin Heideggers Kampf gegen das „planetarische Verbrechen“ zu

- Alain Badiou globalisierter „Intifada“. In: sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik, Heft 23, 83–121.
- Heil, Johannes (2006): „Gottesfeinde“ – „Menschenfeinde“. Die Vorstellung von jüdischer Weltverschwörung (13. bis 16. Jahrhundert). Essen: Klartext.
- Herf, Jeffrey (2006): *The Jewish Enemy. Nazi Propaganda during World War II and the Holocaust*. Cambridge/London: Harvard University Press.
- Herf, Jeffrey (2010a): *Nazi Propaganda for the Arab World*. New Haven: Yale University Press.
- Herf, Jeffrey (2010b): Hitlers Deutschland. Nationalsozialistische Rundfunkpropaganda für Nordafrika und den Nahen Osten. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 58, Heft 2, 259–286.
- Hestermann, Jenny; Nathanson, Roby; Stetter, Stephan (2022): *Deutschland und Israel heute: Zwischen Verbundenheit und Entfremdung*. Gütersloh: Bertelsmann.
- Hitler, Adolf (1919): Hitlers erste antisemitische Äußerungen in seinem Brief an Adolf Gemlich (16. September 1919). In: *German History in Documents and Images*, <https://germanhistorydocs.org/de/deutschland-nationalsozialismus-1933-1945/gldi:document-5110> [22.1.2025].
- Höcke, Björn (2017): „Gemütszustand eines total besiegten Volkes“. Höcke-Rede im Wortlaut. In: tagesspiegel.de, 19.01.2017, <http://www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518-all.html> [Zugriff: 22.1.2025].
- Höcke, Björn (2018): Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig. Berlin: Manuscriptum.
- Horkheimer, Max (1995): *Traditionelle und kritische Theorie: Fünf Aufsätze*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W. (1947/1997): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. In: Adorno, Theodor W.: *GS*, Bd. 3. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- IFES (2021): *Antisemitismus 2020. Ergebnisse der österreichrepräsentativen Erhebung. Studie im Auftrag des österreichischen Parlaments*. Wien: Republik Österreich/Parlament.
- IHRA (2016): *Arbeitsdefinition von Antisemitismus*, <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus> [Zugriff: 26.1.2025].
- Jäckel, Eberhard; Kuhn, Axel (Hg.) (1980): *Adolf Hitler: Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*. Stuttgart: DVA.
- Jacoby, Jessica; Lwanga, Gotlinde Magiriba (1990): Was ‚sie‘ schon immer über Antisemitismus wissen wollte, aber nie zu denken wagte. In: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, Bd. 13, Heft 27, 95–105.

- Jansen, Thomas (2023): Der Vatikan hat nichts gelernt. 10.12.2023, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/nahostkonflikt-der-vatikan-hat-nichts-gelernt-19362921.html> [Zugriff: 19.2.2025].
- Jikeli, Günther (2023): Eine Verteidigung der IHRA-Definition. Ressentiments gegen eine Konkretisierung der Definition von Antisemitismus, Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, CARS Working Papers 14, DOI: <https://doi.org/10.17883/4342> [Zugriff: 26.1.2025].
- Jikeli, Günther (2024): Gemessener Antisemitismus. Umfragen zu antisemitischen Einstellungen unter Muslim:innen in Europa und den USA, Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, CARS Working Papers 18, Aachen, DOI: <https://doi.org/10.17883/4607> [Zugriff: 26.1.2025].
- Kertzer, David (2004): Die Päpste gegen die Juden. Der Vatikan und die Entstehung des modernen Antisemitismus. München: List.
- Kieser, Hans-Lukas; Schaller, Dominik J. (2002): Der Völkermord an den Armeniern und die Shoah. Zürich: Chronos.
- Killguss, Hans-Peter; Meier, Marcus; Werner, Sebastian (Hg.) (2020): Bildungsarbeit gegen Antisemitismus: Grundlagen, Methoden & Übungen. Frankfurt a.M.: Wochenschau.
- Kistenmacher, Olaf (2016): Arbeit und „jüdisches Kapital“. Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung Die Rote Fahne während der Weimarer Republik. Bremen: edition lumière.
- Küntzel, Matthias (2008): Islamischer Antisemitismus und deutsche Politik. Münster: LIT.
- Küntzel, Matthias (2019a): Nazis und der Nahe Osten. Wie der islamische Antisemitismus entstand. Berlin/Leipzig: Hentrich & Hentrich.
- Küntzel, Matthias (2019b): Von Zeesen bis Beirut: Nationalsozialismus und Antisemitismus in der arabischen Welt. In: Heilbronn, Christian; Rabinovici, Doron; Sznajder, Natan (Hg.): Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 182–218.
- Küpeli, Ismail (2023): Verschwörungsnarrative im türkischen Nationalismus. Akteur:innen der türkisch-islamischen Ideologie in Deutschland und ihre Rolle für den antiarmenischen Rassismus und Antisemitismus, Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, CARS Working Papers 013, Aachen, DOI: <https://doi.org/10.17883/4079> [Zugriff: 26.1.2025].
- Lehnstaedt, Stephan (2023): Der Kern des Holocaust: Belzec, Sobibór, Treblinka und die „Aktion Reinhardt“. Berlin: Verbrecher, 25–39.

- Lewis, Bernhard (2004): Die Juden in der islamischen Welt. Vom frühen Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. München: C. H. Beck.
- Longerich, Peter (2021): Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte. Von der Aufklärung bis heute. München: Siedler.
- Mallmann, Klaus-Michael; Cüppers, Martin (2006): Halbmond und Hakenkreuz. Das „Dritte Reich“, die Araber und Palästina. Darmstadt: WBG.
- Mendel, Meron (2013): Über Israel reden. Eine deutsche Debatte. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Motadel, David (2017): Für Prophet und Führer. Die Islamische Welt und das Dritte Reich. Stuttgart: Klett Cotta.
- Müller, Stefan (2022): Strategien gegen Antisemitismen: Grenzziehende und dialogische Bildung. In: Bernstein, Julia; Grimm, Marc; Müller, Stefan (Hg.): Schule als Spiegel der Gesellschaft. Antisemitismen erkennen und handeln. Frankfurt a.M.: Wochenschau, 484–503.
- Naumann, Matthias (2024): Judenhass im Kunstbetrieb. Reaktionen nach dem 7. Oktober 2023. Berlin: neofelis.
- Nirenberg, David (2017): Anti-Judaismus. Eine andere Geschichte des westlichen Denkens. München: C. H. Beck.
- Pauley, Bruce F. (1993): Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung. Wien: Kremayr & Scheriau.
- Perko, Gudrun; Czollek, Leah Carola; Eifler, Naemi (2021): Antisemitismus als Aufgabe für die Schulsozialarbeit – Expert_innen im Gespräch. Weinheim: Beltz Juventa.
- Postone, Moishe (2005): Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen. Freiburg: ça ira.
- Radvan, Heike (2010): Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.
- Radvan, Heike (2017): Die Bedeutung von Kommunikation im Umgang mit Antisemitismus am Beispiel der offenen Jugendarbeit. In: Mendel, Meron; Messerschmidt, Astrid (Hg.): Fragiler Konsens: Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft. Frankfurt a.M.: Campus, 43–60.
- Rajal, Elke (2023): Holocaust Education ohne Antisemitismus. Zum Stellenwert von Antisemitismus in der Vermittlungsarbeit zur Shoah. In: Grigat, Stephan (Hg.): Kritik des Antisemitismus in der Gegenwart: Erscheinungsformen – Theorien – Bekämpfung. Baden-Baden: Nomos, 245–262.
- Rensmann, Lars (2017): Guilt, Resentment, and Post-Holocaust Democracy: The Frankfurt School's Analysis of 'Secondary Antisemitism' in the Group Experiment and Beyond. In: Antisemitism Studies, Vol. 1, No. 1, 4–37.
- Rensmann, Lars (2019): The Peculiar Appeal of the 'Jewish Question': The Case of Left Antisemitism. In: Antisemitism Studies, Vol. 3, No. 2, 343–371.

- Rensmann, Lars (2021): Israelbezogener Antisemitismus. Formen, Geschichte, empirische Befunde. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dossier Antisemitismus, 11.02.2021, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/326790/israelbezogener-antisemitismus> [Zugriff: 26.1.2025].
- Rensmann, Lars (2023): Keine Judenfeindschaft, nirgends? Die „Jerusalemener Erklärung“ und die Antisemitismusforschung. In: Grigat, Stephan u. a. (Hg.): Erinnern als höchste Form des Vergessens? (Um-)Deutungen des Holocaust und der „Historikerstreit 2.0“. Berlin: Verbrecher, 409–437.
- RIAS Berlin (2021): Antisemitische Vorfälle in Berlin, Januar bis Juni 2021. Berlin: RIAS.
- Rosenberg, Alfred (1938): Der staatsfeindliche Zionismus. München: Zentralverlag der NSDAP.
- Salzborn, Samuel (2010): Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich. Frankfurt a. M.: Campus.
- Salzborn, Samuel (2014): Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie. Baden-Baden: Nomos.
- Salzborn, Samuel (2015): Kampf der Ideen. Die Geschichte politischer Theorien im Kontext. Baden-Baden: Nomos.
- Salzborn, Samuel (2018): Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne. Weinheim: Beltz Juventa.
- Salzborn, Samuel (2020a): Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern. Berlin/Leipzig: Hentrich & Hentrich.
- Salzborn, Samuel (2020b): Rechter Radikalismus und Rechtsterrorismus nach der Shoah. In: Jander, Martin; Kahane, Anetta (Hg.): Gesichter der Antimoderne. Gefährdungen demokratischer Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden: Nomos, 105–115.
- Schäuble, Barbara (2012): „Anders als wir“. Differenzkonstruktionen und Alltagsantisemitismus unter Jugendlichen. Berlin: Metropol.
- Schäuble, Barbara; Radvan, Heike (2016): Zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Sozialen Arbeit. In: Sozial Extra 40, 37–40.
- Scheit, Gerhard (2004): Suicide Attack. Zur Kritik der politischen Gewalt. Freiburg: ça ira.
- Schiedel, Heribert (2017): Antisemitismus und völkische Ideologie: Ist die FPÖ eine rechtsextreme Partei? In: Grigat, Stephan (Hg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden: Nomos, 103–120.
- Schubert, Kai E. (2022): Pädagogische Auseinandersetzungen mit dem Nahostkonflikt. Adressierungen von israelbezogenem Antisemitismus. In: Bernstein, Julia; Grimm, Marc; Müller, Stefan (Hg.): Schule als Spiegel der Gesellschaft. Antisemitismen erkennen und handeln. Frankfurt a. M.: Wochenschau, 441–458.

- Schwarz-Friesel, Monika (Hg.) (2015): Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft. Baden-Baden: Nomos.
- Schwarz-Friesel, Monika; Friesel, Evyatar; Reinharz, Jehuda (2010): Aktueller Antisemitismus – ein Phänomen der Mitte? Berlin: De Gruyter.
- Schwarz-Friesel, Monika; Reinharz, Jehuda (2013): Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin: De Gruyter.
- Sharansky, Natan (2004): 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization. In: Jewish Political Studies Review 16, 3-4.
- Spetsmann-Kunkel, Martin (2025): Sozialwissenschaftliche Grundlagen der Sozialen Arbeit - Eine Einführung anhand ausgewählter Themenfelder. Stuttgart: Kohlhammer.
- Stögner, Karin (2022): Antisemitismus. In: Ehlert, Gudrun; Funk, Heide; Stecklina, Gerd (Hg.): Grundbegriffe Soziale Arbeit und Geschlecht. Weinheim: Beltz Juventa, 46–50.
- Tarach, Tilman (2022): Teuflische Allmacht. Über die verleugneten christlichen Wurzeln des modernen Antisemitismus und Antizionismus. Berlin/Freiburg: Edition Telok.
- Ullrich, Peters; Arnold, Sina; Danilina, Anna; Holz, Klaus; Jensen, Uffa; Seidel, Ingolf; Weyand, Jan (Hg.) (2024): Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft. Göttingen: Wallstein.
- Ünal, Yusuf (2016): Sayyid Qutb in Iran: Translating the Islamist Ideologue in the Islamic Republic. In: Journal of Islamic and Muslim Studies, Vol. 1, No. 2, 35–60.
- Voigt, Sebastian (2024): Der Judenhass. Eine Geschichte ohne Ende? Stuttgart: Hirzel.
- Weinberg, Gerhard L. (Hg.) (1961): Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Stuttgart: DVA.
- Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart: Klett-Cotta.

Terror aus Teheran

Der Antisemitismus der Ajatollahs, die Struktur des iranischen Regimes und die deutsche Iran-Politik

Anfang 2025 hat Javad Zarif, der unter dem iranischen Präsidenten Hassan Rohani von 2013 bis 2021 Außenminister war und heute ein wichtiger Unterstützer des seit 2024 amtierenden Massoud Pezeshkian ist, einen alten Kampfbegriff aus dem Arsenal der iranischen Regime-Propaganda erneut in Anschlag gebracht: „Iranophobia“ (Zarif/Zakaria 2025). Dieser Kampfbegriff suggeriert eine ebenso krankhafte wie ungerechtfertigte Panikmache hinsichtlich des iranischen Regimes und wird sowohl von den Machthabern in Teheran als auch von ihren Apologeten im Westen seit über 15 Jahren zur Immunisierung gegenüber Kritik an der Herrschaftspraxis der Ajatollahs und der Anwendung der Scharia in Anschlag gebracht (Grigat 2010: 137f.).

Auch wenn die Verteidiger und Schönredner des iranischen Regimes heute in den Medien und im akademischen Betrieb nicht mehr dermaßen selbstherrlich und unwidersprochen agieren können wie noch in den letzten Jahrzehnten, existiert weiterhin eine starke Tendenz, das Regime in Teheran zu verharmlosen. Die Ignoranz gegenüber der ideologischen, politisch-religiösen Ausrichtung des iranischen Regimes und die Verharmlosung seines globalen politischen und terroristischen Agierens, die für die Iran- und Islamismuskussionen in den letzten Jahrzehnten im deutschsprachigen Raum leider charakteristisch sind (Benl 2025), wurde nach dem Mordanschlag auf den Schriftsteller Salman Rushdie im August 2022 besonders deutlich. Unmittelbar nach dem Angriff wurde in zahlreichen Stellungnahmen und Berichten behauptet, der politische Hintergrund des Täters sei noch unklar. Auf seinen Social-Media-Seiten verwendete der Attentäter Hadi Matar als Profilbild jedoch Portraits des Revolutionsführers Ajatollah Ruhollah Khomeini, vom heutigen obersten geistlichen Führer Ali Khamenei und von Qassem Soleimani, dem 2020 vom US-Militär getöteten Kommandanten der iranischen Quds-Brigaden. Auf seinem gefälschten Führerschein gab Matar sich den Nachnamen des Hisbollah-Topterroristen Imad Mughniyah und den Vornamen des langjährigen, 2024 im Libanon getöteten Hisbollah-Generalsekretärs Hassan Nasrallah. Erst Tage nach dem Attentat wurden erste mediale Mutmaßungen laut, Matar habe zumindest Kontakt mit Agenten der Quds-Brigaden gehabt.

In zahlreichen Medienberichten wurde verbreitet, die Todesfatwa, die Khomeini 1989 kurz nach Erscheinen des Romans *Satanische Verse* gegen Rushdie verhängt hat, habe für das Regime im Iran keine Bedeutung mehr. Der *Stern* und der WDR in Deutschland sowie der *Standard* und die *Kleine Zeitung* in Österreich be-

haupteten, die „iranische Führung“ sei von der Fatwa „abgerückt“ (Grigat 2022). Vermutlich waren damit die kurzzeitigen Versuche der Administration von Präsident Mohammed Khatami gemeint, Ende der 1990er Jahre durch eine vergleichsweise gemäßigte Rhetorik die Beziehungen zu Großbritannien zu verbessern, was jedoch zu keiner Zeit iranische Geistliche, Parlamentsabgeordnete, Regimemedien, religiöse Stiftungen und die Revolutionsgarden davon abhielt, weiterhin die Ermordung Rushdies zu fordern und anzukündigen. 2005 bekräftigte mit Ali Khamenei der entscheidende Mann des Regimes, Rushdie sei ein Apostat und seine Tötung sei vom Islam weiterhin autorisiert. 2017 veröffentlichte Khamenei auf seiner englischsprachigen Website eine Bestätigung des Mordaufrufs. In dem auch heute noch auf *KHAMENEI.IR* sichtbaren Beitrag heißt es auf die Frage, ob die Fatwa gegen „den verfluchten Lügner Salman Rushdie noch in Kraft“ sei und was „die Pflicht eines Muslims in diesem Zusammenhang“ wäre: „Das Dekret ist so, wie es Imam Khomeini erlassen hat.“ (Khamenei 2017a) Anfang 2019 twitterte Khamenei abermals, die Todesfatwa basiere „on divine verses and just like divine verses, it is solid and irrevocable“.

Religiöse Stiftungen, die von Khamenei kontrolliert werden, haben bis heute ein Kopfgeld auf Rushdie ausgesetzt: Die Stiftung *15. Khordad* hat über drei Millionen US-Dollar für seine Ermordung ausgelobt. Iranische Staatsmedien haben 2016 während der Amtszeit des im Westen systematisch verharmlosten Rohani das Kopfgeld um weitere 600.000 US-Dollar erhöht. Mohammad Marandi, der das iranische Team bei den Atomverhandlungen in Wien beraten hat, erklärte nach dem Angriff auf Rushdie 2022: „Ich werde nicht um einen Schriftsteller weinen, der unendlichen Hass und Verachtung für Muslime und den Islam versprüht.“ (Zit. n. Iran International 2022) Die Zeitung *Khorasan* zeigte Rushdie auf einer Bahre und titelte „Satan auf dem Weg zur Hölle“. (Ebd.) Nachdem sich abzeichnete, dass Rushdie durch den Angriff ein Auge verlieren wird, war in der von der staatlichen IRIB herausgegebenen Zeitschrift *Jam-e Jam* zu lesen: „Das Auge des Satans ist geblendet worden.“ (Zit. n. BBC 2022) Die Zeitschrift *Kayhan*, deren Chefredakteur von Khamenei ernannt wird, erklärte einen Tag nach der Attacke: „Bravo für diesen mutigen und pflichtbewussten Mann, der den abtrünnigen und verdorbenen Salman Rushdie in New York angegriffen hat [...] Lasst uns die Hände desjenigen küssen, der dem Feind Gottes mit einem Messer den Hals durchgeschnitten hat.“ (Kayhan 2022) Die Nachrichtenagentur *Eghtesad Saleh* veröffentlichte einen Text, in dem der Angriff Rushdies als Warnung an die USA interpretiert wurde, der den langen Atem des iranischen Regimes zeige: „Die Ausführung des Befehls zur Ermordung von Salman Rushdie 33 Jahre nach dessen Erteilung ist eine Botschaft an amerikanische Offizielle, dass sie die Rache des Irans für General Qassem Soleimani bis zu ihrem Tod fürchten müssen, selbst wenn die Rache 33 Jahre dauert“ (zit. n. Times of Israel 2022a).

So wie beim europäischen Rechtsextremismus müsste auch global und bezüglich des Islamismus klar sein: Hetze führt zu terroristischer Gewalt und Mordauf-

rufe führen zu Mord. Es konnte kein Zweifel daran bestehen, dass der Angriff auf Rushdie das direkte Resultat der Todesfatwa von Khomeini und ihrer wiederholten Bestätigung durch Khamenei war. Dennoch war in der ersten Stellungnahme der US-Regierung zum Angriff auf Rushdie, vorgetragen vom Nationalen Sicherheitsberater Jake Sullivan, und im ersten Statement von US-Präsident Joe Biden der Iran und die Todesfatwa mit keinem Wort erwähnt. Das Gleiche galt für den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell, die deutsche grüne Außenministerin Annalena Baerbock, den österreichischen und den deutschen Bundespräsidenten sowie den österreichischen und den deutschen Bundeskanzler – worin sich eine fatale Fortsetzung der auf Illusionen über den Charakter des iranischen Regimes basierenden Beschwichtigungspolitik zeigte, die bis heute fortgesetzt wird. Der damalige israelische Premierminister Yair Lapid hatte hingegen in seinem Statement zum Angriff auf Rushdie klar die Verantwortung des Terrorregimes in Teheran benannt, das kurz nach dem Attentat mit gravierenden Problemen im eigenen Land konfrontiert wurde.

Die in der EU vorherrschende systematische Verharmlosung der Machthaber in Teheran wird immer wieder durch die massiven Proteste im Iran konterkariert. Im Herbst 2022 wurde das iranische Regime durch anhaltende Demonstrationen, die an Protestwellen der vergangenen Jahre anknüpfen konnten, und durch den feministischen Aufstand im Land in massive Bedrängnis gebracht, worauf es wie gewohnt mit brutaler Repression reagiert hat. Umfragen deuten darauf hin, dass mittlerweile nur mehr 15 Prozent der Bevölkerung im Iran die „Islamische Republik“ befürworten, während über 80 Prozent sie eindeutig ablehnen (Arab/Maleki 2023).¹

Zuvor war das Ajatollah-Regime mit den massiven Auswirkungen von Covid-19 konfrontiert, die durch eine dramatische Wirtschaftskrise, welche durch die Strukturen einer jahrzehntelang betriebenen Klientel- und Kriegswirtschaft sowie durch die Sanktionspolitik der USA und – deutlich weniger konsequent – der meisten europäischen Länder weiter befeuert wurde. Bereits Anfang 2020 waren wichtige ökonomische Indikatoren – vom Bruttoinlandsprodukt über die Inflationsrate bis zur Massenkaufkraft und der Arbeitslosenrate – negativ (Buchta 2020a: 34). Die Corona-Krise verstärkte die eklatante ökonomische Krise zusätzlich und desavouierte die Legitimität der politischen und religiösen Führung in noch stärkerem Ausmaß, als es ohnehin schon der Fall war. Seit Anfang 2020 hat die Führung in Teheran auf die Pandemie mit einer Mischung aus Vertuschung, massiven Versäumnissen und schlecht koordinierten und kommunizierten Maßnahmen reagiert. Innerhalb kurzer Zeit hat sich der Iran „zu einem der weltweiten Epizentren von Covid-19 und zum Eintrittspunkt der Pandemie in den Nahen und Mittleren Osten entwickelt.“ (Fathollah-Nejad 2020: 230) Offiziell waren Mitte 2020 etwa 17.000

1 Eine frühere Fassung der folgenden Passagen dieses Beitrags ist in Stahl/Keser/Schmidt (2023) erschienen.

Menschen im Iran auf Grund von Covid-19 gestorben; die BBC konnte jedoch zeigen, dass die Zahl vermutlich bereits deutlich über 40.000 lag (BBC 2020). Anfang 2022 sprach das Regime von 130.000 Toten. 2023 wurden offiziell 146.000 Tote gemeldet. Oppositionelle Schätzungen gehen von bis zu 500.000 aus. Wer die offiziellen Zahlen im Iran in Frage stellte, musste mit Repression rechnen. Im August 2020 wurde beispielsweise die Wirtschaftszeitung *Jahane Sanat* umgehend geschlossen, nachdem sie einen Epidemiologen mit der Einschätzung zitiert hatte, die offiziellen Fall- und Todeszahlen bezüglich Covid-19 würden im Iran nur etwa 5 Prozent der tatsächlichen Zahlen entsprechen.

Das mannigfaltige Versagen angesichts der multiplen Krisenerscheinungen versuchten Vertreter der iranischen Theokratie mit ihren gängigen Rezepten zu kaschieren: Geraune über ausländische Verschwörungen, Hetze gegen Israel und klassischer Antisemitismus, der in vielen westlichen Analysen des iranischen Regimes immer noch eine zu geringe – und mitunter auch gar keine (beispielsweise Posch 2017; Zamirirad 2019) – Beachtung findet (kritisch dazu Herf 2014).

Nach der deutlich zu spät erfolgten Schließung des Fatima-Masuma-Schreins im religiösen Zentrum Qom, das als Ausgangspunkt der Covid-19-Epidemie im Iran betrachtet werden muss, kursierte im März 2020 ein Video eines Geistlichen, der erklärte, bei der WHO handle es sich um einen „Haufen Ungläubiger und Juden“ (zit. n. Fazeli 2020). Der Kommandant der Revolutionsgarden, Hossein Salami, spekulierte im März 2020 darüber, dass das Virus möglicherweise das Ergebnis einer „biologischen Invasion der USA“ sei (Aarabi 2020). Der staatliche iranische Auslandssender *Press TV* veröffentlichte einen Beitrag über „Israel lobbies“ in den USA, „that are presumably behind this biological warfare attack“ und spekulierte über „Israel pressure groups running United States foreign policy“, die versuchen würden, „to amplify the plague of coronavirus in Iran, which one suspects that they themselves may have actually engineered“ (Barrett 2020). Ein anderer Beitrag auf *Press TV* behauptete, „zionistische Elemente“ hätten eine tödlichere Mutation von Covid-19 speziell für den Iran entwickelt (Fetzer 2020). Ali Karami, ein Professor an einer von den Revolutionsgarden kontrollierten Universität, erklärte im iranischen Fernsehen, Covid-19 sei eine von „Amerikanern und dem zionistischen Regime“ kreierte „biologisch-ethnische Waffe“, und die hohe Sterblichkeit im Iran sei das Ergebnis einer „zionistischen Verschwörung“ (Topor 2020).

Nachdem der oberste geistliche Führer Ali Khamenei im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie in seiner mittlerweile legendären „Jinn-Rede“ zum iranischen Neujahrsfest 2020 verkündet hatte, der Iran habe sowohl „menschliche“ Feinde als auch solche, die „Geister“ oder „Dämonen“ seien, wurde auf der offiziellen Website des obersten geistlichen Führers erläutert, es gäbe „keinen Zweifel“, dass „Juden und insbesondere die Zionisten“ eine lange Geschichte der „Beziehung zum Teufel und zu Geistern“ hätten (Buchta 2020b; Lerner/Weinberg 2020). Nachdem derartige Äußerungen selbst in iranischen Regimekreisen zu leichten Zweifeln geführt hatten, boten die Revolutionsgarden einen Geistlichen auf, der

nochmals bekräftigte, „die Juden“ seien „Experten in Zauberei und der Herstellung einer Verbindung mit Geistern“ (MEMRI 2020a).

Derartige wahnhafte Projektionen müssen vor dem Hintergrund der spezifischen Ausprägung des politischen Islam im Iran, dem institutionellen Aufbau der „Islamischen Republik“ und insbesondere der mittlerweile über vierzigjährigen Tradition des Antisemitismus des iranischen Regimes verstanden werden, die auch bei den Stellungnahmen zu Wladimir Putins Angriffskrieg in der Ukraine 2022 ihren Niederschlag fand: Die eng mit den Revolutionsgarden verbundene Nachrichtenagentur *Fars News* veröffentlichte 2022 einen wüst antisemitischen Artikel über den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, in dem er als „hedonistischer Jude“ attackiert wurde, der von Macht- und Luststreben gleichermaßen angetrieben werde und enge Verbindungen zu „reichen jüdischen Offiziellen“ wie George Soros unterhalten würde (Frantzman 2022).

Im Folgenden soll zunächst der Antisemitismus der iranischen Machthaber in seinen unterschiedlichen Ausprägungen skizziert werden, um anschließend anhand des Übergangs von der Präsidentschaft Rohanis zu Ebrahim Raisi einige Aspekte der institutionellen Konstitution der „Islamischen Republik“ darzustellen, die auch nach Raisis Tod weiterhin von Bedeutung sind. Abschließend wird ein Blick auf die Geschichte der deutsch-iranischen Beziehungen geworfen und jener Atomdeal aus dem Jahr 2015 kritisiert, der als Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) die Gefahren, die vom iranischen Atomwaffenprogramm ausgehen, nicht beseitigen konnte. Fatalerweise wird dieses Atomabkommen in maßgeblichen politischen Formationen insbesondere in Europa immer noch als richtungsweisend für den Umgang mit dem Regime in Teheran angesehen.

Drei Ausprägungen des Antisemitismus

Beim Regime der Ajatollahs und Revolutionsgarden handelt es sich um eine ebenso antisemitische wie staatsterroristische, sich religiös legitimierende Diktatur, die angesichts der antiwestlichen, antisemitischen, Märtyrerzentrierten Ideologie und des Wechselspiels von staatlichen und „revolutionären“ Institutionen am ehesten mit Begriffen wie „Unstaat“ im Sinne Franz L. Neumanns und „Doppelstaat“ im Sinne Ernst Fraenkelns zu fassen ist (Scheit 2017). Gewerkschaften sind im Iran verboten und Arbeitskämpfe werden ebenso brutal niedergeschlagen wie die Protestbewegungen der Studierenden. Die systematische Verfolgung von religiösen Minderheiten wie den Baha'i, die Hinrichtungen von Homosexuellen sowie die allgegenwärtige Repression gegen Frauen, die sich dem islamischen Sittenkodex nicht unterwerfen wollen, sind ebenso Wesenselemente dieses Regimes wie der Antisemitismus. Der iranischen Diktatur geht es hinsichtlich des Konflikts Israels mit seinen Nachbarn nicht um eine Verbesserung der Situation der Palästinenser, eine Zwei-Staaten-Lösung oder einen wie auch immer gearteten Ausgleich und Kompromiss, sondern erklärtermaßen um die Vernichtung Israels. Der Antisemitis-

mus der Ajatollahs entspringt, ebenso wie der Hass auf Homosexuelle und emanzipierte Frauen, jenem anti-westlichen, anti-liberalen Furor, welcher das Regime in Teheran wesentlich kennzeichnet. In der Vernichtungsdrohung gegen Israel kulminiert jene wahnhaft Ideologie, auf deren Grundlage die „Islamische Republik“ unter dem Beifall vieler iranischer Linker 1979 ausgerufen wurde.

Hinsichtlich der antisemitischen Ideologie der iranischen Islamisten kann zusammenfassend von einer Verherrlichung einer konkretistisch verklärten, als organisch, authentisch, schicksalhaft und harmonisch gezeichneten Gemeinschaft der Muslime gesprochen werden, die als permanent von zersetzenden Feinden bedroht halluziniert wird. Diese idealisierte Gemeinschaft, in der auch der Gegensatz von Schiiten und Sunniten ideologisch versucht wird zu überbrücken, wird gegen eine als chaotisch-abstrakt, entfremdet, künstlich, unmoralisch, materialistisch und widersprüchlich portraitierte und letztlich mit Juden oder dem jüdischen Staat und dem liberalistischen Westen assoziierte Gesellschaftlichkeit in Anschlag gebracht (Marz 2014; Marz 2023).

Bezüglich des Antisemitismus des iranischen Regimes müssen drei Punkte thematisiert werden: erstens die traditionelle Judenfeindschaft, wie sie sich besonders ausgeprägt, aber keineswegs ausschließlich beim bis heute von den Anhängern des Regimes verehrten Ajatollah Ruholla Khomeini findet; zweitens die Leugnung und Relativierung des Holocaust; und drittens die offenen Vernichtungsdrohungen gegenüber Israel samt dem daraus resultierenden Agieren in der Region des Nahen Ostens. Keine dieser Komponenten verschwindet zu irgendeiner Zeit in der „Islamischen Republik“, aber in gewissen Phasen der Islamischen Revolution treten einzelne Aspekte stärker in den Vordergrund.

Die offene Judenfeindschaft war vor allem für die vorrevolutionären Schriften Khomeinis charakteristisch, sie bricht aber auch nach 1979 immer wieder durch und ist, neben traditionellen islamischen Regelungen, bestimmend für die diskriminierende Praxis gegenüber der im Iran verbliebenen jüdischen Minderheit. Die verbalen Attacken gegen Israel und die Unterstützung der gegen Israel agierenden Terrororganisationen ist eine Konstante in der Ideologie und Praxis des iranischen Regimes und wird seit 1979 bis zum heutigen Tag von ausnahmslos allen Fraktionen des Regimes formuliert und praktiziert. Der Hass auf den jüdischen Staat gehört zu den Kernelementen der islamistischen Ideologie und kann in seiner Bedeutung nicht erfasst werden, wenn er als „Mittel zum Zweck“ (Schweizer 2017: 613) verharmlost wird. Die Holocaustleugnung hatte ihre Hochzeit während der Präsidentschaft Mahmoud Ahmadinejads, der sie in das Zentrum seiner Politik und Agitation rückte, aber auch seine Vorgänger Ali Akbar Hashemi Rafsanjani und Mohammed Khatami waren Holocaustleugner, und der bis heute amtierende oberste geistliche Führer Khamenei ist es ebenfalls. Von Seiten des bis 2021 amtierenden Rohani und seines Außenministers Zarif fand hinsichtlich der Holocaustleugnung seit 2013 eine partielle rhetorische Abrüstung statt, aber auch während Rohanis Amtszeit waren iranische Regierungsstellen in Veranstaltungen zur Leugnung des

Holocaust involviert. Die Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen wurde von der Rohani-Administration selbst betrieben – etwa, wenn Zarif verkündete: „Wir verurteilen das von den Nazis verübte Massaker an den Juden. Und wir verurteilen das von den Zionisten verübte Massaker an den Palästinensern“ (Der Standard 2013). Damit hat er nicht nur die Shoah zu einem „Massaker“ minimiert, sondern zugleich die Israelis zu den Nazis von heute erklärt, was Zarif nichtsdestotrotz von zahlreichen internationalen Beobachtern als deutliche Distanzierung von der Holocaustleugnung ausgelegt wurde, obwohl es sich eher um eine Art Modernisierung des Antisemitismus im Sinne der Anpassung an internationale antiisraelische Gepflogenheiten handelte.

Letztlich wird die Linie in dieser Frage nicht vom Präsidenten oder vom Außenminister, sondern vom obersten geistlichen Führer festgelegt, der allein durch seine Befugnis zur Ernennung von über 100 Spitzenpositionen in Politik, Justiz, Verwaltung, Militär, Medien und religiösen Institutionen der entscheidende Mann des Regimes ist (Boroujerdi/Rahimkhani 2018): „Holocaust denial is the official position of Supreme Leader Ali Khamenei and no Iranian official can do anything against it.“ (Mohammadi 2016: 12) Selbst ein Befürworter von noch engeren Beziehungen zwischen Deutschland und dem Iran wie Adnan Tabatabai, der mittlerweile angesichts seiner Regime-Nähe in Europa stark in die Kritik geraten ist, musste am Ende der ersten Amtszeit von Rohani einräumen, dass Holocaustleugnung „eine Konstante in der iranischen Außenpolitik bleibt“ (Tabatabai 2016: 123).

Traditioneller Antisemitismus und Hass auf den jüdischen Staat

Der spätere Revolutionsführer Khomeini war Ende der 1930er Jahre ein regelmäßiger Hörer des nationalsozialistischen Kurzwellensenders *Radio Berlin*, mit dem die antisemitische NS-Propaganda im Nahen und Mittleren Osten Verbreitung fand (Küntzel 2019: 101; Taheri 1986: 99). Das bedeutet nicht, dass Khomeini sich mit der Ideologie Hitlers insgesamt identifiziert hätte, über die er sich mitunter abfällig geäußert haben soll, während andere Geistliche, wie Ajatollah Abu al-Qasem Kashani, zu dessen Schülern Khomeini allerdings gerechnet werden muss, und der in den 1940er Jahren auf Grund seiner „profaschistischen Einstellung“ (Ebert et al. 1987: 42) im Iran inhaftiert war, sich explizit positiv auf den Nationalsozialismus bezogen haben (Motadel 2017: 136). In Bezug auf den Antisemitismus ist das iranische Regime jedenfalls ein Paradebeispiel für das Nachwirken des Nationalsozialismus nach seiner militärischen Niederringung.

Die Ideologie Khomeinis richtet sich keineswegs nur gegen den israelischen Staat, sondern proklamierte insbesondere vor 1979 offen die Feindschaft zum Judentum. Der spätere Revolutionsführer konnte dabei auf die Tradition des persisch-islamischen Antisemitismus des 19. Jahrhunderts zurückgreifen. (Wistrich 2010: 830f.; Weinstock 2019: 52f.) Seinen politischen Hauptkontrahenten, Schah Mohammad Reza Pahlavi, attackierte Khomeini mehrfach als „Juden“, der seine

Befehle aus Israel erhalte (Küntzel 2015a). Der Revolutionsführer sah den Islam seit seiner Gründung in einer Konfrontation mit den Juden. Khomeini war in einer klassischen Projektion seiner eigenen globalen Herrschaftsgelüste davon überzeugt, er müsse gegen die Errichtung einer jüdischen Weltherrschaft kämpfen, von der er bereits in seiner zentralen Schrift *Islamic Government* fantasierte, einer Sammlung von Vorlesungen, die er Anfang der 1970er Jahre im irakischen Exil gehalten hat: „We must [...] make the people aware that the Jews and their foreign backers are opposed to the very foundations of Islam and wish to establish Jewish domination throughout the world.“ (Khomeini 1981: 127) An anderer Stelle führte er aus: „[...] the Jews have grasped the world with both hands and are devouring it with an insatiable appetite, they are devouring America and have now turned their attention to Iran and still they are not satisfied [...]“ (Khomeini 1995: 368).

Der antisemitische Charakter des iranischen Regimes wird häufig mit Hinweis auf die verbliebene jüdische Gemeinde im Iran bestritten. Tatsächlich werden Juden im Iran derzeit nicht in dem Maße verfolgt wie andere religiöse Minderheiten wie beispielsweise die Baha'i, deren Religion nicht als Buchreligion anerkannt wird und die in der Revolutionszeit in den wahnhaften Projektionen der Anhänger Khomeinis eine zentrale Rolle bei der Herausbildung eines „nationalistischen Islam“ gespielt haben (Eschraghi 2020: 341). Doch der Verweis auf die verbliebene jüdische Gemeinde blendet aus, dass Juden im Iran keine gleichberechtigten Staatsbürger sind. Die jüdische Minderheit wird gezwungen, sich mit der Existenz als systematisch diskriminierte Minderheit abzufinden und sich permanent von Israel zu distanzieren. Juden gelten als *dhimmis*, die zahlreichen Sonderregelungen und Diskriminierungen unterliegen und sich dem Herrschaftsanspruch des Islam unterzuordnen haben, was auch von Autorinnen konstatiert wird, die selbst noch die offen antisemitischen Äußerungen Khomeinis als „Polemik“ verharmlosen (Amirpur 2019: 229). Juden dürfen – so wie Angehörige der meisten anderen „anerkannten“ Minderheiten – nicht Minister, Staatssekretäre, Generaldirektoren, Richter oder Lehrer an regulären Schulen werden (Fürtig 2016: 157). Für Juden, wie auch für die anderen „anerkannten“ Minderheiten, gelten diskriminierende Sonderregelungen beispielsweise im Erbrecht, bei Zeugenaussagen vor Gericht und beim „Blutgeld“, mit dem unterschiedliche Schadenshaftungszahlungen an Muslime und Nichtmuslime, an Männer und Frauen geregelt sind (Posch 2010a: 30). Allein schon vor diesem Hintergrund ist es alles andere als überraschend, dass rund 90 Prozent der vor 1979 im Iran lebenden geschätzten 100.000 bis 150.000 Juden seit der Islamischen Revolution das Land verlassen haben (Hakakian 2017: 149).

Große Bedeutung für die Verbreitung des Antisemitismus im Iran hatte die 1978 ins Persische übersetzte antisemitische Hetzschrift *Die Protokolle der Weisen von Zion*, die in den folgenden Jahrzehnten von staatlichen Stellen im Iran in großen Auflagen immer wieder neu herausgegeben wurde – mitunter mit geänderten Titeln wie *Protokolle der jüdischen Führer zur Eroberung der Welt* (Posch 2010b: 32). Hier wird bereits deutlich, dass die zeitweiligen Bemühungen seitens der iranischen

Führung, teilweise zwischen Juden und Zionisten deutlicher zu unterscheiden, immer wieder konterkariert werden. Zudem wird in der iranischen Propaganda über „die Zionisten“ stets in eben jenem verschwörungstheoretischen Geraune geredet, das aus dem klassischen Antisemitismus gegenüber Juden bekannt ist. Der Zionismus wird in der Ideologie und Propaganda des iranischen Regimes nicht als ein gewöhnlicher politischer Gegner attackiert, sondern als Grundübel, das für nahezu alle Probleme in der Welt verantwortlich gemacht wird, und dessen Auslöschung daher den Weg zur Erlösung bereite. Jeffrey Herf bringt auf den Punkt, dass es sich beim Antisemitismus des iranischen Regimes ganz wie beim modernen Antisemitismus in Europa keineswegs um ein bloßes Vorurteil handelt:

„The radical antisemitism of the Iranian government is not only an expression of hatred; it serves as a conspiratorial interpretation of world politics. If, as the mullahs claim, Israel is evil, then in Iran’s view the United States, as Israel’s ally, is complicit in this evil, and it too must be punished. Iran is not the first antisemitic regime that linked its hatred of the Jews to hatred of the United States and secular liberal democracy.“ (Herf 2022)

Anfang 2021 hat die Anti-Defamation League eine umfassende Studie vorgelegt, die akribisch aufzeigt, wie iranische Schulbücher weiterhin sowohl von einem eliminatorischen Antizionismus als auch von klassisch antisemitischen Motiven geprägt sind – etwa der schon von Khomeini aufgestellten Behauptung, Juden hätten sich von Beginn an gegen den Islam verschworen und islamische Schriften verfälscht (Weinberg 2021). Der Direktor der ADL, Jonathan Greenblatt, hat darauf verwiesen, dass Ebrahim Raisi, der von August 2021 bis zu seinem Tod im Mai 2024 als Präsident des Regimes in Teheran fungierte, bereits vor seiner Wahl in die Verbreitung antisemitischer Propaganda involviert war: 2016 wurde Raisi von Khamenei zum Direktor der Astan-Quds-Razavi-Stiftung ernannt. Die religiösen Stiftungen sind in der Islamischen Republik von enormer Bedeutung und verfügen auf Grund ihrer Milliarden-Budgets über immensen Einfluss. Die Razavi-Stiftung betreibt mehrere Zeitungen, Druckereien und Verlage und unterhält Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie zahlreiche Wirtschaftsunternehmen. Raisi beaufsichtigte in seiner Zeit als Direktor von 2016 bis 2019 laut ADL die Produktion eines 50-teiligen Dokumentarfilms unter dem Titel *Des Teufels Plan*, der eine aktualisierte Illustration des antisemitischen Klassikers *Die Protokolle der Weisen von Zion* darstellt, die von der Razavi-Stiftung früher in Druckfassungen verbreitet wurden. Präsentiert wurde der unter der Aufsicht Raisis entstandene Propagandastreifen 2018 von der Razavi-Stiftung unmittelbar vor dem Al-Quds-Tag (Greenblatt 2021), bei dem seit 1979 auf Geheiß von Khomeini weltweit am Ende des Ramadans für die Vernichtung des jüdischen Staates demonstriert wird.

Auch wenn Khomeini, Khamenei und andere Vertreter des Regimes nach 1979 in öffentlichen Verlautbarungen mehrfach betont haben, dass sich ihre Politik und

Ideologie nicht gegen Juden richte, solange sich diese vom Zionismus distanzieren und dem Herrschaftsanspruch des Islam unterordnen, gibt es offen judenfeindliche Proklamationen, die sich nicht an diese rhetorische Unterscheidung halten, keineswegs nur von randständigen Vertretern der Islamischen Republik, sondern auch von wichtigen Freitagspredigern, die von Khamenei ernannt wurden (Javedanfar 2023). Regelmäßig werden in der iranischen Staatspropaganda Begriffe wie Juden und Zionisten oder auch Judentum und Zionismus in austauschbarer Art und Weise verwendet, und Motive des klassischen islamischen Antisemitismus sowohl schiitischer als auch sunnitischer Ausprägung finden nicht nur zu Zeiten Khomeinis, sondern auch im 21. Jahrhundert Eingang in die Propaganda des iranischen Regimes (Jaspal 2014: 168; Litvak 2020).

Holocaustleugnung und -relativierung

Der erste internationale Wettbewerb für „Holocaust-Karikaturen“ fand 2005 unmittelbar nach dem Amtsantritt von Ahmadinejad statt. Der Wettbewerb, an dem sich „Künstler“ aus 63 Ländern beteiligt haben, wurde vom Hamshahri Institute organisiert, das die gleichnamige und viel gelesene Zeitschrift für die Teheraner Stadtverwaltung herausgibt. Eine Auswahl der fast 1.200 Einreichungen wurde im August 2006 in einer öffentlichen Ausstellung gezeigt.

Im Dezember 2006 fand unter dem Titel „Review of the Holocaust: Global Vision“ die bisher am stärksten rezipierte Holocaustleugner-Konferenz im Iran statt, organisiert vom Institute for Political and International Studies, das zum iranischen Außenministerium gehört. An der Abschlusszeremonie der Konferenz nahm Präsident Ahmadinejad teil, eröffnet wurde sie vom damaligen iranischen Außenminister Manutschehr Mottaki.

Die Veranstaltung in Teheran war ein Stelldichein des *Who is who* der internationalen Holocaustleugner-Szene. Mit dabei waren unter anderem der ehemalige Ku-Klux-Klan-Chef David Duke und Bradley Smith vom „Committee for Open Debate on the Holocaust“, der deutsch-australische Rechtsextremist Frederick Toeben, Georges Theil vom Front National und Robert Faurisson, Herbert Schaller und Wolfgang Fröhlich aus Österreich. In Folge dieser Konferenz spielten iranische Regimemedien jahrelang eine entscheidende Rolle beim Austausch und für die Vernetzung der internationalen Holocaustleugner-Szene (Schiedel 2010: 168).

2012 eskalierte das iranische Regime seine antisemitische Agitation, indem es am 19. April, dem israelischen Gedenktag für die Shoah, im Staatsfernsehen zehn Animationsfilme ausstrahlte, die den Holocaust in einer Manier leugnen, wie man es ansonsten nur von deklarierten Alt- und Neonazis kennt. Sämtliche dieser Zeichentrickfilme basieren auf dem Buch *Holocartoons* vom Zeichner Maziar Bijani und dem Kommentator Omid Mehdinejad, das 2008 vom iranischen Bildungsminister Aliresa Ahmadi vorgestellt und in den folgenden Jahren in mehreren Übersetzungen über das Internet global verbreitet wurde. Um einen Eindruck von der

Abscheulichkeit dieser offen antisemitischen Machwerke zu erhalten, reicht es, auf folgende Beschreibung der Anfangsszene zu verweisen, die bei allen zehn Filmen die gleiche ist:

„Wir sehen einen Nazi – erkennbar am Hakenkreuz an seinem Ärmel –, der eine große Sprayflasche mit der Aufschrift ‚Gas‘ ins Bild hält und diese aktiviert. Sobald die Szene vollständig in Gaswolken getaucht ist, kommt laut kichernd ein als haken-nasiger Wurm stilisierter Jude ins Bild, der das Nazigas begierig und genießerisch in sich einsaugt. Anschließend stößt er laut rülpsend zwei kleine Gaswölkchen aus, die die Buchstaben des Wortes ‚Holocaust‘ formen.“ (Küntzel 2012: 151)

Die an dieses Intro anschließenden Episoden stehen dem um nichts nach:

„Einer der Filme handelt von einer merkwürdigen Stahlkonstruktion mit der Aufschrift ‚Gaskammer‘. Es sind immer dieselben zehn Juden, die jene Kammer vorne betreten und hinten wieder verlassen, während ein Anzeiger die Zahl der Durchläufe zählt und bei der Zahl ‚Sechs Millionen‘ laut klingelt. Nun fallen sich die zehn Juden unter hysterischem Gelächter gegenseitig in den Arm – hat man doch perfekt den Mord der sechs Millionen simuliert, obwohl kein einziger gestorben ist.“ (Ebd.)

Matthias Küntzel hat darauf hingewiesen, dass an diesen Filmen die globale Bedeutung der Holocaustleugnung des iranischen Regimes deutlich wird: Durch den Rückgriff auf das Animationsformat sind sie ohnehin schon für eine weltweite Verbreitung prädestiniert. Findet Sprache oder Schrift in den Filmen Verwendung, so ist es Englisch. So haben diese Machwerke unter anderem über *YouTube* zeitweise eine weltweite Verbreitung erfahren (ebd.).

2014 verschaffte das iranische Regime während der Amtszeit Rohanis der Internationale aus Verschwörungstheoretikern und Antisemiten mit der „2nd New Horizon Conference of Independent Thinkers“ abermals eine Bühne in Teheran. Neben klassischen Holocaustleugnern stellten sogenannte 9/11-Truther einen Großteil der Vortragenden. Die linksliberale israelische Tageszeitung *Haaretz* hat die New-Horizon-Konferenzen der letzten Jahre in Teheran als ein Vernetzungstreffen beschrieben von

„Iranian Revolutionary Guards, Russian imperialists, Ukrainian fascists, Chinese spies, Qaddafi devotees, Corbyn fans, Assad apologists, neo-Nazis, Trump devotees, French Holocaust deniers, Western anti-war feminists, African American separatists, Venezuelan socialists and anti-Semites of every conceivable form and type“ (Ross 2019).

Bei der Konferenz 2014 war (wie auch schon 2006) der schwedisch-marokkanische, wegen Volksverhetzung verurteilte langjährige Betreiber von *Radio Islam*, Ahmed Rami, dabei. Einer der Stargäste war 2014 der italienische Geschichtsprofessor Claudio Moffa, dem auf der mittlerweile offline genommenen Konferenz-

Website *newhorizon.ir* offenherzig bescheinigt wurde: „He achieved international fame through revisionist statements, in particular by the public denial of the Holocaust.“ Die iranische Propaganda konnte sich auch über den Auftritt von Medea Benjamin, der Mitbegründerin von Code Pink und einer zentralen Aktivistin der US-amerikanischen „Friedens“- und BDS-Bewegung, freuen. Aus Frankreich nahm das ehemalige Front-National-Mitglied Olivier Lemoine teil. Manuel Ochsenreiter, in den letzten zwei Dekaden Autor, Redakteur und Interviewpartner in diversen rechtsradikalen Publikationen, bis Anfang 2019 Mitarbeiter des AfD-Bundestags-abgeordneten Markus Frohnmaier und 2021 in Moskau gestorben, wollte in Teheran über die „Israeli Lobby in Germany“ aufklären. Ochsenreiter galt seit Jahren als Verbindungsmann der deutschsprachigen rechtsextremen Szene zum iranischen Regime und insbesondere zur libanesischen Hisbollah. Laut der Konferenz-Website nahmen auch der Karikaturist Joe le Corbeau, der als „closely related“ zum antisemitischen Komiker und Aktivisten Dieudonné M'bala M'bala vorgestellt wurde, und die Holocaustleugnerin Maria Poumier teil, die an Dieudonnés, mit Unterstützung des Iranian Institute of Cinema produzierten Film *L'antisémite* beteiligt war.

Auch wenn die Tagung nicht wie die große Holocaustleugner-Konferenz in der Amtszeit Ahmadinejads 2006 vom Außenminister eröffnet wurde, war die Veranstaltung von Seiten des iranischen Regimes hochrangig besetzt: Einer der Teilnehmer war Saeed Jalili, früherer Chefverhandler für das Atomprogramm und Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates, 2013 unterlegener Präsidentschaftskandidat, 2021 einer jener Kandidaten, die ihre Bewerbung um die Präsidentschaft zu Gunsten von Ebrahim Raisi zurückgezogen haben und 2024 der unterlegene Gegenkandidat von Pezeshkian. Alaeddin Boroujerdi, während Rohanis Präsidentschaft der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des iranischen Pseudoparlaments, und Ali Asghar Soltanieh, der langjährige Repräsentant des Regimes bei der Internationalen Atomenergie Organisation in Wien, nahmen ebenfalls teil.

Während die Holocaustleugner-Konferenz 2006 fast auf der ganzen Welt verurteilt wurde (auch wenn daraus kaum Konsequenzen bezüglich einer Isolierung und Bekämpfung des iranischen Regimes gezogen wurden), gab es in Zeiten der Präsidentschaft Rohanis an nennenswerten Protesten nur eine Stellungnahme von Abraham Foxman, dem damaligen Direktor der Anti-Defamation League. Im Oktober 2013 hatte Rohani noch dafür gesorgt, dass eine derartige Konferenz kurz nach seinem Amtsantritt nicht stattfinden konnte. Sie hätte zu dieser Zeit der Charmeoffensive gegenüber dem Westen im Wege gestanden. 2014 und danach sah sich das iranische Regime zu derartigen Rücksichtnahmen offensichtlich nicht mehr veranlasst.

Der zweite internationale Wettbewerb für „Holocaust-Karikaturen“ wurde 2015 vom Iran House of Cartoon und dem Sarcheshmeh Cultural Complex mit Teilnehmern aus über 50 Ländern abgehalten. Eine Auswahl von 50 Karikaturen wurde im Mai 2016 bei der elften International Cartoon Biennale und im Palestine Museum im Iran gezeigt.

Rohanis Außenminister Zarif behauptete im Westen gerne, derartige Veranstaltungen würden im Iran unabhängig von staatlichen Stellen organisiert. Zur unmittelbaren Verantwortung der Rohani-Regierung für den „Holocaust-Karikaturen-Wettbewerb“ und ähnliche Events stellt Majid Mohammadi hingegen klar:

„The expenses of these activities are totally paid by governmental institutions, whether military, cultural, municipal, or religious. These institutions, their pseudo branches, and seemingly private affiliates [...] may have misleading titles, but they are all organized, financed, and managed under the Supreme Leader's office, his appointed bodies, and the executive branch headed by the President.“ (Mohammadi 2016: 4)

In Zeiten von Corona fand einer der Hauptorganisatoren der „Holocaust-Karikaturen-Wettbewerbe“ ein erweitertes Betätigungsfeld: Im März 2020 veranstaltete Masoud Shojaei-Tabatabaei einen Wettbewerb unter dem Titel „Wir besiegen das Coronavirus“. Die eingereichten Zeichnungen basierten weitgehend auf dem Verschwörungsmythos, dass die USA das Virus in die Welt gesetzt hätten, um China und Iran zu schaden, und beinhalteten wenig überraschend auch antisemitische Darstellungen (Cohen 2020).

Auf *leader.ir*, eine der offiziellen, auch auf Englisch verfügbaren Websites von Khamenei, war auch während der Präsidentschaft Rohanis vom „Mythos“ des Holocaust zu lesen – ganz so, wie während der Präsidentschaft Raisis und Pezeshkians (Khamenei 2006). Auch andere prominente Vertreter des Regimes haben sich wiederholt in diese Richtung geäußert. Rafsanjani, der sich bereits vor der Islamischen Revolution von 1979 durch die Leugnung des Holocaust hervorgetan hatte (Gholipour 2021), erklärte im iranischen Radio, seine persönlichen Forschungen hätten ihn zu der Überzeugung gebracht, Hitler habe nur 20.000 Juden ermordet (Anti-Defamation League 2001: 8).

Sein Nachfolger, der bis heute immer wieder als Beispiel für einen „Reformislamisten“ präsentierte Khatami, setzte das insofern fort, als er sich als einer der leidenschaftlichsten Verteidiger des französischen Holocaustleugners Roger Garaudy positionierte und ihm eine Audienz bei Khamenei verschaffte (Menashri 2001: 271). 2019 nutzte der oberste geistliche Führer den Jahrestag der Verurteilung von Garaudy, um sich erneut mit dem französischen Holocaustleugner zu solidarisieren und seinen „Mut“ zu preisen, und Ende Oktober 2020 fragte Khamenei auf seinem offiziellen *Twitter*-Account: „Why is it a crime to raise doubts about the Holocaust?“, was vom Kulturrat der iranischen Botschaft in Berlin, Hamid Mohammadi, auch in Deutschland verbreitet wurde (Naber 2020; Times of Israel 2019a).

Nachdem Ahmadinejad die Holocaustleugnung zu einem wesentlichen Bestandteil der iranischen Außenpolitik gemacht hatte, kreierte Rohani eine Art moderate Holocaustleugnung: Auf die Frage, ob die Shoah ein „Mythos“ sei, erwiderte Rohani im Interview mit CNN 2013 lediglich, er sei kein Historiker und könne da-

her zur „Dimension historischer Ereignisse“ (CNN 2013) nichts sagen – eine Taktik, die man von europäischen Holocaustleugnern kennt, wenn sie sich strafrechtlicher Verfolgung entziehen wollen. Ähnliches war auch von seinem Nachfolger Raisi bei einem CBS-Interview im September 2022 zu hören (CBS 2022), wohingegen dessen Nachfolger Pezeshkian versucht, dem Thema möglichst auszuweichen.

Die unterschiedliche Handhabung der Holocaustleugnung bei den diversen Fraktionen des iranischen Regimes hat Majid Mohammadi treffend zusammengefasst:

„The only difference between the reformists [...] and nonreformists [...] is their tactics: reformists believe that denying the Holocaust is not a priority [...], while the nonreformists believe that hatred against Israel and Jews will increase the Islamic Republic's influence in the region. They believe that exhibitions of Holocaust cartoons help the Islamic Republic to promote its objectives and strategies to be a force in global issues.“ (Mohammadi 2016: 13)

Eliminatorischer Antizionismus

Das zentrale Motiv deutscher und österreichischer Holocaustleugner, die unumwundene Schuldabwehr, entfällt bei der iranischen Leugnung und Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen weitestgehend. Das entscheidende Motiv für die Holocaustleugnung und -relativierung des iranischen Regimes ist zum einen die nachträgliche Delegitimierung der Gründung Israels und zum anderen die auf die Zukunft gerichtete Legitimierung der Vernichtung des jüdischen Staates. Im Iran dient die Relativierung und Leugnung von NS-Verbrechen dem eliminatorischen Antizionismus des Regimes.

2012 hat Khamenei Israel als „cancerous tumor“ ins Visier genommen, „that should be cut and will be cut“ (Fars News English 2013). Er griff damit Formulierungen auf, die bei Khomeini schon in den 1970er Jahren Verwendung fanden (Wistrich 2010: 843). Zum 9. November 2014, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, ließ Khamenei einen Neun-Punkte-Plan zur Zerstörung des jüdischen Staates auf *Twitter* verbreiten (Khamenei 2014). Zur Zeit der Finalisierung des Atomabkommens JCPOA 2015 ließ er sein 400-Seiten-Buch *Palestine* in einer Neuauflage veröffentlichen, in der er Israel abermals als „Krebsgeschwulst“ bezeichnete, das vernichtet werden müsse (IRIB German 2016). Um die Ausrichtung des iranischen Atom- und Raketenprogramms vor der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren, testete das Ajatollah-Regime 2016 in klarer Verletzung von Resolutionen des UN-Sicherheitsrates ballistische Raketen, auf denen, wie schon öfters, die Forderung nach der Vernichtung Israels prangte, diesmal allerdings nicht nur in Farsi oder Englisch, sondern auch in Hebräisch (Moore 2016).

2017 erklärte Khamenei die westlich-liberalen Vorstellungen von Geschlechtergleichheit zu einer „zionistischen Verschwörung“. Auch diese Äußerung, die den

Zusammenhang von Antisemitismus und Sexismus in Erinnerung ruft, steht ganz in der Tradition von Revolutionsführer Khomeini, der bereits Anfang der 1960er Jahre gegen die Einführung des Frauenwahlrechts polemisierte, dem ein zionistisches Komplott zugrunde liege, als dessen Avantgarde sich die Baha'i betätigen würden (Eschraghi 2020: 343). Hinsichtlich Israels verkündete Khamenei abermals: „There is no cure for the problem that this savage and wolfish regime [...] has created except its destruction and annihilation.“ (Khamenei 2017b)

Präsident Rohani nahm seit seinem Amtsantritt 2013 – ebenso wie seine Vorgänger und seine Nachfolger – regelmäßig am Quds-Marsch in Teheran teil. In Zeiten von Corona übernahm das staatliche Fernsehen die Propaganda: Zum Quds-Tag im Mai 2020 strahlte der Sender *Ofogh TV* ein Video mit dem Titel *Die Sintflut von Jerusalem* aus, in dem die israelische Hauptstadt komplett überschwemmt ist und an der Wasseroberfläche die Kopfbedeckungen orthodoxer Juden zu sehen sind. Der Clip endet mit dem bekannten Khomeini-Zitat: „Wenn jeder Moslem einen Eimer Wasser ausgießen würde, würde Israel von der Flut weggespült werden.“ (MEMRI 2020b) 2017 griff Rohani eine gängige Formulierung von Khamenei auf und sprach ebenfalls von Israel als „cancerous tumor“ (Press TV 2017), was er Ende 2018 nochmals wiederholte (Haaretz 2018).

Mit seinen Attacken auf den jüdischen Staat als „fake regime“ (ebd.) rekurrierte der im Westen häufig verharmloste Rohani auf einen Klassiker des antisemitischen Antizionismus, bei dem zunächst in der nationalsozialistischen Ideologie der 1920er und 1930er Jahre und in den 1960er und 1970er Jahren dann auch in der arabisch-nationalistischen und links-antizionistischen Propaganda die antisemitische Gegenüberstellung von „raffend“ und „schaffend“ bezüglich des Kapitals durch das Gegensatzpaar von organischen, echten Staaten und „künstlichen Gebilden“ ergänzt wurde.

Auf diese Terminologie griff auch die 2018 in Teheran veröffentlichte Beschreibung zum „First International Hourglass Festival“ zurück, das auf seiner mittlerweile offline genommenen Website *israelhourglass.com* das „fake regime“ namens Israel attackierte (Times of Israel 2018). Das Symbol des Festivals war ein Davidstern, der sich beim Durchlaufen einer Sanduhr auflöst. Der Festivalpromoter Hossein Amir-Abdollahian war 2018 Berater des Präsidenten des iranischen Pseudoparlaments, Ali Larijani, und Generalsekretär der „Internationalen Konferenz zur Unterstützung der palästinensischen Intifada“. Sowohl unter Ahmadinejad als auch unter Rohani war er als stellvertretender Außenminister des Iran tätig. Unter Präsident Raisi war er Außenminister.

Mehrere Monate lang wurden Einreichungen entgegengenommen, die das erhoffte Ende Israels in spätestens 25 Jahren illustrieren und den bösartigen, „bestialischen“ und „unmenschlichen“ Charakter des Zionismus sowie seiner Unterstützer dokumentieren sollten. Das Motto des Festivals bezieht sich auf Reden Khameneis, der 2015 und 2016 angekündigt hatte, das „zionistische Regime“ werde bis zum Jahr 2040 endgültig ausgelöscht sein (Khamenei 2016). 2017 ließen die herr-

schenden Ayatollahs daraufhin in Teheran eine Installation aufstellen, welche die Tage bis zum Endsieg über den jüdischen Staat zählt.

Regionale Expansion und *maslahat*

Immer wieder wird die Frage aufgeworfen, welche Rolle die antisemitische Ideologie und der Hass auf Israel bei politischen Entscheidungen des iranischen Regimes spielen. Als Khomeini 1979 im Iran die Macht übernahm, hatte er eine sehr puristische Vorstellung von Außenpolitik, deren Ausrichtung allein schon durch einen der ersten prominenten Besucher des neuen Regimes dokumentiert wurde: Jassir Arafat, der in einer feierlichen Zeremonie die Schlüssel der ehemaligen israelischen Botschaft in Teheran überreicht bekam, nachdem viele spätere Führungsoffiziere der Pasdaran ihre erste militärische Ausbildung in PLO-Camps im Südlibanon erhalten hatten.

Die Außenpolitik des iranischen Regimes war von Beginn an durch eine Gleichzeitigkeit von Pragmatismus und Vernichtungswahn gekennzeichnet, die es Kommentatoren im Westen bis heute ermöglicht, die Vernichtungsfantasien gegenüber Israel regelmäßig durch den Hinweis auf Ersteren zu verharmlosen. Der Pragmatismus macht sich in zahlreichen, auch außenpolitischen, Entscheidungen bemerkbar, konnte sich aber gerade im Verhältnis zu Israel nicht durchsetzen (Seliktar 2003): „Iran’s attitude to Israel was one of the rare examples of adherence to dogma.“ (Menashri 2001: 281)

Unabhängig vom Antisemitismus wird auch immer wieder die Frage aufgeworfen, inwiefern der politische Pragmatismus die revolutionären Ziele der „Islamischen Republik“ tangiert, ob also das in der Ideologie der iranischen Islamisten stets als Prinzip anerkannte *maslahat* (eine Zweckdienlichkeit jenseits aller ideologischen Bedenken und Zielsetzungen) jemals eine Absage an den inhaltlichen Kern der Ideologie bedeuten kann. Selbst jene Iran-Experten, die wie Walter Posch trotz ihrer vergleichsweise nüchternen und realistischen Sicht auf das Regime gegen ein konsequentes Vorgehen gegen die Teheraner Machthaber sind und sich für Gespräche mit den Ajatollahs einsetzen, räumen ein, dass davon keine Rede sein kann: *Maslahat* bedeutet „nicht die Überwindung der Ideologie, sondern allenfalls ihre Einhegung“ (Posch 2013: 18). Auch was der Kern dieser Ideologie ist, wird von Posch deutlich ausgesprochen: Der „strategischen Vision“ des Regimes liege das „Paradigma der Illegitimität des Staates Israel“ zugrunde (ebd.: 26).

Eine besonders deutliche Kontinuität in der iranischen Außenpolitik besteht bei der Unterstützung der Terrorrackets an den Grenzen Israels. Das Bündnis mit der libanesischen Terrormiliz Hisbollah blieb auch unter Rohani intakt und bekam durch den Krieg in Syrien zentrale Bedeutung; jenes mit der sunnitischen Hamas wurde erneuert. Khamenei hat dazu aufgerufen, die palästinensischen Verbündeten des Regimes in der Westbank ebenso zu bewaffnen wie zuvor im Gaza-Streifen. Besondere Bedeutung kommt hier dem Palästinensischen Islamischen Dschihad

zu, unter dessen seit 2018 amtierenden Generalsekretär Ziad al-Nakhala die Kooperation mit Teheran im Vergleich zu seinem Vorgänger Ramadan Shalah nochmals deutlich intensiviert wurde. Der 2024 zum Präsidenten gewählte Pezeshkian bekräftigte in einer seiner ersten außenpolitischen Stellungnahmen die weitere iranische Unterstützung sowohl der Hisbollah als auch der palästinensischen Terrorgruppen in Gaza und der Westbank.

In den letzten Jahren wird insbesondere die Unterstützung von Ansar Allah, den im Westen in der Regel als „Huthi-Rebellen“ bezeichneten iranischen Verbündeten im Jemen, verstärkt, die über ihre Prioritäten keine Zweifel aufkommen lassen, wenn sie in den Schriftzügen ihres Logos verkünden: „Gott ist groß! Tod den USA! Tod Israel! Verdammt seien die Juden! Sieg dem Islam!“ (zit. n. Taylor 2015) Seit 2015 haben sie sich ideologisch deutlich dem iranischen Regime und der Hisbollah angenähert. Von Letzterer wird angenommen, dass sie zentrale Bedeutung für die Eingliederung von Ansar Allah in die vom Iran dominierte „Achse des Widerstands“ und für die Professionalisierung der jemenitischen Terrortruppe hatte (Stritzel 2025: 149). 2020 wurde ihr Anführer Abdul-Malik al-Huthi an der Seite Khameneis und der Größen der „Widerstandsachse“ gegen Israel auf einem offiziellen Plakat des iranischen Regimes zum Quds-Tag abgebildet (Karmon 2017) und seit 2023 sind sie an dem Mehrfronten-Krieg gegen Israel unmittelbar beteiligt. 2024 und 2025 geraten sie angesichts ihrer anhaltenden Raketenangriffe auf Israel immer stärker in den Fokus israelischer Luftschläge und auf Grund der massiven Angriffe auf die internationale Schifffahrt auch von US-Streitkräften und ihren Verbündeten. In ihrer Rechtfertigung der eigenen Angriffe auf Israel und des Massakers von 10/7 beziehen sie sich explizit auf die *Protokolle der Weisen von Zion* und auf Hitler (MEMRI 2023).

2015 erklärte Qassem Soleimani, dessen Einfluss im iranischen Machtgefüge durch das Engagement der Pasdaran im Irak und in Syrien bis zu seiner Tötung durch das US-Militär im Januar 2020 enorm gewachsenen war, der Iran könne in einer ähnlichen Weise, wie er jetzt schon den Irak, Syrien und den Libanon kontrolliert, demnächst auch Jordanien kontrollieren (Khoury 2015). Soleimani war Kommandant der für Auslandseinsätze zuständigen Quds-Brigaden, die das Ziel all ihrer Bestrebungen – Jerusalem – bereits im Namen tragen. Von ihm stammte jene Strategie, Israel mit einem „Ring of Fire“ zu umschließen, die durch das israelische Vorgehen gegen die iranischen Verbündeten in seinen Nachbarländern in Folge der Angriffe von 10/7 zunächst gescheitert ist.

Die letzten Jahre war der jüdische Staat nicht nur mit den Verbündeten des iranischen Regimes an seinen Grenzen konfrontiert, sondern mit dem Regime selbst. Die massive Aufrüstung der Hisbollah im Libanon und die iranische Präsenz in Syrien stellten Israel vor erhebliche Probleme. Die Hisbollah als wichtigster und schlagkräftigster Verbündeter Teherans in der Region war bis 2024 mit über 150.000 Raketen ausgestattet, die ausnahmslos auf den jüdischen Staat gerichtet waren, und auch nach den massiven militärischen Erfolgen der israelischen Armee

gegen die libanesische Djiheadisten-Miliz stellt die sich regroupierende Hisbollah eine der größten Bedrohungen für Israel dar. Ihr im September 2024 getöteter Generalsekretär, Hassan Nasrallah, nahm Israel – ganz wie Khamenei – als „krebsartiges, tyrannisches Gebilde“ (zit. n. Webman 2003) ins Visier und hatte in klassisch antisemitischer Dehumanisierung zionistische Juden als „the descendants of apes and pigs“ (Noe 2007: 187) bezeichnet, nachdem der langjährige geistliche Führer der Hisbollah, Muhammad Hussein Fadlallah, bereits Anfang der 1990er Jahre den „Kampf gegen den jüdischen Staat“ zur „Fortsetzung des Kampfes der Muslime gegen die Verschwörung der Juden gegen den Islam“ (zit. n. Meyer 2010: 187) erklärt hatte. Nasrallah freute sich geradezu, dass Juden aus der ganzen Welt nach Israel kommen, wo die „Widerstandsachse“ aus iranischem Regime und Hisbollah sie dann bequemer bekämpfen könne: „[...] the Jews from the entire world will come to occupied Palestine. But this will not be done for their antichrist to rule. God Almighty wanted to save you the trouble of finding them all over the world.“ (Zit. n. Noe 2015)

Umso absurder ist es, dass die Hisbollah, die in zahlreiche Anschläge, wie beispielsweise den Angriff auf das jüdische Gemeindezentrum in Buenos Aires 1994, involviert war, und ganz wie das Regime im Iran den Holocaust leugnet oder relativiert und europäische Holocaustleugner wie Roger Garaudy verteidigt (Saad-Ghorayeb 2002: 181), auf EU-Ebene immer noch nicht in ihrer Gesamtheit als terroristische Organisation eingestuft ist.

Wie dramatisch die Bedrohungssituation durch die von Teheran bis an die Zähne bewaffnete Hisbollah für Israel schon lange vor den Auseinandersetzungen der Jahre 2023 und 2024 war, konnte man daran erkennen, dass die rechte Netanyahu-Regierung in der links-liberalen *Haaretz* dafür kritisiert wurde, nicht schon viel früher militärisch gegen das Waffenarsenal der libanesischen Terrormiliz vorgegangen zu sein (Harel 2018). Die iranischen Verbündeten im Gaza-Streifen haben die Situation 2023 durch ihre Angriffe vom 7. Oktober in einer beispiellosen Weise eskaliert, aber bereits 2021 haben sie Israel durch ihren Raketenterror in einer neuartigen Weise attackiert, was nur durch die massive Aufrüstung und Finanzierung der antisemitischen Terrortruppen in Gaza durch das iranische Regime möglich war. Es wird geschätzt, dass der Islamische Djihead in der letzten Dekade etwa 70 Millionen US-Dollar pro Jahr aus dem Iran erhalten hat und die Hamas zwischen 70 und 100 Millionen. In den letzten Jahren soll Khamenei der Hamas angeboten haben, bis zu 30 Millionen Dollar monatlich zur Verfügung zu stellen, wenn Teheran im Gegenzug Informationen über israelische Raketenstellungen von den palästinensischen Muslimbrüdern erhält (Times of Israel 2019b). Deutlich höhere Summen gehen seit Jahren an die Hisbollah im Libanon, die Nordisrael seit dem 8. Oktober 2023 mit tausenden Raketen angegriffen hat.

Wenige Tage vor dem Beginn der Unruhen in Jerusalem im Mai 2021, die letztlich zu einem erneuten Gaza-Krieg geführt haben, fand in Vorbereitung des Quds-Tags in Teheran eine „Experten-Konferenz“ zur „Befreiung Jerusalems“ statt. Mit

dabei waren Khaled Qaddoumi, der Repräsentant der Hamas im Iran, und Naser Abu Sharif als Repräsentant des Palästinensischen Islamischen Dschihad. Dass die massive Unterstützung des antiisraelischen Terrors aus Teheran in der deutschsprachigen Berichterstattung zumindest vor 10/7 so gut wie keine Rolle gespielt hat, ist schon deswegen bemerkenswert, weil die iranische Unterstützung für Hamas und insbesondere für den Islamischen Dschihad seit Jahren kein Geheimnis ist und von den Sprechern der Islamisten-Milizen offen herausposaunt wurde (Spyer 2021). Der Drahtzieher der genozidalen Gewaltorgie vom 7. Oktober, Yahya Sinwar, bedankte sich bereits 2019 öffentlich für den Support aus Teheran.

Von Rohani zu Raisi und Pezeshkian

Das iranische Regime ist heute einer der maßgeblichen Protagonisten des globalen Antisemitismus. Auf Grund seines fortgesetzten Strebens nach der Technologie der Massenvernichtung und der Fortentwicklung des dazugehörigen Raketenprogramms, seiner regionalen Expansion bis an die Grenzen Israels und der massiven Aufrüstung seiner Verbündeten stellt es eine der entscheidenden sicherheitspolitischen Herausforderungen für den jüdischen Staat dar. Das findet seit Jahren seinen Niederschlag in der offiziellen Militärstrategie der israelischen Streitkräfte (Fuhrig/Kälker 2017: 12) und hat sich auch nach den Rückschlägen, die das Ajatollah-Regime in Folge von 10/7 in seiner antiisraelischen Strategie erleiden musste, nicht grundlegend geändert. Durch das iranische Regime existiert eine spezifische Bedrohungskonstellation, in der sich der eliminatorische Antizionismus und eine islamistische Märtyrerideologie mit dem Streben nach der Technologie der Massenvernichtung und der Existenz des massiven Raketenarsenals der iranischen Verbündeten kombinieren. Diese Konstellation gebietet es, das iranische Regime, das 2024 Israel erstmals direkt militärisch angegriffen hat, seine Verbündeten und seine globalen Unterstützer ins Zentrum einer aktuellen Kritik des Antisemitismus zu rücken.

Dabei gilt es, sich immer wieder zu vergegenwärtigen, dass das iranische Regime zwar aus unterschiedlichen, mitunter stark verfeindeten Fraktionen besteht, diese sich aber über die grundlegenden Ziele einig sind. Das gilt insbesondere für die radikale Feindschaft gegen Israel und die Unterstützung der Terrorgruppen an den Grenzen des jüdischen Staates. Insofern war vorhersehbar, dass sich durch die Präsidentschaftswahlen im Juni 2021 nichts am antisemitischen Charakter des iranischen Regimes ändern würde – ganz egal, wie diese ausgehen. Und auch der Wechsel zu Pezeshkian 2024 führte zu keinem substanziellen Politikwechsel in Teheran.

Raisi und die mit ihm 2021 an die Macht gelangten jungen, hochideologisierten Kader der Islamischen Republik standen einerseits für ideologische Kontinuität, was die inhaltlichen Zielsetzungen der Islamischen Republik angeht, und andererseits für eine Radikalisierung der Herrschaftsausübung im Iran (Aarabi/

Golkar 2021a). Raisis „Wahl“ glich eher einer Bestellung durch Ali Khamenei, der im Vorfeld des Urnengangs dafür gesorgt hatte, dass alle aussichtsreichen Gegenkandidaten nicht zugelassen wurden – einschließlich altgedienter Funktionäre des Regimes wie beispielsweise der langjährige Parlamentspräsident Ali Larijani. Die iranische Bevölkerung quittierte das mit der niedrigsten Wahlbeteiligung seit 1979. Selbst offizielle Stellen des Regimes räumten ein, dass die Beteiligung erstmals unter 50 Prozent gesunken ist. Oppositionelle Beobachter schätzen sie auf nur 10 bis 20 Prozent, womit der Wahlzirkus endgültig als jene Legitimierungsfarce erkennbar wurde, die sie auf Grund der Herrschaftsstruktur des iranischen Regimes mit der zentralen Rolle des obersten Führers und des Wächterrates ohnehin schon immer war.

Raisi, der durch die offene Unterstützung von Khamenei einer der aussichtsreichsten Kandidaten für dessen Nachfolge war, hatte sich den Titel „Schlächter von Teheran“ auf Grund seiner seit Jahrzehnten etablierten Stellung im iranischen Repressionsapparat und seiner Verantwortung für die Ermordung tausender Oppositioneller redlich verdient (Mohajer 2020). Nach Raisis Tod bei einem Hubschrauberabsturz gilt nun wieder einer der Söhne des amtierenden obersten geistlichen Führers, Mojtaba Khamenei, als aussichtsreicher Kandidat für die Nachfolge von Ali Khamenei.

Raisis „Wahl“ im Juni 2021 signalisierte der Bevölkerung, dass die herrschenden Ajatollahs in Zukunft noch stärker auf unmittelbare Gewalt zur Herrschaftssicherung setzen werden, während die Versuche zur Erlangung einer partiellen, zumindest von Teilen der Bevölkerung akzeptierten Legitimität in den Hintergrund treten. Diese Gewaltstrategie wurde auch nach der Wahl des vergleichsweise „moderaten“ Pezeshkian im Juli 2024 nur rudimentär zurückgenommen: Die Hinrichtungsmaschinerie läuft auch unter ihm im Iran weiterhin auf Hochtouren.

Das iranische Regime ist seit Anbeginn von einem permanenten Konkurrenzkampf verfeindeter Gangs charakterisiert, die ihren Dauerstreit im komplexen Institutionengeflecht austragen, das zur Grundkonstitution der Islamischen Republik gehört, ihr eine gewisse Dynamik verleiht und sie von monolithischen Diktaturen wie beispielsweise dem Irak unter Saddam Hussein unterscheidet. Die verfeindeten Rackets konkurrieren aber nicht einfach wie Verbrechersyndikate um das größere Stück vom Kuchen, sondern stets auch darum, wer das Programm des eliminatorischen Antizionismus am effektivsten voranbringen kann. In der ursprünglichen und lange Jahre gültigen Konzeption der Islamischen Republik thront über ihnen allen der oberste geistliche Führer, der als vermittelnde und integrierende Instanz agiert. Der „Fürst der Gläubigen“, wie einer der zahlreichen Titel des Führers lautet, verkörpert das Bewusstsein, dass das Regime zwei Flügel benötigt, um seine Ziele zu erreichen, und abzustürzen droht, wenn es einen von ihnen einfach abhackt.

Diese Konzeption war bereits seit der allzu offensichtlichen Wahlfälschung 2009 sowie durch die eindeutige und frühzeitige Parteinahme von Khamenei für

den damaligen Präsidenten Ahmadinejad und gegen seine Konkurrenten Mehdi Karubi und Mir Hossein Mussawi in Frage gestellt. Seit der Wahl von Rohani 2013 wurde sie partiell restauriert, wodurch das Regime wieder etwas von jener Stabilität zurückzugewinnen hoffte, die es durch die überraschend starken Proteste 2009 und durch die Aufkündigung des Herrschaftskompromisses verloren hatte. Ein Ausdruck dieser Restaurierungsbemühungen war die Zusammensetzung der Regierungskabinette von Rohani, der bei seiner Ministerauswahl mit Ausnahme der Gruppe um Ahmadinejad und jener „Reformislamisten“, die ihm überhaupt erst zum Sieg verholfen hatten, die Bedürfnisse fast aller Fraktionen berücksichtigte und eine Art großer Koalition zustande brachte, um das Fundament des Regimes – und damit auch für die prospektive Vernichtungsanstrengung – wieder zu verbreitern.

In diesem Sinne bedeutete die Zusammensetzung des Kabinetts von Raisi eine erneute Aufkündigung des breit angelegten Herrschaftskompromisses. Im Sicherheitsbereich konnten die Revolutionsgarden, wie zu Zeiten Ahmadinejads, ihren ohnehin schon massiven Einfluss noch weiter ausbauen (Aarabi/Golkar 2021b), und sie werden diesen Einfluss auch unter Pezeshkian nicht wieder verlieren. Rohani hatte im Gegensatz zu Ahmadinejad und Raisi versucht, die Revolutionsgarden zu Gunsten des traditionellen Geheimdienstes MOIS ein wenig in die Schranken zu weisen – was nichts mit einer im Westen geradezu herbeibeschworenen „Mäßigung“ zu tun hatte, sondern lediglich die Verschiebung von einem Machtzentrum zum anderen innerhalb des Regimes bedeutete (Alfoneh 2013).

Die Wahl Pezeshkians 2024 ist für das Regime vor allem von Bedeutung, wenn es – unter massivem internationalem und zusehends auch militärischem Druck stehend – wieder stärker auf Verhandlungen mit den Europäern und mit den USA setzen sollte, was sich Anfang 2025 zunehmend herauskristallisierte. An der Frontstellung gegen den jüdischen Staat wird das nichts ändern: Pezeshkian hatte schon vor seinem Amtsantritt erklärt, der Iran könne sich zu allen möglichen Ländern bessere Beziehungen vorstellen – explizit aber nicht zu Israel (Times of Israel 2024). Die Administration von Pezeshkian knüpft rhetorisch bezüglich Holocaustleugnung und eliminatorischen Antizionismus wieder stärker an Formulierungen von Rohani und Zarif an, aber auch für ihn repräsentiert Israel alles Übel in der Region, für das es keinerlei Akzeptanz geben kann und das aktiv bekämpft werden muss. Die Mittel dafür sollen nach den Rückschlägen des Jahres 2024 nun insbesondere durch eine Intensivierung des Bündnisses mit Putins Russland besorgt werden, mit dem Pezeshkian Anfang 2025 eine auf zwei Dekaden angelegte weitgehende Partnerschaft vereinbart hat (Times of Israel 2025).

Hinsichtlich der zentralen Elemente des Antisemitismus des iranischen Regimes stand die Raisi-Regierung einerseits für ideologische Kontinuität und andererseits für eine Radikalisierung, die in personeller Hinsicht teilweise an die Amtszeit von Ahmadinejad anknüpfte. Raisis Innenminister, Ahmad Vahidi, der unter Ahmadinejad bis 2013 Verteidigungsminister war, verkörperte wie kaum ein

anderer iranischer Spitzenpolitiker den antisemitischen Charakter des Regimes: Er wird bis heute von INTERPOL mit internationalem Haftbefehl gesucht, da er von Argentinien als einer der Hauptschuldigen für den Anschlag auf das jüdische Gemeindezentrum AMIA in Buenos Aires angesehen wird, bei dem 1994 85 Menschen ermordet wurden. Das Gleiche gilt für Mohsen Rezaei, einen hohen General der Revolutionsgarden und mehrfach gescheiterten Präsidentschaftskandidaten, der von Raisi zu einem seiner Vizepräsidenten ernannt wurde. Zahlreiche weitere Kabinettsmitglieder fanden sich wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen auf Sanktionslisten der USA, der EU oder Kanadas.

Pezeshkian versucht hingegen, wieder auf weniger offensichtlich belastetes Personal zu setzen, um seine partielle Charme-Offensive im Westen nicht zu gefährden. Substanziell macht das insbesondere hinsichtlich der antisemitischen Ausrichtung keinen Unterschied, rhetorisch allerdings schon: Unter Raisi knüpfte das iranische Regime nahtlos an die Tradition der Holocaustleugnung und -verharmlosung an. Anfang 2022 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine Resolution gegen Holocaustleugnung, und der Iran war das einzige Land, das seine Zustimmung verweigerte. Der iranische UN-Botschafter forderte (erfolglos) alle anderen Staaten auf, es ihm gleichzutun (Magid 2022).

Die Zielrichtung seiner unverminderten militärischen Aufrüstung demonstrierte das Regime Anfang 2022 nochmals, indem es seine neuen Präzisionsraketen mit einer Reichweite von über 1400 Kilometern den Namen *Khaybar-Shekan* (Khaybar-Buster) gab – eine unmissverständliche Bezugnahme auf die Schlacht Mohammeds gegen die Juden in Khaybar 628 und auf die sowohl im Nahen und Mittleren Osten als auch in europäischen Großstädten regelmäßig bei antiisraelischen Aufmärschen skandierende Drohung „Khaybar, Khaybar, ya yahud! Jaysh Muhammad sa-ya’du“ („Kaybar, Khaybar, oh ihr Juden! Mohammeds Armee kommt bald wieder“) (Times of Israel 2022b). Anfang 2023 präsentierten die Revolutionsgarden abermals Raketen mit der hebräischen Aufschrift „Tod Israel“ (Times of Israel 2023).

Auch an seinen globalen Herrschaftsambitionen, die sowohl von Khomeini als auch von Khamenei immer wieder betont wurden (Joffe/Naumann 1980: 242; Khamenei 2001: 17), hält das iranische Regime weiterhin fest. Ende 2021 verkündete Esmail Qaani – der Nachfolger von Soleimani als Kommandant der Quds-Einheiten der Revolutionsgarden, der durch den Sturz der iranischen Verbündeten in Syrien 2024 im iranischen Machtgefüge massiver Kritik ausgesetzt ist –, das „Endziel“ bleibe die „Errichtung der globalen Herrschaft des verborgenen Imams“ (MEMRI 2021). Mit dem verborgenen Imam ist der Mahdi gemeint, der zwölfte schiitische Imam, der einst zurückkehren soll. Laut Verfassung der Islamischen Republik ist er, nicht der oberste geistliche Führer, das Staatsoberhaupt im Iran (Özoguz 2007: 5). Khomeini hat mit seinem aktivistischen Zugang mit dem traditionellen schiitischen Quietismus gebrochen, was von anderen hohen Geistlichen des schiitischen Islam wie dem irakischen Großayatollah Ali al-Sistani abgelehnt

wird. Das von Khomeini entwickelte *Welāyat-e Faghīh*, die „Herrschaft“ oder „Stalthalterschaft des Rechtsgelehrten“, soll durch islamischen Tugendterror nach innen und Export der Islamischen Revolution die Rückkehr des Mahdi aktiv vorbereiten. Ideologisch untermauert werden die Exportversuche unter anderem durch Attacken auf das saudische Königshaus, deren Mitglieder in Äußerungen iranischer Revolutionsgardisten in den letzten Jahren als Nachfahren jener Juden attackiert werden, die sich schon zu Zeiten Mohammeds gegen die Herrschaft des Propheten auf der saudischen Halbinsel gestellt hätten (MEMRI 2022a). Anfang 2022 war es der Parlamentsabgeordnete Ahmad Hossein Falahi, der nochmals in aller Deutlichkeit den Zusammenhang von eliminatorischem Antizionismus und Heilserwartung aussprach: „Die Vernichtung des zionistischen Regimes ist eine der Voraussetzungen für die Ankunft des Mahdi.“ (Zit. n. MEMRI 2022b)

Freundschaft mit Tradition: Das deutsch-iranische Verhältnis

Das iranische Regime kann seine brutale Herrschaftspraxis, seine antisemitische Propaganda und seine antiisraelische Politik nur fortsetzen, weil europäische Firmen weiterhin durch ihre staatlich unterstützten Iran-Geschäfte die Kriegskasse in Teheran füllen und damit jenen Teilen der iranischen Bevölkerung in den Rücken fallen, die regelmäßig unter Lebensgefahr gegen das Regime aufbegehren. Auch während der Covid-Pandemie fanden im Iran Proteste statt, bei denen Demonstrierende unter anderem skandierten „Weder für Gaza noch für den Libanon, ich gebe mein Leben für Iran“ (Fathollah-Nejad 2020: 241), und damit der Finanzierung und Aufrüstung der antisemitischen Terrorgruppen an den Grenzen Israels eine klare Absage erteilten. Aus Europa haben diese Menschen im Iran bisher kaum Unterstützung erhalten.

Das hat sich weder seit der Protestwelle und dem feministischen Aufstand geändert, die sich am Tod von Jina Mahsa Amini 2022 entzündet und sich 2023 insbesondere mit Protesten gegen den Kopftuchzwang fortgesetzt haben (Afary/Anderson 2022; Atai 2021; Amiri/Tekkal 2023; Benl/Naghizadeh 2022; Kazemzadeh 2023), noch nach der iranischen Bejubelung des Hamas-Massakers von 10/7 und den direkten militärischen Angriffen des Iran auf Israel 2024. Zwar hat sich die Rhetorik der deutschen Außenpolitik gegenüber dem iranischen Regime in den letzten Jahren verschärft; das findet bisher allerdings keine Entsprechung in konsequenten Schritten gegen die Machthaber in Teheran: Bis heute weigert sich das Auswärtige Amt beispielsweise ebenso wie die Mehrheit der entscheidenden EU-Außenpolitiker, die iranischen Revolutionsgarden auf die EU-Terrorliste zu setzen.

Dass sich an der fatalen, das antisemitische Terrorregime in Teheran hofierenden europäischen Iran-Politik der letzten Jahre auch durch die „Wahl“ Raisis nichts Substanzielles geändert hatte, wurde bereits bei dessen Angelobung im August 2021 deutlich: In der ersten Reihe saßen dort Vertreter der Hisbollah sowie der Hamas, des Islamischen Dschihad und der PFLP – und eine Reihe dahinter Enrique

Mora, der zweithöchste Außenpolitiker jener EU, in der Hamas, Islamischer Djihaḥ und PFLP als Terrororganisationen verboten sind. Allein damit wurde der Führung in Teheran signalisiert, dass sie von der europäischen Politik auch weiterhin keine ernsthaften Konsequenzen für ihren Antisemitismus und die Unterstützung des antiisraelischen Terrors zu erwarten hat. Das hat sich auch nach 10/7 nicht substantiell geändert, obwohl Ali Khamenei direkt am 7. Oktober 2023 seine Begeisterung für die Massaker von Hamas und Islamischen Djihaḥ zum Ausdruck brachte und zu dem Video von in Panik beim Nova-Festival um ihr Leben rennender Israelis postete: „God willing, the cancer of the usurper Zionist regime will be eradicated“ (Khamenei 2023).

Der offensichtliche Antisemitismus des iranischen Regimes hat die Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten nie davon abgehalten, besonders enge Beziehungen mit den Machthabern in Teheran zu unterhalten. Die Eckdaten der deutsch-iranischen Freundschaft sind schnell genannt: Die Beziehungen Deutschlands mit dem Iran waren schon vor der Islamischen Revolution ausgesprochen gut und eng. Nach 1979 war Deutschland gemeinsam mit Österreich die politische Avantgarde bei der Herausführung der IRI aus der internationalen Isolation. Das Regime hätte sich kaum die letzten viereinhalb Dekaden an der Macht halten können, wenn ihm aus Staaten wie Deutschland und Österreich nicht mit politischer Nachsicht und ökonomischer Kooperation begegnet worden wäre.

1984 besuchte der österreichische Sozialdemokrat Erwin Lanc als erster westlicher Außenminister den Iran und bereitete damit die Visite seines deutschen Amtskollegen Hans-Dietrich Genscher nur einen Monat später vor. Nachdem Genscher als erster Außenminister eines NATO-Staates das Khomeini-Regime besucht hatte, kam sein iranischer Amtskollege 1987 zum Gegenbesuch nach Bonn. Anfang der 1990er Jahre war die Bundesrepublik maßgeblich an der Initiierung des sogenannten „Kritischen Dialogs“ beteiligt, der insbesondere vom FDP-Außenminister Klaus Kinkel unter Bundeskanzler Helmut Kohl betrieben wurde. Unter diesem Titel verfolgte die deutsche Politik die offene Zusammenarbeit mit dem iranischen Regime und verschaffte ihm zugleich internationale Reputation. Im Rahmen des ‚Kritischen Dialogs‘ fanden unter anderem sogenannte „Kritische Menschenrechtsseminare“ statt, die es dem iranischen Regime ermöglichten, seine Vorstellung von einem „islamischen Menschenrechtsbegriff“ gegen ein universalistisches Verständnis der Menschenrechte auf internationaler Bühne zu proklamieren. Worum es der iranischen Seite bei dem Dauerdialog mit Europa geht, hatte 2016 Sadegh Larjani, damals Irans einflussreicher Justizchef, unmissverständlich klar gestellt, als er erklärte, es könne durchaus auch über die Menschenrechtssituation im Iran gesprochen werden – allerdings nur, wenn im Gegenzug auch das in seinem Verständnis menschenrechtswidrige Verbot der Holocaustleugnung in Europa endlich auf den Tisch komme (zit. n. Topper 2020).

Neben zahlreichen hochrangigen Besuchen gehörte Anfang der 1990er Jahre auch die Kooperation im Sicherheitsbereich zum „Kritischen Dialog“. Von irani-

scher Seite wird der Zusammenarbeit der Geheimdienste am Beginn der 1990er Jahre bis zum heutigen Tag höchste Bedeutung beigemessen. Von der israelischen Regierung und den westlichen Verbündeten Deutschlands wurde ihr stets mit massiver Kritik begegnet. Doch Kinkel, der schon als Justizminister in den Iran gereist war, hielt trotz internationaler und innerstaatlicher, sowohl von den oppositionellen Sozialdemokraten und Grünen als auch von einigen unionsgeführten Bundesländern geäußelter Kritik, unbeirrt am „Kritischen Dialog“ fest.

Ernsthaft unter Beschuss geriet die schwarz-gelbe Außenpolitik gegenüber dem Iran nach der Verkündung des Mykonos-Urteils 1997. Fünf Jahre zuvor waren in dem Berliner Restaurant Mykonos der Generalsekretär der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran, Mohammad Sadegh Sharafkandi, und drei seiner Kollegen erschossen worden, nachdem der Vorgänger von Sharafkandi, Abdul Rahman Ghassemlou, bereits 1989 gemeinsam mit seinen Begleitern in Wien von einem Kommando des iranischen Regimes ermordet worden war. Im Urteil des auf das Mykonos-Attentat folgenden mehrjährigen Prozesses wurde detailliert dargestellt, dass und inwiefern die obersten Spitzen des iranischen Systems in diesen und andere Morde in Europa involviert waren (Markl 2008: 131–136). Vor allem wurde festgehalten, dass genau jene Politiker im Iran, die von der deutschen Bundesregierung als Ansprechpartner für den „Kritischen Dialog“ ausgegeben wurden, weil sie die dialogbereiten und reformorientierten Kräfte repräsentieren würden, das Zentrum des iranischen Staatsterrors bildeten. Präsident Rafsanjani, Außenminister Ali Akbar Velayati, bis heute einer der wichtigsten außenpolitischen Berater Khameneis, und der damalige Geheimdienstminister Ali Fallahian, der Anfang der 1990er Jahre vom deutschen Geheimdienst in Pullach und im deutschen Kanzleramt empfangen wurde, hatten den iranischen Staatsterrorismus nicht nur gebilligt und unterstützt, sondern unmittelbar befiehlt. Norbert Siegmund kommt in seiner umfassenden Studie zum Mykonos-Prozess zu dem Urteil:

„Diese Dialogpartner, von denen sich Bonn angeblich ‚Verbesserungen‘ in Menschenrechtsfragen versprach, waren laut Gericht nicht, wie von der Regierung behauptet, regimeinterne Widersacher des Terrorapparats. Sie waren seine wesentlichen Stützen.“ (Siegmund 2001: 291)

Doch auch die gerichtsoffizielle Feststellung, die gesamte Arbeitsannahme des „Kritischen Dialogs“ treffe nicht zu, hat keineswegs zum Abbruch der Kooperationsstrategie geführt. SPD und Grüne erklärten im Bundestag den „Kritischen Dialog“ zwar für gescheitert und forderten Konsequenzen wie beispielsweise die Einstellung der Hermes-Bürgschaften für Iran-Geschäfte. Kinkel hielt aber weiter am Dialog fest und plädierte nur wenige Tage nach Verkündung des Mykonos-Urteils bereits für eine erneute Annäherung an das iranische Regime, was ganz im Interesse der deutschen Unternehmen war: Der Deutsche Industrie- und Handelstag hielt auch nach der Urteilsverkündung demonstrativ an seiner Einladung einer

26-köpfigen iranischen Wirtschaftsdelegation fest. Letztlich führte das Mykonos-Urteil zu keinem Politikwechsel. Nach der Amtsübernahme der rot-grünen Bundesregierung 1998 wollten auch Sozialdemokraten und Grüne nichts mehr von ihrer vormaligen Kritik am „Kritischen Dialog“ wissen und proklamierten wie ihre Vorgängerregierung das Konzept eines „Wandels durch Annäherung“, bei dem allerdings die Annäherung im Vordergrund stand, während von einem Wandel im Iran bis heute nicht die Rede sein kann.

Nur wenige Tage nach dem Wiener Atomabkommen vom Juli 2015 war es der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, der als erster westlicher Spitzenpolitiker und als erster deutscher Wirtschaftsminister seit 13 Jahren in den Iran flog. Gabriels Ministerium ließ verlautbaren, der Vizekanzler werde „von einer kleinen Delegation mit Vertretern aus Wirtschaftsverbänden, Wissenschaft und Unternehmen begleitet“ (BMWi 2015). Das war eine deutliche Untertreibung: Die Delegation umfasste über 100 Personen, darunter führende Vertreter des Bundesverbandes der deutschen Industrie, des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, des Verbandes deutscher Maschinen- und Anlagenbau und der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit.

Nahezu alle Firmen, die mit Gabriel zu der Holocaustleugner-Diktatur in den Iran gereist sind, haben schon während des Nationalsozialismus beste Geschäfte gemacht: Volkswagen, ThyssenKrupp, die Salzgitter AG, die zu Hitlers Zeiten Teil der Reichswerke Hermann Göring war, oder BASF, im „Dritten Reich“ Teil der IG Farben. Auch Vertreter des traditionsreichen Nah- und Mittlost-Vereins (NUMOV), der 1934 von zentralen Förderern und Profiteuren des Nationalsozialismus wie Siemens, IG Farben, Allianz, Dresdner Bank, Deutsche Bank, Krupp, MAN und Hochtief gegründet wurde und einer der wichtigsten Förderer von Iran-Geschäften in Deutschland ist, haben Gabriel begleitet. Der Anlagenbauer Linde, der bis zu den Sanktionen einen Jahresumsatz im Iran von etwa 40 Millionen Euro machte und nach dem Atomdeal neue Verträge für das Iran-Business unterzeichnet haben soll, belieferte im Nationalsozialismus das deutsche Raketenprogramm und war am Bau von Produktionsanlagen in Auschwitz beteiligt. Siemens war im Nationalsozialismus einer der Hauptprofiteure von Zwangsarbeit und war über Jahrzehnte einer der wichtigsten Konzerne im Iran-Handel. 2010 erklärte der Konzern nach massiver internationaler Kritik an seinen Iran-Geschäften, die damals ein jährliches Umsatzvolumen von über 500 Millionen Euro aufwiesen, keine neuen Aufträge aus dem Land mehr anzunehmen, aber die beträchtlichen Altgeschäfte fortführen zu wollen (Becker/Spaney 2010: 124). Nach dem JCPOA freute sich der damalige Vorstandsvorsitzende Joe Kaeser allerdings wieder über neue „Opportunitäten und Chancen“ im Iran-Geschäft (DIE WELT 2015).

US-Politiker wie Barack Obama und John Kerry mussten angesichts massiver Bedenken im Kongress und einer Bevölkerung, die mehrheitlich das Wiener Abkommen ablehnte, bemüht sein, gegenüber Kritikern des Atomdeals zu versichern, das iranische Regime bleibe ein Gegner, ja ein Feind der USA; Gabriel verkünde-

te im Iran hingegen: „Ich habe den Eindruck, bei alten Freunden zu sein.“ (zit. n. Greive 2015) Die *Welt* freute sich anlässlich von Gabriels Iran-Trip, dass „Made in Germany“ in dem Land einen „Ruf wie Donnerhall“ habe, und deutsche Wirtschaftsvertreter rechneten in Folge des Wiener Abkommens damit, dass die Exporte in das Reich der Ajatollahs auf zehn Milliarden Euro gesteigert werden können (Ettel 2015) – was sich in der Folge insbesondere auf Grund von Donald Trumps Politik des maximalen Drucks, der sich während seiner ersten Amtszeit nicht nur gegen den Iran, sondern zum Teil auch gegen dessen Handelspartner richtete, nicht bewahrheiten sollte.

Vom JCPOA zum 7. Oktober

Es ist nicht verwunderlich, dass über das Atomabkommen in Deutschland im Gegensatz zu Israel oder auch den USA kaum eine öffentliche kontroverse Debatte geführt wurde, sondern es trotz seiner eklatanten Mängel parteiübergreifend Lob und Zustimmung erfahren hat und auch heute, da das iranische Regime massive Fortschritte auf dem Weg hin zur nuklearen Bewaffnung gemacht hat, vielen immer noch als vorbildlich gilt.

Zur angemessenen Beurteilung des JCPOA lohnt sich ein Blick zurück auf die Geschichte des nordkoreanischen Atombombenprogramms: 1994 trat US-Präsident Bill Clinton vor die Presse und lobte das soeben mit Nordkorea vereinbarte Rahmenabkommen zum Atomprogramm der Juche-Stalinisten, die heute gemeinsam mit dem iranischen Regime den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstützen, als „good deal“, der die ganze Welt sicherer machen würde (Clinton 2000). Nahezu die gesamte Weltpresse stimmte in den Jubel ein. Zwölf Jahre später, im Oktober 2006, meldete das Regime in Pjöngjang den ersten erfolgreichen Test einer Nuklearwaffe. 2012 erklärte sich Nordkorea zur Atommacht. Clintons Koordinatorin für die Verhandlungen mit Nordkorea war Wendy Sherman; unter Obama leitete sie als Unterstaatssekretärin im State Department die US-Verhandlungsdelegation bei den Atomgesprächen mit dem iranischen Regime. Die Atombombe der Kim-Dynastie wurde möglich, weil das nordkoreanische Nuklearprogramm zwar durch Auflagen beschränkt wurde, die Infrastruktur dieses Programms aber intakt blieb. Exakt darin bestand auch eines der zentralen Probleme bei dem im Juli 2015 in Wien von den fünf Vetomächten im UN-Sicherheitsrat und Deutschland (P5+1) mit einer Delegation der Ajatollah-Diktatur ausgehandelten JCPOA, auch wenn der Kontext des iranischen Atomprogramms sowohl in ideologischer als auch vertragsrechtlicher Hinsicht ein anderer als in Nordkorea ist.

Im Ergebnis lief der Deal, der vom antisemitischen und expansiven Charakter des iranischen Regimes vollkommen abstrahieren musste, auf eine Institutionalisierung anstatt einer Abrüstung des iranischen Atom- und Raketenprogramms hinaus. Er verhinderte nicht den Weg zur Bombe, sondern hat ihn langfristig geebnet. Es ging nicht mehr darum, ob die Teheraner Machthaber in der Lage sind, Atomwaf-

fen zu entwickeln, sondern nur noch darum, wie lange sie dazu brauchen würden. Zudem verschaffte das Wiener Abkommen dem iranischen Regime internationale Legitimation, Immunität gegenüber Kritik und einen massiven Wirtschaftsboom. Das freundliche Gesicht des Terrors, der dauerlächelnde Rohani, hat das Ergebnis der Atomverhandlungen anlässlich der Implementierung des JCPOA 2016 treffend zusammengefasst, als er darauf verwies, dass der Westen seine Sanktionen weitgehend aufhebe, das iranische Atomprogramm aber dauerhaft gesichert sei (Rouhani 2016).

Im Laufe der Verhandlungen haben sowohl die USA unter Obama als auch die an den Verhandlungen beteiligten europäischen Staaten einschließlich Deutschlands zahlreiche rote Linien überschritten, die sie selbst gesetzt hatten, so dass beispielsweise von unangekündigten Kontrollinspektionen zu jeder Zeit und überall im Iran bei der Umsetzung des Abkommens keine Rede mehr sein konnte, insbesondere nicht hinsichtlich der vom Regime in Teheran nicht selbst deklarierten Anlagen. Die Wiener Vereinbarung bedeutete trotz zum Teil gravierender, aber zeitlich befristeter Einschränkungen hinsichtlich des Nuklearprogramms, dass keine einzige Atomanlage geschlossen und nicht eine Zentrifuge verschrottet oder außer Landes gebracht wurde. Damit blieb die Infrastruktur des Atomprogramms nahezu intakt, obwohl das iranische Regime alle im JCPOA vereinbarten, mitunter durchaus beträchtlichen Modifikationen in Fordow, beim Schwerwasserreaktor in Arak und zur Urananreicherung in Natanz weitestgehend umgesetzt hat. Das Raketenprogramm des Regimes blieb nahezu unangetastet.

Nachdem sich in der US-Version der Lausanner Vereinbarung von April 2015, auf deren Grundlage der JCPOA dann in Wien ausgehandelt wurde, hinsichtlich der im Verhandlungsjargon stets als Possible Military Dimensions (PMD) bezeichneten, eindeutig militärischen Aspekte des Nuklearprogramms aus der Vergangenheit nur vage Absichtserklärungen fanden und sie in der iranischen Version gar nicht erwähnt wurden, hatten US-Präsident Obama und Außenminister Kerry zunächst noch versichert, die Aufklärung über die PMD sei eine Voraussetzung für jedes Abkommen. Doch bereits im Juni 2015 erklärte Kerry, die US-Administration halte daran nicht fest; man habe ohnehin „absolute knowledge“ über die bisherigen militärischen Aktivitäten im Rahmen des iranischen Atomprogramms – eine Begründung, die zu Kopfschütteln im US-amerikanischen Geheimdienstestablishment und Widerspruch von vielen Kongress-Abgeordneten führte. Auch Nuklearexperten wie David Albright warnten vergeblich davor, dass jegliche Unklarheit hinsichtlich der bisherigen Erfolge des iranischen Regimes bei der Entwicklung von nuklearen Sprengköpfen es unmöglich mache, die Breakout-Time zur Bombe exakt zu bestimmen, auf deren Einschätzung aber das ganze Konzept des JCPOA beruhte (Lake/Rogin 2015; Albright 2015).

Die iranische Atomforschung wurde durch das Wiener Abkommen eher gefördert als behindert. Nach achteinhalb Jahren wurde selbst die Forschung an hochentwickelten Zentrifugen weitgehend wieder erlaubt, was die Breakout-Time zur

Bombe schon während der Laufzeit des JCPOA dramatisch verkürzt hat. Matthias Küntzel verdeutlichte in seiner Analyse des JCPOA:

„Das Abkommen bietet iranischen Spezialisten [...] Einführungskurse in eine Technik, mit der Plutonium extrahiert werden kann. Auf diese Weise fördern die 5+1, was sie einmal verhindern wollten: Irans Einstieg in die Plutoniumtechnologie.“ (Küntzel 2015b)

Bedenken gegenüber dem Atomdeal wurden in Israel entgegen der Darstellung in vielen deutschen Medien keineswegs nur von Premierminister Benjamin Netanyahu und seiner Likud-Partei geäußert. Fast alle maßgeblichen israelischen Oppositionspolitiker haben sich ähnlich kritisch zu dem Abkommen geäußert, das in Wien ausgerechnet am Theodor-Herzl-Platz ausverhandelt wurde. Die Kritik an Netanyahu seitens der sozialdemokratischen und liberalen Opposition zielte in erster Linie darauf, dass der Premier nicht in der Lage war, dieses Abkommen zu verhindern.

Es wird geschätzt, dass der Iran allein durch die Freigabe von eingefrorenen Geldern zwischen 100 und 150 Milliarden Dollar erhalten hat, und zwar noch bevor das Post-Sanktions-Business überhaupt richtig angelaufen war. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Ilan Berman nannte den JCPOA völlig zu Recht einen „Marshall-Plan für den weltweit größten staatlichen Förderer des islamistischen Terrorismus“ (Berman 2015).

Das mag gut für die deutsche Wirtschaft sein, aus der Sicht Israels hat es ein Regime gestärkt, das nicht nur wegen seines Atom- und Raketenprogramms, sondern auch wegen seiner massiven Expansion in den Jahren nach dem JCPOA eine der größten Herausforderungen für den jüdischen Staat darstellt – und das heute so kurz vor der Entwicklung einsatzfähiger Nuklearwaffen steht, dass die Notwendigkeit eines militärischen Vorgehens seitens Israels oder der USA immer wahrscheinlicher wird. Eine der seltenen Stimmen, die diese Gefahren in der deutschsprachigen Diskussion thematisieren und davon ausgehend klare Handlungsempfehlungen aussprechen, ist Guido Steinberg: Bereits 2020 hat er alle Verhandlungs- und Sanktionsmöglichkeiten zur Verhinderung der iranischen Atombombe für gescheitert erklärt und geschlussfolgert, dass ein „US-amerikanischer oder israelischer Militärschlag gegen Iran kaum zu vermeiden sein wird“. Und er argumentiert: „Deutschland und Europa sollten dann an der Seite Washingtons und Tel Avivs/Jerusalems stehen.“ (Steinberg 2020: 307f.) Doch darüber hinaus gilt weiterhin, worauf in den letzten 15 Jahren insbesondere neokonservative und israelsolidarische linke Kritiker des Regimes immer wieder verwiesen haben: Auch Militärschläge gegen die Atomanlagen wären keine dauerhafte Lösung des Problems, sondern nur ein Sieg der säkularen und demokratisch-rechtsstaatlichen iranischen Opposition kann die Gefahr einer iranischen Nuklearwaffe langfristig bannen (Rubin 2012: 89; Grigat 2019: 454-458; Grigat 2021: 167f.). Genau diese Option wird aber durch die fortgesetzte Kooperationspolitik der meisten europäi-

schen und insbesondere der deutschen Regierungen entscheidend erschwert, die alleine dadurch Israel mit der Bedrohung durch das iranische Regime und seine Verbündeten im Stich lassen.

Die deutsche Iran- und Nahostpolitik ist mitverantwortlich für die Angriffe auf Israel vom 7. Oktober 2023. Die Mordaktionen der Hamas, des Islamischen Dihad und der PFLP waren nur durch jahrelange Unterstützung aus Teheran möglich, und die Voraussetzung für diese Unterstützung waren unter anderem die Milliarden-geschäfte deutscher Unternehmen mit dem iranischen Regime, die in den letzten Jahrzehnten von ausnahmslos allen deutschen Parteien und Regierungen gefördert wurden. Es sind die Zahlungen, die Waffenlieferungen und die Ausbildung aus dem Iran, welche die palästinensischen NGOs und GOs des Antisemitismus in die Lage versetzt haben, den schlimmsten Massenmord an Juden seit der Shoah zu begehen.

Über den genauen Zeitpunkt der Attacke vom 7. Oktober dürfte die Führung in Teheran nicht informiert gewesen sein. Vor dem Massaker hat die Hamas-Führung ihr Agieren aber kontinuierlich mit den Ajatollahs und Pasdaran koordiniert. Wenige Monate vor dem 7. Oktober fand ein hochrangig besetztes Treffen des später in Teheran getöteten Hamas-Chefs Ismail Haniyeh mit Khamenei, Raisi und dem damaligen Vorsitzenden des iranischen Nationalen Sicherheitsrates, Ali Akbar Ahmadian, in der iranischen Hauptstadt statt. Mit dabei war auch Saleh al-Arouri, der nach dem 7. Oktober in Beirut getötete stellvertretende Leiter des Hamas-Politbüros, der von Israel für den von iranischen Revolutionsgardisten unterstützten Ausbau der militärischen Infrastruktur der Hamas im Libanon verantwortlich gemacht wurde. Israelische Sicherheitskreise gehen heute davon aus, dass Yahya Sinwar mit den Planungen für einen Angriff in der Dimension von 10/7 bereits 2013 begonnen hat – kurz nach einem Besuch in Teheran Ende 2012, wo er sich mit Qassem Soleimani getroffen hatte (Hirsch 2025).

Das iranische Regime finanziert seine Politik maßgeblich durch den Außenhandel mit europäischen Ländern. Auch 2023 und 2024 belief sich das Handelsvolumen der EU-Staaten mit dem Iran auf über vier Milliarden Euro, und die Deutsch-Iranische Industrie- und Handelskammer konnte für das Jahr 2024 freudig verkünden, dass Deutschland weiterhin der wichtigste Handelspartner des Iran in Europa ist (DIIHK 2025).

Das heißt: Die deutsche Iran-Politik und der Iran-Handel finanzieren den Terror gegen Israel. Die Weigerung der deutschen Bundesregierung der Jahre 2021 bis 2025 und ihrer Vorgängerregierungen, die iranischen Revolutionsgarden auf jene Terrorliste zu setzen, auf die sie schon seit Jahrzehnten gehören, lässt dem Regime weiterhin freie Hand – auch nach dem Massaker vom 7. Oktober 2023, und auch nach den massiven direkten militärischen Angriffen des Iran auf Israel 2024. Solange es zu keiner 180-Grad-Wende in der deutschen Politik gegenüber dem Holocaustleugner-Regime im Iran kommt, die jegliche Unterstützung des Terrorregimes unterbinden und offen auf den Sturz der „Islamischen Republik“ setzen müsste,

ist das ganze Gerede von der Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsräson genauso billige Rhetorik wie die formelhaften Beschwörungen eines „Nie wieder“ und „Wehret den Anfängen“, wie sie zuletzt am 27. Januar 2025, dem 80. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, zahlreich zu vernehmen waren – ohne dass in irgendeiner relevanten Rede auf die antisemitische Bedrohung aus dem Iran und in kaum einer auf das antisemitische Massaker in Israel von 10/7 Bezug genommen worden wäre.

Literatur

- Aarabi, Kasra (2020): Iran Knows Who to Blame for the Virus. America and Israel, <https://foreignpolicy.com/2020/03/19/iran-irgc-coronavirus-propaganda-blames-america-israel> [Zugriff: 18.1.2025].
- Aarabi, Kasra; Golkar, Saeid (2021a): Raisi's Rising Elite. The Imam Sadeghis, Iran's Indoctrinated Technocrats. London: TBI.
- Aarabi, Kasra; Golkar, Saeid (2021b): The IRGC in the Age of Ebrahim Raisi. Decision-Making and Factionalism in Iran's Revolutionary Guard. London: TBI.
- Afary, Janet; Anderson, Kevin B. (2022): Woman, Life, Freedom: The Origins of the Uprising in Iran, https://www.dissentmagazine.org/online_articles/women-life-freedom-iran-uprising-origins/ [Zugriff: 27.1.2025].
- Albright, David (2015): Evaluating Key Components of a Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA). 25.6.2015, https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/062515_Albright_Testimony.pdf [Zugriff: 18.1.2025].
- Alfoneh, Ali (2013): Präsident Rohani's Cabinet. MOIS vs. IRGC? FDD Policy Brief, 7.8.2013.
- Amiri, Natalie; Tekkal, Düzen (2023): Die mutigen Frauen Irans. Wir haben keine Angst. Vom Kampf einer neuen Generation um Freiheit und Selbstbestimmung. München: Sandmann.
- Amirpur, Katajun (2019): Licht und Schatten. Antisemitismus im Iran. In: Heilbronn, Christian; Rabinovici, Doron; Sznajder, Natan (Hg.): Neuer Antisemitismus. Fortsetzung einer globalen Debatte. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 219–251.
- Anti-Defamation League (2001): Holocaust Denial in the Middle East. The Latest Anti-Israel Propaganda. New York 2001: ADL.
- Arab, Pooyan Tamimi; Maleki, Ammar (2023): Iranians' Attitudes Toward the 2022 Nationwide Protests, <https://gamaan.org/wp-content/uploads/2023/02/GAMAAN-Protests-Survey-English-Report-Final.pdf> [Zugriff: 27.1.2025].
- Atai, Golineh (2021): Iran. Die Freiheit ist weiblich. Berlin: Rowohlt.
- Bar, Shmuel (2004): Iranian Defense Doctrine and Decision Making. Herzliya: IDC.

- Barrett, Kevin (2020): US, Israel waging biological warfare on massive scale, <https://www.presstv.ir/Detail/2020/03/07/620357/US,-Israel-waging-biological-warfare-on-massive-scale> [Zugriff: 14.3.2025].
- BBC (2020): Coronavirus. Iran cover-up of deaths revealed by data leak, <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-53598965> [Zugriff: 27.1.2025].
- BBC (2022): Salman Rushdie: Iran blames writer and supporters for stabbing, 15.8.2022, [Zugriff: 26.1.2025].
- Becker, Ulrike; Spaney, Michael (2010): Siemens, Thyssen, Linde & Co. Aktuelle Entwicklungen im deutschen Business mit dem Iran, in: Grigat, Stephan; Hartmann, Simone Dinah (Hg.): Iran im Weltsystem. Bündnisse des Regimes und Perspektiven der Freiheitsbewegung. Innsbruck: Studienverlag, 123–135.
- Benl, Andreas (2025): Vom Kulturrelativismus zum Antizionismus. Der ideologische Impact der Islamischen Republik Iran im Westen vor und nach 10/7. Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, CARS Working Papers 25, Aachen.
- Benl, Andreas; Naghibzadeh, Fathiyeh (2022): Die Revolutionsgarden zum Tanzen bringen. In: Jungle World. 2022/49.
- Berman, Ilan (2015): Flood of cash to Iran dwarfs Marshall plan, 28.7.2015, <https://www.usatoday.com/story/opinion/2015/07/28/flood-cash-iran-dwarfs-marshall-plan-column/30743947/> [Zugriff: 18.1.2025].
- BMWi: Bundesminister Gabriel reist in den Iran, 19.7.2015, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2015/20150720-bundesminister-gabriel-reist-in-den-iran.html> [Zugriff: 10.6.2017].
- Boroujerdi, Mehrzad; Rahimkhani, Kourosh (2018): Postrevolutionary Iran. A Political Handbook. Syracuse: Syracuse University Press.
- Buchta, Wilfried (2020a): Irans Wirtschaft im Zeichen von US-Sanktionen und Corona-Krise. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 21-22 (2020), 34–38.
- Buchta, Wilfried (2020b): Ob es das politische System des Iran unbeschadet durch die Corona-Krise schafft, ist höchst fraglich. In: Neue Zürcher Zeitung. 29.3.2020.
- CBS (2022): Iran's President Ebrahim Raisi. The 60 Minutes Interview, <https://www.cbsnews.com/video/iran-president-ebrahim-raisi-60-minutes-video-2022-09-18/> [Zugriff: 27.1.2025].
- Clinton, Bill (2000): Bill Clinton on Virtues of North Korean Nuclear Deal, <https://www.youtube.com/watch?v=6TcbU5jAavw> [Zugriff: 18.1.2025].
- CNN (2013): Hassan Rouhani full interview with Amanpour, https://www.youtube.com/watch?v=_uXXXgm4cv8 [Zugriff: 27.1.2025].
- Cohen, Ben (2020): Organizer of Iran Regime's Holocaust Caricature Contest Now Peddling Coronavirus Conspiracy Theories, <https://www.algemeiner.com/2020/03/25/organizer-of-iran-regimes-holocaust-caricature-contest-now-peddling-coronavirus-conspiracy-theories> [Zugriff: 27.1.2025].

- Der Standard (2013): Irans Außenminister verurteilt „Massaker an Juden“, <https://derstandard.at/1378248269034/Ashton-trifft-iranischen-Aussenminister-Ende-September> [Zugriff: 27.1.2025].
- Deutsch-Iranische Industrie- und Handelskammer (DIIHK) (2025): 20% Anstieg der iranischen Lebensmittelexporte nach Europa. 19.1.2025, <https://diihk.com/de/news/011920241215/> [Zugriff: 28.1.2025].
- DIE WELT (2015): Siemens-Chef Kaeser sieht Chancen im Iran, 27.7.2015, <https://www.welt.de/regionales/bayern/article144298115/Siemens-Chef-Kaeser-sieht-Chancen-im-Iran.html> [Zugriff: 14.3.2025].
- Ebert, Hans-Georg; Fürtig, Henner; Müller, Hans-Georg (1987): Die islamische Republik Iran. Historische Herkunft – ökonomische Grundlagen – staatsrechtliche Struktur. Berlin: Akademie.
- Eschraghi, Armin (2020): Das „Feindbild Bahai“ im Wandel der politischen Verhältnisse im Iran. In: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 72 (3), 311–344.
- Ettel, Anja; Greive, Martin; Seibel, Karsten; Vetter, Philipp (2015): Warum Geschäfte mit dem Iran so schwierig sind, 24.7.2015, <https://www.welt.de/wirtschaft/article144381548/Warum-Geschaefte-mit-dem-Iran-so-schwierig-sind.html> [Zugriff: 18.1.2025].
- Fars News English (2013): Iranian MP Lauds Hezbollah's Anti-Israel Stance, <http://english.farsnews.com/newstext.aspx?nn=13920502000466> [Zugriff: 27.7.2023].
- Fathollah-Nejad, Ali (2020): Covid-19 nach einem Annus Horribilis. Die Coronakrise im Iran. In: Schmidinger, Thomas; Weidenholzer, Josef (Hg.): Virenregime. Wie die Coronakrise unsere Welt verändert. Befunde, Analysen, Anregungen. Wien: bahoe books.
- Fazeli, Yaghoub (2020): Iranian religious fanatics protest closure of Shia shrines due to coronavirus, <https://english.alarabiya.net/en/News/middle-east/2020/03/17/Iranian-religious-fanatics-protest-closure-of-Shia-shrines-due-to-coronavirus> [Zugriff: 27.1.2025].
- Fetzer, James Henry (2020): Zionist elements developed deadlier strain of coronavirus against Iran. Academic, <https://www.presstv.ir/Detail/2020/03/05/620217/US-coronavirus-James-Henry-Fetzer> [Zugriff: 14.3.2025].
- Frantzman, Seth J. (2022): Iranian media slanders Zelensky with antisemitic article, <https://www.jpost.com/middle-east/iran-news/article-700884> [Zugriff: 27.1.2025].
- Fuhrig, Nico; Kälker, Kevin (2017): Israel und das Szenario eines Präventivschlags gegen den Iran. Baden-Baden: Nomos.
- Fürtig, Henner (2016): Großmacht Iran. Der Gottesstaat wird Global Player. Köln: Quadriga.

- Gholipour, Behnam (2021): Antisemitism and Holocaust Denial in Iran. A Review of State Narratives Since 1979, <https://iranwire.com/en/features/10866> [Zugriff: 27.1.2025].
- Greenblatt, Jonathan A. (2021): Iran's New President Has a Track Record of Antisemitism, <https://www.newsweek.com/irans-new-president-has-track-record-antisemitism-opinion-1604270> [Zugriff: 26.1.2025].
- Greive, Martin (2015): Gabriel sagt in Teheran, was Mullahs ungern hören, 20.7.2015, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article144250760/Gabriel-sagt-in-Teheran-was-Mullahs-ungern-hoeren.html> [Zugriff: 26.1.2025].
- Grigat, Stephan (2010): In die Bresche springen. Aktuelle Entwicklungen im österreichischen und schweizerischen Verhältnis zum iranischen Regime. In: Grigat, Stephan; Hartmann, Simone Dinah (Hg.): Iran im Weltsystem. Bündnisse des Regimes und Perspektiven der Freiheitsbewegung. Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag 2010, 136–153.
- Grigat, Stephan (2019): The fight against antisemitism and the Iranian threat: challenges and contradictions in the light of Adorno's categorical imperative. In: Lange, Armin; Mayerhofer, Kerstin; Porat, Dina; Schiffman, Lawrence H. (Hg.): *Comprehending & Confronting Antisemitism: A Multi-Faceted Approach*. Berlin: De Gruyter, 441–461.
- Grigat, Stephan (2021): Antisemitic Anti-Zionism: Muslim Brotherhood, Iran, and Hezbollah. In: Lange, Armin; Mayerhofer, Kerstin; Porat, Dina; Schiffman, Lawrence H. (Hg.): *Confronting Antisemitism in Modern Media, the Legal and Political Worlds*. Berlin: De Gruyter 2021, 149–172.
- Grigat, Stephan (2022): Khamenei gegen Rushdie. In: *Jungle World*, 18.8.2022: <https://jungle.world/artikel/2022/33/khamenei-gegen-rushdie> [Zugriff: 26.1.2025].
- Haaretz (2018): Iran's Rohani Says Israel Is 'Cancerous Tumor' Set Up by West, <https://www.haaretz.com/middle-east-news/iran/iran-s-rohani-says-israel-is-cancerous-tumor-set-up-by-west-1.6679961> [Zugriff: 27.1.2025].
- Hakakian, Roya (2017): Juden im Iran und die iranische Linke. Persönliche Reflexionen, die notgedrungen politisch sind. In: Grigat, Stephan (Hg.): *Iran – Israel – Deutschland. Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm*. Berlin: Hentrich & Hentrich, 145–158.
- Harel, Israel (2018): A War of No Choice for Israel in Lebanon, 1.2.2018, <https://www.haaretz.com/opinion/2018-02-01/ty-article-opinion/a-war-of-no-choice-for-israel-in-lebanon/0000017f-db26-d856-a37f-ffe645e70000> [Zugriff: 27.1.2025].
- Herf, Jeffrey (2014): Ideological Exceptionalism: Taking Iran's Antisemitism Seriously, <https://www.the-american-interest.com/2014/06/02/taking-irans-anti-semitism-seriously> [Zugriff: 27.1.2025].

- Herf, Jeffrey (2022): Time Is on Iran's Side. There's no more kicking the can if we are to prevent a nuclear Iran, <https://www.americanpurpose.com/articles/time-is-on-irans-side> [Zugriff: 27.1.2025].
- Hirsch, Maurice (2025): Former IDF prosecutor: Prisoner release have not worked, only encouraged Hamas. The Jpost Podcast, 16.1.2025, <https://www.jpost.com/podcast/article-837904> [Zugriff: 28.1.2025].
- Iran International (2022): Hardliner Paper In Iran Says 'A Thousand Bravos' To Rushdie Attacker, 13.8.2022, <https://www.iranintl.com/en/202208130893> [26.1.2025].
- IRIB German (2016): Palästina aus der Sicht Ajatollah Khameneis, <http://german.trib.ir/nachrichten/revolutionsoberhaupt/item/285966-palästina-aus-der-sicht-ajatollah-khameneis> [Zugriff: 27.7.2023].
- Jaspal, Rusi (2014): Delegitimizing Jews and Israel in Iran's International Holocaust Cartoon Contest. In: Journal of Modern Jewish Studies, 13 (2), 167–189.
- Javedanfar, Meir (2023): Iran is still in the Holocaust denial biz – big time, <https://blogs.timesofisrael.com/iran-is-still-the-worlds-leading-state-sponsor-of-holocaust-denial/> [Zugriff: 27.1.2025].
- Joffe, Josef; Naumann, Michael (Hg.) (1980): Teheran. Eine Revolution wird hingerichtet. München: Heyne.
- Karmon, Ely (2017): Yemen's Houthis: New Members of Iran's Anti-Israeli/Anti-American Axis, https://www.researchgate.net/publication/317345242_Yemen's_Houthis_New_Members_of_Iran's_Anti-IsraeliAnti-American_Axis [Zugriff: 27.1.2025].
- Kayhan (2022): 'Pawn of Empire': Iranians React to Rushdie Attack, 13.8.2022, <https://kayhan.ir/en/news/105695/'pawn-of-empire'-iranians-react-to-rushdie-attack> [Zugriff: 26.1.2025].
- Kazemzadeh, Masoud (2023): Mass Protests in Iran. From Resistance to Overthrow. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Khamenei, Ali (2001): Grundzüge der islamischen Ideologie dargestellt in zehn Punkten. In: Djassemi, Mohammed (Hg.): Der islamische Fundamentalismus. Grundzüge der islamischen Ideologie im Iran. Sylt: Niebüll.
- Khamenei, Ali (2006): Leader Receives Air Force Servicemen. 7.2.2006, <https://www.leader.ir/en/content/3500/Leader-Receives-Air-Force-Servicemen> [Zugriff: 29.1.2025].
- Khamenei, Ali (2014): Why should & how can #Israel be eliminated? Ayatollah Khamenei's answer to 9 key questions, https://twitter.com/khamenei_ir/status/531366667377717248/photo/1 [Zugriff: 26.01.2025].
- Khamenei, Ali (2016): There will be no such thing as Israel in 25 years, <http://english.khamenei.ir/news/3969/There-will-be-no-such-thing-as-Israel-in-25-years-Ayatollah> [Zugriff: 26.1.2025].

- Khamenei, Ali (2017a): Ayatollah Khamenei's fatwa on Salman Rushdie's apostasy from Islam, 13.2.2017, <https://english.khamenei.ir/news/4634/Ayatollah-Khamenei-s-fatwa-on-Salman-Rushdie-s-apostasy-from> [Zugriff: 26.1.2025].
- Khamenei, Ali (2017b): The Israeli entity must be eliminated, human logic rules, <http://english.khamenei.ir/news/4712/The-Israeli-entity-must-be-eliminated-human-logic-rules-Ayatollah> [Zugriff: 26.1.2025].
- Khamenei, Seyyed Ali (2023): „God willing, the cancer of the usurper Zionist regime will be eradicated at the hands of the Palestinian people and the Resistance forces throughout the region. #AlAqsaStorm“, 7.10.2023, https://x.com/khamenei_ir/status/1710752170096701778 [Zugriff: 28.1.2025].
- Khomeini, Ruhollah (1981): Islamic Government. In: Algar, Hamid (Hg.): Islam and Revolution. Writings and Declarations of Imam Khomeini. Berkeley: Mizan.
- Khomeini, Ruhollah (1995): Speech. September 28, 1977. Shaykh Ansari Mosque, Najaf, Iraq. In: An Anthology of the Speeches of Imam Khomeini including an Account of the Events of the Revolution 1962–1978. Teheran: Institute for the Compilation and Publication of the Works of Imam Khomeini.
- Khoury, Jack (2015): Iranian Commander: Today Iraq and Lebanon, Tomorrow Jordan, <https://www.haaretz.com/.premium-today-iraq-and-lebanon-tomorrow-jordan-1.5341518> [Zugriff: 27.1.2025].
- Küntzel, Matthias (2012): Iranische Holocaust-Leugnung und das Internet. In: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums 202. Vol. 51.
- Küntzel, Matthias (2015a): Tehran's Efforts to Mobilize Antisemitism. The Global Impact. In: Rosenfeld, Alvin H. (Hg.): Deciphering the New Antisemitism. Bloomington.
- Küntzel, Matthias (2015b): Manchmal ist der Weg zur Hölle mit guten Absichten gepflastert, 23.7.2015, <http://www.matthiaskuentzel.de/contents/manchmal-ist-der-weg-zur-hoelle-mit-guten-vorsaetzen-gepflastert> [Zugriff: 18.1.2025].
- Küntzel, Matthias (2019): Nazis und der Nahe Osten. Wie der islamische Antisemitismus entstand. Leipzig/Berlin: Hentrich & Hentrich.
- Lake, Eli; Rogin, Josh (2015): No, U.S. Doesn't Have 'Absolute Knowledge' on Iran's Nukes, 19.6.2015, <https://www.bloomberg.com/view/articles/2015-06-19/no-u-s-doesn-t-have-absolute-knowledge-on-iran-s-nukes> [Zugriff: 18.1.2025].
- Lerner, Shaya; Weinberg, David Andrew (2020): Battling COVID. Iran Regime Makes Jews its Bogeyman, <https://iranwire.com/en/blogs/26/6884> [Zugriff: 27.1.2025].
- Litvak, Meir (2020): Modern Antisemitism in Iran. Old Themes and New Trends. In: Lange, Armin u. a. (Hg.): Confronting Antisemitism from the Perspectives of Christianity, Islam, and Judaism. Berlin/Boston: De Gruyter, 301–320.
- Magid, Jacob (2022): UN General Assembly adopts Israeli resolution aimed at combating Holocaust denial, <https://www.timesofisrael.com/un-general-assembly-adopts-israeli-resolution-aimed-at-combating-holocaust-denial> [Zugriff: 27.1.2025].

- Markl, Florian (2008): Der lange Arm der Mullahs. Iranischer Terror von Beirut bis Buenos Aires. In: Grigat, Stephan; Hartmann, Simone Dinah (Hg.): Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer. Innsbruck: Studienverlag, 128–146.
- Marz, Ulrike (2014): Kritik des islamischen Antisemitismus. Zur gesellschaftlichen Genese und Semantik des Antisemitismus in der Islamischen Republik Iran. Berlin: LIT.
- Marz, Ulrike (2023): Das Phantasma vom jüdischen Weltstaat. Antizionistischer Antisemitismus im Iran als ‚Widerstand‘ gegen die moderne Gesellschaft. In: Grigat, Stephan (Hg.): Kritik des Antisemitismus in der Gegenwart. Erscheinungsformen – Theorien – Bekämpfung. Baden-Baden: Nomos, 103–113.
- MEMRI (2020a): Special Dispatch 8656, <https://www.memri.org/reports/irgc-cyber-division-confirms-supreme-leader-khameneis-assertion-demons-are-assisting-enemies> [Zugriff: 27.07.2023].
- MEMRI (2020b): On Iran TV. Black Fedoras Worn By Orthodox Jews Float Over A Flooded Jerusalem, <https://www.memri.org/tv/iranian-video-flood-jerusalem-jews-black-hats-floating> [Zugriff: 27.1.2025].
- MEMRI (2021): IRGC Qods Force Commander General Esmail Qaani. We Will Shatter America’s Teeth If It Makes The “Slightest Mistake”, <https://www.memri.org/tv/irgc-qods-force-commander-qaani-shatter-america-teeth-hidden-imam-rule> [Zugriff: 27.1.2025].
- MEMRI (2022a): IRGC General Alireza Tangsiri, Commander Of IRGC Navy. The Saud Clan Are Actually Jews, Like Those Who Fought Prophet Muhammad, <https://www.memri.org/tv/irgc-navy-general-tangrisi-saudis-are-actually-jews> [Zugriff: 27.1.2025].
- MEMRI (2022b): Iran Special Dispatch No. 9776, <https://www.memri.org/reports/iranian-majlis-member-ahmad-hosseini-falahi-one-main-goals-islamic-revolution-has-always-been> [Zugriff: 27.1.2025].
- MEMRI (2023): Yemen’s Ansar Allah Movement (Houthis) Promotes Antisemitism Between Attacks On Israel. 6.12.2023, <https://www.memri.org/jttm/yemens-ansar-allah-movement-houthis-promotes-antisemitism-between-attacks-israel> [Zugriff: 29.1.2025].
- Menashri, David (2001): Post-Revolutionary Politics in Iran. Religion, Society and Power. New York: Routledge.
- Meyer, Henrik (2010): Hamas und Hizbollah. Eine Analyse ihres Politischen Denkens. Zürich: LIT.
- Mohajer, Nasser (2020): Voices of a Massacre. Untold Stories of Life and Death in Iran. 1988. London: Oneworld.
- Mohammadi, Majid (2016): Iranian Holocaust Cartoon Competitions and Exhibitions. Goals, Sponsors, and Themes. Washington: USHMM.

- Motadel, David (2017): Für Prophet und Führer. Die Islamische Welt und das Dritte Reich. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Moore, Jack (2016): Iran test ballistic missiles carrying the message ‚Israel must be wiped out‘, <http://www.newsweek.com/iran-fires-ballistic-missiles-marked-israel-must-be-wiped-out-434989> [Zugriff: 27.1.2025].
- Naber, Ibrahim (2020): Iran-Vertreter in Berlin relativiert Holocaust, <https://www.welt.de/politik/article219073310/Facebook-Post-Iran-Vertreter-in-Berlin-relativiert-Holocaust.html> [Zugriff: 27.1.2025].
- Noe, Nicholas (2007): Voice of Hezbollah. The Statements of Sayyed Hassan Nasrallah. London: Verso.
- Noe, Nicholas (2015): [CORRECTION to:] PM Netanyahu used a quote from Nasrallah that was likely fabricated, <https://mideastwire.wordpress.com/2015/03/03/pm-netanyahu-used-a-quote-from-nasrallah-that-was-likely-fabricated> [Zugriff: 27.1.2025].
- Özoguz, Yavuz (Hg.) (2007): Verfassung der Islamischen Republik Iran. Erläuterte Übersetzung. Bremen: Eslamica.
- Posch, Walter (2010a): Juden im Iran. Anmerkungen zu einem antizionistischen Brief an Mahmoud Ahmadinejad. Teil I. In: David. Jüdische Kulturzeitschrift 83 (2010), 30-32.
- Posch, Walter (2010b): Juden im Iran. Anmerkungen zu einem antizionistischen Brief an Mahmoud Ahmadinejad. Teil II. In: David. Jüdische Kulturzeitschrift 84 (2010), 28-34.
- Posch, Walter (2013): Dritte Welt, globaler Islam und Pragmatismus. Wie die Außenpolitik Irans gemacht wird. In: SWP-Studien S 04 (2013).
- Posch, Walter (2017): Ideology and Strategy in the Middle East: The Case of Iran. In: Survival. 59:5 (2017), 69-98.
- Press TV (2017): Iran needs no permission to manufacture missiles, jets. Rouhani, <http://www.presstv.ir/Detail/2017/04/15/518139/Iran-President-Hassan-Rouhani-missile-planes-defense-achievements> [Zugriff: 27.1.2025].
- Ross, Alexander Reid (2019): The anti-Semitism Fest Where Russian Spies, Code Pink, David Duke and the Nation of Islam Make Friends and Influence People, <https://www.haaretz.com/world-news/.premium-russia-s-role-in-an-anti-semitism-fest-for-fascists-feminists-spies-and-neo-nazi-1.7003563> [Zugriff: 27.1.2025].
- Rouhani, Hassan (2016): World concluded sanctions are not the right option, 18.1.2016, <http://www.tehrantimes.com/news/252279/Rouhani-World-concluded-sanctions-are-not-the-right-option> [Zugriff: 26.1.2025].
- Rubin, Michael (2012): Warum der Neokonservatismus Recht hatte und hat. In: Osten-Sacken, Thomas von; Piecha, Oliver M.; Feuerherdt, Alex (Hg.): Verratene Freiheit. Der Aufstand im Iran und die Antwort des Westens. Berlin: Verbrecher, 75-92.

- Saad-Ghorayeb, Amal (2002): *Hizbu'llah. Politics and Religion*. London/New York: PlutoPress.
- Sahebi, Gilda (2023): *Unser Schwert ist Liebe. Die feministische Revolte im Iran*. Frankfurt a. M.: S. Fischer.
- Scheit, Gerhard (2017): Völkischer und islamischer Behemoth. Die ‚Islamische Republik Iran‘ vor dem Hintergrund der Erfahrung des Nationalsozialismus und der kategorische Imperativ angesichts der Bedrohung Israels. In: Grigat, Stephan (Hg.): *Iran – Israel – Deutschland. Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm*. Berlin: Hentrich & Hentrich, 92–113.
- Schiedel, Heribert (2010): Heiliger Hass. Zur rechtsextrem-iranischen Freundschaft. In: Grigat, Stephan; Hartmann, Simone Dinah (Hg.): *Iran im Weltsystem. Bündnisse des Regimes und Perspektiven der Freiheitsbewegung*. Innsbruck: Studienverlag, 165–173.
- Schweizer, Gerhard (2017): *Iran verstehen. Geschichte, Gesellschaft, Religion*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Seliktar, Ofira (2023): Iran's antisemitism and anti-Zionism: eliminationist or performative. In: *Israel Affairs*. Vol. 29. 2023/1, 137–154.
- Siegmund, Norbert (2001): *Der Mykonos-Prozess. Ein Terroristen-Prozess unter dem Einfluss von Außenpolitik und Geheimdiensten. Deutschlands unkritischer Dialog mit dem Iran*, Münster: Lit.
- Spyer, Jonathan (2021): Iran and Hamas's Jerusalem/Gaza offensive against Israel, <https://www.jpost.com/arab-israeli-conflict/iran-and-hamass-jerusalem-gaza-offensive-against-israel-668701> [Zugriff: 27.1.2025].
- Stahl, Andreas; Keser, Fatma; Schmidt, David (Hg.) (2023): *Gesichter des politischen Islam*. Berlin: Edition Tiamat.
- Steinberg, Guido (2020): *Krieg am Golf. Wie der Machtkampf zwischen Iran und Saudi-Arabien die Weltsicherheit bedroht*. München: Droemer.
- Stritzel, Björn (2025): Der verzögerte Krieg. Israels Kampf im zerfallenden Nahen Osten. In: *Hallische Jahrbücher*. Berlin: Edition Tiamat, 141–155.
- Tabatabai, Adnan (2016): *Morgen in Iran. Die Islamische Republik im Aufbruch*. Hamburg: edition körper.
- Taheri, Amir (1986): *The Spirit of Allah. Khomeini and the Islamic Revolution*. Bethesda: Adler & Adler.
- Taylor, Adam (2015): The history of ‚Death to America‘, <https://www.washingtonpost.com/news/worldviews/wp/2015/02/18/the-history-of-death-to-america/> [Zugriff: 27.1.2025].
- Times of Israel (2018): New Iranian festival fetes Israel's predicted destruction by 2040, <https://www.timesofisrael.com/new-iranian-festival-fetes-israels-predicted-destruction-by-2040/> [Zugriff: 27.1.2025].

- Times of Israel (2019a): Iran leader makes case for 'brave and tireless' French Holocaust denier, <https://www.timesofisrael.com/iran-leader-makes-case-for-brave-and-tireless-french-holocaust-denier> [Zugriff: 27.1.2025].
- Times of Israel (2019b): Iran said increasing Hamas funding to \$30m per month, wants intel on Israel, <https://www.timesofisrael.com/iran-agrees-to-increase-hamas-funding-to-30-million-per-month-report> [Zugriff: 27.1.2025].
- Times of Israel (2022a): Iran media hails stabbing of 'apostate' Salman Rushdie, praises assailant [Zugriff: 26.1.2025].
- Times of Israel (2022b): Iran unveils new missile said to put Israel, US regional bases within range, <https://www.timesofisrael.com/iran-unveils-new-missile-said-to-put-israel-us-regional-bases-within-range>, 9.2.2022 [Zugriff: 27.1.2025].
- Times of Israel (2023): Iran displays ballistic missile with 'Death to Israel' written in Hebrew, <https://www.timesofisrael.com/iran-displays-ballistic-missile-with-death-to-israel-written-in-hebrew/> [Zugriff: 27.1.2025].
- Times of Israel (2024): Iran's sole reformist candidate wants warm ties 'with all countries except Israel', <https://www.timesofisrael.com/irans-sole-reformist-candidate-wants-warm-ties-with-all-countries-except-israel/> [Zugriff: 15.1.2025].
- Times of Israel (2025): Russia, Iran deepen defense ties as Putin and Pezeshkian sign 20-year pact. 17.1.2025, <https://www.timesofisrael.com/russia-iran-deepen-defense-ties-as-putin-and-pezeshkian-sign-20-year-pact/> [Zugriff: 29.1.2025].
- Topor, Lev (2020): COVID-19: Blaming the Jews for the Plague. Again, <https://fathom-journal.org/covid-19-blaming-the-jews-for-the-plague-again> [Zugriff: 27.7.2023].
- Webman, Esther (2003): Die Rhetorik der Hisbollah. Die Weiterführung eines antisemitischen Diskurses. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 12 (2003), 39–55.
- Weinberg, David Andrew (2021): Incitement. Antisemitism and Violence in Iran's Current State Textbooks. Washington: ADL.
- Weinstock, Nathan (2019): Der zerrissene Faden. Wie die arabische Welt ihre Juden verlor. 1947–1967. Freiburg: ça ira.
- Wistrich, Robert (2010): A Lethal Obsession. Anti-Semitism from Antiquity to the Global Jihad. New York: Random House.
- Zamirirad, Azadeh (2019): Irans Atomdiskurs. Eine subsystemische Analyse außenpolitischer Präferenzen in der iranischen Nukleardiplomatie (2003–2015). Baden-Baden: Ergon.
- Zarif, Javad; Zakaria, Fareed (2025): A conversation with Javad Zarif, World Economic Forum Davos. 22.1.2025, <https://www.youtube.com/watch?v=DMSHEKPX9c0> [Zugriff: 28.1.2025].

Der vergessene Exodus

Flucht und Vertreibung von Juden aus den arabischen Ländern, islamischer Antisemitismus und die Bedeutung der Abraham Accords

Außerhalb Israels sind Diskriminierung, Flucht und Vertreibung der Juden aus den arabischen Staaten kaum ein Thema, und die fast eine Million jüdischen Flüchtlinge, die seit 1948 die arabischen Staaten und seit 1979 den Iran verlassen haben, finden in gegenwärtigen Debatten zum Nahen und Mittleren Osten selten Erwähnung. So sind etwa die Pogrome in den marokkanischen Städten Oujda und Jérada 1948 ebenso wenig bekannt wie der Farhud in Bagdad, jenes Pogrom des Jahres 1941, bei dem in der irakischen Hauptstadt etwa 180 Juden ermordet wurden (Yehuda 2017: 276). Es bildete den Auftakt für das Ende der über zweieinhalbtausend Jahre alten jüdischen Gemeinde im Irak. Heute ist in Europa weitgehend aus dem kollektiven Bewusstsein gedrängt, dass Ende der 1930er Jahre zwischen 25 und 30 Prozent der Bevölkerung der irakischen Hauptstadt jüdisch waren, ein ähnlich großer Anteil wie zur selben Zeit in Warschau oder in New York, und dass allein in Nordafrika bis 1948 etwa eine halbe Million Juden lebte.¹

Während im 19. Jahrhundert noch zahlreiche Juden aus Russland und dem Balkan ins Osmanische Reich flohen (Lewis 2004: 153), kommt es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Massenexodus der Juden aus den islamisch geprägten arabischen Gebieten. Ihre Flucht und Vertreibung aus den arabischen Ländern ist stark mit der europäischen und deutschen Geschichte verknüpft, insbesondere auf Grund der gegenseitigen Befruchtung des arabischen und des europäischen Antisemitismus und der nationalsozialistischen Politik im Nahen Osten, ebenso wegen des deutschen Massenmords an den europäischen Juden sowie der israelischen Staatsgründung am 14. Mai 1948 (Herf 2009; Küntzel 2019a; Motadel 2017; Wistrich 2010). Gleichwohl waren die Gründe für die Flucht und Emigration von rund 850.000 Juden aus den arabischen Ländern mannigfaltig. Neben „push“-Faktoren wie Verfolgung und Diskriminierung, ökonomischer Not und politischer Instabilität in den arabischen Staaten existierten auch „pull“-Faktoren wie die zionistische oder religiöse Sehnsucht nach einer jüdischen Heimstätte, deren Erfüllung durch die Gründung Israels seit 1948 realisierbar erschien. Die Hauptursache muss jedoch in den antijüdischen Traditionen der islamisch dominierten Gesell-

1 Eine frühere Fassung dieses Beitrags wurde im November 2020 von der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlicht: <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/321671/flucht-und-vertreibung-von-juden-aus-den-arabischen-laendern/>

schaften, dem manifesten Antisemitismus der jeweiligen arabischen Führungen und der israelfeindlichen Sicht auf den Konflikt mit dem jüdischen Staat in großen Teilen der arabischen Politik gesehen werden.

Flucht und Vertreibung der Juden aus den arabischen Ländern waren nahezu total. Sie standen nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit einem Kriegsgeschehen – anders als im Fall der rund 750.000 Araber, die im Zuge der israelischen Staatsgründung und des darauffolgenden Angriffs der arabischen Armeen Syriens, Libanons, Jordaniens, Ägyptens und des Irak auch aus Angst vor einem nahenden Kampf flohen (Morris 2001: 218ff.). Von den wiederum fast 900.000 in arabischen Ländern vor 1948 lebenden Juden sind heute nur wenige Tausend übriggeblieben, die Mehrheit von ihnen in Marokko und Tunesien.

So sind von den über 250.000 marokkanischen Juden nur etwa 2.000 im Land geblieben. In Tunesien lebten 100.000 Juden, heute sind es etwa 1.500. In Ägypten lebten 1948 75.000 und im Irak 135.000 Juden, heute sind es jeweils weniger als 20. Im Jemen waren es etwa 60.000, heute wird ihre Zahl auf 50 geschätzt. Die syrische jüdische Gemeinde ist von 30.000 auf weniger als 15 geschrumpft. In Algerien lebten 1948 140.000 Juden, in Libyen 38.000. In beiden Ländern leben heute überhaupt keine Juden mehr. Auch kleine jüdische Gemeinden wie in Bahrain, wo bereits 1947 nach dem UN-Teilungsbeschluss für das Mandatsgebiet Palästina das Pogrom von Manama stattfand, waren betroffen: 1948 lebten etwa 600 Juden in dem Golfstaat, heute sind es etwa 40.

Erste Flucht- und Migrationsbewegungen gab es bereits vor der Staatsgründung Israels. Zwischen 1941 und 1948 kam es zu zahlreichen antijüdischen Ausschreitungen in Syrien, im Libanon, im Irak, auf der arabischen Halbinsel, in Ägypten und dem sonstigen Nordafrika (Lewis 2004: 170). Aus dem syrischen Aleppo floh 1947 nach Pogromen, denen etwa 70 Juden zum Opfer gefallen waren, rund die Hälfte der zu dieser Zeit etwa 10.000 Mitglieder umfassenden jüdischen Gemeinde. In den Jahren unmittelbar nach der israelischen Staatsgründung 1948 gingen rund 260.000 arabische Juden nach Israel, insbesondere aus dem Irak, Jemen und Libyen. Die Mehrzahl der ägyptischen Juden mussten das Land in Folge des Suez-Krieges von 1956 verlassen. In Marokko, Tunesien und Algerien fand die Fluchtbewegung von Hunderttausenden Juden mehrheitlich in den 1950er und 1960er Jahren statt, unter anderem infolge des Sechs-Tage-Krieges von 1967. Die letzte größere Fluchtbewegung fand nach dem Jom-Kippur-Krieg von 1973 statt, zu dessen Zeitpunkt die überwiegende Mehrheit der Juden die arabischen Länder allerdings bereits verlassen hatte.

In vielen Fällen mussten die Flüchtlinge nahezu ihren gesamten Besitz zurücklassen, insbesondere im Irak, in Ägypten und in Libyen (Aharoni 2003). Die deutsche, die Schweizer, die kanadische und die holländische Botschaft in Kairo befinden sich in Häusern, die früher wohlhabenden jüdischen Familien gehört haben (Gross 2018: x). Allein im Irak kam es zu einer „Beraubung gigantischen Ausmaßes“ (Weinstock 2019: 293), die durch eine Reihe von Gesetzen juristisch

abgesichert wurde. Die in den 1950er Jahren im Irak von Juden konfiszierten Summen werden auf 200 Millionen US-Dollar geschätzt. In Ägypten durften die zur Flucht genötigten Juden nur 20 ägyptische Pfund mitnehmen und mussten unterschreiben, die Beschlagnahmung ihrer Güter zu akzeptieren. Die Schätzungen der von Juden in den arabischen Ländern insgesamt seit 1948 zurückgelassenen und konfiszierten Werte variieren. 2007 schätzte die „World Organisation of Jews from Arab Countries“, dass Werte von bis zu 300 Milliarden US-Dollar (nach heutiger Bewertung) zurückgelassen wurden, davon über 100.000 Quadratkilometer Landbesitz, insbesondere in Ägypten, Marokko und Irak (was einer Fläche etwa fünfmal so groß wie Israel entspricht) (Fischbach 2008: 29ff.; Lefkovits 2007; Schwartz 2008).

Juden in islamischen Gesellschaften

Die Situation von Juden in den islamischen Gesellschaften war noch im 19. Jahrhundert in der Regel besser als jene der meisten jüdischen Minderheiten in den christlich geprägten Gesellschaften Europas. Das bedeutet aber nicht, dass Juden in den islamischen Gesellschaften gleichberechtigt leben konnten: Auch in den vergleichsweise unblutigen Perioden des jüdisch-muslimischen Zusammenlebens in der arabischen Welt, in denen Juden als „Schutzbefohlene“ (*dhimmis*) toleriert wurden, handelte es sich um eine Toleranz, „die aus Verachtung bestand“ (Bensoussan 2019: 146). Die Institution der *dhimma* war ein „Status der Demütigung, der Entwürdigung und der Erniedrigung“ (Weinstock 2019: 368), der Juden zahlreichen exkludierenden Sonderregelungen unterwarf, die heute beispielsweise im Iran weiterhin eine wichtige Rolle spielen.²

-
- 2 Die Weigerung linker französischer Intellektueller, die Realität der Judenfeindschaft in der arabisch-muslimischen Welt zur Kenntnis zu nehmen, vergleicht Bensoussan mit der blinden Verteidigung des Stalinismus in der französischen Kommunistischen Partei der frühen 1950er Jahre. Er zeigt eindrucksvoll, inwiefern die Legende vom friedlichen Zusammenleben von Juden und Arabern gerade in den „Salons der Pariser Linken“ verbreitet war und bis zum heutigen Tag vorherrschend ist. In der Tat hatten maßgebliche Teile der Linken entscheidenden Anteil daran, dass nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa die Geschichte der Verfolgung der Juden in den arabischen Ländern in Vergessenheit geriet, kulturell relativistisch verharmlost oder antiimperialistisch verfälscht wurde. Dabei hätte es gerade die Linke besser wissen können, hätte sie ihre gerne zitierten, aber selten gelesenen Vordenker ein wenig ernster genommen. Schon Karl Marx hatte über islamisch begründete Herrschaft recht Deutliches zu sagen: „Der Koran und die auf ihm fußende muslimanische Gesetzgebung reduzieren Geographie und Ethnographie der verschiedenen Völker auf die einfache und bequeme Zweiteilung in Gläubige und Ungläubige. Der Ungläubige ist ‚harby‘, d. h. der Feind. Der Islam ächtet die Nation der Ungläubigen und schafft einen Zustand permanenter Feindschaft zwischen Muselmanen und Ungläubigen.“ (Marx 1961: 170) Über die Situation der Juden in Jerusalem schrieb er 1854 in der *New York Daily Tribune*: „Die Muselmanen, die etwa ein Viertel der ganzen Bevölkerung bilden und aus Türken, Arabern und Mauren bestehen, sind selbstverständlich in jeder Hinsicht die Herren [...] Nichts gleicht aber dem Elend und den Leiden der Juden in Jerusalem, die den schmutzigsten Flecken der Stadt bewohnen [...], sie sind unausgesetzt Gegenstand muslimanischer Unterdrückung und Unduldsamkeit [...]“ (Ebd.: 175)

Schon lange vor 1948 hat die auf Verachtung beruhende Diskriminierung immer wieder auch zu blutiger Verfolgung geführt: Eines der ersten Pogrome gegen Juden in Europa mit etwa 4.000 Opfern war bereits im Jahr 1066 das Massaker von Granada, das zu dieser Zeit unter islamischer Herrschaft stand. Ende des 18. Jahrhunderts wurden beispielsweise die Juden aus dem saudi-arabischen Dschidda vertrieben, 1790 kam es zu einem Pogrom im marokkanischen Tetuan, 1828 zu einem in Bagdad, 1834 zu Gewaltausbrüchen gegen die jüdische Gemeinde im heute in Israel gelegenen Safed (Lewis 2004: 143f.). Es ist notwendig, von einer „eigenständigen“ Tradition „des Antijudaismus und des Judenhasses in der islamischen Kultur“ zu sprechen (Ourghi 2023: 55).

Im 19. Jahrhundert nehmen Ritualmordbeschuldigungen gegen Juden im Osmanischen Reich massiv zu. Forciert werden sie zunächst vorrangig von christlichen Propagandisten, Ende des 19. Jahrhunderts werden sie jedoch immer öfter in islamischen Publikationen aufgegriffen (Lewis 2004: 144). Im 19. und 20. Jahrhundert vermischten sich klassisch antijüdische Motive aus der islamischen Tradition mit Elementen des modernen Antisemitismus (Küntzel 2019b: 34). Diese Radikalisierung der arabisch-islamischen Judenfeindschaft setzte vor der israelischen Staatsgründung ein. Zum einen wurde sie durch die nationalsozialistische Propaganda im Nahen und Mittleren Osten befeuert. Zum anderen war sie eine Reaktion auf die partielle Autoemanzipation der Juden in den arabischen Gesellschaften. Ähnlich wie im europäischen Antisemitismus, aber eingebettet in den Kontext einer anderen religiösen Tradition, wurden die Juden in der arabischen Welt als Repräsentanten von Modernisierungsprozessen attackiert, welche die ursprünglichen Gesellschaftsordnungen zersetzen würden.

Dieser Hass auf die Moderne zeigt sich insbesondere bei Vordenkern der 1928 gegründeten ägyptischen Muslimbruderschaft wie Hassan al-Banna und später in Sayyid Qutbs programmatischer Schrift *Unser Kampf mit den Juden* aus dem Jahr 1950 oder beim algerischen Vordenker des Islamismus Malek Bennabi. Dieser beklagte: „Dies ist das Jahrhundert der Frau, des Juden und des Dollars“, und sprach von einer „Judaisierung des Westens“ (Zit. n. Bensoussan 2019: 86f.; zu Bennabi Schmid 2005; Feindt-Riggers 2006).

Der Antisemitismus in den arabischen und islamischen Ländern war nicht das Resultat des sogenannten Nahost-Konflikts, und für die arabisch-islamische Verachtung von Juden bedurfte es nicht erst der israelischen Staatsgründung. Die Etablierung des jüdischen Staates 1948 fungierte vielmehr als Ferment für die Transformation dieser traditionellen Verachtung der jüdischen *dhimmi*s in eine Feindschaft auf die sich selbst zur Souveränität ermächtigenden „Schutzbefohlenen“.

Spätestens mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges war großen Teilen der arabischen Juden klar, dass es keinen nennenswerten Unterschied machte, ob sie sich für oder gegen den Zionismus aussprachen. Die islamisch geprägte Mehrheitsbevölkerung in den arabischen Staaten hat sich in ihrem Verhalten gegenüber

der jüdischen Minderheit in ihren Gesellschaften kaum daran orientiert, wie diese der Gründung eines jüdischen Staats gegenüberstanden. Egal, ob sie sich – wie in Syrien und im Irak – zu großen Teilen lautstark dem arabischen Antizionismus anschlossen; wie in Ägypten permanent ihre Loyalität bekundeten; sich – wie teilweise in Tunesien und Libyen – offen hinter die zionistische Sache stellten; oder – wie häufig in Algerien – sich angesichts des Charakters des arabischen und panarabischen Nationalismus auf die Seite der Kolonialmacht schlugen: „Am Ende teilten sie alle ein ähnliches Schicksal und entschieden sich zur Emigration oder Flucht aus ihren Geburtsländern.“ (Stillman 2003: 180)

Es gab allerdings wichtige Ausnahmen vom radikalen arabisch-nationalistischen und islamischen Antisemitismus. Im Mandatsgebiet Palästina mussten sich die Anhänger des offen antisemitischen und mit dem Nationalsozialismus kollaborierenden Mufti Amin al-Husseini erst durch brutale Gewalt gegen deutlich moderatere Fraktionen auf arabischer Seite durchsetzen. Während der Pogrome im Irak 1941 wurden nicht nur etwa 180 Juden ermordet, sondern auch zahlreiche Araber, die sich schützend vor ihre jüdischen Nachbarn stellten. In Tunesien konnte oder wollte Habib Bourguiba als erster und langjähriger Präsident nach der Unabhängigkeit Ende der 1950er Jahre zwar nichts gegen den Exodus der tunesischen Juden unternehmen – und er hat sich durchaus auch antisemitisch geäußert –, gleichzeitig aber Positionen gegenüber Israel vertreten, die ihn zum Gegenspieler des ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser machten. Gegen Nassers radikale antiisraelische Hetze agierte Bourguiba im Sinne eines moderaten Realismus, der auf eine „friedliche Lösung“ des Konfliktes der Palästinenser mit Israel abzielte.

Selbst im arabischen Nationalismus und Panarabismus mussten sich die *radikalen* Ausprägungen einer antisemitischen Politik erst durchsetzen: In Ägypten beispielsweise weigerte sich Muhammad Nagib, der erste Präsident nach dem Sturz der Monarchie 1952, den Forderungen der Arabischen Liga nach Konfiszierung des jüdischen Eigentums nachzugeben, und zum hohen jüdischen Feiertag Jom Kippur besuchte er demonstrativ eine Synagoge in Kairo. Zur rasanten Verschlechterung der Situation der Juden in Ägypten kam es erst ab 1954 mit dem Sturz Nagibs und der Präsidentschaft Nassers, der die antisemitische Hetzschrift *Die Protokolle der Weisen von Zion* zur Lektüre empfahl, die bis zum heutigen Tag in der ägyptischen Gesellschaft verbreitet ist (Cüppers/Mallmann 2007: 160; Gebert 2011: 9).

Arabische Juden in Israel

Das israelische Parlament hat über die Jahrzehnte ein Dutzend Resolutionen zu den aus den arabischen Ländern geflohenen und vertriebenen Juden verabschiedet und 2010 den Beschluss gefasst, dass keine israelische Regierung ein Friedensabkommen unterzeichnen darf, das nicht auch die Frage der Entschädigung der jüdischen Flüchtlinge aus den arabischen Ländern und aus dem Iran regelt. 2012 hat das israelische Außenministerium erstmals eine Kampagne für „Gerechtigkeit

für jüdische Flüchtlinge aus arabischen Ländern“ lanciert, und 2014 hat das israelische Parlament ein Gesetz verabschiedet, das den 30. November zum Gedenktag an Flucht und Vertreibung der Juden aus den arabischen Ländern und dem Iran erklärt. Zuvor hat sich in der breiten israelischen Öffentlichkeit jedoch über Jahrzehnte hinweg die Ansicht gehalten, es habe sich bei den Juden aus den arabischen Ländern eher um zionistisch motivierte Einwanderer, nicht um Flüchtlinge oder Vertriebene im klassischen Sinn gehandelt (Julius 2018: 155f.).

Nicht alle der aus den arabischen Ländern geflohenen oder vertriebenen Juden sind nach Israel gekommen, aber mit etwa 600.000 die überwiegende Mehrheit, mit den zahlenmäßig größten Kontingenten aus Irak und Marokko. Etwa 200.000 Juden – insbesondere aus Algerien, aber auch aus Tunesien – gingen nach Frankreich. Die USA waren vor allem für ägyptische, syrische und libanesischen Juden ein Zielland.

Bis zur großen Einwanderungswelle aus der ehemaligen Sowjetunion in den 1990er Jahren machten die jüdischen Flüchtlinge aus den arabischen Ländern und ihre Nachkommen bis zu 70 Prozent der israelischen Bevölkerung aus. Heute sind knapp über 50 Prozent der israelischen Juden Nachfahren von jüdischen Flüchtlingen aus den arabischen Ländern. Die Geschichte von Flucht und Vertreibung der Juden aus der arabischen Welt ist zugleich die Geschichte einer bemerkenswerten Integrationsleistung, die zusammen mit den Fluchtbewegungen aus Europa in Israel kurz nach der Staatsgründung zu einem Bevölkerungsanstieg von etwa 120 Prozent geführt hat.

Bei allen Schwierigkeiten und Härten und trotz aller Vorbehalte der aschkenasischen, aus Europa stammenden Juden gegenüber den arabisch-jüdischen, in Israel als *Mizrahim* bezeichneten, nahmen die ursprünglich 650.000 Juden in Palästina innerhalb kürzester Zeit 700.000 weitere auf, viele von ihnen traumatisiert von der Shoah und im Fall der Flüchtlinge aus den arabischen Ländern zwar keineswegs immer, aber häufig vergleichsweise schlecht ausgebildete Juden aus verarmten Bevölkerungsschichten.

1948 war der neu gegründete und militärisch bedrohte jüdische Staat hinsichtlich der Masseneinwanderung von Juden aus den arabischen Ländern ambivalent. Man wollte zwar den bedrohten und verfolgten Juden helfen, und es gab ein massives Interesse an jüdischer Einwanderung, aber man hatte dabei nicht in erster Linie Juden aus den arabischen Ländern im Auge. Bereits 1942 hatte David Ben-Gurion, der 1948 der erste Premierminister Israels wurde, seinen *Tochnit HaMillion* vorgelegt, einen Plan für eine Million Neueinwanderer. Aber er hatte dabei in erster Linie an möglichst gut ausgebildete jüdische Einwanderer aus Europa gedacht. Israel förderte zwar die Auswanderung und Flucht aus den arabischen Ländern, ging dabei anfangs angesichts der immensen Probleme, die der junge Staat zu bewältigen hatte, allerdings restriktiv vor. Bis 1955 erhielten aus Marokko beispielsweise nur Juden zwischen 18 und 45 Jahren sowie vermögende Familien das Recht auf Einwanderung. In anderen Fällen hat Israel spektakuläre Luftbrücken eingerichtet,

bei denen keine oder kaum Restriktionen für die Flüchtlinge und Einwanderer galten: In der Operation *Fliegender Teppich* wurden 1949 etwa 45.000 Juden aus dem Jemen ausgeflogen. Zwischen 1951 und 1952 wurden in der Operation *Ezra und Nehemiah* über 120.000 Juden aus dem Irak nach Israel gebracht.

Die überwiegende Mehrheit der Juden aus den arabischen Ländern musste in Israel zunächst in Zeltstädten für Einwanderer unterkommen, später in befestigten Einwanderer-Camps – den sogenannten *Ma'aborot*, die Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre größtenteils in Entwicklungsstädte transformiert wurden. Der Kampf gegen Diskriminierungen der arabisch-jüdischen *Mizrahim* in der israelischen Gesellschaft – die lange Zeit gegenüber den aus Europa stammenden Juden ökonomisch und sozial benachteiligt waren – hat die Protestgeschichte des Landes geprägt und Anfang der 1970er Jahre beispielsweise zur Gründung der *Black Panthers* durch jüdisch-arabische Einwanderer der zweiten Generation in Israel geführt.³

Dass die jüdischen Flüchtlinge aus den arabischen Ländern in Israel trotz enormer Schwierigkeiten und Vorbehalte integriert wurden, dürfte einer der Gründe für ihre weitgehende Abwesenheit in der internationalen Diskussion sein. Ein anderer Grund ist sicherlich auch darin zu suchen, dass innerhalb der Vereinten Nationen seit 1947 über 170 UN-Resolutionen verabschiedet wurden, die sich explizit oder indirekt mit dem Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge beziehungsweise ihrer Nachkommen beschäftigen. Keine einzige thematisiert das Schicksal der jüdischen Flüchtlinge aus den arabischen Ländern und dem Iran.

Aus israelischer Perspektive handelte es sich 1948 um eine Art Bevölkerungsaustausch, wie er nach dem Zweiten Weltkrieg in zahlreichen Konfliktregionen stattfand. Die israelische Regierung war bereit, sich sowohl um die jüdischen Flüchtlinge aus Europa zu kümmern als auch um jene aus der arabischen Welt, erwartete zugleich aber, dass sich die arabischen Staaten der arabischen Flüchtlinge aus Israel annehmen, die maßgeblich durch den arabischen Angriffskrieg gegen den neu gegründeten jüdischen Staat zustande gekommen waren (Feuerherdt/Markl 2018: 111). Dementsprechend hat Israel über Jahrzehnte hinweg so gut wie nie versucht, mit dem Schicksal der jüdischen Flüchtlinge aus den arabischen Ländern Politik zu machen oder ein „Rückkehrrecht“ einzufordern – was mit dazu beigetragen hat, dass das massive Unrecht und Leid hunderttausender Juden aus den arabischen Staaten über Jahrzehnte hinweg in der Weltpolitik kaum eine Rolle gespielt hat.⁴

3 1977 wurden die Black Panthers Teil des kommunistischen Bündnisses *Hadash* und waren mit einem Abgeordneten bis Anfang der 1990er Jahre im israelischen Parlament vertreten. Einen Eindruck von ihren frühen Aktivitäten bietet der Film *The Black Panthers (in Israel) Speak* von Eli Hamo und Sami Shalom Chetrit aus dem Jahr 2003.

4 Einige israelische Politiker wie beispielsweise Tommy Lapid, Vater des heutigen Yesh Atid-Vorsitzenden Yair Lapid und unter Premierminister Ariel Sharon Justizminister der liberal-säkularen Schinui-Partei, haben die langjährige israelische Zurückhaltung bei der Thematisierung von Flucht und Vertreibung der arabischen Juden schon früh kritisiert.

Die Abraham Accords als Hoffnungsschimmer

Es ist zu hoffen, dass ein realistischer Blick auf die antisemitischen Traditionen in den arabischen und islamischen Gesellschaften und eine Reflexion auf die Geschichte von Diskriminierung, Verfolgung, Flucht und Vertreibung der Juden aus den arabischen Staaten in der Diskussion über den Konflikt Israels mit seinen arabischen Nachbarn ein besseres Verständnis des Zionismus ermöglichen. Ein solches könnte perspektivisch einen Beitrag zu einer weiteren Annäherung im Nahen Osten leisten. Dass eine Annäherung trotz der Vertreibungs- und Fluchtgeschichte möglich ist, haben die Friedensverträge Israels mit Ägypten und mit Jordanien gezeigt (die allerdings wenig am weit verbreiteten Antisemitismus in der jordanischen und in der ägyptischen Gesellschaft geändert haben).

In den letzten Jahren wecken die Aufnahme offizieller Beziehungen Israels mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Bahrain, Marokko und mit Einschränkungen auch Sudan Hoffnungen auf eine Aussöhnung. Auch die derzeit noch inoffizielle Intensivierung der Beziehungen mit weiteren Golfstaaten wie Oman oder Saudi-Arabien, eine Annäherung Israels zu nicht-arabischen Staaten wie Indonesien und einige Entwicklungen in Irakisch-Kurdistan, das in arabisch-nationalistischer und islamistischer Propaganda in pejorativer Absicht mitunter als „zweites Israel“ bezeichnet wird (Bengio 2021; Khezri 2022), lassen eine bessere Zukunft für die Region zumindest als Möglichkeit erscheinen. Schon jetzt haben diese Entwicklungen zu einer leisen Renaissance jüdischen Lebens beispielsweise in Bahrain und insbesondere zur bemerkenswerten staatsoffiziellen Zurücknahme der antisemitischen Propaganda bei der wahhabitischen Religionsdiktatur in Saudi-Arabien geführt.

Nach der Staatsgründung 1948 verweigerten alle arabischen Staaten Israel für drei Dekaden die Anerkennung. Erst 1979 schlossen Ägypten und 1994 Jordanien Frieden mit Israel, während die 20 anderen Mitglieder der Arabischen Liga die Anerkennung weiterhin verweigerten. Im September 2020 normalisierten die VAE und Bahrain mit der Unterzeichnung der Abraham Accords ihre Beziehungen zu Israel (US Department of State 2020). Im Dezember 2020 folgte mit Marokko ein Land, das in den ersten Jahrzehnten nach der israelischen Staatsgründung über 250.000 Juden verlassen mussten. Im Januar 2021 folgte der Sudan, der in der bisherigen Ablehnungsfront gegenüber Israel in symbolischer Hinsicht auf Grund der Bedeutung der „Drei Neins von Khartoum“ eine zentrale Rolle gespielt hatte.

Bereits die Namensgebung der Abraham Accords deutet auf die Stoßrichtung dieser neuen, häufig in interreligiöse Dialogformate eingebetteten (US Department of State 2022) Politik, die in mehrfacher Hinsicht einen Paradigmenwechsel bedeutet: Durch den Bezug auf Abraham wird die Gemeinsamkeit von Juden, Christen und Muslimen in den Vordergrund gestellt, wodurch bereits ein fundamentaler Bruch mit der bis dahin auch in den arabischen Unterzeichnerländern weit verbreiteten antijüdischen Agitation vollzogen wird. Zeitlich fielen diese Entwicklungen

mit der erstmaligen Beteiligung einer arabischen Partei an der Regierungskoalition in Israel von 2021 bis 2022 zusammen, die einige Beobachter bereits von einem „Abraham-Effekt“ in der israelischen und palästinensischen Politik sprechen lassen (Diker/Toameh 2021). Wie weitgehend die Annäherung im Rahmen der Abraham-Abkommen ist, wird insbesondere mit Blick auf die VAE deutlich: Nach Unterzeichnung der Accords veranstalteten die VAE als erstes arabisches Land offizielle Gedenkveranstaltungen zum International Holocaust Remembrance Day, und Delegationen aus den VAE nahmen am „Marsch der Lebenden“ teil (dem jährlichen Gedenkmarsch israelischer und jüdischer Delegationen vom Stammlager Auschwitz zum Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau). Im ersten Jahr nach den Abkommen reisten – trotz pandemiebedingter Beschränkungen – fast 250.000 Israelis nach Dubai und Abu Dhabi, und etwa 100.000 Besucher kamen aus den VAE nach Israel. Das jährliche Handelsvolumen zwischen den beiden Ländern soll in den nächsten fünf Jahren auf 10 Milliarden US-Dollar steigen. Darüber hinaus haben sich sowohl die VAE und Bahrain als auch Saudi-Arabien, ohne dessen Zustimmung das Abkommen mit Bahrain wohl nicht hätte geschlossen werden können, 2022 erstmals an einem Militärmanöver beteiligt, an dem auch Israel teilnahm (vgl. Markl 2023).

Die Abraham-Abkommen, die von keinem der Unterzeichnerstaaten während des Gaza-Libanon-Krieges infolge des 7. Oktober 2023 in Frage gestellt wurden, und die darüber hinausgehende arabisch-israelische Annäherung eröffnen zahlreiche Möglichkeiten für einen neuen, in die Zukunft gerichteten, mit alten Paradigmen brechenden friedenspolitisch orientierten Blick auf die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten. In jedem Fall wird die Aufarbeitung der Geschichte von Flucht und Vertreibung der Juden aus den arabischen Ländern und die Reflexion auf die antisemitischen Traditionen in den islamisch geprägten Gesellschaften eine wichtige Rolle bei zukünftigen Friedenslösungen im Nahen Osten und bei der Weiterentwicklung der Abraham Accords spielen.

Die arabischen Gesellschaften haben letztlich die Wahl: Niemand zwingt sie, innere Konflikte mittels des Antisemitismus auf den äußeren Feind Israel zu projizieren, nachdem sie sich durch Flucht und Vertreibung der arabischen Juden um die konkrete Projektionsfläche im Innern gebracht haben.

Die Geschichte von Flucht, Vertreibung und Emigration der Juden aus den arabischen Ländern ist eine Erinnerung an die Bedeutung des Zionismus für die sowohl partikulare als auch universelle Emanzipation der Juden. Der Zionismus verwirklicht ihre politische Emanzipation gegen und in einer feindlichen antisemitischen Umwelt und schafft so überhaupt erst die Voraussetzung für Juden, an der allgemein menschlichen Emanzipation teilhaben zu können. Die Analyse der Situation in den arabischen Gesellschaften vor und nach der israelischen Staatsgründung vermittelt einen Eindruck davon, was passieren könnte, sollten linke Antizionisten in Israel an Einfluss gewinnen oder, was wohl eher droht, sollte es ihren globalen Unterstützern perspektivisch gelingen, Israel zu Kompromissen

hinsichtlich seiner Souveränität zu nötigen. Letztlich würde das – im besten Fall – bedeuten, die israelischen Juden wieder auf den Status jener *dhimmitude* zurückzuwerfen, der für ihre Existenz vor der Gründung Israels in der gesamten Region charakteristisch war.

Schon Herbert Marcuse notierte im Vorwort für die hebräische Ausgabe von *Der eindimensionale Mensch* eine Bedingung für eine friedliche Koexistenz von Juden und Arabern im Nahen Osten, die leider bis heute nicht erfüllt ist: „Nur eine freie arabische Welt kann neben einem freien Israel bestehen“ (Marcuse 2004: 143) – diesbezüglich wird in Zukunft zu diskutieren sein, welche Rolle die Abraham Accords und ihre Weiterentwicklung bei der Konstitution einer tatsächlich freien arabischen Welt spielen können.

Wenn nicht die dunklen Vorahnungen des israelischen Historikers Benny Morris Wirklichkeit werden sollen, der schon zu Beginn der Zweiten Intifada bezüglich einer Aussöhnung zwischen Israel und der arabischen Welt von einem „kosmischen Pessimismus“ sprach (Morris 2002) und der vor wenigen Jahren angesichts der zahlenmäßigen Überlegenheit der arabischen Seite das Ende Israels in 30 bis 50 Jahren befürchtete, was die Juden im Nahen Osten zwangsläufig wieder zu einer „persecuted or slaughtered minority, as they were when they lived in Arab countries“ (Morris 2019) machen würde, bedürfte es zum einen grundlegender Transformationen in den arabischen Gesellschaften, die aber von israelischer Seite nicht erzwungen werden können. Daher bedarf es zum anderen weiterhin der überlegenen Gewalt des zionistischen Projekts als einziger Garantieinstanz für Juden und Jüdinnen gegen die anhaltende antisemitische Bedrohung.

Literatur

- Aharoni, Ada (2003): The Forced Migration of Jews from Arab Countries. In: *Peace Review: A Journal of Social Justice*. 15 (1), 53–60.
- Bashkin, Orit (2017): *Impossible Exodus: Iraqi Jews in Israel*. Stanford: Stanford University Press.
- Becker, Avi (2005): The Forgotten Narrative: Jewish Refugees from Arab Countries. In: *Jewish Political Studies Review* 17 (Fall 2005), 3–44.
- Bengio, Ofra (2021) Jews, Israel and the Kurds: unravelling the myth. In: *Israel Affairs*, 27:5, 827–851.
- Bensoussan, George (2019): *Die Juden der arabischen Welt. Die verbotene Frage*. Berlin/Leipzig: Hentrich & Hentrich.
- Chetrit, Sami Shalom (2013): *Intra-Jewish Conflict in Israel. White Jews, black Jews*. London/New York: Routledge.
- Cüppers, Martin; Mallmann, Klaus-Michael (2007): *Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina*. Darmstadt: WBG.

- Diker, Dan; Toameh, Khaled Abu (2021): Mansour Abbas, Mahmoud Abbas, and the Abraham Effect. (Jerusalem Issue Briefs, Institute for Contemporary Affairs) Vol. 21, No. 5, 21.4.2021, <https://jcpa.org/article/mansour-abbas-mahmoud-abbas-and-the-abraham-effect/> [Zugriff: 18.1.2025].
- Feindt-Riggers, Nils (2006): Der Islamismus in Algerien: Geschichte und Gegenwart. In: Schwan, Siegfried (Hg.): Islamismus. Stellungnahmen und Bewertungen aus der Wissenschaft (Beiträge zur inneren Sicherheit 28). Brühl: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, 5–97.
- Feuerherdt, Alex; Markl, Florian (2018): Vereinte Nationen gegen Israel. Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert. Leipzig/Berlin: Hentrich & Hentrich.
- Fischbach, Michael (2008): Jewish Property Claims Against Arab Countries. New York: Columbia University Press.
- Gebert, Malte (2011): Die Rezeption der Protokolle der Weisen von Zion in Ägypten. In: Medaon. Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung, Nr. 9: 1–15.
- Gross, Tom (2018): Foreword: A People Ignored. In: Julius, Lyn: Uprooted. How 3000 Years of Jewish Civilisation in the Arab World Vanished Overnight. London/Chicago: Vallentine Mitchell, ix–xii.
- Herf, Jeffrey (2009): Nazi Propaganda for the Arab World. New Haven: Yale University Press.
- Julius, Lyn (2018): Uprooted. How 3000 Years of Jewish Civilization in the Arab World Vanished Overnight. London/Chicago: Vallentine Mitchell.
- Khezri, Haidar (2022): Kurds, Jews, and Kurdistan Jews: Historic Homelands, Perceptions of Parallels in Persecution, and Allies by Analogy. In: Religions 13: 253: <https://doi.org/10.3390/rel13030253>.
- Küntzel, Matthias (2019a): Von Zeesen bis Beirut: Nationalsozialismus und Antisemitismus in der arabischen Welt. In: Heilbronn, Christian; Rabinovici, Doron; Sznaider, Natan (Hg.): Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 182–217.
- Küntzel, Matthias (2019b): Nazis und der Nahe Osten. Wie der islamische Antisemitismus entstand. Berlin/Leipzig: Hentrich & Hentrich.
- Lefkovits, Etgar (2017): Expelled Jews hold deeds on Arab lands. In: Jerusalem Post, 16.11.2007.
- Lewis, Benard (2004): Die Juden in der islamischen Welt. Vom frühen Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. München: C. H. Beck.
- Marcuse, Herbert (2004): Nachgelassene Schriften. Bd. 4: Die Studentenbewegung und ihre Folgen, Springer: zu Klampen.
- Markl, Florian (2023): Zwei Jahre Abraham-Abkommen. In: sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik, Heft 21, 9–19.
- Marx, Karl (1961): Die Kriegserklärung – Zur Geschichte der orientalischen Frage. In: Marx, Karl; Engels, Friedrich: Werke, Bd. 10. Berlin/DDR: Dietz, 168–176.

- Morris, Benny (2001): *Righteous Victims. A History of the Zionist-Arab Conflict, 1881-2001*. New York: Vintage.
- Morris, Benny (2002): Peace? No chance. In: *The Guardian*, 21.2.2002, <http://www.guardian.co.uk/world/2002/feb/21/israel2> [Zugriff: 18.1.2025].
- Morris, Benny (2019): „Israel Will Decline, and Jews Will Be a Persecuted Minority“. Interview by Ofer Aderet. In: *Haaretz*, 22.1.2019, <https://www.haaretz.com/us-news/.premium.MAGAZINE-israel-will-decline-and-jews-will-be-persecuted-those-who-can-will-flee-1.6848498> [Zugriff: 18.1.2025].
- Motadel, David (2017): *Für Prophet und Führer. Die Islamische Welt und das Dritte Reich*. Stuttgart: Klett Cotta.
- Ourchi, Abdel-Hakim (2023): *Die Juden im Koran. Ein Zerrbild mit fatalen Folgen*. München: claudius.
- Rossetto, Piera; Trevisan Semi, Emanuela (2012): Memory and Forgetting among Jews from the Arab-Muslim Countries. Contested Narratives of a Shared Past. In: *Quest. Issues in Contemporary Jewish History*, Heft 4, 1–14.
- Schmid, Bernhard (2005): *Algerien. Frontstaat im globalen Krieg? Neoliberalismus, soziale Bewegungen und islamistische Ideologie in einem nordafrikanischen Land*. Münster: Unrast.
- Schwartz, Adi (2008): All I Wanted Was Justice. In: *Haaretz*, 2.1.2008.
- Stillman, Norman A. (2003): *The Jews of Arab Lands in Modern Times*. Philadelphia: JPS.
- US Department of State (2020): *The Abraham Accords Declaration*, <https://www.state.gov/the-abraham-accords/> [Zugriff: 18.1.2025].
- US Department of State (2022): *Joint Statement on the UAE-U.S.-Israel Religious Co-existence Working Group to Advance Interfaith and Intercultural Dialogue and Counter Religious Intolerance and Hatred*. 29.3.2022, <https://www.state.gov/joint-statement-on-the-uae-u-s-israel-religious-coexistence-working-group-to-advance-interfaith-and-intercultural-dialogue-and-counter-religious-intolerance-and-hatred/> [15.2.2023].
- Webman, Esther (2019): Rethinking the Role of Religion in Arab Antisemitic Discourses. In: *Religions* 10 (7). 415: <https://doi.org/10.3390/rel10070415>.
- Weinstock, Nathan (2019): *Der zerrissene Faden. Wie die arabische Welt ihre Juden verlor. 1947–1967*. Freiburg: ça ira.
- Wistrich, Robert S. (2010): *A Lethal Obsession. Anti-Semitism from Antiquity to the Global Jihad*. New York: Random House.
- Yehuda, Zvi (2017): *The New Babylonian Diaspora. The Rise and Fall of the Jewish Community in Iraq, 16th–20th Centuries C.E.* Leiden: Brill.

Von der israelischen Staatsgründung zum Scheitern des Friedensprozesses

Zionistische Selbstbehauptung und die Bedeutung der Arbeiten von Benny Morris

In meinem Buch *Die Einsamkeit Israels* wies ich 2014 darauf hin, inwiefern es bezeichnend für die deutschsprachige Nahost- und Israel-Debatte ist, dass keine einzige der ebenso akribischen wie um Ausgewogenheit bemühten Studien zur Entstehung des israelisch-arabischen Konflikts des israelischen Historikers Benny Morris in deutscher Übersetzung vorliegen (Grigat 2014: 14). Das hat sich 2023 glücklicherweise mit dem Erscheinen der deutschen Ausgabe von 1948: *Der erste arabisch-israelische Krieg* im auch ansonsten ausgesprochen verdienstvollen Verlag Hentrich & Hentrich geändert. Nicht nur zum Krieg von 1948, sondern auch zu den weiteren Entwicklungen in Israel und seinen Nachbarstaaten, um die es hier in erster Linie gehen soll, hat Benny Morris ein Standardwerk vorgelegt, das die Grundlage für den folgenden Überblick bildet: seine 800-Seiten-Studie *Righteous Victims. A History of the Zionist-Arab Conflict, 1881–2001*, die während der Zweiten Intifada erschienen ist. Die niederschmetternden Erfahrungen des Zusammenbruchs des „Friedensprozesses“ Anfang der 2000er Jahre reflektiert Morris in seinem deutlich kürzer gehaltenen, 2009 erschienenen *One State, Two States. Resolving the Israel/Palestine Conflict*, das sich ebenso für eine Übersetzung ins Deutsche anbieten würde wie auch seine jüngsten Arbeiten zu anders gelagerten Themen, zuletzt eine Studie über die brutale Christenverfolgung in der Türkei am Beginn des 20. Jahrhunderts (Morris 2019).

Die Darstellung der Komplexität der Ereignisse von 1948, wie sie Morris in zahlreichen englischsprachigen Publikationen vorgelegt hat, wurde in der deutschsprachigen Debatte mitunter ignoriert, in aller Regel aber derart selektiv rezipiert, dass sie zur Untermauerung einer völlig einseitigen und antiisraelischen Darstellung instrumentalisiert werden konnte. Besonders deutlich wurde das zuletzt bei den Verteidigern der Ausstellung „Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“ (Asseburg 2021; Brumlik 2022), die seit 2008 in Deutschland mehrfach gezeigt wurde. Die Ausstellung bezieht sich neben Fragmenten aus Morris' Arbeiten explizit auf den antizionistischen Aktivist Ilan Pappé, dessen nahezu gesammelte Schriften im Gegensatz zu jenen von Morris seit Jahren auf Deutsch vorliegen und die Diskussionen in der Bundesrepublik bisher maßgeblich geprägt haben. Morris hat Pappé treffend charakterisiert: Er sei bestenfalls „one of the

world's sloppiest historians; at worst, one of the most dishonest. In truth, he probably merits a place somewhere between the two.“ (Morris 2021a)¹

Nachdem 2025 ein weiteres Standardwerk von Morris auf Deutsch erscheinen wird (Morris 2025a), darf man hoffen, dass nun eine Rezeption von Morris' Arbeiten einsetzt, welche die Differenziertheit seiner historischen Analysen und die Kontextualisierung der Gewalt im arabisch-israelischen Konflikt ebenso zur Kenntnis nimmt wie seine politische Intention einer grundsätzlichen Verteidigung des zionistischen Projekts sowie sein Insistieren auf den ideologischen Gründen für den „Palestinian rejectionism“ und der Bedeutung des „Islamic terrorism and Islamic pretensions to world dominance“ für die globale Konstellation (Brahm/Morris 2015).

Es ist heute unklar, ob eine „Zwei-Staaten-Lösung“, die auch Morris lange Zeit favorisiert hat, überhaupt noch eine realistische Option ist – ganz unabhängig von der Diskussion, ob sie wünschenswert wäre (Grigat 2014: 31–34). Morris hat sich zuletzt für eine aus seiner Sicht zwingend notwendige Wiederbelebung einer israelisch-palästinensischen Annäherung und für das Modell einer palästinensischen Staatlichkeit an der Seite Israels ausgesprochen – und damit erneut allen anti- und bestimmten rechtszionistischen Vereinnahmungen seiner Person eine Absage erteilt (Morris 2025b). Klar ist jedenfalls, dass ein realistischer Blick auf die Geschichte der arabischen Verweigerungshaltung, des islamischen Antisemitismus und der panarabischen Versuche, den jüdischen Staat zu vernichten – wie er sich in den akademischen Arbeiten von Morris durchgängig findet –, eine Grundvoraussetzung für eine zukünftig stärker auf Verständigung und Aussöhnung orientierte Politik darstellt. Die Arbeiten von Morris können schon deswegen einen hervorragenden Beitrag dazu leisten, weil in ihnen das Leid auf der arabischen und palästinensischen Seite niemals zum Verschwinden gebracht wird.²

Unabhängigkeitskrieg

Seit seiner Gründung ist Israel nicht nur mit Vernichtungsdrohungen konfrontiert, sondern mit handfesten Vernichtungsversuchen. Der erste begann unmittelbar nach der Ausrufung des Staates am 14. Mai 1948. Dem vorausgegangen war eine Art Bürgerkrieg, der nach Verkündung des UN-Teilungsplans vom November 1947 von arabischer Seite losgetreten worden war. Dieser Plan sah auf 56 Prozent des nach der Abspaltung Jordaniens vom Mandatsgebiet Palästina verbliebenen

1 Ich habe mit Pappé 2006 im Rahmen eines Forschungsprojekts über die radikale Linke in Israel an der Universität Haifa ein längeres Interview geführt, in dem er selbst noch die Aktivitäten des Nazi-Kollaborateurs Amin al-Husseini als legitimen Widerstand gegen den Zionismus rechtfertigte. Zum Sieg des palästinensischen Zweigs der Muslimbrüder bei den Parlamentswahlen 2006 erklärte er: „The election of Hamas is the only good thing that happend in the last few years.“ (Pappé/Grigat 2006)

2 Eine Kurzfassung dieses Beitrags ist 2023 als Nachwort zur deutschen Übersetzung von Benny Morris' 1948 im Verlag Hentrich & Hentrich erschienen.

Territoriums einen jüdischen und auf 43 Prozent einen arabischen Staat vor. Jerusalem sollte als „internationale Zone“ verwaltet werden. Der Plan wurde vom Jishuw, der prästaatlichen jüdischen Gemeinschaft im Mandatsgebiet, schweren Herzens akzeptiert, von arabischer Seite gab es ein eindeutiges Nein. Hätte die arabische Führung diesen Plan befürwortet, gäbe es vermutlich bereits seit fast acht Dekaden einen palästinensischen Staat an der Seite Israels.

Im Bürgerkrieg, der als erste Phase des israelischen Unabhängigkeitskrieges betrachtet werden kann, kämpften die 1920 gegründete paramilitärische Hagana und neben ihr existierende jüdische Milizen wie der rechtsgerichtete Irgun unter Leitung von Menachem Begin und die von ihm abgespaltene Lechi, die sogenannte Stern-Gruppe, zu der unter anderem der spätere Premierminister Jitzchak Shamir gehörte, gegen Verbände der arabischen Bevölkerung im Mandatsgebiet, die damals in aller Regel noch nicht als Palästinenser bezeichnet wurden. Unmittelbar nach der Ausrufung des israelischen Staates, die durch den Beschluss der UN-Vollversammlung legitimiert war, kommt es zur Invasion der Armeen Ägyptens, Syriens, Transjordanien, des Irak und des Libanon, die mit den palästinensischen Kämpfern kooperieren.

Auch der Bürgerkrieg teilte sich bereits in zwei Phasen: In die zweite Phase ab März 1948 fallen für die spätere Entwicklung wichtige Entscheidungen. Die Sowjetunion unterstützt auf Grund ihres geopolitischen Interesses tschechoslowakische Waffenlieferungen, die der Hagana ein deutlich offensiveres Vorgehen ermöglichten. Als Reaktion auf arabische Terrorakte und Angriffe auf isolierte jüdische Siedlungen kommt es zu einer Änderung der Konzeptionen des Jishuv: Anders als in der ersten Phase geht es nun nicht mehr nur um einen reinen Verteidigungskampf, sondern auch um Gebietseroberungen, unter anderem als militärische Vorbereitung auf die erwartete arabische Invasion, zu deren Abwehr auch Repressionsmaßnahmen gegen die auf dem Mandatsgebiet lebende arabische Bevölkerung als legitim angesehen wurden. Im März 1948 gibt die Hagana ihr Prinzip der *Havлага*, der selbstaufgelegten Zurückhaltung, auf, das seit 1920 gegolten hatte. Diese im *Tochnit Dalet*, dem Plan D, niedergelegten und vom Generalstab der Hagana ausgearbeiteten Prinzipien werden in der antizionistischen Propaganda regelmäßig als Blaupause für gezielte und seit langem geplante ethnische Säuberungen dargestellt (exemplarisch Pappé 2007: 67–72). Es handelte sich jedoch um einen militärischen Verteidigungsplan, der erst als Reaktion auf den bisherigen Kriegsverlauf und in Erwartung des Überfalls durch die arabischen Staaten informell implementiert wurde und keineswegs auf dem gesamten Territorium der Kampfhandlungen zur Anwendung kam (Morris 1987: 62–65).

Im Rahmen der Operation Nachshon, die auf die Rettung der jüdischen Bevölkerung in Jerusalem zielte, kommt es neben der Ausschaltung wichtiger arabischer Stellungen, die eine Abwehr der erwarteten Invasion der arabischen Armeen ermöglichen soll, zu einem entscheidenden Ereignis: der Eroberung des Dorfes Deir Jassin in der Nähe Jerusalems durch die Milizen Irgun und Lechi, denen von

Hagana-Einheiten assistiert wurde. Bis heute sind viele Details dieser Eroberung umstritten: Als sicher gilt, dass die Dorfbewohner früher dem offen antisemitischen und mit den Nazis kollaborierenden Mufti Amin al-Husseini die Kooperation verweigert haben und ein relativ gutes Verhältnis zur jüdischen Bevölkerung angestrebt hatten, Irgun- und Lechi-Kommandanten aber dennoch im Voraus entschlossen waren, die arabischen Bewohner zu vertreiben. Bis heute ist unklar, ob die Attacke im Wissen und mit Zustimmung der Jerusalem Hagana-Führung ausgeführt wurde, ob es neben den Bewohnern palästinensische Kämpfer in dem Dorf gab (immerhin haben etwa ein Viertel der Irgun- und Lechi-Kämpfer den Angriff nicht überlebt), ob es einen Tötungsbefehl oder eine Tötungsaufforderung von Irgun- und Lechi-Kommandanten gab und wenn ja, ob sich diese auch auf Frauen und Kinder bezog, und ob die Kämpfer des Irgun, wie sie bis heute behaupten, Warnungen über Lautsprecher ausgegeben haben, die von den Dorfbewohnern aber ignoriert wurden.

Entscheidend ist jedenfalls, dass die Eroberung zu einem Massaker an der arabischen Bevölkerung in Deir Jassin geführt hat, bei dem die Opferzahlen lange Zeit umstritten waren. Heute gehen die meisten arabischen und israelischen Historiker von 100 bis 110 Toten aus. 1948 existierte allerdings die fatale Situation, dass fast alle Seiten ein Interesse daran hatten, die Opferzahlen deutlich zu übertreiben, so dass häufig von 250 oder mehr Toten die Rede war. Die Hagana-Führung hatte ein Interesse daran, Irgun und Lechi zu diskreditieren, Araber und Briten wollten die jüdische Seite generell schlecht dastehen lassen, Irgun und Lechi wollten unter der arabischen Bevölkerung in der Hoffnung Angst verbreiten, dass möglichst viele das Land verlassen.

In antizionistischen Darstellungen wird gerne verschwiegen, dass sowohl die Jewish Agency als auch die Führung der Hagana das Massaker sofort nach Bekanntwerden eindeutig verurteilt haben, was einen entscheidenden Unterschied zu zahlreichen Terroranschlägen und Massakern der palästinensischen Seite markiert – bis zum heutigen Tag. Ebenfalls werden gerne jene Massaker verschwiegen, die den Ereignissen in Deir Jassin vorausgegangen sind oder als unmittelbare Antwort darauf verübt wurden: Im April 1948 haben arabische Milizen bei Jerusalem einen Konvoi überfallen, der hauptsächlich aus unbewaffneten Krankenschwestern und Ärzten auf ihrem Weg zum Hadassah Hospital am Mount Scopus bestand. Über 70 Juden wurden bei diesem Überfall getötet.

Während die Führer des Jishuv vergleichsweise gute Kenntnisse über die arabischen Milizen im Mandatsgebiet hatten, die derartige Angriffe ausführten, schätzten sie die Stärke der arabischen Armeen häufig falsch ein. David Ben Gurion sprach beispielsweise 1947 davon, dass die Arabische Legion Transjordanien – eine Elitetruppe, die von britischen Offizieren geleitet wurde – 15.000 bis 18.000 Mann stark sei und mindestens 400 Panzer habe. In Wirklichkeit bestand sie zu dieser Zeit aus etwa 6000 Kämpfern und hatte nach heutigem Kenntnisstand keinen einzigen funktionstüchtigen Panzer. Nichtsdestotrotz waren die arabischen

Armeen rein waffentechnisch dem Jishuv zumindest zu Beginn des Krieges überlegen.

Die Einschätzung der Stärke des Gegners und dessen offen formulierte Vernichtungsdrohungen führten zu einer ausgesprochen hohen Motivation der jüdischen Kämpfer, von denen viele gerade erst der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie entkommen waren. Ein beeindruckendes Beispiel für die hohe Kampfmoral lieferte jene kleine Gruppe von Shoahüberlebenden, die im Kibbutz Yad Mordechai, der nach dem Anführer des Aufstands im Warschauer Ghetto benannt ist, ein angreifendes ägyptisches Bataillon tagelang zurückhielt, bis die Hagana, die während der Kämpfe in Yad Mordechai in die Israel Defense Forces (IDF) transformiert wurde, sich zum Gegenangriff formiert hatte. Die Vernichtungsdrohungen der arabischen Führer waren auch einer der Gründe für die in der zweiten Phase der Kampfhandlungen praktizierte offensivere Kriegsführung. Nach den weithin bekannten Äußerungen der arabischen Führer wussten die Kämpfer der jüdischen Verbände beziehungsweise der neu gegründeten israelischen Armee, dass eine mögliche Niederlage drei Jahre nach der Befreiung von Auschwitz wohl die Vernichtung des Jishuv bedeuten würde. Achmet Shukeiry, einer der Gehilfen des Mufti al-Husseini und später Vorgänger von Jassir Arafat als Führer der PLO, nannte als Ziel der Invasion „die Vernichtung des jüdischen Staates“. Abdel Rahman Azzam, der Generalsekretär der Arabischen Liga, verkündete hinsichtlich des bevorstehenden Überfalls auf den neu gegründeten Staat: „Dies wird ein Krieg der Vernichtung sein und ein enormes Massaker, von dem man noch ähnlich sprechen wird wie von den Massakern der Mongolen.“ (Zit. n. Morris 2001: 219; Glasneck/Timm 1994: 63)

Dass diese Vernichtungsfantasien nicht in die Tat umgesetzt werden konnten, lag unter anderem an der Uneinigkeit der arabischen Staaten, die sich in einer fehlenden militärischen Koordination niederschlug, was der jüdischen, vergleichsweise gut organisierten Seite einen wichtigen Vorteil verschaffte. Zudem waren auf arabischer Seite keineswegs alle von der antijüdischen Agitation ihrer Führer überzeugt: Gerade von irakischen Soldaten gibt es zahlreiche Berichte, dass sie überhaupt nicht einsahen, warum sie für irgendwelche Fremden ein paar hundert Kilometer fern der eigenen Heimat in einen Krieg ziehen sollten, und zwar gegen einen Feind, der sich als deutlich schwerer zu bekämpfen herausstellte, als die arabischen Führer und vor allem die palästinensischen Propagandisten es ihnen versprochen hatten.

Am deutlichsten wird die Uneinigkeit der arabischen Staaten am Verhalten von König Abdallah von Jordanien, der seine eigenen Ziele verfolgte und schon 1946 geheime Verhandlungen mit der Jewish Agency geführt hatte. Er war für einen Teilungsplan, der aber nicht zu einem palästinensischen Staat führen sollte, sondern das Mandatsgebiet Palästina zwischen den Juden und seinem Königreich Transjordanien aufgeteilt hätte. In einem Geheimgespräch mit Golda Meir im November 1947 hat Abdallah diesen Vorschlag unterbreitet und stieß bei der späteren israelischen

Premierministerin durchaus auf Interesse. Im Mai 1948 erklärte Abdallah ihr dann aber, dass er sich auf Grund des Drucks seiner arabischen Nachbarn den Kriegsanstrengungen gegen Israel anschließen müsse. Allerdings hat die arabische Legion, die von jüdischer Seite so gefürchtet wurde, nur in jenem Teil gekämpft, der im UN-Teilungsplan als arabisches Territorium vorgesehen war. Abdallah zweifelte an einem arabischen Sieg und wollte sich mit dem zukünftigen jüdischen Nachbarstaat gutstellen. Es gibt mehrere Äußerungen von ihm, die darauf hindeuten, dass ihm ein jüdischer Staat als Nachbar allemal lieber war als ein arabischer unter der Führung des radikalen Mufti und seiner Verbündeten, der es ihm zudem verunmöglich hätte, sich den arabischen Teil Palästinas in sein Königreich einzuverleiben.

Den jüdischen Kämpfern im Unabhängigkeitskrieg war bewusst, dass die palästinensischen Araber unter der Führung des wüsten Antisemiten al-Husseini standen, der seit 1941 in Berlin residiert hatte, dort die Vernichtungspolitik der Nazis noch zu radikalisieren versuchte und ab 1943 an der Aufstellung muslimischer Waffen-SS-Divisionen in Bosnien beteiligt war. Der Mufti konnte sich einer Strafverfolgung entziehen, indem ihm nach dem Zweiten Weltkrieg die Flucht aus Deutschland nach Kairo gelang. Dort schaffte er es wie schon in den 1920er und 1930er Jahren, seine innerpalästinensischen Widersacher auszuschalten und die Leitung des Hohen Arabischen Komitees zu übernehmen. Auch wenn er unmittelbar während des israelischen Unabhängigkeitskrieges sowohl politisch als auch militärisch vergleichsweise wenig Einfluss auf das Geschehen hatte, war es für das Bewusstsein der israelisch-jüdischen Soldaten von entscheidender Bedeutung, dass sie gegen einen Verbündeten der Nazis kämpften, der als eine Führungsfigur der arabischen Nationalbewegung schon bei den antijüdischen Pogromen im Mandatsgebiet in den 1920er und 1930er Jahren eine entscheidende Rolle gespielt hatte.

Israel konnte bereits die erste Phase des Krieges nach der Staatsgründung für sich entscheiden, hatte aber auf Grund der schlechten Bewaffnung vergleichsweise viele Opfer zu beklagen. Schon eine Woche nach dem Überfall der arabischen Armeen forderte der UN-Sicherheitsrat einen Waffenstillstand, zu dem Ben Gurion Zustimmung signalisierte, während die arabischen Staaten ihn zunächst rundweg ablehnten. Erst nachdem sie realisierten, dass ihre Armeen nicht den erwarteten schnellen Sieg über den jungen jüdischen Staat erringen können, stimmten sie Anfang Juni einem Waffenstillstand zu. Diesen wussten die IDF, in welche die Hagana und ihre Eliteeinheit Palmach Ende Mai transformiert worden waren und in die nach heftigen Auseinandersetzungen, die den Konflikt zwischen linken und rechten Kräften in Israel bis heute prägen, etwas später auch Begins Irgun integriert wurde, deutlich besser für sich zu nutzen. Die Truppenstärke wurde bis zur Wiederaufnahme der Kampfhandlungen nach vier Wochen fast verdoppelt und schwere Waffen, darunter auch Bomber, wurden ins Land gebracht.

Der Krieg endete 1949 mit einem klaren Sieg Israels, das nun etwa 77 Prozent des im UN-Teilungsplan definierten Territoriums kontrollierte, und einer de-

mütigenden Niederlage für die arabische Seite. Auf israelischer Seite starben etwa 6.000 Menschen, viele von ihnen Überlebende der nationalsozialistischen Vernichtungslager. Doppelt so viele wurden verwundet. Die Opferzahlen auf arabischer Seite dürften ähnlich, vermutlich etwas höher gewesen sein. Jordanien besetzte und annektierte die Westbank und Ägypten unter König Farouk den Gaza-Streifen. Kein Mensch kam damals auf die Idee, eine „internationale Solidaritätsbewegung“ für die dort nun unter arabischer „Besatzung“ lebende, später als Palästinenser bezeichnete Bevölkerung zu initiieren.

Im Verlauf der Kriegshandlungen wurden nach palästinensischen Angaben 900.000 bis eine Million, nach israelischen Angaben etwas über 500.000, nach UN-Schätzungen etwa 750.000 Palästinenser vertrieben oder sind geflohen. Etwa 360 arabische Dörfer verschwanden im Laufe des Krieges von der israelischen Landkarte. Politiker wie Ben Gurion oder sein späterer Nachfolger als Premierminister Moshe Sharett hatten vor der Staatsgründung immer wieder einmal über einen Transfer der arabischen Bevölkerung spekuliert, wobei sie mitunter ursprünglich von den Briten unterbreitete Vorschläge aufgriffen. Sie gingen dabei mal von freiwilligen, mal von erzwungenen Umsiedlungen aus, ohne die ein verteidigungsfähiger jüdischer Staat nicht zu schaffen sei. Für revisionistische Zionisten wie Wladimir Jabotinsky oder Menachem Begin waren Vertreibungen in einem gewissen Ausmaß nicht nur eine Option, sondern zwingend notwendig, um einen überlebensfähigen jüdischen Staat in einer feindlichen Umwelt dauerhaft zu etablieren. Die im Rahmen des Krieges erfolgten Vertreibungen waren dennoch in fast allen Fällen nicht das Ergebnis einer schon lange ins Auge gefassten und durchgeplanten Strategie, sondern Resultat eines bewaffneten Konflikts, der durch die arabische Seite nach ihrer Ablehnung des UN-Teilungsplans begonnen wurde.

Auch Flucht und Vertreibungen fanden 1947 bis 1949 in unterschiedlichen Phasen, aus unterschiedlichen Gründen und regional in sehr unterschiedlicher Art und Weise statt. Letztlich ergibt sich ein ausgesprochen widersprüchliches Bild, das niemand so detailliert nachgezeichnet hat wie Benny Morris. Am Ende des Krieges war jedenfalls klar, dass etwa 160.000 Araber in Israel verbleiben. Sie unterlagen nach der Erfahrung des Unabhängigkeitskrieges bis 1966 einer Militärverwaltung, mit der ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt wurde.

Sinai- und Sechs-Tage-Krieg

Seit der Staatsgründung bleibt der israelischen Gesellschaft nichts anderes übrig, als eine permanente Diskussion darüber zu führen, welches Ausmaß an Gewaltanwendung zur Durchsetzung des allgemein anerkannten Ziels, sich der Gewalt der feindlichen Seite nicht zu beugen, noch als legitim angesehen wird (Lozowick 2006: 155f.). Die arabischen Staaten haben ihre Position nach der Niederlage von 1948 jahrzehntelang nicht geändert und sprachen immer wieder von der Notwendigkeit einer „zweiten Runde“ zur Vernichtung des „zionistischen Gebildes“. Erst

nach weiteren verheerenden Kriegen kam es 1979 mit Ägypten zum ersten Friedensschluss eines arabischen Landes mit Israel, 1994 folgte Jordanien, und erst 2020 haben weitere arabische Länder ihre Beziehungen im Rahmen der Abraham Accords mit dem jüdischen Staat normalisiert. Die ersten Jahrzehnte nach jenen Entwicklungen, die Morris in 1948 beschreibt, waren jedoch von einer Abfolge von arabisch-israelischen Kriegen geprägt, die bis heute nachwirken.

1956 steigerte sich der Konflikt zwischen Israel und Ägypten zur Suez-Krise, nachdem die Monarchie von König Faruk gestürzt worden war und 1954 Gamal Abdel Nasser die Macht übernommen hatte. Im Zweiten Weltkrieg kooperierte die spätere Führungsfigur des panarabischen Nationalismus als Offizier zeitweise mit deutschen und italienischen Agenten – eine Zusammenarbeit, die aus einem für den Nahen Osten typischen Gemisch von Antikolonialismus und Antisemitismus resultierte.

Ägypten schickte Anfang der 1950er Jahre regelmäßig Guerilla-Einheiten auf israelisches Gebiet, was Israel mit Vorstößen auf ägyptisches Territorium beantwortete. Zur Eskalation kam es, nachdem Ägypten den Golf von Akaba blockiert und den Suezkanal für die israelische Schifffahrt geschlossen hatte. Damit war der junge jüdische Staat vom Handel mit Asien und Afrika abgeschnitten, was von Israel als kriegesischer Akt gewertet wurde. Zudem wurde der Kanal von Ägypten nationalisiert, was Großbritannien nicht hinnehmen wollte, das die Schifffahrtsroute bisher kontrolliert hatte. Frankreich wiederum war daran interessiert, Nassers Ägypten für die Unterstützung der algerischen Aufständischen zu bestrafen. Die beiden Kolonialmächte traten mit Israel in geheime Verhandlungen ein, um den Kanal wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Israel marschierte im Oktober 1956 in den Gaza-Streifen und die Sinai-Halbinsel ein. Die israelischen Truppen erreichten nach kurzer Zeit den Kanal, woraufhin britische und französische Einheiten unter dem Vorwand, die Ordnung wiederherzustellen, in den Krieg eintraten.

Die israelischen, französischen und britischen Einheiten trugen zwar den Sieg davon, wurden aber durch Druck der USA und der Sowjetunion dazu gezwungen, 1957 den Rückzug anzutreten. Nasser schaffte es, diesen Rückzug als ägyptischen Sieg zu verkaufen, was seiner panarabischen Ideologie enormen Auftrieb verschaffte.

Der Suez-Krieg war zugleich ein Konflikt zwischen der Sowjetunion und dem Westen sowie zwischen den alten Kolonialmächten und den USA, in dem sich auch die Volksrepublik China, die von Nasser frühzeitig anerkannt worden war, auf der Weltbühne als Akteur im Wartestand präsentierte. Israel versuchte, diese weltpolitische Konstellation für sich zu nutzen und seine Ziele mit möglichst wenig Opfern zu erreichen. Während die Israel Defense Forces (IDF) 186 Tote zu beklagen hatten, waren die Verluste auf ägyptischer Seite fast zehnmal so hoch. Israel hatte seine Schifffahrtswege wieder geöffnet, die Infrastruktur der palästinensischen Feddayin an seiner Südgrenze zerstört und die ägyptische Armee nachhaltig ge-

schwächt, was zu einer mehrjährigen Periode relativer Ruhe führte. Nasser und andere arabische Führer begannen jedoch schon bald nach dem Sinai-Krieg ganz offen von der Notwendigkeit einer „dritten Runde“ zu sprechen, in der Israel endgültig vernichtet werden müsse. Nassers diesbezügliche Formulierungen lesen sich wie eine Vorwegnahme der heutigen Hasstiraden von Ali Khamenei und anderen Vertretern des iranischen Regimes. 1961 proklamierte der ägyptische Präsident: „Hinsichtlich Israels denken wir, dass das Böse, das ins Herz der arabischen Welt eingeschleppt wurde, ausgemerzt werden muss.“ (Zit. n. Morris 2001: 301)

Im Juni 1967 sah alles danach aus, als wenn die arabischen Staaten einen erneuten Anlauf zur Ausmerzung des jüdischen Staates nehmen wollten. Im Vorlauf des Sechs-Tage-Krieges rückten ägyptische Truppen im Sinai ein, auf dem seit dem Krieg von 1956 UN-Truppen den Waffenstillstand garantieren sollten. An der Nordgrenze stand Israel die seit 1966 unter dem Kommando der Baath-Partei befindliche syrische Armee gegenüber. Nasser forderte den Abzug der UN-Truppen vom Sinai, und UN-Generalsekretär U Thant gab dieser Forderung fatalerweise nach. Nasser beorderte Truppenteile seiner Armee aus dem Jemen zurück und erklärte die Generalmobilmachung. Er schloss die Straße von Tiran im Wissen, dass allein diese Entscheidung für Israel einen *casus belli* darstellte. Die jordanische Armee begab sich unter den Befehl eines ägyptischen Generals, und irakische Einheiten rückten nach Jordanien ein.

Der israelische Premier Levi Eshkol zögerte trotz der bedrohlichen Situation und hoffte auf eine Lösung durch die USA und die Sowjetunion. David Ben-Gurion, Verteidigungsminister Moshe Dayan, Oppositionsführer Menachem Begin und führende Militärs drängten jedoch auf einen Präventivschlag – auch als Reaktion darauf, dass kein einziges wichtiges Land der Welt Konsequenzen aus dem arabischen Militäraufmarsch an der israelischen Grenze zog und Israel im Gegenteil mehrfach zur Zurückhaltung aufgefordert und angesichts einer massiven Bedrohung alleine gelassen wurde. Die Militärführung dürfte sich der überlegenen Stärke der israelischen Armee bewusst gewesen sein, in der israelischen Öffentlichkeit bestand jedoch ein extremes Bedrohungsgefühl, das sich im Vorfeld des israelischen Befreiungsschlags in Warnungen vor der Möglichkeit eines zweiten Holocaust ausdrückte. Nasser erklärte in aller Deutlichkeit, dass es ihm keineswegs nur um die Schließung der Straße von Tiran gehe, sondern um die „Befreiung Palästinas“ und um „Israels Existenz“. Radio Damaskus proklamierte in einer berühmt-berüchtigten Formulierung: „Lasst sie wissen, dass wir den letzten imperialistischen Soldaten mit den Eingeweiden des letzten Zionisten aufhängen werden.“ Ganz in der Tradition des Nazi-Kollaborateurs Amin al-Husseini formulierte es Ahmad al-Shukeiri, der erste Vorsitzende der PLO: „Es wird praktisch keine jüdischen Überlebenden geben.“ (Zit. n. ebd. 306, 310)

Doch der Krieg, in dem Benny Morris als junger Soldat in einer Fallschirmjäger-Einheit am Golan eingesetzt war, führte abermals zu einer desaströsen Niederlage für die arabischen Armeen. Während der Krieg von 1948 die arabischen

Monarchien diskreditiert hatte, verliert nun Nassers Panarabismus an Legitimität, was die Bedingungen für den Aufstieg des islamischen Dihadismus entscheidend begünstigt. Während Israel weniger als 800 Tote zu beklagen hat, melden die arabischen Staaten Verluste von mindestens 35.000 Toten. Zwischen 200.000 und 300.000 Palästinenser fliehen aus der Westbank. Israel verzeichnet massive Gebietsgewinne, die in der Folge erstmals eine realistische Option auf einen Ausgleich mit den arabischen Nachbarn nach der Formel „Land für Frieden“ eröffnen, die allerdings über ein weiteres Jahrzehnt auf Grund der anhaltenden arabischen Verweigerungshaltung keine Chance auf Realisierung hat.

Durch den von arabischer Seite provozierten Sechs-Tage-Krieg geraten über eine Million Palästinenser unter israelische Besatzung. Israel beginnt mit dem Bau von Siedlungen im Westjordanland, auf dem Sinai, im Gaza-Streifen und auf dem Golan; zum Teil aus sicherheitspolitischen Erwägungen, zum Teil aus säkular- oder religiös-nationalistischen Motiven. 1968 setzt sich die Avantgarde der national-religiösen Siedlerbewegung um Mosche Levinger mit weniger als 50 Getreuen in Hebron fest. 1977 leben 11.000 Israelis in den eroberten Gebieten, 1995 sind es 150.000. Heute leben im Westjordanland über 400.000 jüdische Israelis.

In Syrien übernimmt jener Mann, der maßgeblich die Verantwortung für die Niederlage gegen Israel zu tragen hat, nach dem Sechs-Tage-Krieg für die kommenden drei Jahrzehnte die Macht: Verteidigungsminister Hafiz al-Assad, der Vater des 2024 gestützten syrischen Diktators Bashar al-Assad.

Die internationale Wahrnehmung Israels ändert sich nach dem Sechs-Tage-Krieg, insbesondere in der Linken, die nun im jüdischen Staat den Goliath erblickt. Die Sowjetunion und fast alle Ostblockstaaten brechen die Beziehungen zu Israel ab und intensivieren ihre Kontakte zu den arabischen Staaten, insbesondere in militärischer Hinsicht. Die Sowjetunion ermöglicht Nasser eine massive Aufrüstung, an der sich auch Nordkorea beteiligt, und verstärkt die Kooperation mit Syrien.

Im September 1967 legen die arabischen Staaten auf der Konferenz von Khar-tum ihre drei Neins für die zukünftige Politik gegenüber Israel fest: kein Frieden, keine Anerkennung, keine Verhandlungen, was indirekte Gespräche in den kommenden Jahren dennoch nicht unmöglich macht. Israel drängt jedoch auf direkte Verhandlungen und versucht seit dem Sechs-Tage-Krieg in der internationalen Arena seine Forderung nach „verteidigbaren Grenzen“ durchzusetzen, was bedeutet, dass man zur Rückgabe von großen Teilen der im Sechs-Tage-Krieg eroberten Gebiete im Gegenzug zu Friedensabkommen bereit ist, aber nicht zu einem Rückzug auf die Waffenstillstandslinie von 1949 (ebd.: 346). Selbst sogenannte Falken wie Dayan waren überzeugt, dass durch die Rückgabe des Golan an Syrien und des Sinai an Ägypten ein dauerhafter Frieden mit Nasser und Assad möglich sein müsste. Über US-amerikanische Mittelsmänner wurden Kairo und Damaskus entsprechende Angebote unterbreitet, die von der ägyptischen und syrischen Führung aber umgehend zurückgewiesen wurden (Korn 1992: 14f.).

Jom-Kippur- und Libanon-Krieg

Was im Nahen Osten gemeinhin als 4. israelisch-arabischer Krieg gezählt wird, ist im europäischen historischen Bewusstsein kaum präsent: der Abnutzungskrieg zwischen Ägypten und Israel von 1968 bis 1970, den Nasser begonnen hatte, um den Sinai von Israel zurückzuerobern. Die israelische Seite hatte in dieser Auseinandersetzung fast doppelt so viele Tote zu beklagen wie im Sechs-Tage-Krieg. Auf ägyptischer Seite kamen vermutlich deutlich über 5000 Soldaten und Zivilisten ums Leben. Am Status quo änderte sich durch den Abnutzungskrieg nichts Entscheidendes. Benny Morris erlitt im Verlauf dieses Krieges 1969 eine Verletzung durch Granatsplitter und wurde bald darauf aus der Armee entlassen.

Seit 1964 hatte es Israel nicht nur mit den arabischen Staaten, sondern auch mit der PLO zu tun, die allein bis zum Sechs-Tage-Krieg mehr als 120 Angriffe auf Israel ausführte. Mit Ahmad al-Shukeiri an der Spitze stand sie anfänglich unter der Führung eines Gefolgsmanns des Muftis al-Husseini, dessen Aktivitäten in den 1920er und 1930er Jahren maßgeblich dazu beigetragen haben, dass Israel nicht deutlich früher gegründet werden konnte.

In der Charta der PLO wurde unmissverständlich die Zerstörung Israels gefordert, die gesamte zionistische Einwanderung für illegitim erklärt und der bewaffnete Kampf als einziger Weg zur „Befreiung Palästinas“ proklamiert. Neben der Fatah, die ab 1969 unter al-Shukeiris Nachfolger Jassir Arafat die dominierende Kraft innerhalb der PLO wurde, agierten Gruppen wie die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) von George Habasch, die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) unter Nayef Hawatmeh, das PFLP-Generalkommando unter Ahmad Dschibril, die prosyrische as Saiqa und die zunächst proirakische, dann prolibysche und offen antisemitische Abu-Nidal-Gruppe, die unter anderem Anschläge auf Synagogen in Brüssel, Rom, Istanbul und Wien verübte.

Der palästinensische Terrorismus wurde Anfang der 1970er Jahre in Israel als dominierendes Problem angesehen. 1973 war man überzeugt, die arabischen Staaten seien weder willens noch fähig zu einem erneuten Krieg, und falls doch, würde Israel sie innerhalb kürzester Zeit zurückschlagen. Warnungen von Teilen des Militärs und der Geheimdienste wurden nicht ernst genommen. Dementsprechend wurde das Land vom konzertierten Angriff der von Moskau massiv aufgerüsteten syrischen und ägyptischen Armee im Oktober 1973 völlig überrascht.

Bis heute ist in Israel umstritten, ob der Krieg nicht vermeidbar und es mit Nassers Nachfolger Anwar el-Sadat nicht schon vor 1973 möglich gewesen wäre, ein Friedensabkommen zu schließen. Auch die Frage, ob Sadat und Assad tatsächlich die Zerstörung Israels zu dieser Zeit für ein realisierbares Ziel hielten oder lediglich auf die Rückeroberung des Golan und des Sinai sowie eine nachhaltige Schwächung Israels aus waren, wird bis heute heftig diskutiert. Unabhängig davon war das öffentliche Bewusstsein in Israel während des Jom-Kippur-Krieges von einem bis dahin nicht bekannten Ausmaß von Verzweiflung und Angst vor einer

erneuten Vernichtung geprägt – im Gegensatz zum Sechs-Tage-Krieg nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in der politischen und militärischen Führung, die sich angesichts des unerwartet schnellen Vorrückens der angreifenden Armeen mit einer drohenden Niederlage konfrontiert sah, die letztlich nur durch eine massive, aber erst nach langem Zögern errichtete Luftbrücke der USA zwecks Lieferung moderner Waffen abgewendet werden konnte.

Im Jom-Kippur-Krieg waren sowjetische Kampfpiloten auf ägyptischer Seite direkt involviert, während deutsche Soldaten der Nationalen Volksarmee in Syrien bereitstanden, um sich ebenfalls am Krieg gegen den jüdischen Staat zu beteiligen, letztlich aber nicht zum Einsatz kamen. Israel hatte über 2600 Tote zu beklagen. Die Verluste der Gegenseite, die im Verlauf der Kampfhandlungen Unterstützung von Jordanien, Marokko, Libyen, Sudan und insbesondere dem Irak erhalten hatte, werden auf 15.000 bis 35.000 geschätzt.

Territorial brachte der Jom-Kippur-Krieg so gut wie keine Veränderungen. Die arabische Seite wurde abermals deutlich geschlagen, die ägyptische Propaganda schaffte es aber, den Kriegsausgang im Gegensatz zu 1948 und 1967 als großartigen Sieg zu verkaufen. Den Weltmächten hatte der Krieg vor Augen geführt, dass der Konflikt Israels mit seinen arabischen Nachbarn das Potenzial zu einer globalen Eskalation besaß. Die Sowjetunion hatte während des Krieges sieben Luftlande-Divisionen in Einsatzbereitschaft versetzt, woraufhin die USA für ihre Nuklearwaffeneinheiten die Alarmbereitschaft erklärten. In Reaktion darauf gab es seither ein Interesse der Großmächte, eine Annäherung zwischen Israel und Ägypten zu unterstützen.

In der israelischen Gesellschaft kam es nach dem Jom-Kippur-Krieg erstmals zu Massenprotesten auf Grund eines Waffengangs, allerdings nicht von der Linken, sondern von der politischen Rechten, die dem militärischen Establishment und der sozialdemokratischen Regierung völliges Versagen vorwarf. Der Jom-Kippur-Krieg war der Anfang vom Ende der drei Jahrzehnte währenden Vorherrschaft der Sozialdemokraten und Sozialisten und bereitete den Weg für den Wahlsieg von Begin Likud bei den Wahlen 1977. Unter Begin kommt es zum bereits von Jitzchak Rabin in seiner ersten Amtszeit als Premierminister von 1974 bis 1977 mit Sadat vorbereiteten Friedensschluss mit Ägypten, wodurch Israel seine Südflanke dauerhaft beruhigen kann und freie Hand hat, sich auf die Bekämpfung des palästinensischen Terrors zu konzentrieren, der seit der blutigen Niederschlagung der PLO im sogenannten „Schwarzen September“ 1970 durch die Monarchie in Jordanien vor allem vom Libanon und von Syrien aus operierte.

Als Anfang der 1980er Jahre auch massive israelische Vergeltungsschläge gegen palästinensische Guerilla-Attacken aus dem Libanon nicht zu einer Beruhigung der Situation beitragen, entwickeln Begin, sein Verteidigungsminister Ariel Sharon und Außenminister Jitzchak Shamir den Plan, die PLO aus Israels nördlichem Nachbarland zu vertreiben, den libanesischen Christen zur Vorherrschaft zu verhelfen und den Zedernstaat zu einem Verbündeten Israels zu machen. Zu

diesem Zweck waren die Likud-Politiker auch zu einer Allianz mit den Falangisten von Pierre und Baschir Gemayel bereit, die Israel zwar auch hassten, aber Unterstützung im Kampf gegen die libanesischen Muslime brauchten.

Zwischen 1975 und 1982 waren über 100 Israelis bei Angriffen der PLO ums Leben gekommen. Nach der Ermordung eines israelischen Diplomaten und einem Angriff auf die israelische Botschaft in Paris, einem Mordanschlag auf den israelischen Botschafter in London und anhaltendem Raketenbeschuss aus dem Südlibanon flog die israelische Luftwaffe ab Juni 1982 massive Angriffe auf PLO-Stellungen im Zedernstaat. In Verletzung von Kabinettsbeschlüssen weiteten Begin und Sharon den Krieg jedoch sofort aus. Es kam zu Kämpfen mit der syrischen Armee, die IDF rückten bis Beirut vor und belegten die in der Stadt gelegenen PLO-Stellungen mit schweren Bombardements. Israel hatte im Libanon-Krieg von 1982 knapp 700 Tote zu beklagen, auf arabischer Seite kamen etwa 10.000 Menschen ums Leben.

Nachdem Baschir Gemayel bei einem Bombenanschlag im September 1982 getötet worden war, verübten Falangisten in den Flüchtlingslagern Sabra und Shatila ein Massaker mit Hunderten von Toten. Die Falangisten gaben vor, verbliebene Bewaffnete in den Lagern zu bekämpfen; sie wurden dabei insofern von den IDF unterstützt, als sie durch israelische Linien nach Sabra und Shatila gelangten und die israelische Armee Leuchtmunition abschoss und so die Szenerie erhellte, anstatt einzuschreiten. Die palästinensische Propaganda sprach von Tausenden Toten und verkaufte das Massaker der Weltöffentlichkeit als ein Verbrechen der israelischen Armee – mit einigem Erfolg.

In Reaktion auf die Ereignisse im Libanon kommt es in Israel zu Massendemonstrationen. Mindestens 200.000 Menschen versammeln sich auf dem Platz der Könige, dem heutigen Kikar Rabin in Tel Aviv, und fordern sowohl wegen der Art der israelischen Kriegsführung als auch wegen der Passivität während des Massakers in Sabra und Shatila erfolgreich die Einsetzung einer Untersuchungskommission. In deren Bericht wird eine Mitverantwortung von Sharon und mit Einschränkungen auch von Begin und Shamir für die Massaker konstatiert. Das autokratische Vorgehen Begins wird scharf kritisiert. In der Folge verliert Sharon sein Amt als Verteidigungsminister.

Begin und Sharon können die Vertreibung der PLO aus Beirut als Erfolg verbuchen. Die PLO-Führung, die seitdem in Tunis residiert, rühmt sich, dass ihre Kämpfer den israelischen Angriffen länger standgehalten haben als alle regulären arabischen Armeen. Die Erfahrung mit dem Libanon-Feldzug, der in der israelischen Gesellschaft mehrheitlich als erster Krieg bewertet wird, der nicht der unmittelbaren Verteidigung diene, stärkt jene Kräfte, die einen Ausgleich und Kompromiss mit der PLO und den arabischen Nachbarstaaten für notwendig und möglich halten. Die Kritik an der Art und Weise der Kriegsführung bereitet den Boden für das Erstarken der israelischen Friedensbewegung, die zehn Jahre nach dem

Libanon-Feldzug – an dem Benny Morris als Reservist beteiligt war – die außerparlamentarische Unterstützung des Oslo-Prozesses organisieren wird.

Von Oslo zur Zweiten Intifada

Zur Vorgeschichte des Friedensprozesses der 1990er Jahre gehört die Erfahrung der Ersten Intifada, die Ende 1987 begann – 20 Jahre nach Arafats ersten Aufrufen zum Aufstand in den besetzten Gebieten, die lange Jahre ungehört verhallten, auch zur Überraschung für die seit dem ersten Libanon-Krieg in Tunis residierende PLO-Führung. Bereits im Vorfeld der Ersten Intifada war es zu einer Islamisierung der palästinensischen Gesellschaft gekommen. Schon in den 1980er Jahren hatte sich die Zahl der Moscheen im Gaza-Streifen und in der Westbank verdoppelt. Im Gaza-Streifen wurde bereits die Erste Intifada vom Palästinensischen Islamischen Dschihad und der aus der Muslimbruderschaft hervorgegangenen Hamas dominiert. Im Gegensatz zur Zweiten Intifada in den 2000er Jahren kam es bei der Ersten noch zu heftigen innerpalästinensischen Auseinandersetzungen zwischen säkularen und islamistischen Kräften.

Die Erste Intifada erschien Ende der 1980er Jahre auch Benny Morris als ein „legitimate struggle for liberation from occupation“ (Morris 2004), was unter anderem dazu führte, dass er den Militärdienst in den von der palästinensischen Nationalbewegung beanspruchten Gebieten verweigerte und kurzzeitig ins Gefängnis musste. Als Gründe für den Aufstand gelten erstens die zunehmende Aggressivität seitens israelischer Soldaten und insbesondere die zunehmende Brutalität eines Teils der Siedlerbewegung, die immer öfter zu Selbstjustiz, Vergeltungsmaßnahmen und Angriffen überging, worauf die Armee lange Zeit nur unzureichend reagierte. Zweitens spielte die drastische Verschlechterung der ökonomischen Situation eine zentrale Rolle – allerdings nach jahrelangem Wachstum in den besetzten Gebieten, das deutlich höher war als in Israel.

Rabin, der als Verteidigungsminister lange für die Repression gegen die Aufständischen zuständig war, sprach bereits 1988 davon, dass die Intifada letztlich nicht militärisch beendet werden könne, sondern eine Lösung politisch erfolgen müsse. Als Resultat des Aufstands Ende der 1980er Jahre fand sich die Lage der Palästinenser Anfang der 1990er Jahre auf der internationalen Agenda. Teile der palästinensischen Gesellschaft sahen ein, dass sie die Israelis nicht gewaltsam aus den Gebieten vertreiben können, und Israel musste einsehen, dass es die palästinensische Bevölkerung mit jenen Mitteln, die in der israelischen Gesellschaft und international akzeptiert werden, nicht unter Kontrolle bekam. In der idealistisch-verklärenden Sicht auf den dann folgenden Friedensprozess resultierten aus diesem Pakt die gegenseitige Anerkennung und das Bemühen um einen dauerhaften Kompromiss. Idealistisch ist diese Sicht, da sich heute konstatieren lässt, dass es zwar Teilen der israelischen Politik und der überwältigenden Mehrheit der israelischen Bevölkerung um eine dauerhafte Befriedung des Konflikts ging, die maß-

geblichen Kräfte in der Führung der Palästinenser aber nur eine neue Möglichkeit für das Erreichen ihres alten Ziels gesucht haben: die Ergebnisse des israelischen Unabhängigkeitskrieges von 1948 zu revidieren.

Zur Vorgeschichte des Friedensprozesses gehört auch der Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes, der dazu führte, dass die arabischen Staaten – anders als noch in den 1960er und 1970er Jahren, als die auf die Vernichtung Israels abzielenden arabischen Staaten von den realsozialistischen Ländern mit modernem Militärgerät ausgestattet worden waren – keine realistische Kriegsoption mehr gegen den jüdischen Staat hatten.

Vor dem Hintergrund des Zerfalls des Realsozialismus fand 1991 die Konferenz von Madrid statt, an der auf israelischer Seite noch der Likud-Premier Shamir teilnahm, der kaum zu Zugeständnissen gegenüber der PLO oder auch Syrien bereit war. 1992 jedoch gewann die Avoda unter Rabin die Wahlen und bildete unter anderem mit der linksliberalen Meretz eine Koalition.

Rabin meinte, eine historische Gelegenheit zu erkennen: Die Besatzung sei nur zu untragbaren Kosten aufrechtzuerhalten. Israel befinde sich trotz der Intifada in einer Position relativer Stärke, die PLO hingegen sei durch ihr Bündnis mit Saddam Hussein geschwächt. Die USA seien die einzige verbliebene Supermacht, aber – hier erkennt man angesichts der späteren Unterstützung Moskaus für Bashar al-Assad Rabins Weitsicht – Russland werde perspektivisch als proarabischer Akteur zurückkehren. Rabin könne als allgemein anerkannter Kriegsheld den Israelis die Annäherung an die PLO nahebringen und die Sorgen um die Sicherheit zerstreuen. Die klassische Sicherheitsdoktrin sei überholt und die Bedeutung der „strategischen Tiefe“, wegen der es lange auch in der Arbeitspartei aus sicherheitspolitischen Gründen als unmöglich galt, die Westbank zu räumen, nehme angesichts der Entwicklung der Raketentechnik dramatisch ab. Und vor allem: Das iranische Regime strebe nach Nuklearwaffen, woraus in Zukunft die zentrale existenzielle Bedrohung für Israel erwachse.

Ohne den letzten Punkt ist nicht zu verstehen, warum Rabin und Shimon Peres den riskanten Schritt gewagt haben, sich mit jemandem auf einen „Friedensprozess“ einzulassen, den beide über Jahrzehnte bekämpft hatten. Rabin war der erste israelische Premier, der von seinen Geheimdiensten davon in Kenntnis gesetzt wurde, dass das iranische Regime offensichtlich daran arbeitet, sich die Option auf Nuklearwaffen zu beschaffen und auch ein entsprechendes Raketenprogramm betreibt; und Benny Morris war Anfang der 1990er Jahre einer der ersten Autoren, die das Thema öffentlichkeitswirksam aufgegriffen haben, insbesondere mit einem Artikel in der *New York Times* (Morris 1992).

1992 billigte Rabin zum einen die seit einiger Zeit stattfindenden nicht offiziellen Gespräche in Oslo, die den Auftakt für die direkten Verhandlungen mit der PLO darstellten. In geheimen Vorverhandlungen in der norwegischen Hauptstadt war die Basis für jene *Declaration of Principles* (Oslo-I-Abkommen) geschaffen worden, die dann 1993 in Washington unterzeichnet wurde. Zum anderen entschied Rabin

sich für die Anschaffung von Langstreckenbomben, die gegebenenfalls in der Lage sein sollten, den Nuklearambitionen der Ajatollahs militärisch Einhalt zu gebieten. Zugleich beauftragte er die israelischen Gesandten, in den westlichen Staaten für eine scharfe Sanktions- und Isolationspolitik gegenüber dem iranischen Regime zu werben – was bis heute weitgehend gescheitert ist. Die Idee war, die Gefahren an und in den Grenzen Israels durch Kompromisse in den Griff zu bekommen und den, wie Rabin das nannte, „inneren Gefahrenkreis“ zu neutralisieren, um sich dem „äußeren Gefahrenkreis“ – der heraufdämmernden existenziellen Bedrohung durch einen sich nuklear bewaffnenden Iran – angemessen begegnen zu können (Halevi/Oren 2008: 90).

Diese Konzeption ist nur in einem Punkt aufgegangen: 1994 kommt es zum Friedensschluss mit Jordanien. Er zeigte, dass das Abkommen von Camp David zwischen Israel und Ägypten von 1979, in dem bereits von einer Autonomie der Palästinenser die Rede war, die sich vermutlich durch die *facts on the ground* schnell zu einer Staatlichkeit entwickelt hätte, die aber von Arafat abgelehnt wurde, nicht jene an ein Wunder grenzende Ausnahme bleiben muss, als die es lange gesehen wurde. Ansonsten aber ist jenes Vorhaben gescheitert.

Die Grundkonzeption des Osloer und der nachfolgenden Abkommen (Gaza-Jericho-Abkommen 1994, Oslo II 1995, Wye-Abkommen 1998) beruhte darauf, dass die Israelis ihre überlegene militärische Macht zurücknehmen. Man hoffte darauf, dass ihre Feinde, die über Jahrzehnte mit der erklärten Absicht gegen sie gekämpft hatten, Israel zu vernichten, das als ein derartiges Entgegenkommen empfinden, dass sie sich im besten Fall zu Freunden, zumindest aber zu kompromissbereiten Gegnern wandeln. Doch es gibt begründete Zweifel, dass das der Fall war. Arafat und die Fatah hatten sich 1993 öffentlich dazu bekannt, keine Gewalt mehr zur Durchsetzung ihrer Ziele einsetzen zu wollen. Dennoch waren die Jahre von 1994 bis 1996 für die Israelis die blutigsten seit langem. Bis zur Ablösung der Avoda-Koalition, die den Friedensprozess gegen massive Widerstände in der israelischen Gesellschaft gestartet hatte, wurden mehr als 160 Israelis ermordet. Peres und insbesondere Rabin taten jegliche Kritik an den weitgehend ausbleibenden israelischen Reaktionen auf die Zunahme des Terrors als unbegründete Einwände von verbohrtten Großisrael-Ideologen ab, welche die historische Dimension der Chance zum Frieden nicht erkennen würden und denen es nicht um die Sicherheit Israels, sondern lediglich um die Verwirklichung ihrer überkommenen Träume aus der Mottenkiste des revisionistischen Zionismus ginge. Doch das Unbehagen ging trotz einer klaren Zustimmung der Mehrheit der Israelis zum Verhandlungsversuch weit über solche Kreise hinaus. Spätestens als Rabin die Toten der Terroranschläge als „Friedensopfer“ bezeichnete, stieß er diese mit ihm sympathisierenden Skeptiker vor den Kopf, die nichts mit der abscheulichen Kampagne von Teilen der Rechten zu schaffen hatten, die den Premierminister regelmäßig am Galgen oder in SS-Uniformen zeigten (Lozowick 2006: 262).

Israel hatte sich selbst in eine Situation gebracht, welche die Regierung nötigte, den Terror beziehungsweise seine Nichtverfolgung durch Arafat zu ignorieren oder aber den Friedensprozess für beendet zu erklären, kaum dass er begonnen hatte. Der Terror eskalierte im Wahlkampf 1996 und trug entscheidend dazu bei, dass Benjamin Netanjahu mit einem minimalen Vorsprung Peres schlug, der nach der Ermordung Rabins 1995 durch den Rechtsradikalen Jigal Amir als Spitzenkandidat der Avoda angetreten war.

Die Anschläge wurden maßgeblich von Terrorrakets durchgeführt, die Unterstützung aus dem Iran erhielten. Das iranische Regime, das bereits anlässlich der Madrid-Konferenz 1991 zu einer Gegenkonferenz nach Teheran geladen hatte, wollte jegliche Annäherung zwischen der PLO und Israel torpedieren und hoffte, dass der Friedensprozess durch einen Likud-Hardliner sofort gestoppt würde. Aber das geschah nicht.

Schon bald nach den Wahlen kam es anlässlich eines Tunnelbaus zur Eskalation in Jerusalem. Die israelischen Sicherheitskräfte wurden dabei von bewaffneten Demonstranten beschossen, was also nicht erst, wie oft behauptet wird, in der Zweiten Intifada gang und gäbe wurde. Die durch die bisherigen Abkommen ermöglichte massive Bewaffnung der Palästinenser richtete sich nicht erst nach dem Scheitern aller Verhandlungsbemühungen gegen Israel, sondern bereits bei ersten Friktionen. Trotz dieser Eskalation übergab die Regierung Netanjahus Hebron als letzte wichtige Stadt im Westjordanland, die noch nicht unter palästinensischer Kontrolle stand, zur Zivilverwaltung an die Palästinensische Autonomiebehörde (PA). Zu diesem Zeitpunkt lebte die überwiegende Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung nicht mehr unter direkter israelischer Kontrolle. Die Besatzung hatte, trotz aller weiterhin bestehenden Restriktionen und Übergriffe, einen anderen Charakter angenommen als zu Beginn der 1990er Jahre. Trotz des weiterhin betriebenen Baus von israelischen Siedlungen in der Westbank, den die Mehrheit der Israelis zu dieser Zeit für einen Fehler hielt, wäre das eine gute Ausgangslage für weitere Schritte hin zu einer friedlichen Koexistenz gewesen. Aber den maßgeblichen Kräften innerhalb der palästinensischen Führung ging es offensichtlich um etwas anderes.

Bereits anlässlich der erstmaligen Erwähnung der Möglichkeit einer Zwei-Staaten-Lösung durch die PLO – 1988 bei der Diskussion über die Palestinian Declaration of Independence – ließen ranghohe PLO-Funktionäre keinen Zweifel daran, dass es bei einer Zwei-Staaten-Lösung nicht um eine Neudefinition des strategischen Ziels, sondern lediglich um eine neue Taktik ging. Salah Khalaf, ein Stellvertreter Arafats, der besser unter seinem *Nom de Guerre* Abu Iyad bekannt war, sprach das ganz unverblümt aus: „I once wanted all of Palestine all at once. But I was a fool. Yes, I am interested in the liberation of Palestine, but the question is how. And the answer is: step by step.“ (Zit. n. Morris 2009: 124) Lange vor dem offensichtlichen Scheitern des Oslo-Prozesses haben viele prominente Fatah-Führer sich dazu hinreißen lassen, das eigentliche Ziel der Friedensverhandlungen aus-

zuplaudern. Berühmt geworden ist die Formulierung von Faisal al-Husaini, einem der wichtigsten, stets zum „moderaten“ Flügel gerechneten PLO-Vertreter, der die Oslo-Vereinbarungen zu Beginn der Zweiten Intifada ganz unumwunden als „trojanisches Pferd“ bezeichnete, das die Palästinenser durch ihre Zustimmung zu den Verträgen in die israelische „Festung“ hineingeschmuggelt hätten und durch das man langfristig die „Befreiung ganz Palästinas“ erreichen werde, selbst wenn man dafür weitere 1000 Jahre kämpfen müsse (MEMRI 2001). Arafat stellte bei einer Rede, die ohne sein Wissen aufgezeichnet wurde, klar, dass er das Abkommen mit Israel ganz im Sinne jener schon von Mohammed mit einem verfeindeten Stamm geschlossenen zehnjährigen *Hudna* verstehe, also einer zeitlich begrenzten Waffenruhe, die nicht auf einen Frieden abzielt, sondern nur der Konsolidierung der eigenen Kräfte dient, um den bewaffneten Kampf gegen den Feind dann erneut aufzunehmen (Morris 2009: 129). 1996 huldigte Arafat in ausufernden Lobpreisungen dem Chefbombenbauer der Hamas, Yahya Ayyasch, und die von der Fatah kontrollierten Medien verbreiteten über die gesamten 1990er Jahre wüste antisemitische Propaganda, die mit Ausbruch der Zweiten Intifada nochmals intensiviert wurde und jener der Hamas und anderer Islamisten in fast nichts nachstand (Marcus/Zilberdik 2011).

Der Friedensprozess brachte von Beginn an für die israelische Seite ein erhöhtes Risiko, denn jene Sicherheit in Frieden, um die es Israel zu dieser Zeit ging, stand stets nur als fernes Endziel am Horizont, das nur zu erreichen sei, wenn man der palästinensischen Seite genügend Zugeständnisse machte. Diese musste man ihr von der Gesamtkonzeption des Friedensprozesses her gewähren, bevor sie glaubhafte Sicherheitsgarantien abgegeben hatte oder auch nur abgeben konnte und bevor sie damit aufhörte, arabische Kinder und Jugendliche mit antiisraelischer und offen antisemitischer Hetze zu indoktrinieren, statt sie auf ein späteres friedliches Zusammenleben in der Region vorzubereiten. Für die palästinensische Seite stellten sich die Vorteile jedoch sofort ein – trotz fortgesetztem Siedlungsbau, trotz Radikalisierung eines Teils der Siedlerbewegung und trotz mehrfacher Verletzung der Vereinbarungen von israelischer Seite.

Hierin liegt ein entscheidender Unterschied zum Friedensschluss mit Ägypten von 1979, der oft als Vorbild für das Osloer Abkommen zitiert wird. Anwar el-Sadat konnte glaubhafte Sicherheitsgarantien abgeben, *bevor* Israel konkrete Schritte machen musste. Im Gegensatz zu Arafat ergriff er die Initiative und kam nach Jerusalem, während es für den PLO-Chef undenkbar war, sich in die Knesset zu stellen und damit der eigenen Bevölkerung zu signalisieren, dass es ernsthaft um einen historischen Kompromiss mit dem Feind geht.

Ernsthafte Zweifel, ob Arafat und die PLO solch einen Kompromiss überhaupt anstreben, wurden spätestens 2000 in Camp David laut. Nachdem Ehud Barak für die Avoda die Wahlen gegen Netanjahu gewonnen hatte, wagte er ein Entgegenkommen, das vermutlich einen historischen Durchbruch hätte bedeuten können – wäre es nicht von palästinensischer Seite abgelehnt worden. In Camp David ha-

ben die Israelis von der Teilung Jerusalems geredet, obwohl die Verhandlungsdelegation dafür kein Mandat hatte. Auch für den Tempelberg schlug man Lösungen vor. Für die palästinensischen Flüchtlinge sollte es kein „Rückkehrrecht“ geben, aber die Israelis sprachen von Familienzusammenführungen, einer symbolischen Anerkennung des Leids und vor allem von großzügigen finanziellen Entschädigungen. Zunächst wurden für einen zukünftigen, weitgehend entmilitarisierten palästinensischen Staat der Gaza-Streifen und 84 bis 90 Prozent der Westbank angeboten. Schnell jedoch war von 90 bis 95 Prozent die Rede. Arafat lehnte das ab und insistierte insbesondere auf dem „Rückkehrrecht“, dessen Implementierung das Ende Israels als jüdischem Staat bedeuten würde (Schwartz/Wilf 2022). Arafats Nachfolger Mahmoud Abbas soll zu jenen in der palästinensischen Führung gehört haben, die ihn in dieser Ablehnung besonders bestärkt haben. Die Autonomiebehörde begann, wie später mehrere ihrer Funktionäre bestätigt haben, die Zweite Intifada zu planen.

Nach Camp David unternahm Bill Clinton im Dezember 2000 noch einen letzten Versuch, seine Amtszeit mit einem historischen Friedensschluss zu beenden. Er legte auf der Grundlage der bereits weitgehenden Vorschläge von Barak ein nochmals verbessertes Angebot vor, demzufolge 94 bis 96 Prozent der Westbank sowie Gebietskompensationen von 1 bis 3 Prozent für die großen Siedlungsblöcke vorgesehen waren, die bei Israel verbleiben sollten. Die Details der Vorschläge sind in den Arbeiten von Morris dokumentiert (Morris 2001: 658f.). In der Rückschau sind diese allerdings gar nicht entscheidend, wie er wenige Jahre später treffend auf den Punkt brachte: „Arafat rejected the terms offered in July and December 2000 not because of their detail but because of their underlying principle: two states for two peoples.“ (Morris 2009: 173)

Auch die Führung der PLO musste wissen, dass es in Zukunft kaum ein besseres als Baraks von Clinton nochmals nachgebessertes Angebot geben würde. Seit Camp David stellt sich die überwiegende Mehrheit der Israelis und mit ihnen Benny Morris die Frage: Was sollen wir noch anbieten, was wir nicht schon angeboten haben und was von der Gegenseite bereits abgelehnt wurde? Alles, was über die Angebote von Barak entscheidend hinausgehen würde, gefährdet die Sicherheit ihres Staates, die auch für die zionistische Linke nicht verhandelbar ist.

Ein Ergebnis der Entwicklungen der zehn Jahre von der Konferenz von Madrid bis zum Beginn der Zweiten Intifada war der Kollaps der israelischen Linken, der durch das Verhalten Arafats die Grundlage abhandengekommen war. Als Resultat davon und in Reaktion auf die erste Terrorwelle zum Beginn der Zweiten Intifada gewann Ariel Sharon als überraschender Spitzenkandidat des Likud 2001 die Wahlen gegen die Avoda, und zwar nicht mehr wie Netanjahu 1996 mit einem minimalen Vorsprung, sondern mit über 60 Prozent. Heute hat die Avoda als maßgebliche Protagonistin des „Friedensprozesses“ der 1990er Jahre nur mehr vier Knesset-Abgeordnete, während es 1992 noch 44 waren, und ihr früherer Koalitionspartner,

die linksliberale Meretz, die 1992 noch 12 Sitze hatte, ist bei den letzten Wahlen aus dem Parlament geflogen.

Die Clinton-Parameter schienen nochmals auf, als Ehud Olmert als Nachfolger Sharons 2006 seinen Konvergenz-Plan präsentierte, der 2007 auf der Annapolis-Konferenz aufgegriffen wurde und 2008 in Olmerts von George W. Bush unterstützten Friedensplan mündete, in dem der palästinensischen Seite abermals die Ausrufung einer Staatlichkeit in der Westbank unter bestimmten Bedingungen angeboten wurde – ein Plan, der aus dem gleichen Grund erfolglos blieb wie seine Vorläufer: Er wurde von palästinensischer Seite, mittlerweile unter der Führung von Abbas, abgelehnt. Ähnliches vollzog sich nochmals 2014 mit der Kerry-Obama-Initiative, der selbst Netanjahu bereits Zustimmung signalisiert hatte. Abbas und sein Chefunterhändler Saeb Erekat pochten hingegen weiterhin auf dem „Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge“ (Yemini 2023).

Iranische Bedrohung

Bis zur israelischen Regierungskoalition des Jahres 2022, die Benny Morris in scharfen Worten kritisiert, war die Zeit seit dem Scheitern des „Friedensprozesses“ von einer Verwaltung des Dilemmas und einem Managen der Konfliktsituation geprägt. Die anhaltende Gewalt von palästinensischer Seite hat nicht, wie Morris am Ende seines 2001 erschienenen *Righteous Victims* befürchtete, zu weiteren „full-scale Israeli-Arab wars“ geführt (Morris 2001: 694). Die militärischen Auseinandersetzungen in dieser Periode sind nicht mehr Kriege mit den Nachbarstaaten, sondern solche mit den vom iranischen Regime finanzierten und aufgerüsteten Terrorraketen an den Grenzen Israels: 2006 der zweite Libanon-Krieg gegen die Hisbollah, 2008/09, 2012, 2014 und 2021 die diversen Gaza-Kriege gegen die Hamas und den Islamischen Dschihad und zuletzt die Kriege in Gaza und im Libanon sowie gegen proiranische Gruppen in Syrien, dem Irak und Jemen als Resultat des Massakers vom 7. Oktober 2023.

Die Vernichtungsdrohungen gegen Israel kommen schon seit Jahrzehnten nicht mehr von den arabischen Führungen, sondern vom Regime in Teheran und von seinen Verbündeten. Benny Morris hat auf die Bedrohung Israels aus dem Iran auch im deutschsprachigen Kontext früh hingewiesen – mitunter mit drastischen Formulierungen, die offensichtlich eher als Warnung denn als Forderung gedacht waren: Morris wollte in seiner Verzweiflung über die Untätigkeit der Staatengemeinschaft bezüglich der iranischen Bedrohung während der Amtszeit des iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad die Welt mit seinem Verweis auf die Möglichkeit des Einsatzes israelischer Nuklearwaffen gegen das iranische Atomprogramm aufrütteln (Morris 2008: 288f.). Er wollte seinen Beitrag dazu leisten, die mit Israel verbündeten Staaten dazu zu bringen, endlich ernsthaft gegen die Nuklearbewaffnung des antisemitischen Terrorregimes im Iran vorzugehen. In den letzten Jahren erinnerte er daran, dass Ariel Sharon Anfang der 2000er Jahre

Präsident Bush in Washington empfohlen hat, nicht im Irak, sondern im Iran zu intervenieren, und Morris verglich die Zögerlichkeit des Westens und auch Israels, militärisch gegen die nukleare Aufrüstung des Ajatollah-Regimes vorzugehen, mit der Zurückhaltung der Westmächte gegenüber Nazi-Deutschland und Japan in den 1930er Jahren (Morris 2021b; The Philos Project 2023).

Bei seinen tagespolitischen Äußerungen legt Morris nicht immer jene Differenziertheit an den Tag, wie man sie aus seinen historischen Studien gewohnt ist (Brahm/Morris 2015; Morris 2004).³ Das hat jedoch den Vorteil, dass ausgehend von einer Kritik an einer abstrakten universellen Moral, welche die partikularen Gefahren für Juden und Israel allzu gerne bagatellisiert, Bedrohungen in einer Klarheit benannt werden, die man aus der Nahost-Diskussion in Deutschland kaum kennt (Brahm/Morris 2015).

Auf die von Morris als existenziell eingeschätzte Bedrohung aus dem Iran adäquat zu reagieren bleibt neben der Aufrechterhaltung einer jüdisch-demokratischen Staatlichkeit die zentrale Herausforderung für den Zionismus, auf dessen Grundlage Israel vor 77 Jahren gegründet wurde. Der von Morris vehement verteidigte Grundgedanke des Zionismus bleibt schon allein auf Grund der Persistenz des islamischen Antisemitismus aktuell. Wie eine zionistische Staatlichkeit als Schutz für alle vom Antisemitismus Bedrohten im Einzelnen auszugestalten ist, wird in Israel auch in den kommenden Jahrzehnten Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen sein – ganz so, wie sie auch schon die frühe zionistische Bewegung zu Zeiten Theodor Herzls geprägt haben.

In jedem Fall müsste, wer weiterhin auf eine substanzielle Verbesserung der politischen und gesellschaftlichen Konstellationen im Nahen Osten hofft, konsequent jene Kräfte bekämpfen, die weiterhin alles daransetzen, die Ergebnisse des Krieges von 1948 zu revidieren. Benny Morris betonte 2023, dass er hinsichtlich der entscheidenden Probleme im Nahen Osten Pessimist bleibe (The Philos Project 2023). Zu Recht verweist er darauf, dass die Friedensverträge Israels mit Ägypten, Jordanien und zuletzt Marokko nicht dazu geführt haben, dass die jeweiligen Bevölkerungen in diesen Ländern mehrheitlich die Existenz des jüdischen Staates akzeptiert hätten. Auf die Vereinigten Arabischen Emirate, wo sich die Situation diesbezüglich anders – und womöglich: positiver – darstellt, geht Morris in diesem Zusammenhang allerdings nicht ein.

3 Für bestimmte Begriffsverwendungen hat Morris sich mehrfach entschuldigt und einzelne Formulierungen zurückgenommen – ohne am inhaltlichen Kern seiner Aussagen etwas zu korrigieren (Brahm/Morris 2015; Morris 2004). 2023 schlug Morris politisch in die andere Richtung aus und hat – u. a. gemeinsam mit Ilan Pappé – eine antiisraelische Erklärung unterzeichnet (Markl 2023), die vor allem in ihren Formulierungen und ihrer Wortwahl nahezu allem widerspricht, was Morris in den letzten 20 Jahren publiziert hat – und die er auf Nachfrage zwar in ihrer von ihm unterstellten Intention einer Kritik an der Besatzungssituation in der Westbank und einer Kritik an der aktuellen Regierung in Jerusalem, nicht aber in ihrer Gesamtheit verteidigt hat. Ende 2024 wurde Morris von der Universität Leipzig von einem Vortrag wieder ausgeladen – mit atemberaubenden Begründungen, die einen Eindruck vom Niveau der akademischen Diskussionen im gegenwärtigen Deutschland vermitteln (Simon 2024).

Die Abraham Accords und die Normalisierung der Beziehungen von Ländern wie den VAE, Bahrain und perspektivisch hoffentlich auch Saudi-Arabien mit dem jüdischen Staat, der gegenwärtig mit einer der schwersten innen- und außenpolitischen Krisen seiner 75-jährigen Geschichte konfrontiert ist, sind eine der wenigen positiven Entwicklungen in der Region des Nahen Ostens. Laut einer Umfrage von 2019 unterstützen 84 Prozent in den VAE und 79 Prozent in Saudi-Arabien eine Normalisierung mit Israel selbst dann, wenn es zu keiner israelisch-palästinensischen Einigung kommt (Yemini 2023). Man kann sich nur wünschen, dass Morris entgegen seinem eigenen Pessimismus zum 80. Jahrestag der israelischen Staatsgründung ein weiteres Opus Magnum vorlegen können – über eine gelungene israelisch-arabische Annäherung, von der auch nach 10/7 niemand mit Sicherheit zu sagen vermag, ob sie wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher geworden ist.

Literatur

- Asseburg, Muriel (2021): Palästina und die Palästinenser. Eine Geschichte von der Nakba bis zur Gegenwart. München: C. H. Beck.
- Benz, Wolfgang (Hg.) (2023): Erinnerungsverbot. Die Ausstellung „Al Nakba“ im Visier der Gegenaufklärung. Berlin: Metropopol.
- Brahm, Gabriel Noah; Morris, Benny (2015): There is a clash of civilisations. Gabriel Noah Brahm im Interview mit Benny Morris. In: fathom. Herbst 2015, <https://fathomjournal.org/there-is-a-clash-of-civilisations-an-interview-with-benny-morris/> [Zugriff: 14.1.2025].
- Brumlik, Micha (2022): Postkolonialer Antisemitismus. Achille Mbembe, die palästinensische BDS-Bewegung und andere Aufreger. Hamburg: VSA.
- Glasneck, Johannes; Timm, Angelika (1994): Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung. Bonn: Bouvier.
- Grigat, Stephan (2014): Die Einsamkeit Israels. Zionismus, die israelische Linke und die iranische Bedrohung. Hamburg: Konkret.
- Halevi, Yossi Klein; Oren, Michael B. (2008): Israels Alptraum. Die Rezeption der iranischen Gefahr im Staat der Shoahüberlebenden. In: Grigat, Stephan; Hartmann, Simone Dinah (Hg.): Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer. Innsbruck: Studienverlag.
- Korn, David (1992): Stalemate. The War of Attrition and Great Power Diplomacy in the Middle East. 1967–1970. Boulder: Routledge.
- Lozowick, Yaacov (2006): Israels Existenzkampf. Eine moralische Verteidigung seiner Kriege. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Marcus, Itamar; Zilberdik, Nan Jacques (2011): Deception. Betraying the Peace Process. New York: PMW.

- Markl, Florian (2023): Der nächste „offene Brief“ gegen Israel. 19.8.2023, <https://www.mena-watch.com/der-nachste-offene-brief-gegen-israel/> [Zugriff: 29.1.2025].
- MEMRI (2001): Faysal Al-Husseini in his Last Interview. The Oslo Accords Were a Trojan Horse. The Strategic Goal is the Liberation of Palestine from the [Jordan] River to the [Mediterranean] Sea. Special dispatch 236, <http://www.memri.org/report/en/0/0/0/0/0/474.html> [Zugriff: 14.1.2025].
- Morris, Benny (1987): *The Birth of the Palestinian Refugee Problem, 1947-1949*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Morris, Benny (1992): Nuclear Peril, Israel's Non-Issue. In: *New York Times*, <https://www.nytimes.com/1992/06/23/opinion/nuclear-peril-israels-nonissue.html> [Zugriff: 14.1.2025].
- Morris, Benny (2001): *Righteous Victims. A History of the Zionist-Arab Conflict. 1881-2001*. New York: Vintage.
- Morris, Benny (2004): Right of Reply. I Do Not Support Expulsion. In: *Haaretz*, <https://www.haaretz.com/2004-01-22/ty-article/right-of-reply-i-do-not-support-expulsion/0000017f-e3d3-d75c-a7ff-ffdf6cba0000> [Zugriff: 14.1.2025].
- Morris, Benny (2008): Der zweite Holocaust. In: Grigat, Stephan; Hartmann, Simone Dinah (Hg.): *Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer*. Innsbruck: Studienverlag.
- Morris, Benny (2009): *One State, two states. Resolving the Israel/Palestine Conflict*. New Haven: Yale University Press.
- Morris, Benny (2019): Dror Ze'evi: The Thirty-Year Genocide: Turkey's Destruction of Its Christian Minorities 1894–1924. Cambridge (Massachusetts).
- Morris, Benny (2021a): The Liar as Hero. In: *The New Republic*, <https://newrepublic.com/article/85344/ilan-pappe-sloppy-dishonest-historian> [Zugriff: 14.1.2025].
- Morris, Benny (2021b): On Nuclear Iran. Israel Faces Two Terrible Options. In: *Haaretz*, <https://www.haaretz.com/israel-news/2021-09-27/ty-article-opinion/.premium/israels-two-terrible-options-live-with-a-nuclear-iran-or-bomb-it/0000017f-e480-d804-ad7f-f5fa48490000> [Zugriff: 14.1.2025].
- Morris, Benny (2025a): Die Geburt des palästinensischen Flüchtlingsproblems. Eine Neubetrachtung. Berlin/Leipzig: Hentrich & Hentrich.
- Morris, Benny (2025b): Israel Is Not Committing Genocide in Gaza. But It May Be on the Way There. 30.1.2025, <https://www.haaretz.com/opinion/2025-01-30/ty-article-opinion/.premium/its-either-two-states-or-genocide/00000194-b831-d5a7-ab9d-ffb9b2450000> [Zugriff: 18.2.2025].
- Pappé, Ilan; Grigat, Stephan (2006): Interview mit Ilan Pappé von Stephan Grigat, University of Haifa, 8.2.2006, Audiomitschnitt im Besitz des Verfassers.
- Pappé, Ilan (2007): *Die ethnische Säuberung Palästinas*. Frankfurt a. M.: Zweitausend-eins.

- Schwartz, Adi; Wilf, Einat (2022): Der Kampf um Rückkehr. Wie die westliche Nachsicht für den palästinensischen Traum den Frieden behindert hat. Berlin/Leipzig: Hentrich & Hentrich.
- Simon, Johannes (2024): Die Geschichtsstunde fällt aus. In: Jungle World, 5.2.2024, <https://jungle.world/artikel/2024/49/benny-morris-leipzig-gecancelt-die-geschichtsstunde-faellt-aus> [Zugriff: 20.2.2025].
- The Philos Project (2023): Israel on the Brink At 75 (Benny Morris). The Deep Map with Rober Nicholson, <https://www.youtube.com/watch?v=RazPPi2wKBA> [Zugriff: 14.1.2025].
- Yemini, Ben-Dror (2023): A Modern History of Palestinian Rejectionism. In: fathom. Mai 2023, <https://fathomjournal.org/a-modern-history-of-palestinian-rejectionism/> [Zugriff: 14.1.2025].

Antisemitismus in der Linken

Das Beispiel Österreich

Die Ideologie des Antisemitismus, die in der postnazistischen Welt ohne bekenkende Antisemiten auskommt, ist für einige Linke schon deswegen attraktiv, weil sie sich den Anschein des Rebellen gibt. Hannah Arendt wusste schon in den 1950er Jahren, dass es sich bei der Annahme, Antisemitismus sei ausschließlich ein Phänomen der politischen Rechten, um ein hartnäckiges Vorurteil handelt (Arendt 1986: 91). Besonders deutlich wird das bei den zahlreichen linken Positionierungen gegenüber Israel.¹

Im (keineswegs durchgängigen) Antizionismus der Linken wird jenes binäre, dichotomische antiimperialistische Schema, das jahrzehntelang die vorherrschende linksradikale Sicht auf globale Herrschaftsverhältnisse geprägt hat, auf die Situation im Nahen Osten angewendet. Das „antiimperialistische Weltbild ist den antisemitischen Stereotypen gegenüber nicht nur nicht immun, sondern es tendiert, wird es zum Antizionismus konkretisiert, dazu, diese selbst hervorzubringen“ (Haury 1992: 141). Ideologiekritische Ansätze können zeigen, inwiefern der Antisemitismus die Biologisierung und Personalisierung des real Abstrakten kapitalakkumulierender Ökonomie betreibt (Postone 2005). In Anknüpfung an solch ein Antisemitismusverständnis in der Tradition der Kritischen Theorie können sie auch deutlich machen, inwiefern der Antizionismus in nahezu all seinen Ausprägungen eine geopolitische Reproduktion des Antisemitismus darstellt. Dabei geht es nicht in erster Linie um den Antizionismus vor dem Nationalsozialismus, der sich gerade als linksradikaler mit dem Verweis auf die (vermeintlich) anstehende allgemeine Emanzipation, die auch den Antisemitismus aus der Welt schaffen würde, noch halbwegs legitimieren konnte, sondern um den postnazistischen, dessen Kern es ist, Juden mit welcher Begründung auch immer das Recht auf einen eigenen Nationalstaat selbst noch nach der Shoah, nach dem Scheitern nicht nur des bürgerlichen Gleichheitsversprechens, sondern auch der kommunistischen Emanzipationserwartung zu verwehren.

Der Antizionismus bedient sowohl das linke als auch das deutsch-europäische Bedürfnis nach Abspaltung und Projektion. Die Gewalttätigkeit der eigenen Staatswesen wird verdrängt und auf Israel projiziert:

„Blind für ihr eigenes Gewordensein muss das an Israel denunziert werden, worin die bürgerlichen Gesellschaften an ihre Robespierres, Franklins und Lenins gemahnt werden könnten. Weil die Konstitution Israels nicht abgeschlossen ist [...] erscheinen seine Staatsmänner als Barbaren, wo sie doch nur Vollstrecker nachge-

1 Eine frühere Fassung dieses Beitrags ist in Grimm/Hainzl (2022: 127–147) erschienen.

holter bürgerlicher Revolutionierung sind.“ (Initiative Sozialistisches Forum 2004: 63)

Der Antisemitismus als ökonomische Seite des Judenhasses konstruiert sich das Bild des Shylock-Juden, das unter anderem durch die Rezeption und Interpretation von William Shakespeares Theaterstück *Der Kaufmann von Venedig* enorme Verbreitung fand, und spaltet darin jene notwendigerweise zum Kapital gehörigen, aber als bedrohlich, unmoralisch, illegitim, volksfremd, zersetzend und zerstörend empfundenen Elemente des ökonomischen Prozesses ab. Dieses schon für den vor-modernen Antisemitismus charakteristische und in linken Globalisierungsdebatten häufig reproduzierte Bild wird in der antizionistischen Propaganda ergänzt durch das Bild des Rambo-Juden, dessen sinnbildliche Verkörperung der israelische Soldat sein soll (Markovits 2004: 218). So wie sich der Antisemitismus im Gegensatz zum Rassismus nicht gegen die tatsächlich oder vermeintlich Unterlegenen richtet, sondern gegen die als überlegen Wahrgenommenen, so richtet sich der Antizionismus ähnlich wie der Antiamerikanismus nicht gegen die *Loser*-Staaten in der internationalen Konkurrenz der Souveräne, sondern gegen jene, denen ihr Erfolg verübelt wird. Schon dadurch kann sich der Antizionismus ganz ähnlich wie der Antiamerikanismus den Schein des Rebellen und die Aura moralischer Dignität geben, was ihn für Teile der Linken interessant macht.

Wenn von einem spezifisch linken Antisemitismus die Rede ist, lassen sich fünf Punkte unterscheiden, die in der Literatur behandelt werden: erstens die marxistischen Klassiker, ihr Umgang mit Antisemitismus und ihr Verhältnis zum Judentum; zweitens die sich auf diese Klassiker berufende traditionelle Arbeiterbewegung, der Realsozialismus des untergegangenen Ostblocks, zu dem Teile der österreichischen Linken enge Beziehungen unterhielten, sowie die inzwischen selbst historische Neue Linke; drittens die Affinitäten falscher linker Kapitalismuskritik zu antisemitischen Ressentiments; viertens spezifisch linke Formen der Schuldabwehr – insbesondere, aber nicht ausschließlich in den postnazistischen Gesellschaften; und fünftens das Verhältnis der Linken zum israelischen Staat und zum Zionismus. All diese Punkte spielen eine Rolle in der historischen und gegenwärtigen Linken in Österreich, in der die Aufarbeitung des Antisemitismus in den eigenen Reihen im Vergleich zu Deutschland mit einer gewissen Verzögerung eingesetzt hat. Seit etwa 20 Jahren ist die Kritik am linken Antisemitismus allerdings auch in Österreich nicht nur Gegenstand innerlinker Debatten, sondern eine etablierte Disziplin sowohl der historisch als auch der theoretisch orientierten Antisemitismusforschung geworden: Mittlerweile liegen empirische Aufarbeitungen insbesondere hinsichtlich des Verhältnisses zu Israel vor, und auch theoriegeleitete Kritiken bestimmter Ausformungen der Kapitalismuskritik wurden in Österreich diskutiert bzw. anhand österreichischer Beispiele formuliert (Reiter 2001; Attac Österreich 2005).

Historisches Erbe aus der Ersten Republik

In der Zwischenkriegszeit war der Vorwurf, eine Partei fungiere als „Judenschutztruppe“, nahezu Allgemeingut und wurde von fast allen politischen Lagern gegen die jeweiligen Konkurrenten erhoben. Als spezifische Form eines sozialistischen Antisemitismus kann die Agitation gegen den „reichen Juden“, gegen die „jüdische Großbourgeoisie“ und den „jüdischen Kapitalismus“ gelten. In der österreichischen Arbeiterbewegung der Ersten Republik war man bemüht, den Antisemitismus der Massen zu bedienen, was sich unter anderem darin äußerte, dass die Personifikationen des Kapitals auf den Plakaten der Wiener Sozialdemokratie nicht selten eine Physiognomie aufwiesen, die Antisemiten für Juden reserviert haben. In einer Reihe von sozialistischen Publikationen fanden sich Begriffe wie „Bankjuden“ oder „Börsejuden“, und in der österreichischen Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit erfolgten Rückgriffe auf antisemitische Ressentiments deutlich häufiger als etwa in der SPD der Weimarer Republik (Pauley 1993: 190f.).

Dass die Rothschilds zeitweise im Zentrum der Kritik der österreichischen Sozialdemokraten standen, hatte keineswegs nur mit dem realen Einfluss der Bankiersfamilie zu tun, sondern resultierte aus den mitunter antisemitischen Prämissen bestimmter Ausprägungen der Kapitalismuskritik. Der radikale Antisemit Georg von Schönerer, der sich über Jahre mit demagogischen Angriffen gegen die Rothschilds hervortat, konnte sich gewisser Sympathien bei Teilen der Sozialdemokratie erfreuen (Arendt 1986: 91). Die Agitation der Sozialdemokraten beschränkte sich aber keineswegs darauf, gegen „jüdische Kapitalisten“ zu wettern. Es gab ebenso massive Angriffe gegen das orthodoxe Judentum und gegen die mehrheitlich zu den unterprivilegiertesten Schichten gehörenden Juden aus Osteuropa (Binder 1985: 48).

Die 1918 gegründete Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ), die in den 1920er Jahren im Schatten der austromarxistischen SPÖ vor sich hin dümpelte und sich erst nach der Niederlage der Sozialisten gegen die Austrofaschisten 1934 und der Kapitulation der Sozialdemokratie vor dem Nationalsozialismus zu einer Massenpartei entwickelte, unterschied sich in der Ersten Republik diesbezüglich nicht maßgeblich von der SPÖ. Die Vorstellung, „daß die Kommunisten die einzige Partei in Österreich blieben, in der es niemals den kleinsten Anflug von Antisemitismus gegeben hat“ (Fuchs 1969: 8), und dass die KPÖ gegenüber „jeder, auch nur der kleinsten antisemitischen Anwandlung“ (ebd.) immun gewesen sei, blamiert sich bereits daran, dass die KPÖ in ihrer Propaganda gegen den Nationalsozialismus zwar auf die Unsinnigkeit der Unterscheidung von „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital hinwies, aber zugleich versuchte, tiefsitzende Ressentiments zu bedienen, indem den Nazis vorgeworfen wurde, sie würden den Kampf gegen das „jüdische Kapital“ nicht ernsthaft genug führen (Bunzl/Marin 1983: 55f.).

Für die 1930er Jahre wird das Problem des Antisemitismus bei den Anhängern der KPÖ von Walter Baier deutlich thematisiert, der von 1994 bis 2006 als

Parteivorsitzender fungierte, lange als Koordinator des linken europäischen Netzwerks *transform* tätig war und seit 2022 Vorsitzender der Europäischen Linken ist: In seiner Geschichte der KPÖ zitiert er Hilde Koplenig, die Frau des ehemaligen Parteivorsitzenden, mit ihrer Einschätzung eines „latenten Antisemitismus“, der in den 1930er Jahren „wohl in allen unteren Organisationen beider Arbeiterparteien herrschte“ (Baier 2009: 258), und verweist auf die aus Deutschland als Parteistrukteurin nach Wien geschickte Grete Wilde, die eine deutliche Stellungnahme gegen den Antisemitismus forderte, „den sie in der Organisation vorfand“ (ebd.: 36), insbesondere bei den in die Partei strömenden enttäuschten Sozialdemokraten. Baier konstatiert, dass der Antisemitismus in der Arbeiterbewegung zum einen dem Nationalsozialismus Vorschub leistete, und zum anderen einen Grundstein für anhaltende Konflikte in der KPÖ legte, der ab 1934 einerseits sozialdemokratische Arbeiter, andererseits jüdische Intellektuelle beitraten: „Beide Gruppen bildeten zusammen die neue KPÖ, in der sich aber das zwischen ihnen bestehende Spannungsverhältnis auch in den folgenden Jahrzehnten niemals vollständig auflöste und in einem latenten Antiintellektualismus resultierte, der [...] in parteiinternen Auseinandersetzungen regelmäßig mobilisiert wurde.“ (Ebd.: 36f.)

Bezüglich der Agitation gegen den Zionismus hat Olaf Kistenmacher gezeigt, dass die antizionistischen Positionen, die in der westeuropäischen Linken nach dem Sechs-Tage-Krieg und in der osteuropäischen Staatslinken nach einer kurzen prozionistischen Phase seit Beginn der 1950er Jahre vertreten wurden, „nicht erst 1967 oder nach 1945 erfunden werden“ mussten (Kistenmacher 2006: 281). Kistenmacher legt anhand der Zeitung *Die Rote Fahne* der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) dar, dass die Annahme, der linke Antizionismus habe erst nach 1945 seine antisemitische Aufladung erhalten, nicht haltbar ist. Die Bewertung des Zionismus durch die KPD „nach ganz anderen Maßstäben als andere nationale Bewegungen“ (ebd.: 282) muss als Vorläufer der „späteren Dämonisierung und Delegitimierung Israels“ (ebd.) begriffen werden. Selbst die Gleichsetzung des Zionismus mit dem Nationalsozialismus wurde von der KPD bereits Anfang der 1930er Jahre praktiziert.

Betrachtet man die *Rote Fahne* in Österreich, die als „Zentralorgan der Kommunistischen Partei Oesterreichs“ erschien, fällt das Urteil nicht ganz so deutlich aus, weil hier der Zionismus zumindest nicht als „faschistisch“ qualifiziert wurde. Dennoch finden sich auch bei der KPÖ in der Ersten Republik Äußerungen zum Zionismus, die deutlich über die gängige, wenn auch häufig selektive linke Kritik am Nationalismus hinausgingen. 1925 diffamierte die KPÖ den Zionistenkongress in Wien als „Kongreß der englischen Fremdenlegionäre“ (*Rote Fahne*, 15.8.1925). Als es 1929 zu pogromartigen Ausschreitungen gegen Juden im Mandatsgebiet Palästina mit zahlreichen Toten kam, wurden Hinweise auf die antisemitisch motivierten Morde als „niederträchtigste Geschichtsfälschung, die überhaupt denkbar ist“, bezeichnet und der Zionismus auf der Titelseite der *Roten Fahne* als „künstlich aufgezoogene jüdische Nationalbewegung“ attackiert (28.8.1929). Diesem wurde

der scheinbar naturwüchsige und schon deshalb zu unterstützende arabische Nationalismus entgegengestellt, dem ein „antiimperialistischer Charakter“ attestiert wurde (*Rote Fahne*, 1.9.1929). Diese Entgegensetzung eines als verwerflich charakterisierten „künstlichen“ jüdischen Staatsgründungsprogramms einerseits und eines positiv konnotierten, scheinbar organischen Staatsprojekts andererseits teilt der linke antisemitische Antizionismus bis in die Gegenwart mit dem panarabischen, dem nationalsozialistischen und dem islamistischen Antizionismus.

Kontinuität und Transformation im Postnazismus

Nach ihrer zentralen Rolle im Widerstand gegen die Nazis vereinte die KPÖ 1945 über 100.000 Mitglieder, gehörte zu den Mitbegründerinnen der Zweiten Republik und war zeitweilig in der Regierung sowie bis 1959 im Nationalrat vertreten. Auch wenn der Antisemitismus in allen anderen österreichischen Parteien bedeutend stärker verbreitet war, agierten bereits in der Nachkriegszeit auch KPÖ-Funktionäre in einer Art, die Antisemitismus ignorierte, antisemitische Ressentiments in der österreichischen Bevölkerung forcierte und zum Teil selbst als antisemitisch bezeichnet werden muss.

1947 kam es in Bad Ischl wegen einer Streichung der Milchration für Kinder zu einer Demonstration, die sich nicht gegen die für diese Maßnahme Verantwortlichen richtete, sondern gegen die in der Stadt untergebrachten jüdischen *displaced persons* (DP). In Braunau fanden von Kommunisten angeführte Hungerdemonstrationen statt, auf denen gefordert wurde, die jüdischen DPs aus dem Lager Ranshofen zu deportieren. Kurze Zeit später zerstörten unbekannte Täter die im DP-Lager befindliche Synagoge (Peham 2006: 23). Im Verlauf der Demonstration in Bad Ischl, an der auch ortsbekannte Nazis teilnahmen, zog eine von KP-Funktionären aufgepeitschte Menge zur Unterbringung jüdischer DPs und skandierte dort Parolen wie „Schlagt die Juden tot!“. Wenige Tage danach wurden sechs Personen verhaftet und zu hohen Strafen verurteilt, die später deutlich herabgesetzt wurden. Während der Unterstützungskampagne für die Verhafteten bestärkte die KPÖ das ohnehin in der Bevölkerung vorhandene Bild von den jüdischen DPs als „Schleichhändler“, deren Vergehen nicht geahndet, sondern mit zusätzlichen Privilegien belohnt würden. Obwohl die jüdischen DPs nicht mit österreichischen Steuergeldern, sondern von den US-Alliierten finanziert wurden, stellte die damals als Tageszeitung der KPÖ erscheinende *Volksstimme* Berechnungen an, die den Österreichern aus der Nazi-Zeit bekannt vorgekommen sein müssen: „600.000 DP kosten uns über 100 Millionen Schilling [...] 460 Tageskalorien des Arbeiters essen die DP.“ (15.10.1947) In der Kampagne gegen die strafrechtliche Verfolgung der kommunistischen Einpeitscher mobilisierte die KPÖ zentrale Elemente eines Schuldab-

wehrantisemitismus, und die Geschehnisse in Bad Ischl gelten als „exemplarisch für den linken und sekundären Antisemitismus“ (Peham 2006: 21).²

Auf Grund ihres engen Verhältnisses zur KPdSU begriff es die KPÖ in den 1950er Jahren als ihre Pflicht, der antizionistischen Propaganda in der Sowjetunion und in den anderen Ostblockstaaten zu bescheinigen, dass diese nichts mit Antisemitismus zu tun habe. Selbst noch die antisemitischen Schauprozesse in den 1950er Jahren wurden legitimiert. In der *Volksstimme* und im Theorieorgan *Weg und Ziel* wurde das Vorgehen im Slánský-Prozess in der Tschechoslowakei verteidigt.³ Auch der Ärzte-Prozess in der Sowjetunion wurde gerechtfertigt. Die *Volksstimme* konnte in den Angeklagten keine Opfer einer antisemitischen Kampagne erkennen, sondern erblickte in den Ärzten die Inkarnation des Bösen: „Bestien in Menschengestalt“ (15.10.1947).

Die Schauprozesse im Realsozialismus waren von vornherein als antisemitische Tribunale konzipiert. Der ehemalige KPÖ-Vorsitzende Baier hat die Konsequenz des Leugnens des Antisemitismus bei der stalinistischen Gleichschaltung Osteuropas seitens seiner Partei in einem wenig bekannten Bereich herausgearbeitet: Nachdem die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) in der Ersten Republik noch kein relevantes „Politikfeld für die KPÖ“ gewesen war (Mugrauer 2017: 211), gewann die KPÖ nach dem Zweiten Weltkrieg 1946 die Wahlen zur Vertretung der IKG, und der Kommunist David Brill wurde ihr erster Präsident. Durch ihre Leugnung des stalinistischen Antisemitismus verlor die Partei jedoch in kurzer Zeit „in der jüdischen Öffentlichkeit einen großen Teil der Autorität, die sie sich im Widerstand und nach der Befreiung erworben hatte“ (Baier 2009: 109).

Als 1968 Aktionen gegen Juden in Polen begannen, gab es innerhalb der KPÖ Diskussionen über eine angemessene Reaktion. Mit über einem Jahr Verspätung führten diese zu einer Erklärung, in der Besorgnis über die Ereignisse zum Ausdruck gebracht, der Antisemitismus in der eigenen Partei thematisiert und neben dem Nationalismus Israels auch jener der Araber verurteilt wurde. Zuvor jedoch veröffentlichte die *Volksstimme* die Rechtfertigungsversuche der polnischen KP-Führung für ihr Vorgehen gegen Juden (Spira 1995: 288f.).

1968 und Neue Linke

Parteimitglieder, die Kritik am Antisemitismus im Realsozialismus und in der eigenen Partei formulierten, traten später größtenteils aus der KPÖ aus oder wurden

2 Schuldabwehr-Antisemitismus existierte nach 1945 auch in Teilen der SPÖ. Der sozialdemokratische Innenminister Oskar Helmer beschuldigte „österreichische Juden“, sie würden „Propaganda gegen Österreich“ betreiben, gegen die man sich „zur Wehr setzen“ müsse (zit. n. Knight 2000: 121). Der sozialdemokratische Wiener Bürgermeister und spätere Bundespräsident Theodor Körner sah es 1947 als seine Aufgabe, dem „Märchen vom Antisemitismus“ entgegenzutreten. Er qualifizierte Berichte über antisemitische Angriffe als „Schauergeschichten“ und sprach von „Brunnenvergiftung“ und „Rufmord an der Heimat“ (zit. n. Peham 2006: 22).

3 Ausführlich zur Rolle und Bedeutung des Slánský-Prozesses Gerber (2017).

ausgeschlossen. Seit 1968 forcierte die KPÖ ihre Kritik an Israel, und durch ihre enge Kooperation mit den Ostblockstaaten hatte sie Anteil am Krieg und Terror gegen den jüdischen Staat, die in den 1970er und 1980er Jahren von den arabischen Staaten mit massiver Unterstützung der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten betrieben wurden.

Zunehmend wichtig wurde in dieser Zeit der Antizionismus von Gruppierungen der Neuen Linken, die weitgehend aus der Studierendenbewegung der 1960er Jahre entstanden. Im Vergleich zur bundesdeutschen Entwicklung kann in Österreich von einer Verzögerung der Transformation zu einem hegemonialen Antizionismus in der Linken nach dem Sechs-Tage-Krieg gesprochen werden, die in den 1970er Jahren aber dennoch stattfand (Embacher/Edtmaier/Preitschopf 2019: 228).

Bezüglich Österreich von „den 68ern“ zu sprechen, ist eine Übertreibung. Während deutsche Studenten und Lehrlinge eine weltweit wahrnehmbare Bewegung konstituierten, können die Proteste, die Ende der 1960er Jahre von den österreichischen Universitäten ausgingen, treffend als „zahme Revolution“ (Ebner/Vocelka 1998) oder „heiße Viertelstunde“ (Keller 2008) charakterisiert werden. Dieser Unterschied resultiert aus den ungleichen Entwicklungen der postnazistischen Gesellschaften in Deutschland und Österreich.

In Deutschland erzwang die *Reeducation* zumindest eine oberflächliche Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen. Sie vermittelte ein westlich-demokratisches Ideal, an dem die Protestbewegung der 1960er Jahre die Realität sowohl der bundesrepublikanischen Gesellschaft als auch der US-amerikanischen Außen- und Innenpolitik messen konnte. Das fast vollständige Fehlen solch einer *Reeducation* erschwerte in Österreich die Herausbildung einer breiten Bewegung, die sich einerseits an den Idealen der US-amerikanischen demokratischen Siegermacht orientieren und andererseits diese Ideale kritisch gegen die Politik der USA in den 1960er Jahren hätte richten können.

Dennoch lassen sich Ähnlichkeiten in der Entwicklung der deutschen und österreichischen Linken aufzeigen. Auch in Österreich forcierte die Linke seit 1967 ihre Kritik an Israel, während die Kritik am Antisemitismus, die in den frühen 1960er Jahren noch ein zentrales Motiv für die sich politisierenden Studierenden gewesen war, nur mehr eine untergeordnete Rolle spielte. Zugleich etablierte sich eine Form des Antiamerikanismus, die für die postnazistischen Gesellschaften charakteristisch ist: Die Kritik an den USA wurde mittels ihrer Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus betrieben, etwa 1972 beim Besuch Richard Nixons in Salzburg, bei dem eines der bekanntesten Bilder der österreichischen Protestgeschichte entstand: Günther Nenning, Peter Kreisky und andere prominente 68er halten Plakate, auf denen steht: „Schreibtisch-Mörder zu Gast: Nixon“, wobei das „x“ als großes Hakenkreuz gezeichnet war (Danneberg et al. 1998: 60).

Anfang der 1970er Jahre sah die KPÖ nicht nur die Staaten des Realsozialismus Angriffen durch eine scheinbar weltumspannende zionistische Lobby aus-

gesetzt, sondern erblickte, passend zu ihrer nationalen Orientierung, auch in Österreich das „Opfer einer zionistischen Kampagne“ (*Volksstimme*, 2.10.1973). Den Anlass dafür bot die internationale Kritik an der Entscheidung der österreichischen Bundesregierung, das Durchgangslager für sowjetische Juden in Schönau zu schließen. Österreich hatte der Jewish Agency Transitlager zur Verfügung gestellt, über die zehntausende Juden aus der Sowjetunion nach Israel ausreisen konnten. 1973 nahmen zwei Mitglieder der pro-syrischen Gruppe Adler der palästinensischen Revolution drei jüdische Emigranten und einen Zöllner in Österreich als Geiseln und forderten die Beendigung der Einwanderung osteuropäischer Juden nach Israel. Nach Verhandlungen mit der Kreisky-Administration kamen die Geiseln frei. Die Gegenleistung der österreichischen Regierung bestand in der Schließung des Durchgangslagers Schönau, was die KPÖ als das Ende einer „zionistische[n] Menschenschmugglerzentrale“ begrüßte (*Volksstimme*, 30.9.1973). Der maoistische Kommunistische Bund Wien feierte die Erschwerung der jüdischen Emigration zwar als Etappensieg, stieß sich aber an der angeblich fortbestehenden „protozionistischen Haltung der österreichischen Regierung“ (*Klassenkampf* 1973, Nr. 1).

Aus der 68er Bewegung ist auch in Österreich in den 1970er Jahren ein linkes und linksradikales Milieu entstanden, dem zahlreiche der heute einflussreichen Meinungsmacher der Republik entstammen, die ein mindestens problematisches Verhältnis zu Israel und den USA haben – beispielsweise Georg Hoffmann-Ostenhof, der langjährige Außenpolitikchef des Nachrichtenmagazins *profil*, der sich durch Verharmlosungen des iranischen Antisemitismus hervortut, oder Peter Pilz, langjähriger Spitzenpolitiker der Grünen, der 2014 der israelischen Regierung „Massenmord an der palästinensischen Zivilbevölkerung“ vorwarf und „Sanktionen“ gegen den jüdischen Staat forderte (Pilz 2014).

Die aus der österreichischen 68er Bewegung hervorgegangenen K-Gruppen betrieben eine aggressive Hetze gegen Israel. Der Kommunistische Bund schrieb 1973 in Bezug auf Israel: „Dieser Staat ist aggressiv und expansionistisch, er beruht auf Rassenhaß“ (zit. n. Svoboda 1998: 105). Der KB betrieb eine spezifische Form linker Vergangenheitsbewältigung und behauptete, durch die israelische Repression würden „die gleichen Praktiken von den zionistischen Machthabern gegen das palästinensische Volk“ (*Klassenkampf* 1973, Nr. 1) angewendet, wie sie die Nazis gegen die Juden angewendet haben. Den Beweis für die Existenz von israelischen Lagern, in denen eine bürokratisch organisierte und industriell betriebene Massenvernichtung von Menschen stattfindet, blieben sie verständlicherweise schuldig. John Bunzl, in den 1990er und 2000er Jahren einer der meistinterviewten Nahostexperten in Österreich, der am Ende seines Lebens selbst die Hamas verteidigt und dem iranischen Regime bereitwillig Interviews gegeben hat, erklärte 1973 die Position der trotzkistischen Gruppe Revolutionärer Marxisten, der auch Pilz und Hoff-

mann-Ostenhof angehörten. Es gehe um die „Beseitigung [...] des Zionismus, des zionistischen Staates, der zionistischen Strukturen“ (zit. n. Svoboda 1998: 197).⁴

Israel-Diskussionen seit der Zweiten Intifada

Die Antiimperialistische Koordination (AIK) ist in Österreich seit fast drei Jahrzehnten die aggressivste Vertreterin eines Antiimperialismus, der explizit das Bündnis zwischen linken und djihadistischen Kräften anstrebt. 2006 plakatierte sie das Konterfei von Hassan Nasrallah, dem langjährigen Generalsekretär der libanesischen Hisbollah, in Wien. Sie ruft zur Unterstützung der Hamas auf, unterstützte den „irakischen Widerstand“ und wird von der im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) beheimateten Aktion gegen den Antisemitismus in Österreich als antisemitisch eingestuft. In den letzten Jahren haben Aktivist:innen der AIK am Quds-Marsch in Wien teilgenommen, bei dem jährlich zum Ende des Ramadan Anhänger des iranischen Regimes und der Hisbollah für die Vernichtung Israels demonstrieren. Führende Kader der AIK sind bei Kundgebungen des Quds-Marschs als Redner aufgetreten. 2024 bezeichnete sie den Zionismus als „barbarischen Siedlerkolonialismus“, der sich als „Schutz vor Antisemitismus“ verkleide (AIK 2024); 2025 feierte die AIK den Waffenstillstand im Gaza-Streifen als Sieg des „palästinensischen Widerstands“ über die „Nazis“ in der israelischen Regierung (AIK 2025).

In den 2000er Jahren wurde ein radikaler Antizionismus neben der AIK von weiteren sich selbst als „antiimperialistisch“ begreifenden Kleingruppen vertreten, beispielsweise der trotzkistischen Linkswende oder dem trotzkistischen ArbeiterInnenstandpunkt (AST), der seit 2007 unter dem Namen Liga der sozialistischen Revolution firmierte. Aus Letzterer ging die Revolutionär-Kommunistische Organisation zur Befreiung (RKOB) hervor, auf deren Kundgebungen ganz offen die Auslöschung und Zerstörung Israels gefordert wird. Sowohl die AIK als auch die RKOB solidarisierten sich mit Mohamed Mahmoud, der später als IS-Terrorist mörderische Berühmtheit erlangte (Donnerbauer 2016).

Derartige Positionen stoßen bei anderen Gruppierungen wie der Sozialistischen Linkspartei oder der Revolutionär Sozialistischen Organisation zwar auf Kritik, dennoch teilen all diese Gruppierungen den antizionistischen Konsens des Trotzkismus. In der KPÖ gibt es zwar auf Bundesebene und auch in einigen Bundesländergliederungen maßgebliche kritische Stimmen gegen die traditionelle Israelfeindschaft der Partei, dennoch sind antizionistische Positionen sowohl in der

4 Selbstverständlich war der Weg von der 68er Revolte hin zur Hetze gegen die USA und Israel kein zwangsläufiger. Das zeigen der Schriftsteller Robert Schindel, der nach seiner Zeit im KB mehrfach den Antizionismus seiner Ex-Genossen scharf attackiert und regelmäßig mit proisraelischen Linken kooperiert hat, oder die Filmemacherin Ruth Beckermann, die sich schon 1982 bei Demonstrationen gegen den Libanonkrieg gegen Parolen wie „Nazis raus aus dem Libanon“ gewehrt hat (Beckermann 2007: 254).

KP als auch im 2020 gegründeten Wahlbündnis *LINKS* vertreten, und die mitunter recht deutlichen verbalen Abgrenzungen vom linken Israelhass werden regelmäßig durch die Kooperation mit radikal-antizionistischen Gruppierungen in der politischen Praxis konterkariert (Bauer/Umschaden 2009).

In den 2000er Jahren kam es in Wien zu gewalttätigen Übergriffen auf proisraelische Linke (Café Critique 2018): 2001 versuchten antizionistische Linke, eine proisraelische Diskussionsveranstaltung an der Universität zu sprengen, 2005 kam es zu einem gewaltsamen Angriff auf eine von proisraelischen Linken organisierte Diskussionsveranstaltung, bei der über den Antisemitismus des iranischen Regimes hätte diskutiert werden sollen (Café Critique 2002; 2005a; 2005b). An dem Angriff waren Aktivisten fast aller sich als „antiimperialistisch“ verstehenden Gruppierungen der Wiener Linken beteiligt. Ein damals führender Kader des AST wurde in der Folge wegen Körperverletzung verurteilt. Auch in den letzten Jahren kam es zu Auseinandersetzungen zwischen pro- und antiisraelischen Linken, beispielsweise bei einer Anti-Abschiebungsdemonstration im November 2016 in Wien.

Bereits 2003 war es zu einem versuchten Angriff eines teilweise mit Palästinaertüchern verummten, von der Gruppe Sedunia angeführten Mobs auf eine Gedenkundgebung zum 9. November gekommen, die von der Israelitischen Kultusgemeinde in enger Kooperation mit proisraelischen Linken vor der ehemaligen Synagoge in der Wiener Zirkusgasse veranstaltet wurde. Aus der Gruppe Sedunia ging laut dem DÖW die Organisation Dar al Janub hervor: „Die personellen wie ideologischen Kontinuitäten und Verbindungen zwischen *Sedunia* und *Dar al Janub* sind leicht nachzuweisen.“ (Peham 2017) Das ist insofern relevant, als Aktivisten von Dar al Janub, die als Protagonisten eines postkolonialen Antirassismus auftreten, heute zentrale Akteure des österreichischen Zweigs der Israelboikott-Bewegung BDS sind.

Es stimmt, dass es sich bei den offen antiisraelischen Organisationen der österreichischen Linken um „politisch marginale, nur wenige Mitglieder umfassende Splittergruppen“ (Embacher/Edtmaier/Preitschopf 2019: 269) handelt. Ihre Relevanz und ihre partielle Gefährlichkeit resultiert aus ihren sowohl nationalen als auch internationalen Kooperationen. Die AIK ist mit zahlreichen „bewaffnet kämpfenden“ antiimperialistischen Gruppierungen rund um den Globus vernetzt. Die Linkswende ist Teil der International Socialist Tendency, zu der in Deutschland die Gruppe Linksruck gehört, die seit 2007 als marx21 fungiert und über die Partei-Strömung Sozialistische Linke mit einem klassischen Konzept des Entrismus in den letzten Jahren massiv Einfluss auf die Partei Die Linke genommen hat.

In Österreich kooperieren antiimperialistische Linke vor allem mit Gruppierungen des politischen Islam, was zu einer beachtlichen Mobilisierungskraft führen kann: 2010 bis 2014 fanden in Wien antiisraelische Demonstrationen mit bis zu 30.000 Teilnehmern statt, zu denen linke antiimperialistische Gruppen, islamische Organisationen und türkische Nationalisten teils gemeinsam aufriefen und die auch von Sozialdemokraten unterstützt wurden. Auf der Demonstration nach

den Vorfällen rund um die Hamas-Solidaritätsflotte 2010 peitschte der SPÖ-Gemeinderat Omar Al-Rawi die Menge weiter auf und versicherte, man werde den Kampf der auf der *Mavi Marmara* Getöteten fortführen (ebd.: 270).

Auch Sozialdemokraten wie Fritz Edlinger, bis zu seinem Tod 2024 Vorsitzender der Österreichisch-Arabischen Gesellschaft und neben Ex-Innenminister Karl Blecha seit Jahrzehnten eine der lautesten antiisraelischen Stimmen in der SPÖ, spielten lange Zeit eine Rolle in der Partei: So konnte Edlinger, der schon in den 1980er Jahren als Vorsitzender der Jungen Generation durch Attacken auf Israel und die Israelitische Kultusgemeinde aufgefallen war (Peham 2019: 29) und der im Promedia-Verlag eine Hetzschrift herausgegeben hat, deren französische Ausgabe auf Grund ihres offenen Antisemitismus verboten wurde, eine seiner Anti-Israel-Anthologien 2018 im parteieigenen Renner Institut präsentieren (Markl 2018).⁵

Zentraler Protagonist eines linken Antizionismus in Österreich war in den letzten Jahren die 2014 gegründete österreichische Sektion der internationalen Boykottkampagne BDS, die seit 2015 jährlich eine Israel Apartheid Week durchführt und jedes nur erdenkliche Kriterium eines israelbezogenen Antisemitismus erfüllt (Feuerherdt/Markl 2020). Auch bei der BDS-Bewegung ist wichtig zu betonen, dass die österreichische Sektion alleine kaum Relevanz hat und ihre Bedeutung durch ihr Agieren als Bestandteil einer global angelegten Kampagne erhält.

Gerade an der BDS-Bewegung zeigt sich, dass der Hass auf Israel in der österreichischen Linken keineswegs hegemonial ist. Spätestens seit der Zweiten Intifada hat auch in der österreichischen Linken eine Auseinandersetzung über Antisemitismus, Zionismus und Israel eingesetzt, die zu einem Ausdifferenzierungsprozess geführt hat – und so existierte in den letzten Jahren in Österreich nicht nur die BDS-Kampagne, sondern auch das gegen BDS gerichtete Bündnis Boycott Antisemitism, dem neben jüdischen Organisationen linke oder aus der Linken stammende Gruppierungen angehörten. Neben den „Free-Gaza“-Parolen auf den einschlägigen Demonstrationen existiert auch das aus linken Gruppierungen hervorgegangene Bündnis Free Gaza from Hamas. Die Proteste gegen den jährlich in Wien stattfindenden Quds-Marsch von Anhängern des iranischen Regimes und der Hisbollah wurden in den letzten Jahren unter anderem von linken Gruppierungen organisiert, und 2017 waren es maßgeblich Aktivisten der Autonomen Antifa, die den Quds-Marsch auf der Wiener Burggasse erfolgreich blockierten. Auch 2021 waren es angesichts der erneuten Eskalation des Raketenterrors aus Gaza durch

5 Dass der Rückgriff auf antisemitische Klischees bei der Betrachtung des Nahost-Konflikts in der SPÖ kein Problem vergangener Jahrzehnte ist, demonstrierte 2014 der damalige Bundespräsident Heinz Fischer, als er mit Verweis auf den „alttestamentarischen Grundsatz Auge um Auge“ und einer angeblichen Radikalisierung dieses Grundsatzes durch das israelische Vorgehen gegen Terrorgruppen wie die Hamas im Gaza-Streifen meinte, etwas zur Diskussion über den Nahen Osten beitragen zu können (Markl 2016). Zu früheren Auseinandersetzungen in der SPÖ siehe Reiter (2001); Stögner (2008). Zur Aktivität von Jungsozialisten wie Blecha und dem späteren Außenminister Erwin Lanc in der insbesondere vom linken SPÖ-Flügel unterstützten Algerien-Solidarität der 1950er und 1960er Jahre siehe Keller (2010).

die vom iranischen Regime aufgerüsteten Gruppen Hamas und Islamischer Dschihad vor allem linke Gruppen, die gemeinsam mit den Jüdischen Österreichischen Hochschüler:innen (JöH) in Wien unter dem Titel „Gegen jeden Antisemitismus“ eine Kundgebung gegen die obligatorischen antiisraelischen Aufmärsche veranstalteten, bei denen erneut die AIK und BDS Austria eine führende Rolle spielten.⁶ Nach der globalen antisemitischen Mobilisierung infolge von 10/7, die auch in Österreich deutlich zu vernehmen war, hat die weiterhin von linken Fraktionen dominierte ÖH der Universität Wien sich gegen „antiisraelische Demonstrant*innen“ und „antisemitische Gruppierungen“ auf dem Campus der Universität Wien gewendet und explizit von „klar antisemitischen Gruppierungen wie beispielsweise Der Funke oder BDS“ gesprochen (Der Standard 2024).

1994 zog Charlotte Kohn-Ley aus ihrer Beschäftigung mit dem Antisemitismus in der linken Frauenbewegung noch das bittere Fazit: „Es ist für eine jüdische Frau unmöglich, sich ohne Selbstverleugnung feministischen Gruppierungen in Deutschland und Österreich anzuschließen.“ (Kohn-Ley 1994: 229) Doch auch im linken Feminismus in Österreich ist es zu einer Ausdifferenzierung gekommen: Einerseits weist der dichotomische Antiimperialismus mit seinen antizionistischen Implikationen in Teilen der autonomen Frauenbewegung fort, andererseits existieren mittlerweile theoretische Versuche, auch die Kritik an israelbezogenem Antisemitismus in ein feministisches Konzept einer „Intersektionalität von Ideologien“ zu integrieren und die antizionistische Schlagseite anderer intersektionaler Ansätze in den Fokus der Kritik zu rücken (Bauer/Umschaden 2009; Stögner 2020).

In den 2000er Jahren wurde die Kritik am linken Antizionismus maßgeblich von der Gruppe Café Critique initiiert und betrieben (an der auch der Autor beteiligt war). In dem Versuch einer Darstellung der Geschichte sozialer Bewegungen in Österreich wird dieser Kritik „eine zentrale Rolle beim Zerfall des radikalen, anti-staatlichen Flügels der neuen Protestbewegungen“ attestiert; sie würde auch „den Mainstream der Protestbewegungen“ beeinflussen (Foltin 2004: 269). Dass diese Kritik tatsächlich nicht gänzlich auf fruchtlosen Boden gefallen ist, zeigte sich beispielsweise daran, dass 2017 ein Beschluss der offiziellen Studierendenvertretung der Universität Wien, der unter dem Titel „Gegen jeden Antisemitismus“ die BDS-Kampagne ins Visier nahm, von den linken Fraktionen Verband Sozialistischer Student_innen, Grüne & Alternative Student_innen und Kommunistischer StudentInnenverband-Linke Liste eingebracht und verabschiedet wurde.

Wie notwendig dieser Beschluss war, zeigte sich unter anderem im Sommer 2020, als BDS Austria den JöH „Rassismus“ vorwarf und sie mit den rechtsradika-

6 Im Vergleich zu ähnlichen Kundgebungen während der Gaza-Kriege 2009, 2012 und 2014 war auffällig, dass im Aufruf zwar der Antisemitismus auf den antiisraelischen Demonstrationen thematisiert, aber nicht explizit „Solidarität mit Israel“ gefordert wurde – was intern zu scharfer Kritik von jenen proisraelischen, sowohl jüdischen als auch nicht-jüdischen Linken geführt hat, die in den letzten zwei Dekaden maßgeblich an der Stärkung prozionistischer Positionen in der österreichischen Linken beteiligt waren.

len türkischen Grauen Wölfen verglich. Anhänger der BDS-Kampagne störten in Wien die Rede einer JöH-Vertreterin bei einer Kundgebung zum Gedenken an die Opfer des rassistischen Anschlags von Hanau, marschierten mit Palästinaflaggen direkt vor der Kundgebungsbühne auf und erhoben erneut Rassismus-Vorwürfe – was eine deutliche Stellungnahme des aus der JöH stammenden Präsidenten der European Union of Jewish Students nach sich zog: „Seit Jahren versucht BDS, linke Strukturen zu unterwandern, und schreckt nicht davor zurück, Gedenkveranstaltungen zu missbrauchen. [...] Während der Staat Israel selbst von BDS nur am Rande betroffen ist, sind es vor allem junge Juden in der Diaspora. Sie werden Ziel des Hasses von BDS und, quer durch Westeuropa, von progressiven Bewegungen ausgeschlossen, ja, teilweise sogar körperlich attackiert. [...] Wer – wie BDS – jüdische Organisationen mit faschistischen Organisationen vergleicht und versucht, jüdische Vertreter von antirassistischen Kundgebungen auszuschließen, ist antisemitisch.“ (Guttmann 2020)

Beim linken Antizionismus wäre es heute wichtig, Verschiebungen bei den theoretischen Bezügen in den Blick zu nehmen. In der österreichischen Linken lässt sich eine Transformation vom klassischen linken Antizionismus „hin zu einer postmodernen Variante“ konstatieren (Edthofer 2017: 421). Die Verschiebung hin zu poststrukturalistischen und postkolonialen Ansätzen in der akademischen Linken hat sich zuletzt in der Debatte über Achille Mbembe gezeigt, die auch im österreichischen Feuilleton aufgegriffen wurde, allerdings ohne sich auf die gravierenden Vorwürfe gegenüber Mbembe ernsthaft einzulassen. In den Schriften des postkolonialen Starautors finden sich nicht nur eine jeder Realität im Nahen Osten spottende Dämonisierung und Delegitimierung Israels, dessen „global isolation“ Mbembe fordert, sondern auch Formulierungen, die sich des Fundus des klassischen christlichen Antisemitismus bedienen (Mbembe 2015: viii). Doch auch hier ist bemerkenswert, dass die deutlichste Kritik an Mbembes Auslassungen in einer österreichischen Zeitschrift erschienen ist, die sich explizit auf die Kritik der politischen Ökonomie und die Kritische Theorie, also auf linke Theorietraditionen beruft (Gruber 2021).

In der Mbembe-Debatte wurde deutlich, wie wichtig eine *Arbeitsdefinition für Antisemitismus* wie jene der International Holocaust Remembrance Alliance insbesondere für Diskussionen über linke Argumentationen ist, da sie explizit Formen des israelbezogenen Antisemitismus anführt. Die gegen die IHRA-Definition gerichtete, im März 2021 veröffentlichte *Jerusalem Declaration on Antisemitism* hingegen, die von Nachrichtenagenturen des iranischen Regimes freudig begrüßt (IQNA 2021) und auch von linksorientierten Akademikerinnen in Österreich unterzeichnet wurde, zielt auf die Legitimierung des linken Antizionismus sowie die Exkulpierung der BDS-Kampagne und anderer antiisraelischer Organisationen vom Antisemitismusvorwurf.

Sosehr im akademischen Kontext gerade vor dem Hintergrund einer Kritischen Theorie der Gesellschaft und des Antisemitismus (Grigat 2020) die Dar-

stellung eines Gegenstandes durch seine ideologiekritische Durchdringung einer festgezurrten und notwendigerweise komplexitätsreduzierenden Definition vorzuziehen wäre, so notwendig ist eine Arbeitsdefinition wie jene von IHRA, um antisemitismuskritische Standards insbesondere hinsichtlich des israelbezogenen Antisemitismus festzulegen. Diese werden auch für die weitere Diskussion über das Verhältnis der österreichischen Linken zu Israel notwendig sein – und nach 10/7 hat man in aller Deutlichkeit gesehen, dass diese Diskussion auch in der Zukunft als Ferment beim Ausdifferenzierungsprozess der Linken in Österreich fungieren wird.

Literatur

- AIK (2024): Palästina Kongress in Wien, 5.10.2024, <https://www.antiimperialista.org/event/2024-palaestina-kongress-wien-2024-5-10-6-10/> [Zugriff: 25.1.2025].
- AIK (2025): Palästinensischer Widerstand erzwingt Waffenruhe. 17.1.2025, <https://www.antiimperialista.org/2025-01-17-palaestinensischer-widerstand-erzwingt-waffenruhe/> [Zugriff: 25.1.2025].
- Arendt, Hannah (1986): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München: Piper.
- Attac Österreich (Hg.) (2005): Blinde Flecken der Globalisierungskritik. Gegen antisemitische Tendenzen und rechtsextreme Vereinnahmung. Wien: Attac.
- Baier, Walter (2009): Das kurze Jahrhundert. Kommunismus in Österreich. KPÖ 1918 bis 2008. Wien: Edition Steinbauer.
- Bauer, Max; Umschaden, Sabrina (2009): Über „linke“ Bewegungen, Bündnisse und die Streitpunkte Antisemitismus, Israelsolidarität und Antiimperialismus in Österreich. In: Phase 2. Zeitschrift gegen die Realität 33, <https://www.phase-zwei.org/hefte/artikel/ueber-linke-bewegungen-buendnisse-und-die-streitpunkte-antisemitismus-israelsolidaritaet-und-antiimperialismus-in-oesterreich-9> [Zugriff: 10.01.2025].
- Beckermann, Ruth (2007): Ein Fest fürs Leben. In: Löw, Raimund (Hg.): Die Fantasie und die Macht. 1968 und danach. Wien: Czernin, 247–258.
- Binder, Dieter A. (1985): Der ‚reiche Jude‘. Zur sozialdemokratischen Kapitalismuskritik und zu deren antisemitischen Feindbildern in der Ersten Republik. In: Geschichte und Gegenwart 4, 43–53.
- Bunzl, John; Marin, Bernd (1983): Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien. Innsbruck: Inn.
- Café Critique (2002): Wer über Israel spricht, muß mit antisemitischen Ressentiments rechnen, <http://www.contextxxi.at/wer-uber-israel-spricht-muss-mit.html> [Zugriff: 10.01.2025].

- Café Critique (2005a): Erste Stellungnahme zur Verhinderung unserer Veranstaltung „Der Iran und die Bombe“ am 9. März 2005, <http://www.contextxxi.at/der-iran-und-die-bombe.html> [Zugriff: 10.01.2025].
- Café Critique (2005b): „Antirassismus“ als ehrbarer Antisemitismus. Zweite Erklärung zur Sprengung unserer Veranstaltung „Der Iran und die Bombe“ am 9. März 2005, <http://www.contextxxi.at/antirassismus-als-ehrbarer.html> [Zugriff: 10.01.2025].
- Café Critique (2018): In Memoriam Rudi Gelbard: Der Zionist auf dem Balkon & die pro-israelische Linke in Wien. Podium mit Lena Köhler, Simone Dinah Hartmann, Stephan Grigat, Raimund Fastenbauer, Gerhard Scheit und Andi Peham in der Alten Kapelle, Uni Campus Altes AKH, Wien, 11.12.2018, <https://www.youtube.com/watch?v=eGMRYaLTqo0> [Zugriff: 29.1.2025].
- Danneberg, Bärbel u. a. (Hg.) (1998): Die 68er. Eine Generation und ihr Erbe. Wien: Döcker.
- Der Standard (2024): ÖH Uni Wien verurteilt „Protestcamp antisemitischer Gruppierungen“. In: Der Standard, 7.5.2024, <https://www.derstandard.at/story/3000000219067/oeh-uni-wien-verurteilt-protestcamp-antisemitischer-gruppierungen> [Zugriff: 26.1.2025].
- Donnerbauer, Paul (2016): Was eine linke Splittergruppe aus Wien mit Islamisten zu tun hat, <https://www.vice.com/de/article/jpmbv7/antiimperialisten-rkob-antisemitismus-islamismus> [Zugriff: 10.01.2025].
- Ebner, Paulus; Vocolka, Karl (1998): Die zahme Revolution. 68 und was davon blieb. Wien: Ueberreuter.
- Edthofer, Julia (2017): Vom antiimperialistischen Antizionismus zur aktuellen Boykottbewegung. Veränderungen und Kontinuitäten des israelbezogenen Antisemitismus in der Wiener autonomen Linken. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 42, 407–424.
- Embacher, Helga; Edtmaier, Bernadette; Preitschopf, Alexandra (2019): Antisemitismus in Europa. Fallbeispiele eines globalen Phänomens im 21. Jahrhundert. Wien: Böhlau.
- Feuerherdt, Alex; Markl, Florian (2020): Die Israel-Boykottbewegung. Alter Hass in neuem Gewand. Leipzig/Berlin: Hentrich & Hentrich.
- Foltin, Robert (2004): Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich. Wien: Edition Grundrisse.
- Fuchs, Georg (1969): Antisemitismus, Zionismus und Arbeiterbewegung. In: Standpunkte und Dokumente 4, 1–24.
- Gerber, Jan (2017): Ein Prozess in Prag. Das Volk gegen Rudolf Slánský und Genossen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Grigat, Stephan (2020): Adorno and Iran: Critical Theory and Islamic Antisemitism. In: fathom. For a deeper understanding of Israel and the region, <https://fathomjour>

- nal.org/fathom-long-read-adorno-and-iran-critical-theory-and-islamic-antisemitism [Zugriff: 10.01.2025].
- Grimm, Marc; Hainzl, Christina (Hg.) (2022): Antisemitismus in Österreich nach 1945. Berlin/Leipzig: Hentrich & Hentrich.
- Gruber, Alex (2021): Speerspitze des postkolonialen Antisemitismus. Achille Mbembes ‚Nekropolitik‘ als Handreichung für deutsche Erinnerungskultur. In: sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik 17, 5–25.
- Guttmann, Bini (2020): BDS missbraucht Gedenken. <https://www.juedische-allgemeine.de/meinung/bds-missbraucht-gedenken> [Zugriff: 10.01.2025].
- Haury, Thomas (1992): Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus. In: Poliakov, Léon: Vom Antizionismus zum Antisemitismus. Freiburg: ça ira, 125–159.
- Initiative Sozialistisches Forum (2004): Go straight to Hell. In: Phase 2. Zeitschrift gegen die Realität. <https://www.ca-ira.net/verein/jourfixe/initiative-sozialistisches-forum-go-straight-to-hell/> [Zugriff: 14.03.2025].
- IQNA (2021): Support for Boycotting Israel OK. Scholars, <https://iqna.ir/en/news/3474312/support-for-boycotting-israel-ok-scholars> [Zugriff: 10.01.2025].
- Keller, Fritz (2008): Wien, Mai 68: Eine heiße Viertelstunde. Wien: Mandelbaum.
- Keller, Fritz (2010): Gelebter Internationalismus. Österreichs Linke und der algerische Widerstand (1958-1963). Wien: Promedia.
- Kistenmacher, Olaf (2006): Arbeit und „jüdisches Kapital“. Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung Die Rote Fahne während der Weimarer Republik. Bremen: edition lumière.
- Knight, Robert (Hg.) (2000): „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen.“ Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1952 über die Entschädigung der Juden. Wien: Athenäum.
- Kohn-Ley, Charlotte (1994): Antisemitische Mütter – Anti-Zionistische Töchter. In: Kohn-Ley, Charlotte; Korotin, Ilse (Hg.): Der feministische „Sündenfall“. Antisemitische Vorurteile in der Frauenbewegung. Wien: Picus, 209–230.
- Markl, Florian (2016): Israel und Russland. Heinz Fischers doppelte Standards, <https://www.mena-watch.com/israel-und-russland-heinz-fischers-doppelstandards> [Zugriff: 10.01.2025].
- Markl, Florian (2018): Gedenken einmal anders: Israel-Bashing im SPÖ-Institut, <https://www.mena-watch.com/gedenken-einmal-anders-israel-bashing-im-spo-e-institut> [Zugriff: 10.01.2025].
- Markovits, Andrei S. (2004): Antiamerikanismus und Antisemitismus in Europa. In: Rabbinovici, Doron; Speck, Ulrich; Sznajder, Natan (Hg.): Neuer Antisemitismus. Eine globale Debatte. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 211–233.
- Mbembe, Achille (2015): On Palestine. In: Soske, Jon; Jacobs, Sean (Hg.): Apartheid Israel. The Politics of Analogy. Chicago: Haymarket, vii–viii.

- Mugrauer, Manfred (2017): Die Jüdische Gemeinde als Politikfeld der KPÖ (1945–1955). In: Kohlbauer-Fritz, Gabriele; Bergler, Sabine (Hg.): *Genosse. Jude. Wir wollten nur das Paradies auf Erden*. Wien: Amalthea / Jüdisches Museum Wien, 210–223.
- Pauley, Bruce F. (1993): *Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung*. Wien: Kremayr & Scheriau.
- Peham, Andreas (2006): „Heil Hitler!“ und „Hoch Stalin!“. Die antisemitischen Ausschreitungen in Bad Ischl und die KPÖ. In: *Context XXI*. Heft 4-5, 21–23.
- Peham, Andreas (2017): Hintergrundinformationen zum Verein „Dar al Janub“, <https://www.doew.at/neues/hintergrundinformationen-zum-verein-dar-al-janub> [Zugriff: 10.01.2025].
- Peham, Andreas (2019): *Antisemitismus in Österreich. Ein (unvollständiger) Überblick*. Wien: DÖW.
- Pilz, Peter (2014): Die Dummheit Israels, <https://www.facebook.com/peterpilz/posts/757793977597751> [Zugriff: 10.01.2025].
- Postone, Moishe (2005): *Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen*. Freiburg: ça ira.
- Reiter, Margit (2001): *Unter Antisemitismus-Verdacht. Die österreichische Linke und Israel nach der Shoah*. Innsbruck: Studienverlag.
- Spira, Leopold (1995): Antisemitismus in der KPÖ. In: Jüdisches Museum der Stadt Wien (Hg.): *Die Macht der Bilder. Antisemitische Vorurteile und Mythen*. Wien: Picus.
- Stögner, Karin (2008): Bruno Kreisky. Antisemitismus und der österreichische Umgang mit dem Nationalsozialismus. In: Pelinka, Anton; Sickinger, Hubert; Stögner, Karin: *Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten*. Wien: Braumüller, 25–110.
- Stögner, Karin (2020): Intersectionality and Antisemitism – A New Approach. In: *fathom. For a deeper understanding of Israel and the region, and global antisemitism*, <https://fathomjournal.org/intersectionality-and-antisemitism-a-new-approach> [Zugriff: 10.01.2025].
- Svoboda, Wilhelm (1998): *Sandkastenspiele. Eine Geschichte linker Radikalität in den 70er Jahren*. Wien: Promedia.

Persistenz des Antizionismus

Studien zu linken Zionismus-Diskussionen und Israelhass

Womit man es in einem ideologiekritischen Sinn beim linken Hass auf Israel und den Zionismus zu tun hat, ist in den letzten 30 Jahren mehrfach herausgearbeitet worden: Die Existenz von antisemitischen Ressentiments in der Linken ist heute evident und angesichts der ausufernden Literatur, die sie wieder und wieder belegen, kann ihr Leugnen schon lange nur mehr als eine ihrer Ausdrucksformen angesehen werden. In den meisten Spielarten des Antizionismus treten sie als eine spezifische Form des Antisemitismus nach Auschwitz auf. Einerseits aus Mangel an konkreten Hassobjekten, andererseits wegen der (seit 10/7 zunehmend löchrig werdenden) Tabuisierung von offener Judenfeindschaft in linken Kreisen, richten sie sich gegen den kollektiven Juden, den Staat Israel. Dass die im Antizionismus angelegten Vernichtungsfantasien und -versuche nicht Realität geworden sind, verdankt sich der israelischen Staatsgewalt.¹

Viel lässt sich dem heute nicht hinzufügen. Allerdings ist es notwendig, den konkreten Erscheinungsformen und den Transformationen des linken Antizionismus nachzuspüren, nicht zuletzt, da seine Argumentationsmuster mittlerweile im europäischen Mainstream angekommen sind, was bei Teilen des politischen Personals offensichtlich dazu führt, blanken Antisemitismus bei Vertretern der palästinensischen Sache selbst dann nicht mehr zu erkennen, wenn sie unmittelbar damit konfrontiert werden. Ein Beispiel aus dem Jahr 2016: In diesem Jahr hielt der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas im EU-Parlament eine flammende Rede, in der er der europäischen Öffentlichkeit nicht nur die üblichen Verdrehungen der Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes präsentierte, sondern ganz in der Tradition der mittelalterlichen Judenfeindschaft auch behauptete, in Israel würden Rabbiner fordern, die Regierung solle palästinensische Brunnen vergiften, um so einen Genozid an den Palästinensern zu begehen – was eine glatte Lüge war, wie Abbas selbst wenige Tage später eingestehen musste. Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, der mit seinem Auftritt und auch bei anderen Gelegenheiten dokumentiert hat, dass Antisemitismus keineswegs nur bei radikal-islamischen Organisationen eine entscheidende Rolle spielt, sondern auch bei Leuten, die, wie der PLO- und Fatah-Vorsitzende, als „moderate Muslime“ gehandelt werden, bekam von nahezu allen Abgeordneten des EU-Parlaments

1 Ein Teil dieses Beitrags ist in einer früheren Fassung in *sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik*, 5. Jg., Heft 9, 2016 erschienen, andere Teile als Rezensionen in der Wochenzeitung *Jungle World*.

stehende Ovationen, und der damalige sozialdemokratische Parlamentspräsident und spätere SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz erklärte nach dieser Rede, das sei eine „inspirierende Ansprache“ gewesen (Markl 2016).

Bis zum heutigen Tag machen linke Antizionisten im Namen der Menschenrechte, des Antifaschismus und des Antirassismus gegen Israel mobil. Ein anschauliches Beispiel dafür lieferte bereits 2010 die Hamas-Solidaritätsflotte, bei der Parlamentarierinnen europäischer Linksparteien ganz offen mit bekennenden Islamisten kooperierten. Während es auf der geschlechtersegregierten *Mavi Mamara* noch ein „Frauendeck“ gab, stach 2016 ein rein weiblich besetztes „Women’s Boat to Gaza“ von Barcelona aus in See. Unterstützung bekamen die *Mujeres Rumbo a Gaza* unter anderem von der linksalternativen Podemos, deren zeitweiliger Generalsekretär Pablo Iglesias auf der Gehaltsliste des spanischsprachigen Ablegers des iranischen Propagandasenders *PressTV* stand.

Seit Mitte der 1990er Jahre hat ein Wandel in den Begründungsmustern der antizionistischen Agitation stattgefunden: Während in den Jahrzehnten des Kalten Krieges ein antiimperialistischer, auf den Marxismus-Leninismus rekurrerender „Befreiungsnationalismus“ der zentrale Bezugspunkt war, hat sich in den letzten zwei Dekaden ein abstrakter Antinationalismus und geschichtsloser Universalismus zur maßgeblichen Legitimation des Antizionismus gemausert.

Die Nazis unterstellten den Juden noch, sie seien zur Gründung eines echten Staates gar nicht in der Lage. Würden Juden ein staatsähnliches Gebilde erschaffen, so könne das wie schon im antiken Jerusalem nichts anderes sein als eine Art Universität für den jüdischen Zersetzungsgeist, der die echten Staaten ins Unglück stürze (Jäckel/Kuhn 1980: 190). Diese Sicht auf den Zionismus fand sich in modifizierter Form in den 1970er und 1980er Jahren im linken, sowohl autonomen als auch marxistisch-leninistischen, im arabisch-nationalistischen und im islamistischen Gerede von Israel als „künstlichem Gebilde“ wieder, bei dem sich schon immer die Frage aufdrängte, ob andere Staaten am Baum oder auf der Wiese gewachsen sind. Heute jedoch werfen Antizionisten den israelischen Juden vor, sie würden halsstarrig auf ihrem Nationalstaat beharren, obwohl die Weltgesellschaft sich doch schon längst im „postnationalen Zeitalter“ befände. Der Zionismus sei als Nationalismus heute nur mehr ein „Anachronismus“, wie Tony Judt es zu Zeiten der Zweiten Intifada Anfang der 2000er Jahre für die globale Linke ausbuchstabierte hat (Judt 2003).

Linke Traditionen

Doch trotz dieses Wandels wurden die Grundlagen für die gegenwärtige antizionistische Agitation in den Zeiten des Kalten Krieges gelegt, und die Grundmotive des marxistisch-leninistischen Antizionismus lassen sich bis in die Zeit vor dem Nationalsozialismus zurückverfolgen. Der US-amerikanische Historiker Jeffrey Herf zeigt in seiner 2016 auf Englisch und 2019 auf Deutsch erschienenen Studie zum

Verhältnis der DDR und der westdeutschen radikalen Linken zum jüdischen Staat, dass die Indienstnahme „der Sprache der Menschenrechte und des Antifaschismus im Krieg gegen Israel“ insbesondere im ostdeutschen, seinem Selbstverständnis nach „ersten antifaschistischen Staat auf deutschem Boden“ perfektioniert wurde (Herf 2016: 240). Herf zeigt, wie durch die Punzierung des jüdischen Staates als Nachfolger Nazideutschlands in den theoretischen und geschichtswissenschaftlichen Verrenkungen des Ostblockmarxismus und des westdeutschen linken Antizionismus die Angriffe auf Israel in die Tradition des Antifaschismus gehoben wurden. Mit ihrer jahrzehntelangen antiisraelischen Propaganda haben die linken Antizionisten der 1970er und 1980er Jahre „ein giftiges ideologisches Gebräu“ hinterlassen, das bis heute seine Schatten auf die politischen Debatten nicht nur im Nahen Osten und Deutschland, sondern weltweit werfe (ebd.: 461). Wie Recht er damit hat, zeigt hinsichtlich der US-amerikanischen Linken Sina Arnold (2016) in einer Studie, die einen ersten umfassenden Überblick über Antisemitismusk Diskussionen in der historischen und in der gegenwärtigen Linken der USA liefert,² und auch zur Linken in Großbritannien liegen mittlerweile mehrere Veröffentlichungen vor, die nicht zuletzt durch die Auseinandersetzungen über den von 2015 bis 2020 als Labour-Vorsitzender agierenden Israel-Hasser und offenen Unterstützer des iranischen Regimes Jeremy Corbyn inspiriert sind (Rich 2016; Hirsh 2017).³

Doch erfunden haben die linken Antizionisten der 1970er und 1980er Jahre das sich aufgeklärt wählende Ressentiment gegen Israel nicht. Olaf Kistenmacher zeigt anhand des Beispiels der Kommunistischen Partei Deutschlands, dass die ressentimenthafte Ablehnung des jüdischen Staatsgründungsprogramms schon lange vor 1948 existierte. Der Hamburger Historiker kann überzeugend darlegen, dass die Annahme, der linke Antizionismus habe erst nach 1945 seine antisemitische Aufladung erhalten und vor dem Nationalsozialismus habe es sich lediglich um eine aus einer allgemeinen Kritik des Nationalismus speisende Ablehnung des jüdischen Staatsgründungsprogramms gehandelt, nicht haltbar ist. Er legt dar, dass die antizionistischen Positionen der KPD vor 1933 zahlreiche Parallelen zum gegenwärtigen, vermeintlich „neuen“, israelbezogenen Antisemitismus aufweisen. Die Bewertung des Zionismus durch die KPD „nach ganz anderen Maßstäben als andere nationale Bewegungen“ kann so als „Vorläufer“ der „späteren Dämonisierung und Delegitimierung Israels“ begriffen werden (Kistenmacher 2016: 280,

2 Obwohl sich Arnold auf fragwürdige theoretische Grundlagen bezieht – namentlich die schon in der Anlage verharmlosenden Ausführungen von Peter Ullrich –, hat sie eine instruktive Arbeit vorgelegt. Insbesondere ihre Ausführungen über frühe Kritiken am Antisemitismus in der Linken seitens der „Jewish New Left“ und seitens linker jüdischer Feministinnen in den USA beleuchten Aspekte, die in der deutschsprachigen Diskussion bisher weitgehend unbekannt sind. Eine frühere, deutlich weniger differenzierte Studie zum Antisemitismus in der US-Linken stammt von Norwood (2013).

3 Besonders empfehlenswert ist die aus einer linken Argumentation heraus den Antisemitismus in der Linken kritisierende und von der Zweischnidigkeit des Universalismus ausgehende Studie von Fine/Spencer (2016) sowie Bolton/Pitts (2023), welche die Kritische Theorie des Antisemitismus gegen die Corbyn-Linke in Anschlag bringen.

282). Selbst die Gleichsetzung des Zionismus mit dem Nationalsozialismus wurde von der KPD bereits Anfang der 1930er Jahre praktiziert: 1932 erklärte das Zentralkomitee der KP in ihrer programmatischen Schrift *Kommunismus und Judenfrage*, man bekämpfe „den Zionismus genauso wie den deutschen Faschismus“ (ebd.: 251). Derartige Positionierungen hatten schon in den 1920er Jahren dazu geführt, dass die deutschen Parteikommunisten die wiederholten pogromartigen Ausschreitungen gegen Juden im Mandatsgebiet Palästina zu einem „antiimperialistischen Aufstand“ erklärten und als solchen auch offen unterstützten (Grigat 2009). Die feindliche und ressentimentgeladene Positionierung gegenüber dem Zionismus bei gleichzeitiger vorbehaltloser Unterstützung der arabischen Nationalbewegung, die in den 1930er Jahren unter Führung des Mufti von Jerusalem, Amin al-Husseini, stand und mit den italienischen Faschisten und den Nationalsozialisten kollaborierte, führte letztlich dazu, dass die „internationalistische Politik der KPD selbst nationalistisch und in Bezug auf den Nahen Osten antisemitisch“ wurde (Kistenmacher 2016: 282).

In politischen Diskussionen wird die Kritik am Antisemitismus in Teilen der Linken gerne benutzt, um eben diese Linke, die sich jede, auch vernichtende Kritik redlich verdient hat, wohlfeil zu diskreditieren, um für die Verteidigung der Charaktermasken des Kapitals bestens munitioniert zu sein. In solchen Fällen wird gar nicht mehr der Versuch unternommen zu erklären, *wie* auf allgemeine Emanzipation zielende Gesellschaftskritik in ihr Gegenteil umschlagen kann. Entscheidende Beiträge zur Kritik eines linken Antisemitismus kommen aber aus der Linken selbst. Auf eben diese bezieht Kistenmacher sich durchgängig in seiner Untersuchung über die Darstellung von Juden, dem Judentum und dem Zionismus in der *Roten Fahne* in der Weimarer Republik, als die KPD-Tageszeitung alles andere als ein Nischendasein führte. In seinen einleitenden theoretischen Ausführungen zu Erklärungsansätzen für einen Antisemitismus von links argumentiert er durchgängig mit der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie und an ihr orientierter Autoren wie beispielsweise Moishe Postone. Hier geht es jemandem nicht um die Verteufelung radikaler Gesellschaftskritik, sondern um eine Kritik des Marxismus mit Marx. An keiner Stelle bedient er simple totalitarismustheoretische Gleichsetzungen von links und rechts. Kistenmacher zielt nicht auf Denunziation, sondern auf eine notwendige Differenzierung, die sich nicht darauf beschränkt, antisemitische Argumentationsmuster und Handlungen in der Linken lediglich beschreibend aufzulisten – wie es mittlerweile gerade in jenen Publikationen zum linken Antisemitismus üblich geworden ist, deren Autoren selbst nicht aus der Linken stammen, oder die mittlerweile alles andere als bahnbrechend neue Erkenntnis, dass es Antisemitismus in der Linken gibt, als wohlfeiles Argument für einen Abschied nicht nur aus ebendieser, sondern von jedem kritischen Gedanken und von jedem Einwand gegen die schlecht eingerichtete Welt verwenden.

Kistenmachers akribische Auswertung der parteikommunistischen Tagespresse kommt zu dem Ergebnis, dass sich antisemitische Aussagen in der *Roten Fahne*

nicht nur während der kurzen Phase des nationalistischen Schlageter-Kurses der KPD fanden, „sondern in allen Perioden der Weimarer Republik“ (ebd.: 313). Als zentrale Gründe für die antisemitische Schlagseite in der Agitation der KPD kann Kistenmacher das produktivistische und arbeitsfetischistische Gesellschafts- und Ökonomieverständnis und den „proletarischen Nationalismus“ des Parteikommunismus ausmachen, die ebenso zur Agitation gegen das „parasitäre Kapital“ wie den „Judas Trotzki“ führte und sich in einer spezifischen Intellektuellenfeindlichkeit und in einem „personifizierten Antikapitalismus“ niederschlug (ebd.: 315).

Trotz seiner mitunter niederschmetternden Befunde über die Verwendung eindeutiger antisemitischer Stereotype in der *Roten Fahne* (etwa wenn in der Agitation gegen die NSDAP in einer Sonderausgabe von 1923 von einer vermeintlichen Kooperation von „Hakenkreuzlern“ und „Hakennasen“ fabuliert wurde) lehnt er es ab, von der KPD als einer „antisemitischen Partei“ zu sprechen. Vielmehr will er zeigen, „wie Elemente des modernen Antisemitismus mit dem parteikommunistischen Selbstverständnis, Judenhass abzulehnen und zu bekämpfen, in Einklang gebracht und damit offiziell legitimiert wurden“ (ebd.: 323). Zu Recht betont er, dass „die Frage, ob eine Person, eine Gruppierung oder eine Partei antisemitisch ist, bei der Diskussion um Judenfeindschaft innerhalb der politischen Linken am eigentlichen Problem vorbei“ (ebd.) zielt und es sowohl historisch als auch hinsichtlich der aktuellen globalen Linken darum gehen muss aufzuzeigen, inwiefern und warum antisemitische Argumentationen in der Linken trotz des linken, anti-antisemitischen Selbstverständnisses existierten und heute insbesondere hinsichtlich der Positionierung gegenüber Israel existieren.

Frontstaat gegen Israel: Militärischer Antizionismus

Welche Konsequenzen es hatte, dass der marxistisch-leninistische Antizionismus der Weimarer KPD mit der Gründung der DDR zu einer durch die Weltmacht Sowjetunion gestützten staatspolitischen Macht wurde, zeigt Jeffrey Herf. Ausgehend vom rasanten Wandel von der Befürwortung der israelischen Staatsgründung durch die Sowjetunion 1948 (die wohl nur zu einem geringen Ausmaß einer Einsicht in die Notwendigkeit des Zionismus geschuldet war und vielmehr dem geopolitischen Kalkül einer Zurückdrängung des britischen Einflusses im Nahen Osten folgte) zur vorbehaltlosen Unterstützung der arabischen Staaten seit Anfang der 1950er Jahre analysiert der mittlerweile emeritierte Geschichtsprofessor an der University of Maryland die Entwicklung der DDR-Nahostpolitik vom Sechs-Tage-Krieg bis zum Zusammenbruch des Warschauer Paktes. Als Grund für die antizionistische Orientierung der DDR-Führung sieht Herf eine Mischung aus ideologischer Überzeugung und nationalem Interesse: Die antiisraelische Politik stand nicht nur in Übereinstimmung mit der stalinistischen Legitimationsideologie des Marxismus-Leninismus, sondern spielte auch eine entscheidende Rolle in der DDR-Außenpolitik: Die wortreiche und insbesondere materielle Unterstützung der

Feinde Israels ermöglichte es Ostberlin, sich aus der internationalen Isolation zu befreien und mit Unterstützung der arabischen und zahlreicher afrikanischer Staaten zum anerkannten UN-Mitglied zu werden, als welches es sich sogleich vehement für die 1975 verabschiedete UN-Resolution zur Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus einsetzte.

Ein besonderes Verdienst von Herfs Studie ist die ausführliche Darstellung der Versuche von israelischen Gesandten vor den Vereinten Nationen und von jüdischen Gemeindefunktionären in Westdeutschland, vor den Gefahren des linken Antizionismus und der Kooperation der Ostblockstaaten mit arabischen Antisemiten zu warnen. Heinz Galinski, der langjährige Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Berlin und eine der deutlichsten Stimmen in dieser Hinsicht, war jedoch nicht nur mit der antizionistischen Propaganda der radikalen Linken und der DDR konfrontiert, sondern auch mit der Regierung Willy Brandts, deren skandalöse Postulierung einer „neutralen Haltung“ im für Israel existenzbedrohenden Jom-Kippur-Krieg und deren massive Behinderung dringend benötigter US-amerikanischer Waffenlieferung an Israel über deutsche Häfen Herf ebenfalls in seine Darstellung einbezieht.

Ausgehend von bereits länger vorliegenden Arbeiten zur Roten Armee Fraktion, den Revolutionären Zellen und der Bewegung 2. Juni zeichnet Herf die Kooperation der militanten Linken der BRD mit der PFLP und anderen bewaffneten palästinensischen Organisationen für das englischsprachige Publikum nach, sein Schwerpunkt liegt aber bei der Aufarbeitung jener Dokumente, welche die umfassende, lange Zeit geheim gehaltene Kooperation der DDR mit den Todfeinden Israels belegen. Sosehr er die Bedeutung eines militanten linken Israelhasses in der BRD vor dem Hintergrund der NS-Vergangenheit herausstreicht, betont Herf doch, dass es die staatliche militärische Unterstützung der arabischen Staaten und der PLO durch die DDR und andere Ostblockstaaten war, welche die Ereignisse im Nahen Osten entscheidend beeinflusst hat.

Der Historiker Stefan Meinung schreibt bezüglich des Verhältnisses Ostdeutschlands zum jüdischen Staat in den 1970er und 1980er Jahren in einem zeitgleich mit Herfs Studie erschienenen Sammelband von der DDR als „Frontstaat gegen Israel“ (Meining 2016: 184).⁴ Er zeigt anhand der Erinnerungen des DDR-Gesandten in Syrien, dass man in Ost-Berlin die offene Judenfeindschaft der arabischen Ver-

4 Während die meisten Beiträge des Sammelbandes als Bestandsaufnahme und Zusammenfassung des Forschungsstands angelegt sind, präsentiert der israelische Politikwissenschaftler Shlomo Shpiro wenig Bekanntes über die Frühphase der westdeutsch-israelischen Kooperation im militärischen und geheimdienstlichen Bereich, die den beidseitigen Pragmatismus in den Beziehungen zwischen dem Staat der Shoahüberlebenden und dem „Rechtsnachfolger des Dritten Reiches“ bestens illustrieren (Shpiro 2016). Mit der Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen befasst sich auch eine aktuelle Studie, in der sich instruktives Material und Beispiele zur Frühgeschichte dieser Beziehungen finden (die zum Teil nicht ganz so neu sind wie vom Autor suggeriert) – gepaart allerdings mit fragwürdigen politischen Schlussfolgerungen hinsichtlich der deutschen Nahost-Politik (Marwecki 2024), was umgehend das Interesse von Jakob Augstein geweckt hat, auf dessen Invektiven gegen Israel weiter unten eingegangen wird (Augstein/

bündeten des Realsozialismus durchaus zur Kenntnis nahm, ihr aber kaum politische Bedeutung beimaß. Für Walter Ulbricht seien „solche Informationen Verrat an der antiimperialistischen Sache“ gewesen und man dürfe solche „Äußerlichkeiten“ nicht mit den „grundsätzlichen Fragen durcheinanderbringen“ (ebd.: 182).

Meining erinnert daran, dass die DDR „in ihrer antiisraelischen Agitation auch auf ehemalige NS-Propagandisten zurückgriff“ (ebd.: 183), und zeigt, inwiefern „antisemitische Zerrbilder aus der Ära Stalins“ (ebd.: 191) noch in der Endphase der DDR eine Rolle gespielt haben. Er kann plausibel machen, inwiefern Erich Honecker als neuer SED-Generalsekretär ab 1971 den bereits unter Ulbricht eingeschlagenen „proarabischen und antiisraelischen Kurs weiter verschärft“ hat (ebd.: 184). Auch zu Honeckers Zeiten haben sich syrische, irakische und libysche Politiker gegenüber ranghohen DDR-Funktionsträgern immer wieder ohne Umschweife über ihre Vernichtungsfantasien bezüglich Israel ausgelassen. Das wurde von Ostberlin in internen Stellungnahmen zwar mit Missfallen registriert, hatte aber keinerlei Auswirkungen auf die enge Kooperation insbesondere mit Ägypten und Syrien, die sich Anfang der 1970er Jahre anschickten, mit ihren Vernichtungsdrohungen durch einen Angriffskrieg gegen Israel ernst zu machen. Möglich wurde der Jom-Kippur-Krieg 1973 nur durch die massive Aufrüstung der mit Israel verfeindeten arabischen Diktaturen durch die Staaten des Warschauer Paktes – auch durch die DDR, die zudem militärische Ausbildung auf ihrem Territorium anbot und den Zionismus noch in den 1980er Jahren in ihrem staatsoffiziellen *Kleinen Politischen Wörterbuch* als „weit verzweigte[s] Organisationssystem“ und die „rassistische, expansionistische politische Praxis der jüdischen Bourgeoisie“ verunglimpfte (zit. n. Amadeu Antonio Stiftung 2010: 94; zum Antisemitismus in der DDR-Gesellschaft und -Innenpolitik Waibel 2017).

Von welcher Bedeutung und welchem Ausmaß die militärische und geheimdienstliche Kooperation Ostdeutschlands mit den arabischen Staaten bis Ende der 1980er Jahre war, zeigt Herf, der sich auf frühere Arbeiten von Meinung bezieht. Ausgehend von langjähriger Archivrecherche schätzt Herf, dass von 1967 bis 1989 unter anderem Folgendes von der DDR an die arabischen Staaten und an bewaffnete palästinensische Organisationen geliefert wurde: 750.000 Kalaschnikows, 120 MiG-Kampffjets, 180.000 Antipersonenminen, 235.000 Granaten, 25.000 Panzerfäuste und 25 Millionen Magazine. Diese Waffenlieferungen trugen unmittelbar zu den Verlusten auf israelischer Seite bei, insbesondere während des Jom-Kippur-Krieges, während dem die DDR nicht nur Kampffjets, sondern auch NVA-Soldaten nach Syrien verlegte. In dem von Herf untersuchten Zeitraum wurden über 6.000 israelische Soldaten in den arabisch-israelischen Kriegen getötet und mehr als 21.000 verletzt. Hunderte Zivilisten wurden bei palästinensischen Terrorangriffen in Israel ermordet. Herf betont, dass Israel durch Waffengewalt zerstört

Marwecki 2024). Ebenfalls sehr instruktiv zu den deutsch-israelischen Beziehungen Leemhuis (2020); zur postnazistischen Nahost-Politik der jungen Bundesrepublik Becker (2024).

worden wäre, wenn die arabischen und palästinensischen Verbündeten der DDR erfolgreich gewesen wären. Angesichts dieser Tatsache qualifiziert er die Rhetorik der DDR-Führung, die stets die Notwendigkeit von „ausverhandelten Lösungen“ im Nahen Osten betont hat, als „Nebel“ (Herf 2016: 449), der letztlich nur dazu gedient habe, die militärische und geheimdienstliche Kooperation mit dem Irak, Libyen und insbesondere mit Syrien unter Hafiz al-Assad und jenen palästinensischen Organisationen zu verschleiern, die sich gegen jede Form der Annäherung mit Israel zur Wehr gesetzt haben. Auch Meinung kommt zu dem Schluss, dass das „Standardargument, die DDR wollte den jüdischen Staat nicht vernichten“, angesichts der massiven Hilfestellungen für jene Staaten und Organisationen, die sich genau diese Vernichtung auf die Fahnen geschrieben hatten, „ins Leere“ geht (Meining 2016: 184).

Angesichts immer wieder aufflammender Debatten in der deutschen Linken, ob es nicht geboten sei, zwischen einem klar antisemitischen Antizionismus einerseits und einem „geschichtsbewussten“ (Hanloser 2016: 223), emanzipativ-universalistischen Antizionismus andererseits zu unterscheiden, sei auf Herfs Fazit verwiesen, dass es für jene Israelis, die in den Jahrzehnten des Kalten Krieges getötet oder verwundet wurden, keinen Unterschied machte, ob ihre Feinde durch klassische und offene Judenfeindschaft motiviert waren (so wie beispielsweise der langjährige syrische Verteidigungsminister Mustafa Tlass, dessen Machwerk *The Matzo of Zion* als ein Klassiker des arabisch-nationalistischen Antisemitismus von Herf ausgiebig gewürdigt wird) oder durch „the more fashionable anti-Zionism of the global Left“ (Herf 2016: 460). Die Idee, die Zerstörung des jüdischen Staates habe nichts mit dem Hass auf Juden zu tun, war eine der „central leftist illusions of this era“ (ebd.: 461)⁵ – eine Illusion, die sich offenbar bis heute bei jenen links-radikalen Universalisten gehalten hat, die allen Ernstes meinen, den Nahost-Konflikt durch die Brille eines linkskommunistisch verstandenen Klassenantagonismus interpretieren zu können (beispielsweise Hanser 2015).

Der Kern des sogenannten Nahost-Konflikts ist der Antisemitismus (was nicht bedeutet: sein einziger Grund) und die historische Unmöglichkeit, eine universalistische Antwort sowohl auf die traditionelle Judenfeindschaft als auch auf die modernen, letztlich auf Vernichtung zielenden antisemitischen Ressentiments zu geben – sie also aus der Welt zu schaffen. Als Folge davon war der Zionismus angesichts des epochalen Scheiterns sowohl des bürgerlichen Gleichheitsversprechens als auch des kommunistischen Emanzipationsversprechens gezwungen, eine notwendigerweise partikularistische Konsequenz zu ziehen und eine national-staatliche Emanzipation gegen den Antisemitismus anzustreben, die bis zu einem

5 Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich in Herfs ausgesprochen materialreicher Studie einige wenige Ungenauigkeiten eingeschlichen haben (Markl 2016). Das Thema bedarf sicher noch, wie Heft selbst betont, weiterer Untersuchungen, beispielsweise zur Rolle des Südjemen, und auch das Verhältnis der DDR und der westdeutschen radikalen Linken zum Iran nach der Islamischen Revolution von 1979 bleibt ausgespart.

gewissen Maß zwangsläufig exklusiven Charakter haben muss, soll diese Emanzipation gelingen. Die in Reaktion auf den Antisemitismus postulierten nationalen und territorialen Ansprüche des Zionismus mussten im Nahen Osten aber nicht, wie von vielen Kritikern des Zionismus behauptet wird, zwangsläufig mit den Ansprüchen der arabischen Bevölkerung in der Form in Konflikt geraten, wie sie es de facto getan haben. Voraussetzung dafür war, dass sich innerhalb der arabisch-palästinensischen Bevölkerung im Mandatsgebiet Palästina offen antisemitische, reaktionäre und letztlich mit den deutschen Nationalsozialisten kooperierende Kräfte unter der Führung des Muftis von Jerusalem, Amin al-Husseini, gegen deutlich moderatere Fraktionen mit brutaler Gewalt durchgesetzt haben. Das hat die folgenden Jahrzehnte in der Region maßgeblich geprägt, und auch heute ist die Frage, welche Rolle universalistische Prinzipien im notwendigerweise partikularistischen Agieren der israelischen Politik spielen und spielen können, nicht unabhängig von den Entwicklungen in den umliegenden Gesellschaften zu diskutieren.

„Antisraelischer Antisemitismus mit gutem Gewissen“

Ein Paradebeispiel für die Ignoranz für die Realitäten im Nahen Osten, die zur völlig einseitigen Attacke auf Israel führt, hat 2013 der Publizist Jakob Augstein geliefert. Nachdem das in Los Angeles ansässige Simon Wiesenthal Center Augstein Ende 2012 auf Platz 9 seiner damals noch nicht völlig in Verruf geratenen Liste der „2012 Top Ten antisemitischer/antisraelischer Verunglimpfungen“ gesetzt hatte, kam es in Deutschland und zum Teil auch in Österreich Anfang 2013 zu einer heftigen Debatte über Antisemitismus und Kritik an der israelischen Politik, in der vieles von dem vorweggenommen wurde, was in den letzten zwei Jahren an einseitigen Schuldzuweisungen, Hass und schlichten Falschbehauptungen über Israel ausgeschüttet wurde. Der Mitinhaber des *Spiegel*-Verlags und Herausgeber der Wochenzeitung *Der Freitag* hatte mit seinen Ausführungen in seiner *Spiegel Online*-Kolumne *Im Zweifel links* zu Israel als Gefahr für den Weltfrieden, mit seinen Falschdarstellungen und Verharmlosungen der Vernichtungsabsichten des antisemitischen iranischen Regimes, durch seine Gleichsetzung von ultraorthodoxen israelischen Juden mit djihadistischen Mördern und durch seine verschwörungstheoretischen Behauptungen, hinter was und wem Israel nicht alles stecke, die antisemitische Schlagseite der „Israelkritik“ in Deutschland und Österreich sehr deutlich werden lassen. Nichtsdestotrotz gab es große Empörung über die Kritik an Augstein. Vertreter der deutschen Linkspartei verteidigten Augstein ebenso wie Vorstandsmitglieder der CDU. In der *Süddeutschen* und der *Frankfurter Rundschau* sprang man dem Herausgeber des *Freitag* ebenso zur Seite wie in der *Frankfurter Allgemeinen* und der *Berliner Zeitung* (kritisch dazu Yücel 2013). Eine der wenigen Ausnahmen im Konzert der etablierten Medien war der ZEIT-Mitherausgeber Josef Joffe, der angesichts der Augstein-Debatte konstatierte, es gelte heute als verwerflicher, „jemanden einen Antisemiten zu nennen, als einer zu sein“ (Joffe 2013), und Stefan

Gärtner brachte mit der Überschrift „Wer Juden hasst, bestimme ich“ in der Satirezeitschrift *Titanic* treffend Augsteins anmaßenden Autoritarismus und seine Abwehr jeglicher Kritik polemisch auf den Punkt (Gärtner 2013).

Eine Studie hat 2015 detailliert erklärt, inwiefern sich antisemitische Ressentiments „in den Kolumnen Augsteins auf lexikalischer, semantischer, syntaktischer und argumentativ-konzeptueller Ebene manifestieren“ (Betzler/Glittenberg 2015: 14). Der Soziologe Lukas Betzler und der Politikwissenschaftler Manuel Glittenberg hatten sich zur Aufgabe gemacht, am Beispiel der Augstein-Debatte die „sich vollziehende ‚Normalisierung‘ antisemitischer Artikulationen in der Öffentlichkeit empirisch“ nachzuweisen (ebd.: 17). Sie zeigen, wie Augstein „gesetzte Tabuisierungen subtil umgeht“ und es ihm dadurch gelingt, „Sprechstrukturen hervorzu- bringen, die das tendenziös Gemeinte im Gesagten aufblitzen lassen, ohne dass das Gesagte in den Bereich des Unsagbaren fiele“ (ebd.: 11). In ihrer Textanalyse kommen sie zu dem Schluss, „dass sich in Augsteins Kolumnen auf allen sprachlichen Ebenen Verbal-Antisemitismus finden lässt“ (ebd.: 285). Zahlreiche seiner Aussagen über Israel seien zudem schlicht „faktisch falsch“ (ebd.: 286), was ihn nicht daran hindere, sich als großer Kenner des Nahen Ostens zu inszenieren. Akribisch arbeiten die Autoren heraus, inwiefern sich die antisemitischen Motive in Augsteins Texten aus einem breiten Fundus bedienen: „von alten christlichen Stereotypen über tradierte Stereotype des modernen Antisemitismus bis hin zu Ideologiefragmenten aus dem antiimperialistischen Weltbild“ (ebd.: 96). Detailliert weisen sie ihm die Delegitimierung und Dämonisierung Israels sowie die Anwendung doppelter Standards bei der Beurteilung des Agierens des jüdischen Staates nach.

Augsteins Invektiven gegen die USA haben in der Debatte Anfang 2013 kaum eine Rolle gespielt. Umso erfreulicher ist es, dass Betzler und Glittenberg eine luzide Analyse von Augsteins Antiamerikanismus vorgelegt haben und ihm dabei ein Ableiten in expliziten Geschichtsrevisionismus nachweisen können. Sie spüren dem Zusammenhang von antiamerikanischen Ressentiments und Antisemitismus nach, verwischen dabei aber nie die mitunter gravierenden Unterschiede, die zwischen Antiamerikanismus und Antisemitismus bestehen. Trotz dieser Unterschiede charakterisieren sie beide treffend als „Ausdrucksformen einer konformistischen Rebellion“ (ebd.: 188), für die Augstein mit seiner nonkonformistischen Attitüde und seinen affirmativen Inhalten exemplarisch steht.

In Augsteins Texten konstatieren Glittenberg und Betzler zwar zahlreiche Stereotype des modernen Antisemitismus, aber der Antisemitismus erfülle in Augsteins Denken nicht jene Funktion einer Welterklärung, mit der auf unverstandene Entwicklungen und Bedrohungen in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft im modernen Antisemitismus reagiert wird. Diese Funktion übernehme bei Augstein vielmehr ein ausgeprägter Antiamerikanismus: „Widersprüche (soziale Ungleichheit oder Demokratiedefizite) und negativ bewertete Merkmale (Gier, Profitdenken, Materialismus und Egoismus) der eigenen Gesellschaft werden auf

Amerika projiziert“ (ebd.: 289). Anstatt eine Kritik am Kapitalverwertungsprozess zu formulieren, wettet der *Spiegel*-Kolumnist gegen „Wallstreet-Täter“ (ebd.).

Neben ihrer Textanalyse zu Augsteins Kolumnen liefern Glittenberg und Betzler eine Diskursanalyse der medialen, der politischen und der wissenschaftlichen Auseinandersetzung über den *Spiegel*-Autor. Als entscheidende Abwehrstrategie in der Augstein-Debatte machen sie die Umdeutung antisemitischer und israelfeindlicher Aussagen zur „legitimen Israelkritik“ aus, wohingegen die Kritik an diesen Aussagen als „Akte der Diffamierung, Denunziation oder Stigmatisierung der Person Augsteins gedeutet“ wurde (ebd.: 290).

Die Autoren erinnern dagegen daran, dass die Debatte über seine Invektiven gegen den jüdischen Staat dem Mitinhaber des *Spiegel* keineswegs geschadet hat: 2014 war er einer der am häufigsten eingeladenen Gäste in Polit-Talkshows, seine Kolumne erschien in der Folge nicht nur online, sondern auch in der Printausgabe des *Spiegel*, und seine Wochenzeitung *Der Freitag* konnte die Auflage steigern. Insofern ist es gar kein Wunder, dass Augstein seine Attacken auf Israel nach der Debatte über seine Statements fortgesetzt hat und ganz unverhohlen seine Freude darüber kundtat, dass mit einer demnächst nuklear bewaffneten Ajatollah-Diktatur endlich die „Jahrzehnte alte Anomalie“ beendet werde, „dass Israel die einzige Atommacht in Nahost ist“ (Augstein 2015).

Betzler und Glittenberg erklären die Abwehr des Antisemitismusvorwurfs in der Augstein-Debatte ausgehend von der Kritischen Theorie Adornos und Horkheimers mit einem „auf den nationalsozialistischen Juden Hass verengten Antisemitismusbegriff“ (Betzler/Glittenberg 2015: 294), wodurch ein „antiisraelischer Antisemitismus mit gutem Gewissen“ ermöglicht werde. Dieser halte sich für „besonders kritisch und antiantisemitisch“ (ebd.: 296), projiziere aber lediglich „in Form einer fetischisierten Staatskritik die negativen Anteile von Staatlichkeit auf Israel“ (ebd.: 286). Dass die „Fokussierung auf Israel es ermöglicht, den eigenen Staat als gerechte und gute Herrschaft zu imaginieren“ (ebd.: 287), können sie anhand von Augstein ebenso exemplarisch zeigen wie hinsichtlich seiner zahlreichen Verteidiger.

Antizionismus in Israel

Anders als in den postnazistischen Gesellschaften, in denen „Israelkritik“ eine der gängigen Äußerungsformen des Antisemitismus darstellt, sorgen sich in Israel mitunter noch die radikalsten Kritiker des Zionismus ernsthaft um die Zukunft ihrer Gesellschaft. Besonders deutlich wird das in den Texten der Sozialistischen Organisation Israels, die unter dem Namen ihrer Zeitschrift *Matzpen* (Kompass) bekannt wurde. Die von 1962 bis 1983 bestehende und aus einer Abspaltung der Kommunistischen Partei entstandene Gruppe hat die israelische Gesellschaft zu einer Zeit mit ihren grundsätzlich im Zionismus angelegten Widersprüchen konfrontiert, als diese gesamtgesellschaftlich noch weitestgehend tabuisiert wurden – und ist damit

auf massive, oft auch gewalttätige Ablehnung gestoßen, nicht zuletzt, weil sie ihre Kritik zu einer generellen Ablehnung des Zionismus radikalisiert hat, einschließlich der Forderung nach der Abschaffung jenes Rückkehrgesetzes, das als Reaktion auf den Nationalsozialismus allen vom Antisemitismus Verfolgten die Einbürgerung in Israel garantiert.

Ausgestattet mit dem Antiimperialismus Lenins sowie dem Antikolonialismus Frantz Fanons und Aime Césaires forderte *Matzpen* eine „Dezionisierung“ Israels, die eine Akzeptanz nicht nur der Juden, sondern einer „hebräischen Nation“ in der arabischen Welt ermöglichen sollte (Grigat 2011: 131–147). In den frühen Texten der *Matzpen* kommt sehr deutlich die Angst zum Ausdruck, der jüdischen Bevölkerung in Israel könne bei einer fehlenden Aussöhnung mit der arabischen Bevölkerung ein ähnliches Schicksal drohen wie den französischen Kolonialisten in Algerien – nur mit schwerwiegenden Konsequenzen, da die Juden kein „Mutterland“ haben, in das sie zurückkehren könnten. Dementsprechend ging es der Organisation in den frühen Konzeptionen noch um eine Begründung der israelischen Existenz jenseits des Zionismus. Und dementsprechend deutlich kritisierte insbesondere die Gründergeneration der Organisation (im Gegensatz zu späteren Protagonisten wie beispielsweise dem im deutschsprachigen Raum ungleich einflussreicheren Michael Warschawski) auch noch den arabischen Nationalismus, etwa wenn Meir Smorodinsky Mitte der 1960er Jahre für *Matzpen* formulierte: „Eine Politik, die die Rechte der Juden in Palästina verleugnen wird, führt in eine Katastrophe und die arabische Nationalbewegung in die Irre.“ (Zit. n. Fiedler 2017: 88)

Erstmals in deutscher Sprache wurde 2017 die Geschichte der *Matzpen* vom Historiker Lutz Fiedler aufgearbeitet.⁶ In der auf seiner Dissertation an der Universität Leipzig aus dem Jahr 2015 beruhenden Studie erzählt Fiedler ausgesprochen kenntnisreich die Vor-, Gründungs- und Spaltungsgeschichte der Organisation und skizziert ihre theoretischen Konzeptionen hinsichtlich der Spezifik des Klassencharakters der israelischen Gesellschaft und des israelisch-arabischen Konfliktes. Er stellt die zeitweilige Kooperation und die Konflikte mit Uri Avnery und mit linkszionistischen und traditions-kommunistischen Gruppierungen ebenso dar wie die Kontakte zur DFLP und zu Teilen der Fatah, beschreibt die internationale Vernetzung von *Matzpen* mit Gruppierungen und Aktivisten der Neuen Linken und analysiert die mitunter hilflos und hysterisch wirkenden Reaktionen der offiziellen israelischen Politik auf *Matzpen*, die in keiner Relation zu der Größe der Gruppierungen standen.

Fiedler schreibt die Geschichte von *Matzpen* als „Geschichte einer jüdisch-arabischen Verbundenheit, die unter der Flagge des sozialistischen Internationalismus beanspruchte, Wegbereiter einer gemeinsamen Zukunftsperspektive für

6 Ein paar Jahre zuvor ist auf Englisch eine deutlich antizionistisch orientierte Studie erschienen, der es an keiner Stelle gelingt, die Widersprüche des Zionismus so herauszuarbeiten wie Fiedler in seiner Darstellung der *Matzpen*-Geschichte (Greenstein 2014).

die gesamte Region zu werden“. Zugleich sieht er in der Geschichte der Gruppe „Grundfragen der israelisch-jüdischen Existenz wie in einem Brennspiegel“ gebündelt, was es ermögliche, anhand der Entwicklung des linksradikalen Antizionismus „eine Geschichte Israels vom Rande her“ zu erzählen (Fiedler 2017: 31).

Fiedler hat sein Buch Akiva Orr gewidmet, neben Oded Pilavsky, dem heute als glühendem Corbyn-Unterstützer in London lebenden Moshe Machover und dem arabischen Trotzlisten Jabra Nicola einer der wichtigsten Protagonisten der *Matzpen*. Der 1931 in Berlin geborene und 2013 in Israel verstorbene Orr, der 1948 in der israelischen Armee gekämpft hat, war Gründungsmitglied der Gruppe. Er wurde im großen Hafenarbeiterstreik in Haifa von 1951 politisiert und trat 1953 der Kommunistischen Partei bei, deren Mitglied er bis 1962 blieb. Später ging er wie Machover, von dem mittlerweile auch Publikationen auf Deutsch vorliegen (Machover 2013), nach London, kehrte aber Anfang der 1990er Jahre nach Israel zurück. Orr war mit dem marxistischen Theoretiker Cornelius Castoriadis befreundet und engagierte sich in London zeitweise beim englischen Ableger der Gruppe Socialisme ou Barbarie, wollte sich aber nie den Vorgaben irgendeiner Internationale unterwerfen. Als einige seiner ehemaligen Genossen sich den diversen Internationalen der Trotzlisten angliedern wollten, erklärte der im besten Sinne antiautoritäre Orr, er habe doch nicht mit der KP gebrochen, die eine Filiale Moskaus war, um nun eine Filiale Londons oder Brüssels zu werden – so erzählte er es in einem langen Interview, das 2006 im Rahmen eines Forschungsprojekts über die radikale Linke in Israel mit Orr geführt wurde (Grigat/Orr 2006).

Anhand der Schriften Orrs hätte Fiedler expliziter Kritik am Antisemitismus-Verständnis der *Matzpen* formulieren können, wie dem Buch auch insgesamt eine deutlichere Beurteilung der behandelten Gegenstände gutgetan hätte. Orr spricht statt von Antisemitismus stets von „anti-jüdischem Rassismus“ (Grigat/Orr 2006), und der Rassismus wird bei ihm ausschließlich funktionalistisch verstanden. Er unterstellt den Zionisten, sie seien nicht von Angst vor physischer Vernichtung, sondern von Sorge um den Verlust ihrer jüdischen Identität getrieben, wobei doch Letzteres in vielerlei Hinsicht ein Resultat von Ersterem ist.

Ganz ähnlich wie aktuelle linke Kritiker des Zionismus, welche die jüdische Selbstbehauptung in Form der staatlichen Selbstbestimmung als partikularistisch ablehnen, stellte Orr stets eine „universelle Moral“ als zentralen Bezugspunkt für seine Kritik des Zionismus heraus. Diese ermöglichte ihm allerdings auch eine Kritik an politischen Artikulationen auf palästinensischer Seite, während Jakob Taut von Warschawskis *Matzpen*-Fraktion, auf den sich antizionistische Schläger und die Avantgarde der linken Kooperation mit dem Islamismus in Deutschland und Österreich bis heute positiv beziehen, in seiner Schrift *Judenfrage und Zionismus* unmissverständlich dekretierte: „Der Nationalismus der entwickelten Länder ist kompromisslos immer zu bekämpfen; dagegen ist der Nationalismus der unterdrückten Völker grundsätzlich eine emanzipatorische Tat, muss also unterstützt werden.“ (Taut 1986: 153)

Fiedler übernimmt in seiner Darstellung der Geschichte der *Matzpen* und Israels problematische Begrifflichkeiten aus den antizionistischen Diskursen, etwa wenn er von der „palästinensischen Katastrophe“ (Fiedler 2017: 305) von 1948 spricht und den Begriff der „Nakba“ kolportiert, der ohne eine Parallelisierung mit der Shoah kaum zu haben ist. Und das durchaus im Gegensatz zur *Matzpen*, die in ihren Texten in der Regel treffender von der „arabischen Tragödie von 1948“ geschrieben hat. Hinsichtlich der Auseinandersetzungen der 1930er Jahre im Mandatsgebiet Palästina ist bei Fiedler von „gewaltsamer Eskalation“ die Rede, kaum jedoch vom Antisemitismus wichtiger Teile der arabischen Nationalbewegung, der entscheidenden Einfluss auf den weiteren Verlauf des Konfliktes hatte und der von Akiva Orr noch Anfang des 21. Jahrhunderts kategorisch in Abrede gestellt wurde (Grigat/Orr 2006).

Die weitgehende Ignoranz von *Matzpen* gegenüber dem globalen und insbesondere dem arabischen Antisemitismus nach 1945 wird bei Fiedler nicht genügend herausgearbeitet. Umso deutlicher macht er aber, inwiefern die linksradikalen Aktivisten in Israel – und, wenn auch in einer anderen Konstellation und weniger durchgängig, zeitweise auch ihre Genossen in Deutschland und Österreich wie Daniel Cohn-Bendit, Dan Diner, Micha Brumlik und John Bunzl – „unter Umgehung der jüngsten jüdischen Vergangenheit an die politischen Utopien der Zwanziger und Dreißigerjahre“ unmittelbar anknüpfen wollten (Fiedler 2017: 15). In den Texten der Gruppe wird der zionistische Partikularismus stets mit einem Universalismus konfrontiert, der aus der Zeit vor Auschwitz stammt. Auch nach dem Nationalsozialismus wollte *Matzpen* „das eigene Selbstverständnis erneut durch einen universalistischen Erwartungshorizont stabilisieren“ (ebd.: 333). Zu Recht verweist Fiedler darauf, dass sich die Aktivisten der Gruppe damit auf eine Tradition bezogen, „die ihren einstigen Trägern bereits auf grausamste Weise widerlegt worden war“ (ebd.). Er verdeutlicht das Ende der rein universalistisch orientierten geschichtsphilosophischen Hoffnungen anhand von Abraham Léon, der als vierundzwanzigjähriger Trotzist im belgischen Untergrund mit seiner Schrift *Judenfrage und Kapitalismus* nochmals versuchte, eine kommunistische Antwort auf den Antisemitismus zu formulieren. Zwei Jahre später wurde er in Auschwitz ermordet: „Mit der Vernichtung des osteuropäischen Judentums wurde auch seine Utopie ihrer menschlichen Basis beraubt; sie bezeugte auf grausame Weise das Scheitern der einstigen universalistischen Zukunftshoffnung“ (ebd.: 338). Die Versuche der Neuen Linken, unmittelbar an die Überlegungen aus *Judenfrage und Kapitalismus* anzuschließen, deutet Fiedler als „Ausdruck ihrer Selbstabschließung gegenüber Léons Schicksal und der Bedeutung des Holocaust für das eigene Selbstverständnis“ (ebd.: 339).

Fiedler kontrastiert den Antizionismus der *Matzpen*-Mitglieder mit den Biografien von Isaac Deutscher, Hersch Mendel, Leopold Trepper und Joseph Berger Barzilai. Deutscher erklärte in den 1950er Jahren, seinen Antizionismus, der auf seinem Vertrauen in die emanzipative Kraft der europäischen Arbeiterbewegung basiert

habe, längst aufgegeben zu haben. Der polnische Trotzist Mendel, den Eike Geisel als von Stalinismus und Nationalsozialismus „zweifach gebrochenen Revolutionär“ bezeichnet hat, wendete sich nach dem Zweiten Weltkrieg dem Arbeiterzionismus zu und ging nach Israel – ganz so wie Trepper, der ehemalige Chef der Widerstandsgruppe Rote Kapelle, und Berger Barzilai, der Mitbegründer der Palästinensischen Kommunistischen Partei, der über 20 Jahre in stalinistischen Arbeitslagern verbringen musste und seine Autobiografie unter dem bezeichnenden Titel *Shipwreck of a Generation* veröffentlicht hat. Diese jüdischen „alten Linken“ trennte von den antizionistischen Aktivisten der *Matzpen* „weniger ein politisch-programmatischer Gegensatz, sondern vielmehr der kaum zu überbrückende Graben zwischen dem Fortschrittsoptimismus und der biografischen Erfahrung eines durchlittenen Jahrhunderts“ (ebd.: 347). Treffend heißt es in einer Rezension zur englischen Ausgabe von Fiedlers Studie: „Matzpen had failed to learn the lessons of history“ (Shindler 2021).

Fiedler kommt hinsichtlich der *Matzpen* zu dem Schluss, dass die „Orientierungskraft ihres Kompasses dort versagen“ musste, wo es um das unversöhnliche Gegenüberstehen von „jüdischer Vergangenheit, israelischer Gegenwart und sozialistischer Zukunft“ ging (Fiedler 2017: 21), und die antizionistischen Aktivisten der 1960er, 70er und 80er Jahre der Frage nach den Auswirkungen der Massenvernichtung auf das jüdische Bewusstsein schlicht „ausgewichen“ sind (ebd.: 34). Zu welchem Verständnis der Widersprüche des Zionismus und der israelischen Gesellschaft sie davon ausgehend gelangten, hat Fiedler ebenso elaboriert wie wohl formuliert aufgeschrieben.

Linke Islamkritik und Islamapologie

Besonders instruktiv sind Fiedlers Darstellungen zur Religionskritik in der Zeitschrift *Khamsin*, in der Aktivisten der *Matzpen* von 1974 bis 1987 mit linken arabischen Intellektuellen zusammengearbeitet haben; beispielsweise mit Sadik Al-Azm, dessen scharfe Kritik an Edward Saids Verteufelung des Westens erstmals in der zunächst in Paris und dann in London herausgegebenen Zeitschrift erschien und der schon früh den Märtyrerkult in der palästinensischen Nationalbewegung kritisierte, und mit Lafif Lakhdar, dem „arabischen Spinoza“, der eine konsequente Trennung von Politik und Religion in den arabischen Gesellschaften forderte, sich über „dieses Mittelalter, in dem wir immer noch leben“, empörte (Fiedler 2017: 284) und explizit die Judenfeindschaft beispielsweise in Ägypten und Algerien thematisierte.

Während sich maßgebliche Teile des europäischen Linksradikalismus lange Illusionen über die iranische Revolution machten, erschienen in *Khamsin* bald nach der Islamischen Revolution von 1979 scharfe Kritiken an den Entwicklungen im Iran, insbesondere von Kanan Makiya und dessen Frau Afsaneh Najmabadi. Auch Akiva Orr hob sich Anfang der 1990er Jahre durch eine dezidierte Kritik des politi-

schen Islam von einer Vielzahl europäischer Antizionisten ab. Seine Ausführungen, die insbesondere aus den Erfahrungen mit der Islamischen Revolution im Iran von 1979 resultieren, verdienen es, ausführlich zitiert zu werden, weil sie im schroffen Gegensatz zur heutigen Islam-Apologie von maßgeblichen Teilen der globalen Linken stehen:

„Marxists in particular (including Iranian Marxists) grossly underestimated Islam's political significance. They forgot Marx's observation that the critique of religion is the starting point of all social critique. [...] It is of the utmost urgency for the left in Islamic societies to provide a historical interpretation of Islam. [...] In the absence of historical interpretation of religion people will accept a religious interpretation of history. [...] When matters come to a head this metaphysical controversy is settled by the sword (as some Muslims openly declare). Many Iranian Marxists discovered this truth too late in front of the religious firing squads.“ (Orr 1994: 157f.)

In Reaktion auf die Todesfatwa gegen Salman Rushdie ergänzte er:

„It is no longer possible to keep silent about Islam [...] Atheist silence on Islam implies surrender and a step down to religious executions. It is now imperative to start a campaign of cultural critique of religion within Islamic societies“ (ebd.: 158).

Doch diese Warnungen und Forderungen haben sowohl in der globalen Linken als auch bei den meisten seiner *Matzpen*-Genossen kaum Gehör gefunden.

Zu einer umfassenden Kooperation von Linken und Muslimen kam es erstmals in der antikolonialen linken Algerien-Solidarität der 1950er und 1960er Jahre. Vor zwölf Jahren hat eine Studie diese Zusammenarbeit erstmals anhand des österreichischen Internationalismus skizziert. Der keineswegs nur von französischer Seite mit extremer Grausamkeit geführte algerische Unabhängigkeitskrieg war mindestens zwei Dekaden lang ein zentraler Bezugspunkt europäischer Linker. Nicht nur die *Matzpen*-Aktivisten, sondern Generationen von europäischen Antiimperialisten studierten die Erfahrungen des Front de Libération National (FLN), die Methoden der „Schlacht um Algier“ fanden Eingang in die Handbücher der counterinsurgency, und Frantz Fanons *Die Verdammten dieser Erde* avancierte zum Klassiker. Marcel van der Linden, Direktor des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam, weist im Vorwort zu Fritz Kellers Studie über die österreichische Algerien-Solidarität darauf hin, dass die europäische Bewegung, die sich mit dem FLN solidarisierte, der erste Versuch gewesen sei, „die Möglichkeiten und Grenzen der politischen Kooperation von Linken und Muslimen auszuloten“ (Keller 2010: 7).

In den 1950er Jahren entstand in Österreich eine von Jungsozialisten getragene Aktivistengruppe, welche die Diskussion über Algerien nicht nur publizistisch beeinflusste, sondern praktische Unterstützung für den FLN organisierte. Von besonderem Interesse ist dieses Engagement, weil es keineswegs von Unbekannten betrieben wurde: Mit Erwin Lanc und Karl Blecha waren spätere Außen-

und Innenminister der sozialdemokratischen Reformregierungen der 1970er und 1980er Jahre direkt in die oft am Rande der Legalität angesiedelten Aktionen involviert. Mit Bruno Kreisky und Rudolf Kirchschläger unterstützten auch der spätere Kanzler und der spätere Bundespräsident die Hilfe für den FLN. Keller beschreibt die Streits, die es in der Sozialistischen Internationale mit den französischen Sozialisten über die Algerien-Frage gab, und skizziert neben dem Engagement der SPÖ die Algerien-Politik der KPÖ sowie der österreichischen Troztkisten. Zu den instruktivsten Passagen der Studie gehört die Darstellung der Konflikte in der österreichischen Sozialdemokratie: Deren linker Flügel um Josef Hindels forderte die bedingungslose Unterstützung des „nationalrevolutionären“ Antikolonialismus, das pragmatische Zentrum um Bruno Kreisky setzte ebenfalls auf eine Unterstützung des FLN. Der rechte Parteiflügel hingegen agitierte gegen eine blinde Unterstützung des islamischen Panarabismus und verwies auf die Kooperation dieser Kräfte mit dem Nationalsozialismus, die sich bis in die Gegenwart fortsetze. Rechte Sozialdemokraten wie Benedikt Kautsky thematisierten bei ihrer Kritik an einer Kooperation mit den „orientalischen Faschisten“ auch die Rolle von Amin al-Husseini:

„Die Rolle des Mufti von Jerusalem hat sich in den letzten Jahren nicht geändert. Er steckt heute genauso wie während des Zweiten Weltkriegs hinter den arabischen Unabhängigkeitsbestrebungen; wir waren gegen ihn, als er mit Hitler gegen England marschierte, und wir sind heute gegen ihn, weil sich bei ihm tatsächlich nichts geändert hat.“ (Ebd.: 124)

Keller schildert die Begeisterung ehemaliger Nazis für die gegen Frankreich gerichtete Politik des FLN und zitiert einen linken Algerien-Reisenden des Jahres 1964, der die Kontinuitäten vom antiwestlichen Furor des Nazismus bis zum trikontinentalen Antikolonialismus auf den Punkt bringt: „Für den Sozialismus sind hier alle. Für Hitler auch.“ (Ebd. 245) Am Beginn der Algerien-Solidarität in Österreich stand die Kooperation mit der Jami'at al-Islam, deren Hauptaufgabe darin bestand, sich für die etwa 3.000 islamischen Nazikollaborateure aus Zentralasien und dem Balkan einzusetzen, die sich nach 1945 in Österreich aufhielten. Zentrale Figur der Jami'at al-Islam und Mittelsmann zu linken Algerien-Aktivist*innen war Smail Balic, der sich Keller zufolge später zum Kritiker des Islamismus wandelte. Während des Zweiten Weltkrieges hatte er pronazistische Schriften publiziert und die Bestrebungen von al-Husseini, dem antisemitischen Mufti von Jerusalem, bei der Aufstellung bosnischer SS-Divisionen unterstützt. Keller vergleicht die österreichischen Aktivitäten mit der Algerien-Solidarität in anderen Ländern. In Deutschland wurde der Konflikt nicht zuletzt wegen der Anwesenheit französischer Truppen schärfer ausgetragen als in Österreich. Keller weist darauf, dass in der BRD Bombenanschläge der rechten Terrororganisation Main Rouge auf FLN-Funktionäre und ihre Unterstützer zur Jahreswende 1959/60

nahezu an der Tagesordnung waren. Wurden in der BRD jedoch schon während des Unabhängigkeitskrieges grausame Bestrafungsaktionen in den Reihen des FLN und gegenüber politischen Konkurrenten innerhalb der Solidaritätsbewegung thematisiert, fand Vergleichbares in Österreich kaum statt. Die dortigen Aktivisten, so Keller, seien nicht in der Lage gewesen, „wichtige Problemstellungen des paradigmatischen Ereignisses ‚Algerienkrieg‘ [...] auch nur ansatzweise zu analysieren“ (ebd.: 261).

Doch auch in Kellers Buch, das leider in einem Verlag erschienen ist, der auch Pamphlete wie Israel Shamirs *Blumen aus Galiläa* verbreitet, dessen französische Ausgabe wegen Antisemitismus verboten wurde, finden sich kaum Ansätze einer solchen Analyse. Bei einer Präsentation seines Buches in Wien formulierte er indessen eine deutliche Kritik an der „Naivität der damaligen jungsozialistischen Solidaritätsaktivisten“, die jede nach Sozialismus klingende Verlautbarung des FLN begierig aufgegriffen hätten, während sie sich für die tatsächliche Politik der algerischen Antikolonialisten, die bei ihren Mitgliedern rigide gegen die Missachtung des Ramadan, Tabak- und Alkoholkonsum vorgingen, kaum interessierten. Umso erstaunlicher ist es, dass mit Karl Blecha ein Exponent der Algerien-Solidarität, von dem bis heute kein kritisches Wort zur früheren Unterstützung des FLN bekannt ist, ein Vorwort beigezeichnet hat. Der ehemalige Innenminister bezieht sich auf den austromarxistischen Theoretiker Otto Bauer, der verkündet hatte, die „antikolonialistische Revolution“ werde „durch ihren unausbleiblichen Erfolg vor allem die Bewegung der demokratischen Sozialisten stärken – und das weltweit“ (ebd.: 9). Blecha, der Ausbildungslager des militärischen Flügels des FLN besucht hat, scheint das auch Jahrzehnte später noch zu glauben. Er bezeichnet die Algerien-Solidarität als „Trägerrakete des Antiimperialismus“, bedauert aber, dass sie „in Österreich keine nachhaltige Wirkung“ gehabt habe (ebd.: 9).

Zu Recht widerspricht Keller ihm darin und verweist nicht nur auf Kreiskys Nahost-Politik, sondern auch auf die Rolle, welche die „innige Kooperation zwischen SPÖ und FLN“ (ebd.: 255) bei der Akquirierung von Aufträgen für die verstaatlichte österreichische Industrie gespielt hat. Kreiskys Hofierung der PLO, die damals noch offen zur Vernichtung Israels aufrief, fand in der linken Algerien-Solidarität ebenso ihre Grundlage wie das Verhalten gegenüber dem Iran unter Khomeini, dem Erwin Lanc, der rund 20 Jahre vorher in die Unterstützung des FLN involviert war, als erster westlicher Außenminister 1984 seine Aufwartung machte.

Dass man auch schon früh hätte wissen können, worauf der kryptosozialistische islamische Nationalismus weiter Teile der FLN hinauslaufen würde, bestätigt sich, wenn man die 2010 auf Deutsch erschienene, in jeder Hinsicht zu empfehlende Autobiografie von Claude Lanzmann liest, der sich anfänglich für die algerische Unabhängigkeit einsetzte und Proteste gegen die Massaker der französischen Kolonialmacht unterstützte, aber bald ernüchtert feststellte: „Ich hatte geglaubt, man könnte gleichzeitig für die Unabhängigkeit Algeriens und die Existenz des Staates Israel sein. Ich hatte mich getäuscht.“ (Lanzmann 2010: 454) In der Folge enga-

gierte sich Lanzmann bis an sein Lebensende leidenschaftlich für die Erhaltung der jüdischen Souveränität in Israel.

Diskussionen zur Auflösung israelischer Souveränität

Eine Kritik des Antizionismus in den postnazistischen Gesellschaften kann und muss zunächst gar nichts aussagen über die je spezifische Ausgestaltung israelischer Politik und zionistischer Praxis. Es geht ihr auch nicht in erster Linie um diese, sondern um die Kritik einer Ideologie, die sich selbst für die realen Verhältnisse im Nahen Osten nicht sonderlich interessiert. Und doch bedarf es einer möglichst genauen Kenntnis der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen im Nahen Osten – allein schon, um die Verzerrungen und Verkehrungen in der deutschsprachigen Nahost-Diskussion angemessen beurteilen und kritisieren zu können, und auch, um die dringend gebotene Parteinahme für Israel nicht ausgehend von einem idealisierenden Bild von der israelischen Gesellschaft und Politik zu formulieren, bei dem jederzeit die Gefahr droht, dass die Solidarität angesichts der harschen Realität im Nahen Osten in enttäuschte Liebe umschlägt.

Ein wichtiger Stichwortgeber für die deutschsprachige Nahost-Diskussion war lange Zeit Micha Brumlik, der sein letztes leenswertes Buch 2016 im Neofelis-Verlag veröffentlicht hat – und sich seitdem in erster Linie der Verteidigung der BDS-Kampagne und anderer Israelhasser verschrieben hat (Brumlik 2022).⁷ Das Kernanliegen des ehemaligen Leiters des Frankfurter Fritz Bauer Instituts ist seit einiger Zeit die Rehabilitierung der Ideen des aus Wien stammenden Religionsphilosophen Martin Buber für eine arabisch-jüdische Kooperation in Palästina und ihre Propagierung als aktuellem Ausweg aus der vertrackten Situation im Nahen Osten. Doch bevor er sich der Idee des Binationalismus und ihren Protagonisten widmet, beschreibt er durchaus treffend den massiven Zuwachs des Einflusses sowohl nationalreligiöser als auch ultraorthodoxer Kräfte in der gegenwärtigen israelischen Gesellschaft und Politik, der seit dem Erscheinen der Studie nochmals deutlich zugenommen hat. Brumlik macht jedoch nicht ausreichend deutlich, welche Rolle die Entwicklungen in den arabischen Gesellschaften und die Politik der diversen politischen Fraktionen der Palästinenser für das Erstarken der israelischen sowohl säkularen als auch religiösen Rechten gespielt hat und weiterhin spielt.

Auch Brumlik fordert eine Rückbesinnung auf bestimmte jüdisch-religiöse Traditionen, aber gerade, um ähnlich wie Judith Butler die Möglichkeiten der jüdischen Existenz in der Diaspora gegen den Zionismus stark zu machen und um universalistische Werte des Judentums gegen den Partikularismus der gegenwärtigen Nationalreligiösen in Anschlag zu bringen (Butler 2013).⁸ Instruktiv sind seine

7 Zur Kritik aus israelischen Forschungszusammenhängen an BDS siehe beispielsweise Yogev/Lindenstrauss (2017); Orion/Eilam (2018).

8 Die Bedeutung eines ebenso antinationalen wie abstrakten Universalismus für linksphilosophische antizionistische Positionierungen hat zuletzt Bruno Chaouat herausgestrichen: „Für Butler

Ausführungen über den wichtigsten Wegbereiter des nationalreligiösen Zionismus, den Rabbiner Abraham Isaak Kook, der in seinen staatstheoretischen Schriften vom Beginn des 20. Jahrhunderts eine Art „Theologie des Zionismus“ entworfen hat, in der sich insbesondere hinsichtlich der Frage der Gewalt gewichtige Unterschiede zu den Anschauungen seines Sohnes finden lassen, dem Stichwortgeber der nationalreligiösen Siedlerbewegung Gush Emunim, Zwi Jehuda Kook. In Abraham Kooks Denken kommt der „Dialektik des Heiligen und Profanen“ eine entscheidende Rolle zu: Durch seine Unterscheidung eines „vorläufigen“ und eines „endgültigen Messias“, die einen mitunter an die Marx'sche Unterscheidung von politischer und allgemein menschlicher Emanzipation denken lässt, konnte Kook eine theologische Legitimation für den sozialistischen Zionismus seiner Zeit formulieren (Brumlik 2016: 63). Der staatsbildende säkulare Zionismus erscheint bei Kook als notwendige Vorstufe auf dem Weg zur Erlösung, die wiederum durch den religiös konnotierten Nationalstaat eingeläutet werden soll.

Brumlik zeigt, wie der nationalreligiöse Zionismus den Messianismus als „real-historische Bewegung“ (ebd.: 60) begreift, und rekurriert immer wieder auf das Spannungsverhältnis von Partikularismus und Universalismus sowohl in der jüdischen Religion als auch in den unterschiedlichen Spielarten des Zionismus. Wladimir Jabotinsky, dem Brumlik bezüglich der Situation der europäischen Juden Ende der 1930er Jahre „äußerste Hellsicht“ attestiert, charakterisiert er mit Bezug auf den Historiker Michael Stanislawski sehr treffend als „kosmopolitischen Ultrationalisten“ (ebd.: 73f.) – eine Widersprüchlichkeit, die bei nicht wenigen von Jabotinskys heutigen Erben verloren gegangen ist. Brumlik zeigt, wie beim Begründer des revisionistischen Zionismus eine in territorialen und militärischen Fragen kompromisslose Haltung gegenüber der arabischen Bevölkerung in Palästina, und das Bestreben nach Errichtung eines jüdischen Staates auf beiden Seiten des Jordan, durch die Forderung nach gleichen religiösen und kulturellen Rechten für die in diesem zukünftigen Staat lebenden Araber flankiert wurden. Jabotinsky trat beispielsweise dafür ein, dass dem zukünftigen israelisch-jüdischen Präsidenten stets ein arabischer Vizepremier (nicht Vizepräsident, wie Brumlik schreibt) zur Seite gestellt werden sollte.

Auch Michael Brenner streicht die Differenzen zwischen Jabotinsky und seinen heutigen Erben heraus. In seiner 2016 erschienenen Studie zu den diversen Konzeptionen jüdischer Staatlichkeit in den früh-zionistischen Strömungen und zum Spannungsverhältnis zwischen der Sehnsucht nach Normalität und der notwendigen Sonderstellung Israels zeigt er, dass Jabotinsky zwar unbedingt dafür war, die jüdische Einwanderung nach Palästina auch gegen den Willen der arabischen Bevölkerung durchzuführen und die Gründung des Staates Israel mit aller Gewalt durchzusetzen, gleichzeitig aber mehrfach die Notwendigkeit betonte, der

und Traverso ebenso wie für Alain Badiou und Edward Said ist der authentische Jude derjenige, der den jüdischen Partikularismus überwunden hat, der heute die Form nationaler Souveränität und der Unterstützung eines jüdischen Staates annimmt.“ (Chaouat 2024: 27)

arabischen Minderheit in dem zu gründenden jüdischen Staat gleiche Rechte zu geben. Brenner verdeutlicht, dass Jabotinskys Konzeption des zukünftigen Staates letztlich trotz aller Unversöhnlichkeit gegenüber den arabischen Feinden des zionistischen Projekts keineswegs auf einen „rein jüdischen Nationalstaat“ hinauslief (Brenner 2016: 104).⁹

Während Brumlik und Brenner sowohl die revisionistischen als auch die nationalreligiösen Strömungen als integralen Bestandteil des Zionismus begreifen, verabsolutiert der in Tel Aviv geborene und in Wien lebende Schriftsteller und Historiker Doron Rabinovici die eigene säkulare Orientierung zum Wesenskern des Zionismus. Anstatt die Pluralität des Zionismus sowohl historisch als auch gegenwärtig anzuerkennen, dekretiert er in einer in Buchform gegossenen E-Mail-Konversation mit dem israelischen Soziologen Natan Sznaider: „Der Zionismus hatte die Umformung der religiösen Gemeinschaft in eine normale Nation angestrebt.“ (Rabinovici/Sznaider 2016: 16) Davon ausgehend ist es ein Leichtes, den „Neozionismus“ – ein Begriff, der die nationalreligiöse Siedlerbewegung wenn auch wohl unbeabsichtigt in die Nähe des „Neonazismus“ rückt und ansonsten von Autoren wie dem bekennenden Antizionisten Ilan Pappé nicht nur für die nationalreligiöse Siedlerbewegung, sondern auch für Unterstützer Benjamin Netanjahus verwendet wird (Pappé 2016: 273) – als „Entstellung des Zionismus“ zu brandmarken (Rabinovici/Sznaider 2016: 35). Anstatt die von Brenner illustrierte Widersprüchlichkeit von der Sehnsucht nach Normalität und der durch die feindliche Umwelt aufgezwungene perennierende Besonderheit zu reflektieren, kritisiert Rabinovici den „Neozionismus“ dafür, dass er die vom traditionellen, links-pragmatischen Zionismus proklamierte Normalität für unmöglich halte und gar nicht erst anstrebe. Das aber ist genau der Punkt, an dem der zionistischen Rechten zuzustimmen ist. Zu problematisieren wären die Antworten, die sie hinsichtlich territorialer Expansion und Umformung der jüdischen Staatlichkeit angesichts der allein schon durch die Fortexistenz des Antisemitismus gegebenen Unmöglichkeit der Normalität gibt, nicht jene ausgesprochen realitätstüchtige Einschätzung, dass dem „Frieden“ mit der palästinensischen oder auch allgemeiner: arabischen Seite zu misstrauen sei.

Rabinovici und Sznaider wollen die Ideen Theodor Herzls, die mit exemplarischen Passagen aus seinen Schriften in ihre E-Mail-Diskussion montiert wurden, mit der israelischen Realität konfrontieren, was angesichts von Herzls Ausführun-

9 Schon öfters wurden die Differenzen zwischen Jabotinsky und dem späteren Premierminister Menachem Begin herausgearbeitet (Shindler 2009). Brenner verweist allerdings darauf, dass auch Begins „starker jüdischer Partikularismus“ bei konkreten politischen Entscheidungen „universalistische Züge annehmen“ konnte – „etwa wenn es darum ging, Menschenleben zu retten. Seine erste Amtshandlung nach seiner Wahl 1977 war die Gewährung von Asyl für 67 vietnamesische Bootsflüchtlinge, die hilflos im Chinesischen Meer umhertrieben.“ (Brenner 2016: 177) Zum Widerspruch zwischen der Sehnsucht nach Normalität und den sowohl historischen als auch gegenwärtigen Besonderheiten des jüdischen Staates siehe ebenfalls, wenn auch weniger pointiert als Brenner und mit fragwürdigen Empfehlungen für die Israelis hinsichtlich einer zukünftig stärkeren Loslösung von der Geschichte des Nationalsozialismus aufwartend Pelinka (2015). Zu Jabotinskys siehe auch Scheit (2021).

gen zu einer Berufsarmee, der Trennung von Staat und Religion und einer liberalen Staatsbürger- und Ausländergesetzgebung, die so, wie er sie sich für den zu gründenden Judenstaat gewünscht und ausgemalt hat, heute in keiner einzigen westlichen Demokratie besteht, natürlich im Handumdrehen dazu führt, die israelische Gesellschaft als eine vorzuführen, die mit den Vorstellungen des Gründervaters des Zionismus nichts mehr zu tun habe.¹⁰

Die Diskussion zwischen Rabinovici und Sznai-der, die ganz ähnlich wie bei Brumlik immer wieder um das Verhältnis von Universalismus und Partikularismus kreist, ist das Dokument einer Enttäuschung zweier Linkszionisten. Diese Enttäuschung führt dazu, dass die in vielen Punkten sehr gut begründete Wut über die nationalreligiöse Rechte im einen Fall zu einer idealistischen Vorstellung von den nicht-islamistischen Kräften auf palästinensischer Seite führt, die weiterhin die Partner für eine zukünftige Zweistaaten-Lösung sein sollen, im anderen zu einer geradezu trotzigem Unterschätzung der Bedeutung des Antisemitismus, die in einer antietatistischen Zionismuskritik endet.

Rabinovici hält dezidiert an der Grundidee des Zionismus fest, und auch wenn er den Oslo-Prozess für gescheitert erachtet (ohne dabei das Agieren der nicht-islamistischen Akteure auf palästinensischer Seite als einen der zentralen Gründe für dieses Scheitern zu benennen), hält er an der Idee einer Teilung des Landes fest. Die „Agitatoren auf arabischer und iranischer Seite“ (Rabinovici/Sznai-der 2016: 38) tauchen in seiner Argumentation immer wieder auf, und zumindest hinsichtlich der sunnitischen Islamisten, deren militärische Bekämpfung er explizit fordert, hält er fest: „Es kann für Juden im Nahen Osten keinen sicheren Staat geben, solange diese genozidale Ideologie auf dem Vormarsch ist.“ (Ebd.: 129) Rabinovici formuliert vehemente Kritik an der BDS-Kampagne, die keinesfalls nur auf eine Kritik der israelischen Herrschaftspraxis in der Westbank abzielt; und sehr hell-sichtlich verweist er darauf, dass man in Österreich auch heute noch nichts über den zentralen Grund des Zionismus wissen will, während gleichzeitig versucht wird, Herzl für die nationale Selbstinszenierung zu vereinnahmen.

Sznai-der hingegen fordert explizit, vom Antisemitismus zu abstrahieren: Poli-tisches Denken sei „in Israel fast unmöglich, da alles über die Brille des ewigen Anti-semitismus gesehen wird.“ (Ebd.: 25) Antisemitismus sei „ein Wohlfühlargument“ und solle bei der Beurteilung der Konfrontation Israels mit seinen Nachbarn oder auch mit dem iranischen Regime möglichst keine Rolle spielen. (Ebd.: 198) Sznai-der adaptiert damit die Grundlage des linken israelischen Antizionismus: das gera-dezu zwanghafte Abstreiten der Rolle des Antisemitismus. Das ermöglicht ihm die Forderung nach einer Aufweichung der israelischen Souveränität in ihrer heutigen Form, auch wenn er sich „nicht den gemeinsamen Staat“ wünscht und, anders als Brumlik, eine „Einstaatenlösung“ für ein „Horrorszenarium“ hält (ebd.: 132). Nach-dem er 2005 noch ein Befürworter des Unilateralismus der pragmatischen Rechten

10 Ausführlich zur Entwicklung von Herzls Ideen siehe Avineri (2016).

war und in den von Ariel Sharon durchgesetzten Rückzug aus dem Gaza-Streifen große Hoffnungen gesetzt hat, spricht Sznajder nun von einer „Keinstaatenlösung“ (ebd.: 155) als Zukunftsvision, die aus dem heute schon alltäglich gelebten Binationalismus resultieren soll. Während postmoderne Antinationalisten ihre post-souveränen Konzeptionen gegen das Konzept des Nationalstaates formulieren und damit nur die Gewalt eskamotieren, will Sznajder *jenseits* „von Staatlichkeit und jenseits von Souveränität denken“ – was auch immer das im Einzelnen bedeuten soll: Man erfährt kaum mehr über seine konkreten Vorstellungen, als dass er sich eine „Internationalisierung Jerusalems“ vorstellen könne (ebd.: 186). Allerdings resultiert seine Vision von einer „Keinstaatenlösung“ keineswegs nur aus einer Kritik des Zionismus, sondern auch aus der deutlich benannten Möglichkeit, dass ein zukünftiges Palästina „ein religiös-fundamentalistischer, islamistischer Staat wird“ (ebd.: 155). Fragt sich nur, wie eine zunehmende Islamisierung der palästinensischen Gesellschaft oder auch der Region ausgerechnet durch eine „Keinstaatenlösung“ verhindert werden sollte.

Was Sznajder als „Vision“ ins Spiel bringt, ohne sie weiter auszuformulieren (und vermutlich auch, ohne sie selbst ganz ernst zu meinen), fungiert bei Brumlik als sehr viel konkreterer „Plan B“, der auf den Kern des Zionismus, die jüdische Souveränität zielt. Hinsichtlich der aktuellen Situation ist Brumlik ganz ähnlich wie Tony Judt „zu der Überzeugung gelangt, dass mit der Globalisierung der Gedanke des Nationalstaats – in unserem Fall Israel – objektiv überholt ist“ (Brumlik 2016: 92). Das stimmt schon unabhängig von Israel nicht: Der Prozess der Internationalisierung des Kapitalverhältnisses bedeutet nicht das Ende des Nationalstaates, sondern die partielle Transformation seiner Funktionsweise und seiner Existenzbedingungen; und gerade gegenwärtig würde in Europa wohl kaum noch jemand vom „Ende des Nationalstaats“ sprechen, sondern vielmehr von seiner Renaissance. Israel und der Zionismus wiederum wären in einem materialistisch-kritischen Verständnis nur dann „objektiv überholt“, wenn der Antisemitismus zum Verschwinden gebracht werden könnte. Von dieser Besonderheit Israels und des Zionismus muss Brumlik an solchen Stellen, an denen der jüdische Staat nur noch als Exempel für eine allgemeine Entwicklung dient, zwangsläufig abstrahieren, obwohl er sie in anderen Zusammenhängen durchaus betont. Ähnlich funktioniert das bei Sznajder, der die Aufgezwungenheit des Partikularismus im Zionismus mehrfach thematisiert, sie dann aber wieder zum Verschwinden bringt, wenn er selbst linkszionistische Konzeptionen wie jene der linksliberalen Meretz, der auch Rabinovici nahesteht, als „Ethno-Nationalismus“ bezeichnet (Rabinovici/Sznajder 2016: 133).

Brumlik trifft einen Punkt, wenn er gewissen Freunden Israels vorwirft, einem „hohl gewordenen Mantra der Zweistaatenlösung“ anzuhängen (Brumlik 2016: 100), denn diese würde ja zumindest bedeuten, dass Verhandlungen über eine derartige „Lösung“ stattfinden müssten. Die Gründe dafür, dass dies derzeit nicht der Fall ist, scheint Brumlik allerdings ausschließlich im Agieren der israelischen

Regierungen der letzten 15 Jahre zu sehen. Die Verweigerungshaltung der Abbas-Regierung gegenüber nahezu jedem Kompromiss- und Verhandlungsangebot der Netanjahu-Regierung und ihrer Vorgänger, die insofern verständlich ist, als es nur allzu wahrscheinlich ist, dass Abbas seine Macht im Westjordanland in genau dem Augenblick an die Hamas verlieren würde, in dem sich die israelische Armee von dort zurückzieht, wird von Brumlik nicht thematisiert. Das Gleiche gilt für fast alle Vorschläge sowohl der zionistischen Linken als auch der pragmatischen Rechten für eine unilaterale Trennung von den Palästinensern in der Westbank oder für Möglichkeiten eines Wiedererstarkens eines dezidiert linken Zionismus.¹¹

Brumlik hebt einerseits zu Recht hervor, dass sich wohl nur einige zehntausend Siedler einer Teilräumung des Westjordanlandes widersetzen würden, führt dann aber andererseits die Zahl von etwa einer halben Million jüdischer Israelis in der Westbank und in Ostjerusalem als Argument an, warum eine Zweistaaten-Lösung heute nicht mehr realistisch sei. Er wartet mit fragwürdigen Interpretationen der Stellungnahmen von Netanjahu zur gegenwärtigen Unmöglichkeit einer ausverhandelten Zweistaaten-Lösung auf; und auch die Charakterisierung des Agierens des Likud-Premiers während seiner ersten Amtszeit in den 1990er Jahren als „kompromisslose Haltung“ (Brumlik 2016: 49) entspricht keineswegs der widersprüchlichen Politik, die Netanjahu im Anschluss an den von Jitzchak Rabin und Shimon Peres angestoßenen „Friedensprozess“ betrieben hat.

Unredlich wird es, wenn Brumlik sich mit der innerlinken Diskussion über Israel in Deutschland und Österreich auseinandersetzt. Wie schon in früheren Texten (Brumlik 2013) verkehrt er Argumentationen linker und ideologiekritischer Unterstützer des Zionismus, etwa wenn er die *Thematisierung* von bei einigen Unterstützern Israels kaum noch ins Bewusstsein tretenden „grauenerregenden Übergriffen“ israelischer Sicherheitskräfte wider besseres Wissen als „Legitimation“ eben dieser Übergriffe auslegt (Brumlik 2016: 81).

Brumlik unterscheidet sich von vielen anderen Kritikern des Zionismus dadurch, dass er die Gefahren des Islamismus in aller Regel nicht kleinredet und insbesondere die „mörderische Bedrohung des Staates Israel durch das klerikal-faschistische Regime in Teheran“ (Brumlik 2016: 82) stets in einer Deutlichkeit thematisiert, die man selbst bei manchen prozionistischen Autoren vermisst. Es bleibt nur völlig unverständlich, warum Brumlik ausgehend von diesem Befund ausgerechnet die Selbstaufgabe Israels als souveränem Staat fordert. Die von ihm vorgeschlagene Rückbesinnung auf die Ideen Martin Bubers und die erstmals 2013 in der Monatszeitschrift *Konkret* propagierte und anschließend wiederholt

11 Zur Diskussion über neuere Konzeptionen einer Zweistaaten-„Lösung“ siehe Greene (2015); Greene (2016). Bemerkenswerterweise haben die Ereignisse vom 7. Oktober zu einem relativen Erstarken der zionistischen Linken geführt, die seit den letzten Wahlen nur noch mit vier Abgeordneten im israelischen Parlament vertreten sind, Anfang 2025 bei Umfragen nach der Vereinigung von Meretz und Avoda jedoch in etwa bei 12 Sitzen liegen und nach aktuellem Stand mit den Zentrumparteien und der Anti-Netanjahu-Rechten eine Mehrheit gegen die aktuelle rechte Netanjahu-Koalition bilden könnten.

empfohlene Transformation des jüdischen Staates in eine binationale Struktur bedeutet eine Absage an den revolutionären Kern des Zionismus. Der emeritierte Professor für Erziehungswissenschaften weiß, dass Buber und seiner Organisation Brit Shalom stets die Ansprechpartner auf der arabischen Seite fehlten, ohne dass er plausibel machen kann, warum das heute anders sein sollte. Brumlik stellt die Abschaffung Israels zur Diskussion und hat damit eine beunruhigende Verschiebung in der deutschsprachigen Nahost-Debatte befördert.

Brumlik fordert eine „einheitliche Armee“ eines zukünftigen arabisch-israelischen Staates, kann allerdings auch auf Nachfrage nicht erklären, wie diese angesichts der Lage der Dinge sich beispielsweise zuverlässig gegen die Bedrohungen seitens des iranischen Regimes und seiner Verbündeten an den israelischen Grenzen zur Wehr setzen sollte. Seine Absage an den Kern des Zionismus drückt sich am deutlichsten in seiner Ablehnung des israelischen Rückkehrgesetzes aus, das allen Juden die Möglichkeit der Einwanderung garantiert. Er fordert, Einwanderung in ein zukünftiges binationales Staatswesen solle „nur nach arbeitsmarktspezifischen beziehungsweise humanitären Gesichtspunkten“ (ebd.: 109) geregelt werden, „nicht mehr nach ethnischen Kriterien“ (ebd.: 111). Diese Kriterien sind im heutigen Israel aber keine „ethnischen“ im herkömmlichen Sinn, sondern vom Antisemitismus aufgenötigte Kriterien.

Brumliks Essaysammlung von 2016 beinhaltet absurderweise beides: einerseits die Forderung nach Solidarität mit Israel angesichts „möglicher (genozidaler) iranischer Nuklearwaffen“ – eine Bedrohung, deren Verharmlosung Brumlik explizit entgegentritt, wenn er daran erinnert, dass Juden nach „Hitlers frühen Ankündigungen leidvoll haben erfahren müssen, dass Vernichtungsdrohungen nicht nur leeres Geschwätz“ sind (ebd.: 14). Andererseits fordert er angesichts einer derartigen Bedrohung ausgerechnet, die nur durch eine wie auch immer ausgestaltete staatliche jüdische Souveränität zu gewährleistende Rückversicherung aufzugeben, rechtzeitig und angemessen gegen solch eine und ähnlich geartete Bedrohungen vorgehen zu können.

Eliminatorischer Antizionismus: IS und iranisches Regime

Im Gegensatz zu den meisten Debatten in der internationalen Politikwissenschaft, in denen die Ajatollahs im Rahmen der völlig unrealistischen Konzepte der „Realistischen Schule“ in der Lehre von den Internationalen Beziehungen als im westlichen Sinne rationaler Akteur versucht werden einzuordnen, wird in Israel immer wieder auf den antisemitischen Charakter des seiner eigenen Rationalität folgenden iranischen Regimes verwiesen, ohne den seine aggressive, Milliarden verschlingende, Israel immer wieder ins Zentrum der eigenen Anstrengungen rückende Außenpolitik nicht angemessen beurteilt werden kann. Und ebenso geduldig wie nachdrücklich versuchen israelische Politiker unterschiedlichster Couleur ihren westlichen Gesprächspartnern klar zu machen, dass trotz der diversen sun-

nitisch-djihadistischen Milizen in Syrien und dem Irak, und auch trotz des IS, über dessen Rolle als Avantgarde eines völlig perspektivlosen Massenmordislands sich in Tel Aviv und Jerusalem mit Sicherheit niemand Illusionen macht, in militärischer Hinsicht weiterhin das iranische Regime, die Hisbollah und ihre Verbündeten die derzeit entscheidende Bedrohung für Israel darstellen. Daran hat sich auch nach dem Sturz der mit Teheran verbündeten Assad-Diktatur in Syrien und der Dezimierung der militärischen Schlagkraft der Hisbollah im Libanon nichts Substanzielles geändert.

Selbstverständlich ist der IS eine durch und durch antisemitische Organisation (Rickenbacher 2020), was sich nicht zuletzt in jener offen judenfeindlichen Zielwahl seiner Kader und Anhänger in Europa manifestiert hat (Saggerer 2019; Stöver 2019), die in deutschen und österreichischen Medien allzu oft unter den Tisch gekehrt wurde. Hinsichtlich der Bekämpfung Israels verfolgt der IS jedoch eine andere Strategie als das iranische Regime und hat bereits 2016 ein eigenes Strategiepapier zur Frage des Djiha in Palästina veröffentlicht, in dem er sein Unverständnis dafür zum Ausdruck bringt, warum Juden mehr bekämpft werden sollten als andere „Ungläubige“ (MEMRI 2016). Perspektivisch müsse es selbstverständlich auch gegen die Juden in Israel gehen, dafür sei aber zunächst der Sturz der „ungläubigen“ arabischen Herrscher in den Nachbarländern des jüdischen Staates notwendig, was erklärt, warum sich der IS sowohl militärisch als auch propagandistisch gegenüber Israel vergleichsweise zurückhält, aber immer wieder Versuche unternommen hat, auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel oder – nicht zuletzt auf Grund der engen Kooperation zwischen Amman und Jerusalem bisher deutlich weniger erfolgreich – in Jordanien Fuß zu fassen. Anders als das iranische Regime, das für seinen antiisraelischen Kurs problemlos über sonstige Differenzen beispielsweise mit der sunnitischen Hamas hinwegsehen kann und auch für Kooperationen mit vermeintlich moderaten oder links-säkularen palästinensischen Organisationen jederzeit zur Verfügung steht, solange es nur gegen den gemeinsamen zionistischen Todfeind geht, erteilt der IS einer derartigen antiisraelischen Bündnispolitik eine explizite Absage, verteufelt nicht nur „säkulare und kommunistische Bewegungen“ wie Fatah, PFLP und DFLP, sondern auch die unmittelbar mit dem Iran kooperierenden „Ungläubigen“ von der Hisbollah und den Islamischen Djiha sowie die „Apostaten“ von der Hamas. Der IS droht allen palästinensischen Fraktionen, die weiterhin ihrem Nationalismus frönen, anstatt sich den hehren Zielen des IS-Kalifen für eine von „Polytheismus“ und „Unglauben“ in jeglicher, keineswegs bloß jüdischer Ausprägung „gesäuberten Welt“ unterzuordnen (ISIS 2016).

Die Programmatik des iranischen Regimes, die auf das konkrete Geschehen im Nahen Osten heute ungleich mehr Einfluss hat als die Überbleibsel der marxistisch-leninistischen Ideologie oder auch die neusten Moden des antinationalen Israelbashings, hat der Politikwissenschaftler Wahied Wahdat-Hagh schon früh und treffend als „eliminatorischen Antizionismus“ beschrieben (Wahdat-Hagh 2008:

44). 2015 hatte sich der damals amtierende US-Präsident in die Debatte über den Charakter des iranischen Regimes eingeschaltet – und sich wenig überraschend bei jenen eingereiht, welche die Bedeutung des Antisemitismus des iranischen Regimes systematisch herunterspielen. Barak Obama meinte: „Wenn jemand antisemitisch ist, oder rassistisch [das scheint für den mittlerweile ehemaligen Präsidenten das Gleiche zu sein, S. G.], hält einen das nicht davon ab, am eigenen Überleben interessiert zu sein [...] Die Tatsache, dass der Oberste Führer [Ali Khamenei] ein Antisemit ist, heißt nicht, dass das über all seinen anderen Überlegungen steht.“ (Goldberg 2015) Das einzige Gute an diesem Statement war, dass das Weiße Haus erstmals offiziell eingestanden hat, dass Khamenei ein Antisemit ist. Aber jenseits davon drückte sich in dieser Stellungnahme ein gefährliches Unverständnis des nicht nur mörderischen, sondern stets auch selbstzerstörerischen Potenzial des modernen Antisemitismus und der Märtyrerieideologie des iranischen Regimes aus, die auch heute noch für viele westliche Einschätzungen charakteristisch ist. Obama meint, Antisemiten würden durchaus „irrationale Entscheidungen treffen“, aber lediglich hinsichtlich „Diskriminierungen“ und hinsichtlich des „Versuches, antisemitische Rhetorik“ als „organizing tool“ zu verwenden, also als Mittel zum Zweck (ebd.). Wenn dies das Verständnis von Antisemitismus ist, mag es womöglich vernünftig sein, irgendwelche Deals mit Ali Khamenei zu schließen.

Wie sehr das Wiener Atom-Abkommen mit dem iranischen Regime von 2015 auf einer Fehleinschätzung des iranischen Regimes aufbaut, hat unter anderem das Göttinger Politikwissenschaftler-Duo Sarah Sinnreich und Behrouz Khosrozadeh in einer Studie herausgestrichen. Mit Verweis auf den institutionellen Aufbau des iranischen Regimes legen sie ausführlich dar, warum die „Islamische Republik“ nicht reformierbar ist und inwiefern das Dauergeplänkel zwischen vermeintlichen „Reformern“ und sogenannten „Hardlinern“, zwischen „Moderaten“ und „Konservativen“ letztlich nur der Stabilität der Herrschaft der Ajatollahs dient (Khosrozadeh/Sinnreich 2015). Sie schreiben gegen die seit der Wahl Hassan Rohanis 2013 geradezu endemisch gewordene Verharmlosung des iranischen Regimes an, die sich bis heute fortsetzt, rufen die Bedeutung der iranischen Revolution von 1979 für die diversen Spielarten des globalen Islamismus in Erinnerung, skizzieren die ideologischen Grundlagen des Khomeinismus und lassen die Amtszeiten der Präsidenten Mohammed Khatami (1997–2005) und Mahmoud Ahmadinejad (2005–2013) Revue passieren. Das Duo verweist auf die Kontinuität der Herrschaftsausübung im Iran nach der Präsidenten-Wahl 2013, auf die fortgesetzte Holocaust-Leugnung, die deutlich steigenden Hinrichtungszahlen unter Rohani und die Kürzungen im Sozialbereich bei massiver Steigerung der Ausgaben für das reguläre Militär und die Pasdaran: „Rohani rügt einerseits die Revolutionswächter, zugleich steigert er deren Budget im Vergleich zum Vorjahr um 50 %.“ (Ebd.: 173)

Die Studie ruft in Erinnerung, dass die konkurrierenden Fraktionen in der Islamischen Republik sich kaum darum streiten, was die Ziele der Islamischen Revolution sind, sondern in erster Linie darum, wie diese Ziele am besten erreicht werden

können. Bemerkenswert ist sowohl die Kritik an in deutschsprachigen Medien dauerpräsenten „Iran-Experten“ wie Michael Lüders und Udo Steinbach, denen Naivität hinsichtlich der irrationalen Elemente in der khomeinistischen Ideologie attestiert wird, als auch an exiliranischen Autoren wie Bahman Nirumand, der „dem Westen sein Sündenregister der letzten 200 Jahre“ vorhalte, aber keine praktikablen Vorschläge zur Beseitigung des Atomprogramms und zur Bekämpfung des Regimes biete. Gerade jene iranischen Linksintellektuellen, die 1979 „gegenüber den religiösen Fanatikern geradezu blind“ (ebd.: 170) gewesen seien, würden heute lieber den Westen kritisieren, als die „menschenverachtenden Praktiken der weltfremden religiösen Diktatur im Iran“ (ebd.: 163) anzuprangern. Solche Autoren reproduzierten die simple antiimperialistische Weltsicht, in der das iranische Regime stets als David erscheine, der sich gegen den imperialistischen Goliath zur Wehr setze. Sinnreich und Khosrozadeh hingegen charakterisieren die iranische Bevölkerung als den David, dem in Gestalt des iranischen Regimes ein wahrhaftig „barbarischer Goliath“ gegenüberstehe (ebd.: 145).

Auch in einem weiteren entscheidenden Punkt hebt sich das Autorenduo von den gängigen Einschätzungen des linken exiliranischen Milieus ab: Sie verteidigen vehement die Sanktionspolitik gegen Teheran als „richtig und notwendig“, und „ungeachtet des populistischen Kriegshetzer-Vorwurfs“ stellen sie zumindest die Frage, „ob ein begrenzter Angriff auf Irans Nuklearanlagen“ nicht zumindest eine Option sein muss, so alle anderen Bemühungen scheitern (ebd.: 183). Entgegen der Mär vom automatischen Zusammenrücken der iranischen Bevölkerung bei einer Intervention von außen sehen sie bei einer militärischen Eskalation „den Sturz des Regimes durchaus im Bereich des Möglichen“ (ebd.: 169).

Anders als Lüders und ähnliche Nahost-Experten, welche die Bedrohung Israels durch das iranische Regime in einer atemberaubenden Projektion regelmäßig in Kriegslüsterheit des jüdischen Staates gegen den Iran umdeuten, zeichnen Sinnreich und Khosrozadeh ein realistisches Bild sowohl von den Vernichtungsfantasien der herrschenden Mullahs als auch von den israelischen Handlungsoptionen gegenüber dem iranischen Regime und halten fest, dass Israel in keinem Fall „unbedacht einen Krieg beginnen“ würde (Khosrozadeh/Sinnreich 2015: 148). Sie betonen die Zentralität der antiamerikanischen und antiisraelischen Hetze für die Ideologie des Regimes und kritisieren jene „naiven westlichen Experten“, die meinen, die Parolen gegen Israel und die USA seien für die Machthaber in Teheran lediglich Rhetorik (ebd.: 39). Sinnreich und Khosrozadeh erheben Einspruch gegen die Einschätzung, die Machthaber in Teheran könnten in eine Politik der Stabilisierung eingebunden werden. Zum Kern der Identität des iranischen Regimes gehöre die ständige innen- und außenpolitische Krisenerzeugung.

Für alle, die immer noch an einen „zivilen“ Charakter des iranischen Nuklearprogramms glauben, tragen Sinnreich und Khosrozadeh abermals akribisch alle Fakten, Beweise und Indizien zusammen, die in aller Eindeutigkeit auf den mili-

tärischen Charakter der iranischen Atomambitionen verweisen, der mittlerweile selbst von hohen Regime-Repräsentanten eingestanden wird.

Die massive Bedrohung, die vom iranischen Regime, seinem eliminatorischen Antizionismus und seinem Atomwaffenprogramm weiterhin ausgeht (auch nach 10/7 und der massiven militärischen Schwächung der iranischen „Widerstandsachse“ insbesondere im Libanon, Syrien und den palästinensischen Gebieten), wird auch in nächster Zeit die zentrale Gefahr für die jüdische Existenz und Souveränität im Nahen Osten sein – weil die Weltgesellschaft bisher keine Wege gefunden hat, die nukleare, mit einer antisemitischen Ideologie kombinierte Bedrohung aus dem Iran zu neutralisieren und Israel mit diesem Problem weitgehend alleine gelassen hat.

Literatur

- Amadeu Antonio Stiftung (Hg.) (2010): „Das hat’s bei uns nicht gegeben!“ Antisemitismus in der DDR. Berlin: AAS.
- Arnold, Sina (2016): Das unsichtbare Vorurteil. Antisemitismuskurse in der US-amerikanischen Linken nach 9/11. Hamburg: Hamburger Edition.
- Augstein, Jakob (2015): Die iranische Bombe kommt sowieso. In: Spiegel-Online, 9.4.2015, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/jakob-augstein-ueber-den-atomvertrag-mit-iran-und-benjamin-netanyahu-a-1027654.html> [Zugriff: 14.3.2025].
- Augstein, Jakob; Marwecki, Daniel (2024): Wie weit geht die deutsche Staatsräson? radio eins rbb, 27.5.2024, <https://www.ardaudiothek.de/episode/radioeins-und-freitag-salon/wie-weit-geht-die-deutsche-staatsraeson/radioeins/13435837/> [Zugriff: 28.1.2025].
- Avineri, Shlomo (2016): Theodor Herzl und die Gründung des jüdischen Staates. Frankfurt a. M.: Jüdischer Verlag.
- Becker, Ulrike (2024): Nazis am Nil. Die westdeutsch-ägyptischen Beziehungen der Nachkriegszeit im Schatten des Nationalsozialismus. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Betzler, Lukas; Glittenberg, Manuel (2015): Antisemitismus im deutschen Mediendiskurs. Eine Analyse des Falls Jakob Augstein. Baden-Baden: Nomos.
- Bolton, Matthew; Pitts, Frederick Harry (2023): Labour, antisemitism and the critique of political economy. In: Stoetzer, Marcel (Hg.): Critical Theory and the Critique of Antisemitism. London: Bloomsbury, 253–274.
- Brenner, Michael (2016): Israel. Traum und Wirklichkeit des jüdischen Staates. Von Theodor Herzl bis heute. München: C. H. Beck.
- Brumlik, Micha (2013): Vorwort. In: Ullrich, Peter: Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt. Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs. Göttingen: Wallstein.

- Brumlik, Micha (2016): Wann, wenn nicht jetzt. Versuch über die Gegenwart des Judentums. Berlin: neofelis.
- Brumlik, Micha (2022): Postkolonialer Antisemitismus. Achille Mbembe, die palästinensische BDS-Bewegung und andere Aufreger. Hamburg: VSA.
- Butler, Judith (2013): Am Scheideweg. Judentum und die Kritik am Zionismus. Frankfurt a. M.: Campus.
- Chaouat, Bruno (2024): Ist Theorie gut für die Juden? Das fatale Erbe französischen Denkens. Berlin: Edition Tiamat.
- Fiedler, Lutz (2017): Matzpen. Eine andere israelische Geschichte. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Fine, Robert; Spencer, Philip (2016): Antisemitism and the Left: The Recurrence of the Jewish Question. Manchester: Manchester University Press.
- Gärtner, Stefan (2013): Wer Juden hasst, bestimme ich. In: Titanic. Das endgültige Satiremagazin, Januar 2013, <https://www.titanic-magazin.de/heft/2013/januar/essay-augstein/> [Zugriff: 23.1.2015].
- Goldberg, Jeffrey (2015): Look. It's my name on this. Bama Defends the Iran Nuclear Deal. <http://www.theatlantic.com/international/archive/2015/05/obama-interview-iran-isis-israel/393782/> [Zugriff: 19.1.2025].
- Greene, Toby (2015): Israel's Two States Debate. In: International Affairs 91, Heft 5, 1009–1026.
- Greene, Toby (2016): Two-state solution 2.0. New Israeli thinking on the Israeli-Palestinian conflict. In: fathom. For a deeper understanding of Israel and the region. <http://fathomjournal.org/two-state-solution-2-0-new-israeli-thinking-on-the-israeli-palestinian-conflict/> [Zugriff: 19.1.2025].
- Greenstein, Ran (2014): Zionism and its Discontents. A Century of Radical Dissent in Israel/Palestine. London: Pluto Press.
- Grigat, Stephan (2009): Mit dem Mufti gegen den Zionismus – mit Gromyko für Israel. Aus der Frühgeschichte der israelischen und palästinensischen Kommunistischen Partei. In: Transversal. Zeitschrift für Jüdische Studien 10, Heft 2, 97–127.
- Grigat, Stephan (2011): „Dezisionierung Israels“. Thesen zum linken Antizionismus im jüdischen Staat. In: Transversal. Zeitschrift für Jüdische Studien 12, Heft 1-2, 131–147.
- Grigat, Stephan; Orr, Akiva (2006): Interview, aufgenommen in Netanya/Israel am 29.1.2006, Audiomitschnitt im Besitz des Verfassers.
- Hanloser, Gerhard (2016): Der linke Antizionismus in Westdeutschland und Westberlin. In: Mohr, Markus (Hg.): Legenden um Entebbe. Ein Akt der Luftpiraterie und seine Dimensionen in der politischen Diskussion. Münster: Unrast, 193–248.
- Hanser, Walter (2015): Israel, Palästina und der Universalismus. In: Kosmoprolet, Heft 4, 108–140.

- Herf, Jeffrey (2016): *Undeclared Wars with Israel. East Germany and the West German Far Left. 1967–1989*. New York: Cambridge University Press.
- Hirsh, David (2017): *Contemporary Left Antisemitism*. London: Routledge.
- ISIS (2016): *Jihad In Palestine Does Not Take Precedence Over Jihad Elsewhere*. 22.3.2016, http://www.memri.org/report/en/0/0/0/0/0/0/9089.htm#_edn3 [Zugriff: 19.2.2025].
- Jäckel, Everhard; Kuhn, Axel (Hg.) (1980): *Adolf Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924*. Stuttgart: DTV.
- Joffe, Josef (2013): *Antisemitismus-Knüppel. Israel-Kritik oder Dämonisierung?* In: *DIE ZEIT*, 10.1.2013, <https://www.zeit.de/2013/03/Zeitgeist-Antisemitismus-Adorno> [Zugriff: 23.1.2025].
- Judt, Tony (2003): *Israel. Die Alternative*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 12, 1463–1479.
- Lanzmann, Claude: *Der patagonische Hase. Erinnerungen*. Reinbek: Rowohlt.
- Keller, Fritz (2010): *Gelebter Internationalismus. Österreichs Linke und der algerische Widerstand (1958–1963)*. Wien: Promedia.
- Khosrozadeh, Behrouz/Sinnreich, Sarah (2015): *Iran. Republik der Täuschung, Tricks und Propaganda. Die Nuklearmachtambitionen des schiitischen Gottesstaates*. Berlin: Köster.
- Kistenmacher, Olaf (2016): *Arbeit und „jüdisches Kapital“. Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung Die Rote Fahne während der Weimarer Republik*. Bremen: edition lumière.
- Kistenmacher, Olaf (2023a): *„Gegen den Geist des Sozialismus“. Anarchistische und kommunistische Kritik der Judenfeindschaft in der KPD zur Zeit der Weimarer Republik*. Freiburg: ça ira.
- Kistenmacher, Olaf (2023b): *Mehr als Schuldabwehr. Zu den Ursprüngen des linken Antizionismus und Israelhasses*. Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, CARS Working Papers 15, Aachen: <https://doi.org/10.17883/4398> [Zugriff: 20.1.2025].
- Leemhuis, Remko (2020): *„Ich muß deshalb dringend von jeder zusätzlichen Aktion für Israel abraten.“ Das Auswärtige Amt und Israel zwischen 1967 und 1979*. Münster: LIT.
- Lieber, Dov (2016): *After nuke deal was signed, Iran dissidents came to Israel to discuss its consequences*. <http://www.timesofisrael.com/after-nuke-deal-was-signed-iran-dissidents-came-to-israel-to-discuss-its-consequences/> [Zugriff: 19.1.2025].
- Machover, Moshe (2013): *Israel und Palästinenser. Konflikt und Lösung*. Hamburg: Laika.
- Markl, Florian (2016): *Applaus für antisemitische Hetze im EU-Parlament*. <https://www.mena-watch.com/applaus-fuer-antisemitische-hetze-im-eu-parlament/> [Zugriff: 19.1.2025].

- Marwecki, Daniel (2024): Absolution. Israel und die deutsche Staatsräson. Göttingen: Wallstein.
- Meining, Stefan (2016): Zwischen Nichtbeziehung, Feindschaft und später Annäherung. Die Deutsche Demokratische Republik und Israel. In: Glöckner, Olaf; Schoeps, Julius H. (Hg.): Deutschland, die Juden und der Staat Israel. Eine politische Bestandsaufnahme. Hildesheim: Olms, 176–191.
- MEMRI (2016): ISIS: Jihad In Palestine Does Not Take Precedence Over Jihad Elsewhere. http://www.memri.org/report/en/0/0/0/0/0/0/9089.htm#_edn3 [Zugriff: 19.1.2025].
- Norwood, Stephen H. (2013): Antisemitism and the American Far Left. Cambridge: Cambridge University Press.
- Orion, Assaf; Eilam, Shadar (Hg.) (2018): The Delegitimization and BDS Threat to Israel and Diaspora Jewry. Strategic Assessment. Tel Aviv: INSS.
- Orr, Akiva (1994): Israel: Politics, Myths and Identity Crisis. London: Pluto Press.
- Pappé, Ilan (2016): Die Idee Israel. Mythen des Zionismus. Hamburg: Laika.
- Pelinka, Anton (2015): Israel. Ausnahme- oder Normalstaat. Wien: Braumüller.
- Rabinovici, Doron; Sznajder, Natan (2016): Herzl Relo@ded. Kein Märchen. Frankfurt a. M.: Jüdischer Verlag.
- Rich, Dave (2016): The Left's Jewish Problem. Jeremy Corbyn, Israel and Anti-Semitism. London: Biteback.
- Rickenbacher, Daniel (2020): The Centrality of Anti-Semitism in the Islamic State's Ideology and Its Connection to Anti-Shiism. In: Jikeli, Günther (Hg.): The Return of Religious Anti-Semitism. Religions 2019, 10(8), 483. <https://doi.org/10.3390/rel10080483> [Zugriff: 19.1.2025].
- Saggerer, Alina (2019): „Ihr seid Juden, ihr werdet heute alle sterben.“ Der Antisemitismus hinter dem islamistischen Attentat in Paris. In: Salzborn, Samuel (Hg.): Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen. Baden-Baden: Nomos, 269–283.
- Scheit, Gerhard (2021): Die Bewaffnung des Gestors – von Theodor Herzl zu Vladimir Jabotinsky. In: Jabotinsky, Vladimir Ze'ev: Die jüdische Kriegsfront. Freiburg: ça ira, 199–234.
- Shindler, Colin (2010): The Triumph of Military Zionism: Nationalism and the Origins of the Israeli Right. London: I. B. Tauris.
- Shindler, Colin (2021): Book Review. Matzpen. A History of Israeli Dissidence. In: fathom. For a deeper understanding of Israel, the region, and global antisemitism: <https://fathomjournal.org/book-review-matzpen-a-history-of-israeli-dissidence/> [Zugriff: 19.1.2025].
- Shpiro, Shlomo (2016): Nachrichtendienstliche und militärische Kooperationen zwischen Israel und Deutschland. Einblicke in die frühen Jahre. In: Glöckner, Olaf;

- Schoeps, Julius H. (Hg.): Deutschland, die Juden und der Staat Israel. Eine politische Bestandsaufnahme. Hildesheim: Olms, 115–147.
- Solomon, Jay (2016): *The Iran Wars. Spy games, bank battles, and the secret deals that reshaped the Middle East*. New York: Random House.
- Stöver, Merle (2019): Je suis juif. Antisemitische Elemente des islamistischen Terrors in Europa. In: Salzborn, Samuel (Hg.): *Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen*. Baden-Baden: Nomos, 253–267.
- Taut, Jakob (1986): *Judenfrage und Zionismus*. Frankfurt a. M.: ISP.
- Wahdat-Hagh, Wahied (2008): Die Herrschaft des politischen Islam im Iran. Ein Überblick zu Struktur und Ideologie der khomeinistischen Diktatur. In: Grigat, Stephan; Hartmann, Simone Dinah (Hg.): *Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer*. Innsbruck: Studienverlag, 39–57.
- Waibel, Harry (2017): *Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR*. Stuttgart: Schmetterling.
- Yogev, Einav; Lindenstrauss, Gallia (Hg.) (2017): *The Delegitimization Phenomenon: Challenges and Responses*. Tel Aviv: INSS.
- Yücel, Deniz (2013): Mit fettarschiger Selbstzufriedenheit. In: taz, 15.1.2013, <https://taz.de/Kolumne-Besser/!5075375/> [Zugriff: 23.1.2025].

III. THEORETISCHES

Subversives Denken im Postnazismus

Agnoli Staats- und Faschismuskritik, Debords „Kritik mit der Axt“ und der Prozionismus der Kritischen Theorie

Wladimir Iljitsch Lenin empfahl den Revolutionären, sich in Zeiten der Konterrevolution in „Geduld und Theorie“ zu üben (Lehmann 2013). Der antiautoritäre Kritiker Johannes Agnoli setzte hingegen auf Geduld und Ironie. Auf den Einwand, es sich damit im falschen Ganzen hedonistisch bequem zu machen, entgegnete der von 1972 bis 1990 als Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft Lehrende kurz vor seinem Ableben: „Man braucht doch kein Jesuit, Jakobiner oder Bolschewik zu sein, bloß weil man vorhat, den Staat zu zerstören. Der echte Revolutionär muss sich immer einen Rest von Ironie und Selbstironie bewahren. Kommunismus ist wichtig, aber *Osso bucco* ist auch nicht ohne.“ (Agnoli/Bruhn 2003) Mit dieser ironischen Distanz versuchte Agnoli sich die verdummenden Zumutungen der spätkapitalistischen und postfaschistischen Gesellschaft, so gut das eben geht, bis zu seinem Tod vom Leib zu halten.

Theodor W. Adorno kritisierte den zunehmenden Verlust der Fähigkeit zu lebendiger und selbstreflexiver Erfahrung im Spätkapitalismus, die insbesondere die Antisemitismuskritik vor kaum lösbare Probleme stellt. Und Guy Debord, der zentrale Aktivist und Autor der Situationistischen Internationale (S.I.), der ähnlich wie die Kritische Theorie eine an Karl Marx orientierte, sich an Georg Lukács abarbeitende, antitotalitäre, antikollektivistische und den Arbeitsfetischismus der traditionellen Linken zurückweisende Gesellschaftskritik formuliert hat, beschrieb eine „allgemeine Rückbildung der Sinnlichkeit“ in der fordistischen Industriegesellschaft, die sich insbesondere im Desinteresse am Geschmack von Essen und Trinken zeige und mit einer „außerordentlichen Rückbildung geistiger Klarheit“ einhergehe (Debord 2011: 260). Und er hat Recht: Wer nicht genießen kann, kann in aller Regel auch nicht denken.

Als zugleich Vordenker und Aktivist der Protestbewegung Ende der 1960er Jahre lehnte Agnoli die sympathisierende Skepsis Adornos und Max Horkheimers gegenüber der 68er Bewegung ab. Das schlug sich in einer 1969 publizierten, auf die vermeintliche Ablehnung revolutionärer Praxis durch die Kritische Theorie abzielenden scharfen Kritik an Adorno nieder (Agnoli 1998: 51f.). In seinen letzten Lebensjahren äußerte Agnoli sich allerdings sehr viel differenzierter über die nach Frankfurt am Main zurückgekehrten Exilanten, die vor der nationalsozialistischen Verfolgung aus Deutschland in die USA geflohen waren. „Im großen geschichtlichen Zusammenhang“ (Agnoli/Bruhn 2003) hielt er die Arbeiten von Adorno

und Horkheimer für ausgesprochen wichtig und wendete sich vehement gegen die „unkritische Theorie“ (Bolte 1989) von Jürgen Habermas, dem er „Verrat“ an der radikalen Gesellschaftskritik von Adorno und Horkheimer vorwarf. Er fand es „empörend“, dass Habermas „immer noch als Vertreter der Kritischen Theorie gilt“ (Agnoli/Bruhn 2003).

Was Agnoli mit der Kritischen Theorie verband, war sein Insistieren darauf, dass Gesellschaftstheorie nur als Gesellschaftskritik zu haben ist, dass die Darstellung gesellschaftlicher Kategorien und Ideologien, dass ihre begriffliche Rekonstruktion immer ihre Verurteilung impliziert. In Abgrenzung zu einem traditionellen Theorieverständnis sind Agnolis Überlegungen ebenso wie jene Debords dem von Horkheimer formulierten Diktum verpflichtet, dass eine kritische Theorie der Gesellschaft ein „einziges entfaltetes Existentialurteil zu sein“ habe (Horkheimer 1937: 244).

Materialistische Kritik nach Adorno ist sich nicht nur der Unmöglichkeit von Objektivität bewusst, gegen die sie eine offene Parteilichkeit setzt. Sie reflektiert auch das Problem, Kritik in der Form von Theorie formulieren zu müssen, sich gleichzeitig aber über die Unmöglichkeit ihres Daseins in der Form von Theorie im Klaren zu sein. Die theoretische Wahrheit des von Marx als automatisches Subjekt bestimmten und polemisch ins Visier genommenen Kapitals wäre seine praktische Abschaffung. Oder, wie es in der *Gesellschaft des Spektakels* von Debord aus dem Jahr 1967 gegen die Positivisten jeglicher Couleur heißt: „Die Wahrheit dieser Gesellschaft ist nichts anderes als die Negation dieser Gesellschaft.“ (Debord 1967: 170)

Während Debord und die Situationisten den Pariser Mai von 1968 maßgeblich mit herbeigeführt haben, und Agnoli 1966 mit anderen Vordenkern der Außerparlamentarischen Opposition (APO) in Berlin die Novembargesellschaft und 1967 den Republikanischen Club mit gegründet hat, in dem entscheidende Diskussionen über die Ausrichtung der APO und des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) stattfanden, verunmöglichte Adorno schon allein sein Sensorium für regressive Tendenzen in aktivistischen Bewegungen eine vorbehaltlose Identifizierung mit den 68ern. Adorno äußerte sich 1969 entsetzt über das Niederbrüllen des israelischen Botschafters Asher Ben-Nathan – dem ersten Gesandten des jüdischen Staates in der Bundesrepublik – durch deutsche linke und arabisch-nationalistische Studenten. In einem Brief an den in den USA verbliebenen Herbert Marcuse warnte er angesichts solcher Ereignisse vor der Gefahr eines Umschlagens jener Studentenbewegung, die maßgeblich von Agnoli beeinflusst wurde, in Faschismus (Kraushaar 1998: 652; Aschrafi 2019).¹

1 Die konformistischen und repressiven Elemente in der Bewegung ließen die 68er auch schnell in Opposition zu Adornos Vorstellungen von Kunst geraten. Während Adorno Autonomie und eine Art selbstreflexiver Selbstbezüglichkeit der Kunst verteidigte, forderten die sich merkwürdigerweise als antiautoritär verstehenden Studierenden, alles der Autorität der Revolution unterzuordnen, also „engagierte Kunst“ zu fabrizieren. Große Teile der Studierenden glaubten damals

Doch ganz wie bei Adorno und Horkheimer resultierte die Beschäftigung mit der Gesellschaft bei Agnoli und Debord nicht aus einem rein akademischen Interesse, sondern aus der Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen und dem darin gründenden Interesse an allgemeiner Emanzipation, aus der „Sehnsucht nach dem ganz Anderen“ (Horkheimer 1970). Sowohl für die Kritische Theorie als auch für Agnoli und Debord ist der Materialismus keine überhistorische Methode, sondern eine jeweils historisch-gesellschaftlich zu bestimmende Form der Kritik. Ein materialistischer Begriff des Materialismus impliziert mit Notwendigkeit, dass er seine eigene Abschaffung betreibt (Adorno 1974: 277; Demirovic 1999: 460f.), indem er die „Assoziation der Freien und Gleichen“ (Agnoli 2000) verwirklicht, und damit – so die begründete Hoffnung – auch dem Antisemitismus die Grundlage entziehen würde.

Biografisches: Agnolis „Negation als destructio“

Johannes Agnoli starb 2003 im Alter von 78 Jahren im italienischen Lucca, wohin er sich nach seiner Emeritierung 1990 an der Freien Universität Berlin zurückgezogen hatte. 1925 in Valle di Cadore in Norditalien geboren, brachte Agnoli als 16-Jähriger in einer Schülerzeitung antisemitische Phrasen gegen die Heimtücke von „Engländern und Juden“ zu Papier (zit. n. Hewener 2025: 13) und engagierte sich als 17-Jähriger in der *Gioventù Italiana del Littoria*, der faschistischen Jugendorganisation, was ihm einen Platz auf der Liste der zu Erschießenden der italienischen Partisanen einbrachte. Später, als linkskommunistischer Antifaschist, setzte er sich immer wieder mit den unterschiedlichen Strömungen in Benito Mussolinis Bewegung und mit philosophischen Vordenkern des Faschismus wie Ugo Spirito und Giovanni Gentile auseinander – und formulierte in Gesprächen nicht nur Verständnis, sondern deutliches Lob für die Partisanen, die ihn als 17-Jährigen erschießen wollten.

Gleich nach der Matura meldete sich Agnoli bei der Waffen-SS, die in Italien für die Rekrutierung von ausländischen Freiwilligen zuständig war, und kam zu den Gebirgsjägern der Wehrmacht. Er kämpfte unter anderem gegen Partisanen in Jugoslawien und geriet in britische Kriegsgefangenschaft in Ägypten. Agnoli war offensichtlich Zeit seines Erwachsenenlebens von einer tiefen Scham darüber geprägt, „als junger Mann auf der falschen Seite gekämpft zu haben“ (Hewener 2025: 15). Über seine Mitgliedschaft in der faschistischen Jugend hat Agnoli sehr offen und auch öffentlich gesprochen (Burgmer 2002: 18). Auf seine Zeit bei der Wehrmacht hingegen musste man ihn schon direkt ansprechen, um etwas darü-

ernsthaft, in kurzer Zeit selbst im postnazistischen Deutschland, mit dem deutschen Proletariat Revolution machen zu können. Vor diesem Hintergrund kann man sich ihr Entsetzen vorstellen, als sich jemand wie Adorno lieber hinsetzte und eine umfangreiche *Ästhetische Theorie* schrieb, die 1970 erschienen ist und auf einige frühe Aufsätze Adornos zu Ästhetik und Musik zurückgreift (Grigat 2020).

ber zu erfahren, was ihm völlig zu Recht scharfe Vorwürfe eingebracht hat (Kraushaar 2007; Aly 2009) und einen fundamentalen Unterschied zu den Exilanten aus Frankfurt markiert.

1948 wurde Agnoli aus der britischen Kriegsgefangenschaft nach Deutschland entlassen und arbeitete als Hilfsarbeiter in einer Holzfabrik in Südwestdeutschland, wo er engen Kontakt zu einem alten Mitglied der Kommunistischen Partei hatte. Er studierte in Tübingen, wo sich ihm durch intensive Marx-Lektüre eine neue Welt eröffnete. 1957 trat er in die SPD ein, aus der er 1961 auf Grund seiner Kooperation mit dem SDS ausgeschlossen wurde. Zuvor hatte er 1959, unter anderem gemeinsam mit der Assistentin von Ernst Bloch, einen Programmentwurf für den SPD-Parteitag in Bad Godesberg formuliert, der von Agnoli als „selbst-ernannter Gastdelegierter“ (Agnoli/Bruhn 2003) am Parteitag als Gegenentwurf zum letztlich verabschiedeten und bis 1989 gültigen Godesberger Programm eingebracht wurde, mit dem sich die SPD endgültig von ihrer Tradition als marxistisch inspirierte Klassenpartei verabschiedete und zur Volkspartei transformierte.

Auch hier zeigt sich eine Parallele Agnolis zur Kritischen Theorie: Adorno und Horkheimer hatten nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Diskussion über die Notwendigkeit eines neuen *Kommunistischen Manifests* wieder aufgenommen (Horkheimer/Adorno 1956; Quadfasel 2013), und Anfang der 1960er Jahre äußerte Adorno den Plan, in Anlehnung an Marx' *Kritik des Gothaer Programms* eine Kritik des Godesberger Programms zu schreiben, um die sozialdemokratische Versöhnung mit der falschen Gesellschaft ins Visier zu nehmen (Braunstein 2011).

Nach seiner Promotion unterrichtete Agnoli 1956 an der Universität Tübingen und 1958 an der Technischen Hochschule in Stuttgart, trat 1960 eine Assistentenstelle in Köln an, die er auf Grund seines Engagements für die Anerkennung der DDR schnell wieder verlor, und wurde Assistent an der Freien Universität Berlin, wo er sich 1972 habilitierte. In Westberlin verunsicherte er, als unter anderem wegen Verunglimpfung des Staates gegen ihn ermittelt wurde, seinen Arbeitgeber und die Justiz ebenso wie seine akademischen Kollegen, indem er sie – Gerichtssäle regelmäßig in Hörsäle verwandelnd – mit Texten wie dem 1979 publizierten *Versuch, Strafkammer und Staatsanwaltschaft über Faschistoides und Form Staat aufzuklären* traktierte – seine Verteidigungsrede im Mescalero-Prozess, in dem mehrere Professoren auf Grund der Herausgabe eines Kommentars zur Ermordung des Generalbundesanwaltes Siegfried Buback durch die Rote Armee Fraktion vor Gericht standen (Agnoli 1998: 165f.).

Zeit seines Schaffens ging es Agnoli darum, den durch den Staat garantierten „objektiven Zwangscharakter der gesellschaftlichen Reproduktion“ zu kritisieren (Agnoli/Mandel 1980: 19), ihn als historisch und sozial Gewordenes und daher in emanzipativer Absicht auch Überwindbares darzustellen. Zugleich machte er sich im Gegensatz zu vielen Protagonisten der Revolten der 1960er und 1970er Jahre wenig Illusionen über die unmittelbaren Erfolgsaussichten solch einer Überwindung. Bei allem zeitweiligem Optimismus sah Agnoli die Notwendigkeit einer

Flaschenpost im Sinne der Kritischen Theorie, kalkulierte das Scheitern des revolutionären Aufbruchs von vornherein mit ein und setzte auf die geduldige Arbeit der Kritik und der Negation, auf „die mühselige Arbeit des Maulwurfs“ (Agnoli 2000), auf subversives Denken und die Inszenierung von kollektiver Selbstreflexion, die er beispielsweise durch regelmäßige Vorträge vor italienischen Arbeitsmigranten in den Autofabriken in Wolfsburg oder durch Diskussionen mit Fiat-Arbeitern in Turin zu befördern versuchte. Über sein Wissenschaftsverständnis schrieb der Staatskritiker mit Lehrstuhl ausgehend von Baruch de Spinoza, Immanuel Kant, dem jungen Georg Wilhelm Friedrich Hegel und Karl Marx: „Die Abschaffung des objektiven, durchaus interessierten, also besonderen Interessen zweckdienlichen Zwangscharakters der Gesellschaft: zu diesem Ende soll Politische Wissenschaft betrieben werden.“ (Agnoli 1990: 20) Die Politische Wissenschaft beziehe sich nicht „auf das gestörte Verhältnis der Politik zur Verfassung. Sie zeigt vielmehr an, daß die Verfassung die Regelung eines gestörten gesellschaftlichen Verhältnisses ist.“ (Agnoli 1990: 17)

Agnoli sah in Marx keinen positivistischen Wirtschaftswissenschaftler, sondern den Denker der Revolution und konnte sich darin einig wissen mit Horkheimer, der postulierte, dass es darauf ankomme, „Marx nicht mit den Augen des ökonomischen Fachmanns zu sehen, sondern mit denen eines Menschen, der weiß, daß er in der verkehrten Gesellschaft lebt und die richtige Gesellschaft will“ (Horkheimer 1988: 325). Wenn Agnoli sich mit den Klassikern politischen Denkens beschäftigte, ging es ihm nicht um Philologie, sondern stets um die Frage, inwiefern sie helfen können, das „Nachdenken über eine andere Form der gesellschaftlichen Synthesis zu befördern“ (Agnoli/Bruhn 2003).

Ähnlich wie die Kritische Theorie sich niemals zum Mitmachen oder zu konstruktiver Kritik nötigen ließ (Löwenthal 1980), fühlte Agnoli sich einer radikalen Kritik verpflichtet. Einerseits beteiligt er sich nicht an der Suche nach alternativen politischen Formen zur besseren Verwaltung des Kapitalismus. Andererseits bietet er aber auch keine konkreten Alternativen für eine potenzielle nachkapitalistische Gesellschaft an. Ganz im Gegenteil: Sowohl die realsozialistische und parteikommunistische Vorstellung von einer vom Kapital emanzipierten Gesellschaft und von der zur Erlangung solch einer Gesellschaft notwendigen Organisationen als auch alternative linksradikale Organisationsformen erscheinen ihm kritikwürdig – auch wenn seine Sympathie für letztere außer Frage stand. In seiner Ablehnung des Auspinselns von Utopien wusste er sich einig mit Adornos Diktum, dass „das Falsche, einmal bestimmt erkannt und präzisiert, bereits Index des Richtigen, Besseren ist“ (Agnoli 1969: 793). Gegen den Realsozialismus des Ostblocks und den „Superstaat“ der Sowjetunion (Burgmer 2002: 68) erinnerte er stets an das Marx'sche Postulat, dass in einer befreiten Gesellschaft „die Freiheit jedes Einzelnen“ die „Voraussetzung für die Freiheit aller“ zu sein habe (Burgmer 2002: 28).

Protagonisten postmoderner und poststrukturalistischer Theorien, die spätestens Ende der 1980er Jahre ihren Siegeszug an den Universitäten antraten, mussten

sich durch Agnolis Materialismus provoziert fühlen, mit dem er auf ebenso simple wie wichtige Einsichten in die Praxis von Ausbeutung und Herrschaft in kapitalverwertenden und staatlich organisierten Gesellschaften verwies. Schon Adorno ahnte die Notwendigkeit, sich nicht von modischen Theorieansätzen Grundeinsichten einer Gesellschaftskritik in der Tradition von Marx abmarkten zu lassen: „Der Materialismus hat immer und in all seinen Versionen gegenüber der chichen, der raffinierten Philosophie auch so ein Moment von Zurückgebliebenheit, von Bäuerlichkeit.“ (Adorno 1974: 175) Ganz in diesem Sinne hielt Agnoli schon zu einem frühen Zeitpunkt gegenüber modischen Sprachtheorien fest: „Gewiss: Sprachlich durchsetzen können sich nur die Herrschenden, aber nicht weil sie sprechen, sondern weil sie herrschen.“ (Agnoli 1997: 62) „PC“-Sprachregelungen“ betrachtete er als „heuchlerischen Versuch, gesellschaftliche Mißstände semantisch zu über-tünchen“ (Agnoli 1998: 10).

Einen Eindruck von Agnolis Lehrtätigkeit vermittelt seine *Subversive Theorie*, eine Mitschrift seiner vorletzten Vorlesung an der Freien Universität Berlin, die als dritter Band seiner *Gesammelten Schriften* erschienen ist. Agnoli stand im schroffen Gegensatz zu den akademischen Theorieverwaltern und universitären Sachbearbeitern, die selbst noch Marx den kritischen und polemischen Stachel gezogen haben. Er blieb stets ein zu Empathie fähiger Denker, dem es ähnlich wie Adorno und Debord um eingreifende Kritik ging. Nicht theoretische Stimmigkeit um ihrer selbst willen war diesen Autoren ein Anliegen, sondern es ging um in Begriffe zu fassende reflektierte Erfahrung zum Zwecke der Intervention in die gesellschaftliche Wirklichkeit.

Agnoli versucht in der *Subversiven Theorie* von den antiken und christlichen Mythen über das Mittelalter bis zur Neuzeit die Geschichte der theoretisch-intellektuellen und der praktischen Subversion nachzuzeichnen. Er liefert Beispiele für einen möglichen anderen Umgang mit politischer Philosophie- und Ideengeschichte und zeigt, wie widerständige, subversive oder auch einfach nur unbequeme Denker und vor allem Denkerinnen im Mainstream der Wissenschaften missachtet, fehlinterpretiert oder auch pathologisiert wurden und werden. Den Begriff der Subversion fasst er – wieder an die Flaschenpost der Kritischen Theorie erinnernd – als Form menschlicher Emanzipation in finsternen, also in repressiven und antiemanzipatorischen Zeiten. Hinsichtlich der Universität empfiehlt Agnoli die *Destruktion als Bestimmung des Gelehrten in dürftiger Zeit*, wie der Titel eines 1990 zuerst in der linken Monatszeitschrift *konkret* erschienenen Beitrags lautet (Agnoli 1995: 10ff.). Die Subversion ist nicht die allgemeine Emanzipation selbst, sondern ihre Vorbereitung. Sie bedeutet „Negation sans phrase, Negation als destructio, als eigenwillige Vernunft“ (Agnoli 1999: 16). Die Subversion ist eine sowohl theoretische als auch praktische Tätigkeit, welche die Ordnung angreift, ohne jedoch wie Faschisten und andere Protagonisten einer konformistischen und antiaufklärerischen Revolte eine „noch ordentlichere Ordnung“ (Agnoli 1999: 14) einzufordern.

Staats- und Demokratiekritik

In Agnolis Streifzug durch die Philosophiegeschichte lassen sich immer wieder die Grundzüge seiner Staats- und Politikkritik erkennen, wie er sie in seinen bekannten Texten wie der 1967 erstveröffentlichten und in ihrer ursprünglichen Fassung zusammen mit dem Sozialpsychologen Peter Brückner geschriebenen *Transformation der Demokratie* entwickelt hat, die als „Bibel der Außerparlamentarischen Opposition“ (Kraushaar 2008: 143) galt und nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich enormen Einfluss auf die revoltierenden Studierenden Ende der 1960er Jahre hatte. Bis Anfang der 1990er Jahre wurde die *Transformation der Demokratie* im deutschsprachigen Raum weit über linksakademische Kreise hinaus rezipiert. Seit Anfang der 1990er Jahre werden seine Überlegungen im Mainstream der deutschsprachigen Politikwissenschaft kaum mehr zur Kenntnis genommen. Nimmt man sich ihrer doch einmal an, so werden sie bestenfalls als „Produkte ihrer Zeit“ und schlimmstenfalls als „linksfaschistisch“ abqualifiziert, womit linker Staatskritik, die auf einen Verein freier Menschen abzielt, eine Wesensverwandtschaft mit faschistischer Demokratieverachtung unterstellt werden soll. Agnoli hat auf solche Vorwürfe dahingehend reagiert, dass er deutlich gemacht hat, dass er „den bürgerlichen Verfassungsstaat“ nicht kritisiert, „weil die bürgerliche Verfassung das ist, was ein Carl Schmitt von ihr denkt, also die Institutionalisierung der Herrschaft einer Schwatzbude“, sondern „als den Staat des Kapitals“ (Agnoli/Bruhn 2003), ohne dass er je die bürgerlichen Freiheitsrechte, die der Verfassungsstaat in aller Regel garantiert, gering geschätzt hätte.

Gegen die Institutionalisierung der Subversion setzte Agnoli seine Parlamentarismus- und Staatskritik, in der er auf eine Involutionstendenz der modernen Demokratien verwies.² Diese führe dazu, dass die ursprünglich revolutionäremanzipativen Institutionen, wie sie sich in Folge der Französischen Revolution entwickelt haben, sich im modernen Verfassungsstaat autoritär-rechtsstaatlicher Prägung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu reinen Herrschafts- und Verwaltungsinstitutionen transformieren. Nach Agnoli würden sie dadurch für die allgemein menschliche Emanzipation, auf die das „negative Potential“ (Burgmer 2002) in der Gesellschaft stets ziele, schlicht unbrauchbar.

Mit Bezug auf den marxistischen Staats- und Rechtskritiker Eugen Paschukanis ging es Agnoli nicht in erster Linie um die je unterschiedlichen Staatsformen und ihre Institutionen, sondern um die „Form Staat“ (Neupert 2013: 191), die in den diversen Epochen der kapitalistischen Produktionsweise immer notwendig sei, um dem gestörten ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnis in der „Form Politik“ eine je unterschiedlich erscheinende, vermittelnde und organisierende Ge-

2 Ausführlich zu Agnolis Demokratie-, Staats- und Politikkritik siehe Grigat (2018) im *Sage Handbook of Frankfurt School Critical Theory*, wofür eine modifizierte Langfassung von Teilen dieses Beitrags ins Englische übersetzt wurde.

walt zu verleihen, die selbst nicht identisch ist mit dem Geschäft, das sie letztlich zu sichern hat.

Der Staat ist mehr als ein Erfüllungsgehilfe der Ökonomie. Agnoli hat nachdrücklich darauf verwiesen, dass der Staat im Kapitalismus nicht einfach der Staat der Kapitalisten ist, sondern der Staat des Kapitals, wobei das Kapital als ein gesellschaftliches Verhältnis und nicht als ein monolithischer Machtblock verstanden werden muss – was einer personalisierenden, stets zum Antisemitismus tendierenden Gesellschaftskritik eine Absage erteilt. Der Staat muss sich nach Agnoli angesichts der Krisenhaftigkeit kapitalistischer Gesellschaften nicht nur in die Rolle des ideellen Gesamtkapitalisten im Sinne von Marx und Engels hineindenken, sondern auch in die Rolle des ideellen Gesamtproletariers. Der Staat kann nach Agnoli „kein ‚Agent‘ des Kapitals“ sein, weil das Gesamtkapital keine reale Größe ist, sondern eine allerdings reale Vermittlung“ (Agnoli 1995: 48). In der „immanenten Anarchie der Kapitalbewegung“ mit ihrem „doppelten Konflikt“ zwischen den Einzelkapitalen einerseits und den Klassen andererseits ist es nach Agnoli einzig der Staat, der als „realer Gesamtorganisator“ zu agieren vermag (ebd.: 46).

Faschismus, Postfaschismus und Postnazismus

Agnolis Arbeiten beschreiben den Umschlag der negativen Dialektik des Liberalismus: die Transformation der „klassischen Form des Klassenstaats liberal-polizeilichen Typus“ (ebd.: 43), in dem der Staat wirtschaftspolitisch als „Nachtwächterstaat“, innenpolitisch aber stets, wie Agnoli immer wieder betont hat, als „Tagespolizist“ gegen das rebellische Proletariat auftritt (ebd.: 44), in den Faschismus – eine Entwicklung, deren Beginn er im Zeitalter des klassischen Imperialismus am Ende des 19. Jahrhunderts datierte. Mit Bezug auf Alfred Sohn-Rethels Analysen zur Klassenstruktur im deutschen Nationalsozialismus begriff Agnoli Faschismus im ökonomiekritischen Sinne als die politische Absicherung einer aus den Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals und dem Zusammenbruch des Weltmarktes resultierenden Rückgriff auf die absolute Mehrwertproduktion im Gegensatz zur relativen. Der faschistische „Raub- und Eroberungskrieg“ sei ein „notwendiger Bestandteil der Krisenlösungsstrategie“ (Agnoli 1997: 102). Die politische Gewalt im faschistischen Staat richtet sich im Gegensatz zum bürgerlichen Verfassungsstaat nicht nur gegen die revolutionäre, sondern auch gegen die reformistische Arbeiterbewegung, was Agnoli als „Spezifikum der faschistischen Form bürgerlicher Herrschaft“ bezeichnet, die zugleich den „gemeinsamen Nenner aller bürgerlichen Herrschaftsformen in Erinnerung“ rufe (ebd.: 111).

Nach Agnoli war der italienische Faschismus für die bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften der Nachkriegszeit deutlich wichtiger als der deutsche Nationalsozialismus, dessen Vernichtungswahn er aus der kapitalistischen Logik herausfallen sah: Die „Zerstörung von Arbeitskräften gehört nicht zu dieser Logik, auch wenn das deutsche Kapital der Nutznießer gewesen ist.“ (Agnoli 2003: 19) Im

Gegensatz zum Nationalsozialismus sei dem italienischen Faschismus keine Ideologie der Volksgemeinschaft eigen gewesen, sondern

„eine Ideologie der Neutralisierung der Klassenverhältnisse. Die Klassenverhältnisse wurden als Realität anerkannt, aber sie sollten institutionalisiert werden – was in Deutschland nicht der Fall war, denn hier wurde die Klassenstruktur einfach geleugnet und mit der Volksgemeinschaft übertüncht. Nicht von ungefähr wurden die Gewerkschaften in Deutschland verboten. In Italien dagegen bestanden sie fort, wenn auch in faschistischer Verkleidung. Der Korporatismus [...] bedeutete den Versuch, die Klassenstruktur durch den Einbau der Exponenten dieser Klassen in gemeinschaftliche Institutionen unter der Ägide des Staates zu neutralisieren.“ (Ebd.)

Der Faschismus sei „keine Diktatur im üblichen Sinne des Wortes“ gewesen, sondern er habe „versucht, einen allgemeinen Konsens jenseits der gesellschaftlichen Konflikte herzustellen“ (ebd.).

Mitunter tendiert Agnoli dazu, sich in seiner Kritik zu sehr auf eine Manipulation der sogenannten Beherrschten durch die scheinbar selbstbewusst Herrschenden zu konzentrieren. In seinen faschismustheoretischen Schriften findet sich zwar nie jener vorbehaltlose Bezug auf die angeblich nur verhetzte Arbeiterklasse, das Volk oder die Massen, wie man es von Teilen der marxistischen Linken kennt, aber auch bei Agnoli ist, selbst noch wenn es um den Antisemitismus geht, vorrangig von Herrschaftstechniken die Rede. Das weist Ähnlichkeiten zu einigen problematischen Formulierungen in Adornos und Horkheimers *Dialektik der Aufklärung* auf, in denen sie den „hohen Auftraggebern“, die wüssten, worum es eigentlich gehe, bescheinigen, die Juden nicht zu hassen. Ähnlich wie Agnoli konstatieren sie, der Antisemitismus diene der Herrschaft zur Ablenkung und Korruption. Während die herrschenden Kreise ihn unterhielten, würden die Beherrschten ihn ausüben (Horkheimer/Adorno 1947: 179).

Agnoli weist zwar darauf hin, dass er nicht in der Lage sei, die Shoah „mit irgendwelchen rationalen, marxistischen oder sonstigen Kategorien zu begreifen“ (Agnoli 1997: 10), und er hält an der richtigen Charakterisierung der Massenvernichtung als Ausdruck einer „totalen Irrationalität der Herrschaft“ fest (ebd.: 52). Den Antisemitismus vor dem Schritt zur bürokratisch organisierten und sowohl industriell wie handwerklich betriebenen Massenvernichtung im Nationalsozialismus begreift aber auch er nur als Mittel zu einem außerhalb des Antisemitismus liegenden Zweck. Die Behauptung von der jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung wird von ihm nicht als selbst geglaubte Lüge, als aus dem auf die Spitze getriebenen Irrsinn kapitalistischer Warenproduktion und staatlicher Herrschaft resultierende pathologische Projektion begriffen, sondern als eines der „Hauptinstrumente zur Integration und Manipulation auf Massenniveau“ beschrieben (ebd.: 127). Es besteht hier die Gefahr einer Verharmlosung des Antisemitismus als eines besonders hinterhältigen Herrschaftsmittels, das den scheinbar selbstbewusst

Herrschenden zur kalkulierten Machtsicherung je nach Lage der Dinge frei zur Verfügung steht. Der real vorhandene Antisemitismus in herrschenden Kreisen droht dadurch unbeachtet zu bleiben und in Bezug auf die aus ihm resultierenden Handlungen ebenso unterschätzt zu werden wie der auch ohne große Überredung oder Manipulation „von oben“ vorhandene Antisemitismus bei den abhängigen Klassen.

Agnoli hat mehrfach nachdrücklich darauf hingewiesen, dass wir es in den europäischen Nachkriegsstaaten keineswegs mit Gesellschaften zu tun haben, die aus dem Nichts entstanden sind, sondern mit postfaschistischen Gesellschaften, die zahlreiche Komponenten des Faschismus, wie beispielsweise den Korporatismus, in modifizierter und transformierter Form in sich aufgenommen haben. Der Faschismus dürfe nicht auf „die formalisierte Barbarei von ‚totalitärer Herrschaft‘“ und insbesondere nicht auf die nationalsozialistische Vernichtungspraxis reduziert werden, da sonst nicht mehr zu analysieren wäre, inwiefern das faschistisch korporatistische Modell der staatlichen Integration von Arbeit und Kapital unter der Ägide des politischen Gesellschaftsplaners partiell Eingang fand in die korporatistischen Modelle der Nachkriegsgesellschaften. Agnoli setzte die sozialpartnerschaftlichen Modelle im Europa nach 1945 nicht einfach mit dem faschistischen Sozialpakt gleich, versuchte aber darzustellen, was „zum Beispiel am westdeutschen Programm der sozialen Symmetrie oder an der Politik der französischen *planification* generell technokratische und was speziell faschistisch-korporative Züge aufweist“ (ebd.: 28f.).

Die spezifischen Ausprägungen des postfaschistischen Sozialpakts – die auf den Erfahrungen des Faschismus aufruhende etatistische Organisation des Widerstands von Kapital und Arbeit in den meisten europäischen Nachkriegsgesellschaften – entstehen nicht „naturwüchsig aus den Marktgesetzen“, sondern stellen

„vielmehr den Versuch dar, den aus den Fugen geratenen Markt wieder in die eigene Gesetzlichkeit zurückzuführen: bewußter Eingriff in das Verhältnis Arbeit-Kapital, um dessen (kapitalistisch verstandene) ‚Naturwüchsigkeit‘ wiederherzustellen und den Arbeitsmarkt wieder akkumulationsgerecht zu regeln.“ (Agnoli 1990: 198)

In der postfaschistischen Gesellschaft ist nicht nur das Kapitalverhältnis im Staat gegenwärtig, sondern der Staat wird – im Gegensatz zum liberalen Staat der frühbürgerlichen Epoche, der weitgehend auf den Zwang der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten vertraute – in das Kapitalverhältnis hereingeholt und agiert als Gesellschaftsplaner und präventiver Krisenbewältiger (Nachtmann et al. 2003).

Der spätkapitalistische Staat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts basiert auf den Erfahrungen des Herrschaftspersonals im Faschismus, die durch die militärische Niederlage von Faschismus und Nationalsozialismus nicht einfach revidiert wurden. Der Faschismus habe mit seinen wirtschafts- und sozialpolitischen Organisationsformen und politisch mit seinen institutionellen Strategien zur präventiven Abwehr radikaler Umwälzungen Komponenten entwickelt, die in die Kon-

tinuität des bürgerlichen Staates eingegangen und irreversibel seien (Agnoli 1997: 27f.): „Hört [...] eine Epoche auf, faschistisch zu sein, so bedeutet dies keineswegs, daß der Faschismus aufhören würde zu existieren und weiterzuwirken.“ Er wird nach Agnoli vielmehr „zu einer irreversiblen Komponente der kapitalistischen Gesellschaft“ (ebd.: 74). Der westdeutsche Staat der Nachkriegszeit erscheint so als „Staat gewordene Krisenprävention in Permanenz“ (Nachtmann 1995: 87), der Versuch, „durch eine Auflösung der Ambivalenz der Vertretungsorgane und der Vertretungsparteien“, die Agnoli im frühen Liberalismus und in der vorfaschistischen bürgerlichen Gesellschaft noch gegeben sah, „die Notwendigkeit des offenen Terrors in Krisenzeiten zu umgehen“ (Agnoli 1990: 41).

Mit seinem Insistieren auf das Nachwirken des Faschismus, bei gleichzeitiger Zurückweisung der Gleichsetzung staatlicher Repression im demokratischen Rechtsstaat mit den Praktiken des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus (Agnoli 1997: 28), formuliert Agnoli eine ähnliche Warnung wie Adorno, als dieser darauf verwies, dass er das Nachleben faschistischer Tendenzen in der Demokratie für potenziell bedrohlicher erachte als das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie:

„Die Einsicht, daß der Faschismus nicht etwa eine Art ‚alternativer Überbau‘ ist, sondern daß er, einmal als Herrschaftsform etabliert, die Bedingungen, die er vorfindet, qualitativ und irreversibel verändert, verbindet Agnolis Analysen mit denen der ‚Kritischen Theorie‘ Horkheimers oder Adornos.“ (Nachtmann 1995: 87)

Anders aber als bei Adorno und Horkheimer erfährt bei Agnoli die Tatsache, dass es sich bei der BRD nicht nur um einen postfaschistischen, sondern vor allem um einen postnazistischen Staat handelt, wenig Beachtung. Auch wenn Agnoli stärker und früher als andere auf Unterschiede zwischen dem italienischen Faschismus und dem deutschen Nationalsozialismus hingewiesen hat, fehlt es bei ihm zuweilen an einer Zuspitzung der Kritik der postnazistischen deutschen Gesellschaft, welche die modifizierte Fortexistenz der verfolgenden und sich verfolgt fühlenden nationalsozialistischen Volksgemeinschaft in der demokratisierten Volksgemeinschaft der BRD ins Visier zu nehmen hätte, die sich eklatant beispielsweise von der italienischen postfaschistischen Gesellschaft unterscheidet.

Nach Agnoli zielen Faschismus und liberale Herrschaftspraxis auf das gleiche Ziel der Aufrechterhaltung der Akkumulationsbedingungen in der kapitalistischen Gesellschaft. Die Methode ist beide Male repressiv, in der Konkretisierung aber das eine Mal terroristisch, das andere Mal konstitutionell, und es seien nur „besondere Umstände“, welche die bürgerliche Gesellschaft „auf den Weg des Terrors zwingen“ (Agnoli 1997: 24). Beide Wege stehen der bürgerlichen Gesellschaft nach Agnoli stets offen: „Der Kapitalismus will keinen Faschismus, sondern die Sicherung der Profite.“ (Ebd.: 43) Die Frage „Welche politische Form braucht das Kapital“ (Agnoli 2003: 23) bleibt eine immer wieder aufs Neue zu beantwortende. Agnoli

ging am Beginn des 21. Jahrhunderts davon aus, dass eine „sehr viel härtere politische Form“ zur „Reproduktion des weltweiten Kapitals“ notwendig sein wird, nicht zuletzt, um die „Privilegien der Metropolen“ zu garantieren und „gegen den Rest der Welt zu behaupten [...] der zwar zum Weltmarkt gehört, aber völlig außerhalb des Wohlstandes und aller kapitalistischer Segnungen liegt“ (2003: 25).

Die Auseinandersetzungen über Antisemitismus, ressentimenthafte Kapitalismuskritik, Israel und die Gefahren des Islamismus, wie sie seit Anfang der 1990er Jahre vor allem in der Linken in den deutschsprachigen Ländern geführt werden, und die bei einer Diskussion über zukünftige „härtere Formen“ der Vergesellschaftung eine entscheidende Rolle spielen müssten, konnten aus Agnolis Texten jedoch kaum Impulse erhalten. Das liegt in erster Linie daran, dass jene grundlegende Gemütslage nationalstaatlicher Warenmonaden, die sich darin äußert, dass man sich permanent betrogen und übervorteilt fühlt, einen diffusen Hass gegen „die da oben“ hegt und schlimmstenfalls auch noch von geheimen Mächten im Hintergrund fantasiert, die am eigenen Elend Schuld sein sollen, bei Agnoli nicht Gegenstand der Kritik ist, sondern ganz im Gegenteil immer wieder als Beleg für die grundsätzliche Widerständigkeit der abhängigen Massen herhalten muss. Die zum Teil rassistischen, vor allem aber antisemitischen Implikationen jenes antikapitalistischen Ressentiments, das einzelne Kapitalisten und Politiker kritisiert, aber nicht das Kapital oder die Form Staat als solche, bekommt Agnoli nur selten in den Blick. Selbst noch der rigide Antiintellektualismus deutscher Werktätiger, der fast nie ohne eine latente antisemitische Einfärbung auskommt, schien ihm bisweilen eine Bestätigung für die ursprüngliche Aversion der Arbeiter gegen Herrschaft jeglicher Art zu sein (Agnoli 1998: 106).

Antisemitismus, Israel und Islamismus

Was heute ansteht, ist gleichermaßen eine Radikalisierung wie auch eine Relativierung von Agnolis Kritik in Reflexion auf die Globalisierung der postnazistischen Konstellation, bei der herauszuarbeiten wäre, dass die Erfahrung des Faschismus und Nationalsozialismus nicht nur für die europäischen Gesellschaften zentrale Bedeutung hatten. Notwendig wäre eine Kritik an der begeisterten Bezugnahme auf jede auch nur irgendwie widerständige Regung der wert- und staatsfetischistischen spätbürgerlichen Subjekte und an der diesen Regungen im Postnazismus fast zwangsläufig innewohnenden Affirmation der Volksgemeinschaft und ihrer heutigen Surrogate.

Gegenüber Agnolis Kritik an der repräsentativen Demokratie mit ihren vermittelnden Instanzen und gegenüber seinem Setzen auf die emanzipativen Impulse des Volkes, das unmittelbar souverän werden soll, ist angesichts der Erfahrung mit der nationalsozialistischen Volksbewegung und der seit Anfang der 1990er Jahre zunehmenden Agitation rechtsradikaler, rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien für direktdemokratische Verfahrensweisen äußerste Skepsis angebracht –

auch wenn Agnolis Kritik von ihrer Intention her den antiemanzipativen Attacken auf Repräsentation und die vermittelnden Instanzen diametral entgegengesetzt ist und statt auf ein diffuses „gesundes Volksempfinden“ auf mündige, vernünftige Individuen rekurriert, die allerdings in der spätkapitalistischen postfaschistischen und postnazistischen Gesellschaft als kollektiv handelndes Subjekt nicht mehr existieren – und tendenziell nicht einmal mehr als Vereinzelte. Die Skepsis gegenüber einer unreflektierten Subversion wird heute angesichts einer von rechts außen vorangetriebenen „Disruption“ bestehender Ordnungen und einer „Subversion von oben“ noch deutlich verstärkt (Weiß 2025: 227–243).

Subversive Strategie im Sinne Agnolis müsste heute auch bedeuten, dass sich Gesellschaftskritik und insbesondere eine radikale Kritik an Staat und Kapital immer wieder aufs Neue ins Bewusstsein ruft, dass es etwas Schlimmeres gibt als die bürgerlich-kapitalistische Vergesellschaftung und ihre demokratisch-rechtsstaatliche Gewalt: ihre negative Aufhebung. Solange Freiheit im Sinne der Realisierung individueller und gesellschaftlicher Emanzipation keine Aussicht auf Erfolg hat, gilt es im Rahmen einer subversiven Strategie, die versucht, zumindest die Möglichkeiten kritischer Reflexion über die fetischistisch konstituierte, auf Herrschaft und Ausbeutung beruhende, das antisemitische Ressentiment stets aufs Neue aus sich hervorbringende Gesellschaft aufrechtzuerhalten, und zugleich das Schlimmste zu verhindern und jene Kräfte zu unterstützen, die sich gegen die Auflösung des schlechten Bestehenden in die antisemitische Barbarei stellen. Daraus resultiert der Versuch, die Reste jener vom Zwang zu Kapitalproduktivität und Staatsloyalität systematisch beschädigten Mündigkeit zu retten, die nicht nur eine Grundbedingung für eine Kritik des Antisemitismus ist, sondern auch zur Verwirklichung jener Freiheit, für die Agnoli sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eingesetzt hat.

Was das im 21. Jahrhundert für radikale Gesellschaftskritik in Fortentwicklung des kritischen Materialismus von Marx und Agnoli und im Anschluss an Adorno und Horkheimer bedeutet, hat Clemens Nachtmann, der Ende der 1980er Jahre bei Agnoli studiert hat, trefflich auf den Punkt gebracht: Jede Staatskritik sei daran zu messen, ob sie „mit dem Staat Israel, jener prekären Nothilfemaßnahme gegen die antisemitische Raserei“, sich solidarisch erklärt; und jede Kritik am Kapital danach zu beurteilen, ob sie „als ihr theoretisches Zentrum, dessen negative Selbstaufhebung in manifester Barbarei als eine wiederholbare Konstellation auf den Begriff zu bringen vermag und zum Angelpunkt der Agitation macht“ (Nachtmann 2012: 158).

Ähnlich wie Guy Debord orientiert sich Agnolis Kritik durchgängig am Marx’schen kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse abzuschaffen, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Marx 1843/1844: 385; Agnoli 1990: 20). Der kategorische Imperativ Adornos hingegen, der in Reflexion auf den Nationalsozialismus und mit Bezug auf den Marx’schen kategorischen Imperativ festhält, dass es „im Stande der Un-

freiheit“ darum geht, alles „Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe“ (Adorno 1966: 358), spielt für Agnoli Theoriebildung und seine politischen Urteile ebenso wie für die Situationisten nur eine untergeordnete Rolle. Das zeigte sich exemplarisch an der unterschiedlichen Einschätzung der Revolte von 1968 durch Agnoli einerseits und durch die dieser Revolte deutlich skeptischer gegenüberstehende Kritische Theorie andererseits, die Joachim Bruhn im Gespräch mit Agnoli treffend zusammengefasst hat:

„Adorno und Horkheimer haben immer aus der Erfahrung des Nationalsozialismus reflektiert, aus dem Umschlag der bürgerlichen Gesellschaft in die kapitale Barbarei heraus gedacht, während Du den Nazismus nach Maßgabe des italienischen Faschismus verstehst. Die Konsequenz dessen ist, daß die Rolle des Antisemitismus ignoriert oder verkannt wird. Deine Differenz zu Horkheimer/Adorno in Sachen Studentenbewegung rührt meines Erachtens daher.“ (Agnoli/Bruhn 2003)

Die Debatten über Staats- und Kapitalkritik vor dem Hintergrund der Besonderheiten der israelischen Staatlichkeit, die für die Auseinandersetzungen in der deutschsprachigen Linken seit Beginn der 1990er Jahre zentral waren (Grigat 2009) und zehn Jahre später zunehmend auch in der globalen Linken angekommen sind (Grigat 2012), hat Agnoli zwar interessiert verfolgt, sich aber nicht mehr öffentlich an ihnen beteiligt. Dennoch hob er sich auch in diesen Fragen vom Mainstream der Linken ab. Zwar existiert von ihm ein antizionistischer Text, den er als Vorwort zu Mario Offenbergs Dissertation über *Kommunismus in Palästina* (1975) ganz im Mainstream der damaligen Linken verfasst hat. Es ist dies aber ein Beitrag, der ihm später so unangenehm war, dass er ihn nach Auskunft eines seiner Verleger am liebsten vergessen machen wollte. In den 1980er Jahren, als es in der ihrem Selbstverständnis nach radikalen Linken noch nahezu Konsens war, von Israel als einem „nazi-ähnlichen“, „zionistisch-imperialistischen Gebilde“ zu reden, intervenierte er nach Auskunft einiger seiner ehemaligen Studenten in öffentlichen Veranstaltungen zumindest dahingehend, dass er gegen die Titulierung des Staates der Shoahüberlebenden und ihrer Nachkommen als „Brückenkopf des Imperialismus“ in Erinnerung rief, dass Israel im Westen lange Zeit als Brückenkopf des Sozialismus wahrgenommen wurde und insbesondere in den ersten Jahrzehnten nach der Staatsgründung ein starker Einfluss linkssozialistischer Gedanken in der israelischen Gesellschaft existierte. Agnoli artikulierte damit keine fundierte Kritik am antizionistischen linken Mainstream, brachte aber immerhin seine Skepsis gegenüber den linken Phrasen zum Ausdruck, die er auch in diesem Fall nicht als Dogmen zu akzeptieren bereit war.

Dass Agnoli sich auch in diesen Fragen am Ende seines Lebens sehr deutlich vom Mainstream der Linken abhob, kann man in dem Interview-Buch *Das negative Potential* von 2002 nachlesen, in dem er – kurz nachdem sich ein maßgeblicher Teil der globalen Linken im Abfeiern der antisemitischen Massaker in der Zweiten

Intifada und des islamistischen Massenmords von 9/11 von jeder kritischen Aufklärung verabschiedet und sich mit der Barbarei gemein gemacht hatte – mit einer völligen Selbstverständlichkeit von den islamischen Djiihadisten als einer ähnlichen Bedrohung für die Emanzipation spricht, wie es historisch die Faschisten gewesen sind: „Auch sie wollten und wollen niemals Freiheit, im Gegenteil. Ihr Wunschtraum ist es, die ganze Welt zu islamisieren. Dass sie das Befreiung nennen, liegt an der ideologischen Verwendung der Begriffe.“ (Burgmer 2002: 19)³

Diese Selbstverständlichkeit einer sowohl im Antifaschismus wie in materialistischer Religionskritik gründenden Islamkritik weist eine Parallele zur Situationistischen Internationale auf, die angesichts des zunehmenden Einflusses islamischer Strömungen auf die antikolonialen Bewegungen in der Dritten Welt 1965 die „Genossen“ hochleben ließen, die „den Koran in den Straßen Bagdads verbrannt haben“ (S.I. 1965). Auch in anderen Schriften der S.I. findet sich eine scharfe und polemische Kritik am Islam (Benl 2013: 206).

Zugleich existieren bei allen Gemeinsamkeiten der theoretischen Bezüge und der ebenso radikalen wie kritischen Intention zentrale Unterschiede zwischen der situationistischen Gesellschaftskritik und dem antiautoritären Materialismus Agnolis einerseits und der Kritischen Theorie andererseits. Die Differenzen Debords zur Kritischen Theorie Adornos werden an zwei Aspekten besonders deutlich. Erstens findet die Erfahrung von Auschwitz kaum Eingang in die revolutionstheoretischen Kategorien der Situationisten, während sich die Kritische Theorie gerade dadurch auszeichnet, den Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus und die Integration des deutsch-österreichischen Proletariats in das Vernichtungswerk in ihrer Bedeutung für radikale materialistische Gesellschaftskritik – und damit auch für die Ästhetik – zu reflektieren. Die Kritische Theorie stellte sich die Frage, warum sich das Proletariat in Deutschland und Österreich „nicht seiner Ketten, sondern seiner jüdischen Nachbarn“ (Gerber 2018: 11) entledigt hat.

Zweitens formuliert Debord eine Absage an die Kunst, anstatt in ihr eine Statthalterin des Nichtidentischen zu sehen. Zwar drehte er lange Zeit Filme, doch inszenierte er sich stets als „Anti-Künstler“, und gerade dieser Aspekt führte zu zahlreichen Ausschlüssen aus der S.I., in der deklarierte Künstler anfänglich noch eine wichtige Rolle gespielt hatten. Nicht sanfte, behutsame Aufhebung war Debords Programm, sondern Tabula rasa. In seinen Briefen (Debord 2011) wird das an der schroffen und mitunter fast brutalen Sprache deutlich, die nur noch selten etwas von der verzweifelte Zärtlichkeit erahnen lässt, die man aus den Schriften Adornos kennt. Nicht dialektische Aufhebung, die sich stets eine – auch bei Agnoli selten anzutreffende – Skepsis gegen den revolutionären Furor bewahren müsste, ist das Programm, sondern das große Reinemachen, wodurch der Furor, der das Umschlagen ins Antiemanzipative immer in sich trägt, befördert wird. Debords Vorstellung grundlegender gesellschaftlicher Umwälzungen ist von lautem Getöse

3 Nichts davon findet sich in der aktuellsten Publikation zu Agnoli (Hewener 2025).

geprägt: Die Revolution als großer Knall. Bei Adorno hingegen muss „die Überwindung des Ganzen [...] nicht mit gewaltigem Lärm vonstatten gehen – und das Fallende [...] schepperte nicht, weil was fiel als bestimmt Negiertes nicht mehr Fallendes wäre: Ein Aufprall bliebe aus; die Revolution käme auf Samtpfoten daher.“ (Braunstein 2011: 376)

Debord meinte, die Kunst bis zu ihrem Ende getrieben zu haben, und er ist in seinem Selbstverständnis zugleich über sie hinausgegangen, insbesondere mit seinem Film *Geheul für de Sade*, nachdem man sich tatsächlich fragt, was danach noch kommen soll. Der Film, der mit 90 Minuten Spielfilmlänge hat, gänzlich ohne Bilder auskommt und dessen Ende eine 24-minütige Schwarzphase bildet, wurde 1952 in Paris präsentiert und führte mehrfach zu tumultartigen Szenen im Publikum.

Eiko Grimmberg hat darauf hingewiesen, dass „das fehlende Kommunikationsangebot und die Abwesenheit von Bild und Farbe *Geheul für de Sade* auf den ersten Blick zu einem unversöhnten Glanzstück moderner Radikalität“ machen. Es ließe sich ganz im Sinne Adornos als „ein autonomes, sprich einer eigenen inneren Logik folgendes Werk charakterisieren“ (Grimberg 2006: 181f.). Im Gegensatz zu Adorno will Debord „aber gerade nicht die Autonomie der Kunst als Ort des Nicht-identischen bewahren. Sie ist ihm nicht Ziel, sondern Mittel zum Zweck.“ (Ebd.: 182)

Was die S.I. mit der Kunst wollte – sie ad hoc verwirklichen und damit „abschaffen“ –, war für Adorno Ausdruck der Regression. Den Wahrheitsgehalt der Kunst umstandslos zu verwirklichen ist für die Kritische Theorie totalitär. Während Debord die Kunst hier und jetzt wegschaffen wollte, sah Adorno in ihr die Erinnerung an die Befreiung in einer Zeit, in der diese Befreiung bis auf Weiteres nicht möglich ist. In der Begrifflichkeit Agnolis wäre Kunst in diesem Sinne als Subversion par excellence zu verstehen. Während die moderne, kapitalistisch-bürgerliche Gesellschaft Debord und den Situationisten als feindliches Terrain erscheint, thematisiert Kritische Theorie stets auch den immensen Fortschritt, den eben diese Gesellschaft den Individuen gebracht habe und der angesichts der barbarischen Kritik an dieser Gesellschaft unbedingt zu bewahren und zu verteidigen sei, wie Max Horkheimer 1967 notierte: „Heute kommt es [...] darauf an, zu retten, was von der persönlichen Freiheit noch übrig ist. Radikal sein heißt heute konservativ sein.“ (Horkheimer 1988: 413)

Debord und der S.I. ging es um ein enthusiastisches Anstacheln zur Aktivität. Sie wollten Tabula rasa nicht nur mit der Kunst veranstalten, sondern vor allem in der Gesellschaft. Das äußerte sich unter anderem in der Begeisterung für spontane Protest- und Widerstandsaktionen, auch wenn diese sich mit der schönen Forderung Debords schlecht verträgt, die Arbeiter müssten in der spektakulären Gesellschaft Dialektiker werden (1967: 107).

Der Begriff des Spektakels steht bei Debord für den Versuch einer Reformulierung von Gesellschaftskritik im Angesicht des Scheiterns der Emanzipationsbestre-

bungen des Proletariats, das sich im Siegeszug des „konzentrierten Spektakels“ von Stalinismus und Faschismus ebenso ausdrücke wie im „diffusen Spektakel“ des *consumer capitalism* samt sozialdemokratischer Integration des Proletariats und das sich im „integrierten Spektakel“ nach der Auflösung der Systemkonfrontation ab Ende der 1980er Jahre in der scheinbaren Alternativlosigkeit von Ausbeutung und Herrschaft fortschreibe. In *Kommentare zur Gesellschaft des Spektakels* heißt es, das Spektakel sei „die Selbstherrschaft der zu einem Status unverantwortlicher Souveränität gelangten Warenwirtschaft und die Gesamtheit der neuen Regierungstechniken, die mit dieser Herrschaft einhergehen“ (Debord 1988: 194). Zentral sei, dass die vom Spektakel erzeugten Bilder von allem Lebendigen abstrahieren. Dieses Lebendige wird von Debord als positiver Gegenpol zur spektakulären Herrschaft betrachtet. Dadurch, dass hier der positive Gegenpol zur toten, unmenschlichen Abstraktion gesehen wird, droht Debord – ähnlich wie andere Situationisten, insbesondere Raoul Vaneigem, bei dem diese Tendenz sehr viel stärker ausgeprägt ist und der dafür auch Kritik von Debord und dem italienischen Situationisten Gianfranco Sanguinetti erntete – in Vitalismus und Lebensphilosophie abzugleiten. Kunst kann mitunter eine notwendige Distanz ermöglichen. Wohl nicht zuletzt durch die Absage an die Kunst steht Debord vor dem Problem, dem Spektakel mit einem Konkretismus zu begegnen, der aber merkwürdig abstrakt bleibt. Was das Lebendige ausmacht, was das demnach tote Spektakel negieren soll, bleibt unklar. Debord postuliert ein vermeintliches richtiges Leben inmitten der falschen Gesellschaft als subversive Strategie. Er überschätzt die Verpflichtung der an Emanzipation interessierten Menschen, jetzt und hier anders zu leben, und gelangt in seinem autobiografischen *Panegyrikus* zu einer bemerkenswerten Selbsteinschätzung, wenn er tönt: „Ich habe jedenfalls bestimmt so gelebt, wie ich gefordert habe, dass man leben müsse.“ (Debord 1989: 55) Das blendet sämtliche sich notwendigerweise ergebenden Ambivalenzen und Paradoxien einer kritischen Existenz in der heutigen Gesellschaft aus, während Kritische Theorie stets bemüht ist, diese Ambivalenzen und Widersprüche zu reflektieren.

Debord erörtert zwar in knappen Worten den Beitrag des Faschismus zur Herausbildung des modernen Spektakels, kann ihn aber nur mit einem totalitarismustheoretischen Vokabular beschreiben – was allerdings nicht bedeutet, dass die S.I. gar kein Bewusstsein von deutschen Besonderheiten gehabt hätte: Die kurzlebige, maßgeblich von Dieter Kunzelmann geprägte deutsche Sektion der S.I. wurde schon früh ausgeschlossen – auf Grund des hellsichtigen Vorwurfs des „Nationalsituationismus“ (zit. n. Biene Baumeister Zwi Negator 2006: 8). Kunzelmann, später Mitbegründer der Kommune 1 in Berlin, war das Paradebeispiel für einen linken Antisemiten: Nach allem, was heute bekannt ist, war er maßgeblich verantwortlich für den Bombenanschlag auf das jüdische Gemeindezentrum in Berlin am Jahrestag der Reichspogromnacht, dem 9. November 1969 (Kraushaar 2005).

Andreas Benl hat darauf aufmerksam gemacht, dass Debord gegen Ende seines Lebens die Bedeutung des Antisemitismus zumindest in seiner Korrespondenz

stärker in den Blick nahm: 1992 erwähnt er in einem Brief nicht nur die *Protokolle der Weisen von Zion*, sondern bezeichnet das Jahr der Erstveröffentlichung dieses antisemitischen Klassikers als „ein wichtiges Datum im Aufkommen des modernen Spektakels“ – allerdings bekommt er auch an solchen Stellen die Besonderheit des NS-Vernichtungsantisemitismus nicht in den Blick, wenn er verkündet, „diese abscheuliche Fälschung erweist sich als ganz getreu dem Geist und der Praxis des abscheulichen Jahrhunderts des Nazismus, des Stalinismus und der spektakulären Demokratie“ (Debord 2011: 318; Benl 2013: 203).

Die gleichzeitige Kritik an faschistischer und stalinistischer Herrschaft zeigt eine Parallele Debords und der S.I. zu Adorno und Horkheimer auf, aber die Ausblendung des spezifisch nationalsozialistischen Antisemitismus markiert eine der deutlichsten Differenzen der Situationisten zur Kritischen Theorie. In Debords Hauptwerk, das „immerhin das Wesen der Gegenwart auf den Begriff zu bringen verspricht, findet sich kein Wort über Antisemitismus, Nationalsozialismus und Massenvernichtung“ (Bruhn 1998: 24). Die spezielle, massenmörderische und vernichtungsantisemitische nationalsozialistische deutsche Form der Krisenlösung wird, sofern sie „überhaupt behandelt wird, lediglich funktionalistisch ins Visier genommen“ (Benl 2013: 205).

Debords erkenntniskritisches Diktum, dass die „Wahrheit dieser Gesellschaft nichts anderes“ sei „als die Negation dieser Gesellschaft“ (1967: 170), ist in seiner Allgemeinheit ebenso richtig, wie es nach dem Nationalsozialismus, der barbarischen Negation der bürgerlichen Gesellschaft, durch eben diese Allgemeinheit falsch wird. Die Negation orientiert sich hier ausschließlich an Marx und reflektiert nicht mehr auf die historischen Katastrophen nach Marx, die Gegenstand der historisch-materialistischen Reflexion der Kritischen Theorie sind. Daraus resultiert jene „Kritik mit der Axt“, die Debord einforderte (2011: 258) und praktizierte. Er versucht an den rhetorischen Furor des jungen Marx aus der *Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* anzuschließen, was jedoch nur um den Preis gelingt, die Erfahrungen und Katastrophen des 20. Jahrhunderts weitestgehend auszublenken.

Die S.I. teilte mit der von ihr so scharf kritisierten Linken die Ignoranz gegenüber dem kapitalentsprungenen Antisemitismus, was ihr ein Verständnis des Zionismus als Notwehrmaßnahme gegen diesen Antisemitismus von vornherein unmöglich machte.⁴ Auch dies markiert einen entscheidenden Unterschied zu

4 Ausführlich dazu Grigat (2006b). Das situationistische Unverständnis des Zionismus schlägt sich in den Briefen Debords in kruden Thesen über den Jom-Kippur-Krieg des Jahres 1973 nieder. Während Israel sich auf Grund des Überraschungsangriffs der arabischen Nachbarn an einem der höchsten jüdischen Feiertage am Beginn des Krieges an den Rand einer Niederlage gedrängt sah, behauptet Debord allen Ernstes, dass sich die Israelis „am ersten Tag absichtlich haben angreifen lassen“ (Debord 2011: 141). Allerdings intendiert er keineswegs eine plumpe Denunziation des jüdischen Staates – so absurd seine Beschreibung der Situation auch anmutet. Vielmehr ging es ihm darum, diesen Krieg als „Gipfel des Spektakels“ zu beschreiben. Es herrsche ein „offenes Einverständnis zwischen Moskau und Washington – und zweifellos auch allen

Adorno, Horkheimer und auch Herbert Marcuse, die sich ganz selbstverständlich mit dem Grundmotiv des Zionismus solidarisch erklärten (Grigat 2006a; Huiskens 2014; Jacobs 2014; Lenhard 2017).

Der Antisemitismus tritt als eine allumfassende Welterklärung auf. Er ist die denkbar barbarischste Reaktionsweise auf den Zwang zu Kapitalproduktivität und Staatsloyalität und zugleich die weitestgehende Einverständniserklärung mit diesem Zwang. Der Antisemitismus, auch in seiner geopolitischen Reproduktion als Antizionismus, ist der Todfeind der Emanzipation. Ob eine Beschäftigung mit der situationistischen Kritik zu seiner Bekämpfung wird beitragen können, ist ausgesprochen fraglich. Vor allem deswegen – und das markiert einen deutlichen Unterschied zur Kritischen Theorie von Adorno und Horkheimer –, weil bei den Situationisten jene Fragen, die in heutigen Auseinandersetzungen zentral sind, wie das Verhältnis von Zivilisation und Barbarei, die Bedeutung des Nationalsozialismus für die Kritik der postnazistischen Konstellation und die Rolle des arabischen und islamischen Antisemitismus, so gut wie keine Rolle gespielt haben. Gerade für eine adäquate Beurteilung des Zionismus vor dem Hintergrund einer kritischen Theorie der modernen Gesellschaft lässt sich von Debord und der S.I. heute nichts lernen und an nichts anknüpfen: Da gibt es nichts zu retten.

Zionismus und kategorische Imperative

Wenn eine allgemeine Emanzipation doch noch einmal Wirklichkeit werden soll, kann es nicht darum gehen, aus der Existenz einer von Verwertungs- und Herrschaftsimperativen geprägten, von heteronomen Subjekten konstituierten Gesellschaft ein auf die allgemeine Emanzipation gerichtetes Bewusstsein zu folgern, sondern es ginge darum, sich zum einen über die *Schwierigkeiten* Rechenschaft abzulegen, die aus der von den Herrschafts- und Verwertungsimperativen dominierten Gesellschaft resultieren, und zum anderen zu erklären, wie aus der Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und dem Willen zur Veränderung, wie aus der Sehnsucht nach dem ganz Anderen eine mal ressentimenthafte, mal regressive, mal mörderische Partizipation am gesellschaftlichen Unheil im Wege seiner scheinbaren Bekämpfung werden kann. Ersteres verweist auf die Kritik des Fetischismus, in der sowohl bei Marx als auch bei Adorno und Debord thematisiert wird, wie die wertverwertende Gesellschaft aus sich selbst heraus Verkehrungen und Mystifikationen produziert, denen die diese Gesellschaft konstituierenden Subjekte unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit oder irgendwelcher soziologischer Zuschreibungen unterliegen. Zweiteres verweist im Anschluss an die Fetischkritik auf den Antisemitismus, der sowohl bei Debord als auch bei

arabischen Regierungen –, um endlich zu einem Frieden zu kommen, den die kriegslüsterne arabische Bevölkerung akzeptieren kann.“ (Ebd.) Tatsächlich war der relative Erfolg Ägyptens in diesem Krieg eine Voraussetzung für den Friedensschluss mit Israel, der 1979 folgte.

Agnoli keine konstitutive Bedeutung für die Formulierung ihrer Gesellschaftskritik gespielt hat, während die Kritische Theorie die Grundlagen schuf, ihn als pathisch-projektive Reaktion auf die Moderne, als konformistische Revolte gegen das Kapital auf seiner eigenen Grundlage und als antiemanzipatorische Ideologie und Praxis schlechthin zu dechiffrieren.

Sollte in der Zukunft doch noch einmal der Versuch unternommen werden, jenseits der klassenkämpferischen und etatistischen Borniertheit des traditionellen Marxismus eine radikal-emanzipative Kritik dadurch geschichtsmächtig werden zu lassen, dass unzufriedene und leidende Menschen in Reflexion auf die sie knechtenden gesellschaftlichen Zwänge sich aus dem Interesse an allgemeiner Emanzipation als ein „seiner eigenen Konstitution wie Logik gemäß ins Nichts sich aufhebender antagonistischer Anti-Souverän der zum revolutionären Subjekt sich assoziierenden Individuen“ (Bruhn 1998: 21) konstituieren, um die Freiheit der sich ihrer gesellschaftlichen Konstitution bewussten Individuen zu verwirklichen, so wird dieser Versuch *gegen* große Teile der heutigen Linken durchzusetzen sein. Will sich solch ein Versuch nicht mit jenen Teilen der Linken gemein machen, die Karl Marx zwar als Ikone vor sich her tragen, aber viel eher in der Tradition von Pierre-Joseph Proudhon und Ferdinand Lassalle stehen als in jener der Kritik der politischen Ökonomie; die von der Kritischen Theorie Adornos und Horkheimers nichts wissen wollen, aber den Khomeini-Bewunderer Michel Foucault verehren und dem Antizionisten Edward Said die Stange halten; und die einem der frühesten Kritiker des linken Antisemitismus wie Jean Améry bestenfalls mit Gleichgültigkeit begegneten, während sie in ihren schlimmsten Ausprägungen Stalin und Mao, Pol Pot und Idi Amin nachrannten; und die heute immer öfter das Bündnis mit der islamischen Konterrevolution suchen und gar nicht selten auch finden; wenn solch ein Versuch also nicht teilhaben will an jenem Aufklärungsverrat, für den die überwiegende Mehrheit der sich als marxistisch begreifenden Linken heute steht, so wird er die Kritik am linken Antisemitismus und an der marxistischen Israelfeindschaft zu einem seiner Ausgangspunkte nehmen und ein materialistisch fundiertes Verständnis des Zionismus als Notwehrmaßnahme gegen den in einer den Verwertungsimperativen des Kapitals und den Herrschaftsimperativen des Staates gehorchenden Gesellschaft sich stets reproduzierenden Antisemitismus entwickeln müssen.

Ein Materialismus, der eine befreite Gesellschaft im Sinne der Kritischen Theorie anstrebt, fühlt sich der Kritik alles Bestehenden verpflichtet, weiß jedoch spätestens nach Auschwitz, dass sich die materialistische Kritik zu einigem dieses Bestehenden positiver verhalten muss, als es ihr lieb sein kann. In der negativen Aufhebung der Gesellschaft wird ein ressentimentgeladener Antikapitalismus proklamiert, der das vom Kapital verursachte Elend nicht abschaffen, sondern nur anders, volksgemeinschaftlich oder ummasozialistisch, organisieren möchte und die zynische, den Tod zahlreicher Menschen achselzuckend in Kauf nehmende ins-

trumentelle Vernunft der bürgerlichen Gesellschaft noch durch die wahnhafte Vernichtung von Menschen um der Vernichtung willen ergänzt.

Nicht nur in Bezug auf den Antisemitismus erhält so der Reformismus im Gegensatz zur Tabula rasa und zu großsprecherischen Umsturzfantasien seine historische Berechtigung. Gegen zynische Verelendungstheorien gilt es das Prinzip des *tikkun olam* zu setzen, jene Verbesserung der Welt auch im Kleinen, die zum einen konkretes Leid mindert und zum anderen die Möglichkeit eines versöhnten Zustands in Erinnerung hält. Gerade nach der Erfahrung von Nationalsozialismus und Stalinismus sollte man sich eine Bemerkung Horkheimers aus den 1930er Jahren in Erinnerung rufen:

„Sei mißtrauisch gegen den, der behauptet, daß man entweder nur dem großen Ganzen oder überhaupt nicht helfen könne. Es ist die Lebenslüge derer, die in der Wirklichkeit nicht helfen wollen und die sich vor der Verpflichtung im einzelnen bestimmten Fall auf die große Theorie herausreden. Sie rationalisieren ihre Unmenschlichkeit.“ (Horkheimer 1934: 341)

Auch vor diesem Hintergrund ist die Parteinahme für Israel und die Verteidigung des Grundmotivs des Zionismus eine zwingende Konsequenz aus der Kritik des Fetischismus kapitalakkumulierender und staatlich verwalteter Gesellschaften. Der Antisemitismus, der auch schon im Nationalsozialismus antizionistisch war, hat zur Shoah geführt. Deutsche, Österreicher und ihre „Hilfsvölker“ haben die Vernichtung organisiert und durchgeführt. Alle anderen Staaten waren lange nicht willens oder fähig, den Massenmord zu verhindern. Die Gründung Israels war die notwendige und viel zu spät gezogene Konsequenz. Dementsprechend ist der Zionismus für die materialistische Kritik zwar nicht die richtige Antwort auf den Antisemitismus (das wäre die Errichtung einer freien Assoziation freier Individuen, die befreite Gesellschaft, die es den Menschen ermöglicht, ohne Angst und Zwang verschieden zu sein), aber er ist, ganz unabhängig von seiner je konkreten Ausgestaltung in der je unterschiedlich begründeten und zu bewertenden israelischen Regierungspolitik, die vorläufig einzig mögliche. So gesehen ist der Zionismus „das notwendig falsche Bewußtsein der Juden und Jüdinnen, die das richtige Bewußtsein über ihre Verfolgung erlangt haben“ (Scheit 2004: 286).

Hier wird deutlich, dass der kategorische Imperativ in der Marx'schen Fassung und in der Adorno'schen sich keineswegs widersprechen, dass also Adornos Forderung, alles Handeln so einzurichten, dass Auschwitz sich nicht wiederhole, nichts Ähnliches geschehe, letztlich nur dann entsprochen werden kann, wenn man sich der Forderung verpflichtet fühlt, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist. Adorno thematisiert allerdings mit unmittelbarem Bezug auf den Marx'schen kategorischen Imperativ – und anders als Debord oder Agnoli –, was im „Stande der Unfreiheit“ zu tun ist. Der zionistische kategorische Imperativ lau-

tete dann, vom materialistischen Verständnis aus betrachtet, in etwa: Solange es Menschen gibt, die sich zwar der allgemeinen Emanzipation und einem universalistischen Freiheits- und Gleichheitsbegriff verpflichtet fühlen, mit ihrem Anliegen aber keineswegs erfolgreich sind, versucht der Zionismus dem Adorno'schen Imperativ dadurch gerecht zu werden, dass mittels Gewalt die körperliche Unversehrtheit von Juden und Jüdinnen gewährleistet wird.⁵

Der Zionismus ist in diesem Verständnis ein aufgezwungener Partikularismus und Ausdruck des Umschlagens von positiver Geschichtsphilosophie in negative Dialektik. Israel ist die politische Emanzipation der Juden, welche ihre Teilhabe an der allgemeinen Emanzipation zum einen ermöglichen soll und zum anderen die Grundbedingungen der allgemeinen Emanzipation, die heute in erster Linie als gedanklicher Fluchtpunkt der Kritik noch eine Rolle spielt, überhaupt am Leben erhält. Da es hier nicht um das Selbstverständnis des Zionismus, sondern um seine materialistische Interpretation geht, lässt sich vor diesem Hintergrund sagen, dass in dieser Perspektive Israel und der Zionismus der bewaffnete Versuch der vom Antisemitismus Betroffenen sind, einen befreiten gesellschaftlichen Zustand überhaupt noch lebend zu erreichen (Initiative Sozialistisches Forum 2002: 13).

Literatur

Adorno, Theodor W. (1966): Negative Dialektik, Gesammelte Schriften (GS), Bd. 6. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1997.

Adorno, Theodor W. (1969): Kritik, in: Adorno, Theodor W., GS, Bd. 10.2. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1997, 785–793.

Adorno, Theodor W. (1974): Philosophische Terminologie, Bd. 2. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1992.

Agnoli, Johannes (1975): Vorwort. In: Offenberg, Mario: Kommunismus in Palästina. Nation und Klasse in der antikolonialen Revolution. Meisenheim am Glan: Anton Hain.

Agnoli, Johannes (1990): Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik, GS, Bd. 1. Freiburg: ça ira.

Agnoli, Johannes (1995): Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik, GS, Bd. 2. Freiburg: ça ira.

5 In jüngster Zeit sind einige, mitunter absurde Fehlinterpretationen solch eines materialistisch-zionistischen kategorischen Imperativs erschienen, beispielsweise bei Holz/Haury (2021): 262–263. Zur Kritik an Holz und Haury siehe beispielsweise Machunsky (2025): 176–190. Vor 22 Jahren, als die Kritik der politischen Ökonomie und der Zusammenhang von Gesellschafts- und Antisemitismuskritik in den Debatten einer israelsolidarischen Linken im deutschsprachigen Raum noch deutlich gegenwärtiger waren als heute, habe ich den Zusammenhang von Kritik gesellschaftlicher Totalität und Prozionismus bei einem Kongress in der Universität München so versucht auf den Punkt zu bringen: „Wer sich mit der Formel $x \text{ Ware A} = y \text{ Ware B}$ nicht nur irgendwie beschäftigen, sondern sie in all ihren Konsequenzen kritisieren möchte, muss sich mit der bewaffneten Selbstverteidigung Israels solidarisch erklären.“ (Grigat 2004: 310)

- Agnoli, Johannes (1997): *Faschismus ohne Revision*, GS, Bd. 4. Freiburg: ça ira.
- Agnoli, Johannes (1998): *1968 und die Folgen*, GS, Bd. 5, Freiburg: ça ira.
- Agnoli, Johannes (1999): *Subversive Theorie. „Die Sache selbst“ und ihre Geschichte*, GS, Bd. 3. Freiburg: ça ira.
- Agnoli, Johannes (2000): *Die Transformation der Linken. Der Lange Marsch von der Kritik des Politischen zum Glauben an den Staat*. In: *DIE ZEIT*, 17.2.2000, http://www.zeit.de/2000/08/200008.t-agnoli_xml [Zugriff: 26.1.2025].
- Agnoli, Johannes (2001): *Politik und Geschichte*, GS, Bd. 6. Freiburg: ça ira.
- Agnoli, Johannes (2003): *Die Verhärtung der politischen Form. Das Kapital und die Zukunft des Faschismus am Ende der liberaldemokratischen Epoche*. In: Grigat, Stephan (Hg.): *Transformation des Postnazismus. Der deutsch-österreichische Weg zum demokratischen Faschismus*. Freiburg: ça ira.
- Agnoli, Johannes; Bruhn, Joachim (2003): *Die Zerstörung des Staates mit den Mitteln des Marxismus-Agnolismus. Johannes Agnoli im Gespräch mit Joachim Bruhn*. <https://talipidae.wordpress.com/2007/03/29/die-zerstörung-des-staates-mit-den-mitteln-des-marxismus-agnolismus/> [Zugriff: 26.1.2025].
- Agnoli, Johannes; Mandel, Ernest (1980): *Offener Marxismus. Ein Streitgespräch über Dogmen, Orthodoxie und die Häresie der Realität*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Aly, Götz (2009): *Die Täter waren nicht primitiv*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.12.2009, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/im-gespraech-der-historiker-goetz-aly-die-taeter-waren-nicht-primitiv-1901840.html> [Zugriff: 26.1.2025].
- Aschrafi, Zarin (2019): *Der Nahe Osten im Frankfurter Westend. Politische Akteure im Deutungskonflikt (1967–1972)*. In: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe, 16, H. 3, DOI: <https://doi.org/10.14765/zzf.dok-1725> [Zugriff: 26.1.2025].
- Benl, Andreas (2013): *Debord lesen in Teheran. Die Situationistische Internationale, der Antisemitismus und die orientalische Ideologie*. In: *sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik*, Heft 2, 203–212.
- Biene Baumeister Zwi Negator (2006): *„Situationistische Revolutionstheorie“ – Communistische Aktualität und linke Verblendung*. In: Grigat, Stephan; Grenzfurthner, Johannes; Friesinger, Günther (Hg.): *Spektakel – Kunst – Gesellschaft. Guy Debord und die Situationistische Internationale*. Berlin: Verbrecher, 5–35.
- Bolte, Gerhard (Hg.) (1989): *Unkritische Theorie. Gegen Habermas*. Lüneburg: zu Klampen.
- Braunstein, Dirk (2011): *Adornos Kritik der politischen Ökonomie*. Bielefeld: transcript.
- Bruhn, Joachim (1998): *„Der Untergang der Roten Armee Fraktion. Eine Erinnerung für die Revolution.“* In: Marenssin, Emile: *Stadtguerilla und soziale Revolution. Über den bewaffneten Kampf und die Rote Armee Fraktion*. Freiburg: ça ira, 7–30.

- Bruhn, Joachim (2003): Das Einfache des Staates. Abschied von Johannes Agnoli, <https://www.ca-ira.net/wp-content/uploads/2018/06/isf-nachrufe.johannes.agnoli.pdf> [Zugriff: 26.1.2025].
- Burgmer, Christoph (2002): Das negative Potential. Gespräche mit Johannes Agnoli. Freiburg: ça ira.
- Debord, Guy (1967): Die Gesellschaft des Spektakels. Berlin: Edition Tiamat 1996.
- Debord, Guy (1988): „Kommentare zur Gesellschaft des Spektakels.“ In: Die Gesellschaft des Spektakels. Berlin: Edition Tiamat 1996, 189–280.
- Debord, Guy (1989): Panegyrikus. Erster Band. Berlin: Edition Tiamat.
- Debord, Guy (2011): Ausgewählte Briefe. 1957–1994. Berlin: Edition Tiamat.
- Demirović, Alex (1999): Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Gerber, Jan (2018): Karl Marx in Paris. Die Erfindung des Kommunismus. München: Piper.
- Grigat, Stephan (2004): Der Hass der Antiglobalisierungsbewegung auf Israel. Eine Kritik der No-Globals und ihrer Kritiker. In: AStA der Geschwister Scholl-Universität München (Hg.): Spiel ohne Grenzen. Zu- und Gegenstand der Antiglobalisierungsbewegung. Berlin: Verbrecher, 295–317.
- Grigat, Stephan (2006a): Befreite Gesellschaft und Israel. Zum Verhältnis von Kritische Theorie und Zionismus. In: Grigat, Stephan (Hg.): Feindaufklärung und Reeducation. Kritische Theorie gegen Postnazismus und Islamismus. Freiburg: ça ira, 55–77.
- Grigat, Stephan (2006b): Fetischismus und Widerstand. Guy Debords Rezeption der Kritik der politischen Ökonomie und die Schwierigkeiten der Gesellschaftskritik nach Auschwitz. In: Grigat, Stephan; Grenzfurthner, Johannes; Friesinger, Günther (Hg.): Spektakel – Kunst – Gesellschaft. Guy Debord und die Situationistische Internationale. Berlin: Verbrecher, 37–78.
- Grigat, Stephan (2009): „Projektion“ – „Überidentifikation“ – „Philozionismus“. Der Vorwurf des Philosemitismus an die antideutsche Linke. In: Diekmann, Irene A.; Kotowski, Elke-Vera (Hg.): Geliebter Feind – Gehasster Freund. Antisemitismus und Philosemitismus in Geschichte und Gegenwart. Berlin: VBB, 467–485.
- Grigat, Stephan (2012): To know the worst: Anti-Semitism and the failure of the Left on Iran. In: Platypus review, Vol. 6, No. 49: <http://platypus1917.org/2012/09/01/anti-semitism-and-failure-of-left-on-iran/> [Zugriff: 26.1.2025].
- Grigat, Stephan (2018): Johannes Agnoli. Subversive Thought, the Critique of the State, and (Post)Fascism. In: Best, Beverley; Bonefeld, Werner; O’Kane, Chris (Hg.): The SAGE Handbook of Frankfurt School Critical Theory, Vol. 3. London/New York: SAGE Publishing, 2018, 351–366.
- Grigat, Stephan (2020): Verzweifelte Zärtlichkeit versus Tabula rasa: Adornos ästhetische Theorie und Debords „Kritik mit der Axt“. In: Grenzfurthner, Johannes; Frie-

- singer, Günther (Hg.): Politischer Widerstand als kulturelle Praxis. Wien: edition mono/monochrom, 60–75.
- Grimberg, Eiko (2006): „Verwirklichen und Wegschaffen. Was die SI mit der Kunst wollte.“ In: Grigat, Stephan; Grenzfurthner, Johannes; Friesinger, Günther (Hg.): Spektakel – Kunst – Gesellschaft. Guy Debord und die Situationistische Internationale. Berlin: Verbrecher, 180–195.
- Hewener, Michael (2025): Von rechts nach links – Leben und Werk von Johannes Agnoli. In: Hewener, Michael (Hg.): Johannes Agnoli oder: Subversion als Wissenschaft. Berlin: Dietz, 10–55.
- Holz, Klaus; Haury, Thomas (2021): Antisemitismus gegen Israel. Hamburg: Hamburger Edition.
- Horkheimer, Max (1937): Traditionelle und kritische Theorie. In: Horkheimer, Max, Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze. Frankfurt a.M.: Fischer 1995, 205–261.
- Horkheimer, Max (1970): Die Sehnsucht nach dem ganz Anderen. Ein Interview mit Kommentar von Helmut Gumnior. Hamburg: Furche.
- Horkheimer, Max (1934): Dämmerung. In: Horkheimer, Max: GS, Bd. 2. Frankfurt a.M.: Fischer 1987, 321–452.
- Horkheimer, Max (1988): Nachgelassene Schriften 1949–1972, GS, Bd. 14. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W. (1947): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. In: Adorno, Theodor W.: GS, Bd. 3. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1997.
- Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W. (1956): [Diskussion über Theorie und Praxis]. In: Horkheimer, Max: GS, Bd. 19. Frankfurt a.M.: Fischer 1996.
- Huiskens, Jan (2014): Stachel im Fleische. Die Dialektik der Aufklärung und der zionistische Imperativ. In: prodomo. Zeitschrift in eigener Sache, Heft 18.
- Initiative Sozialistisches Forum (2002): Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und die linksdeutsche Ideologie. Freiburg: ça ira.
- Jacobs, Jack (2014): The Frankfurt School, Jewish Lives, and Antisemitism. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kraushaar, Wolfgang (1998): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 1946 bis 1995. Hamburg: Zweitausendeins.
- Kraushaar, Wolfgang (2005): Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus. Hamburg: Hamburger Edition.
- Kraushaar, Wolfgang (2007): Agnoli, die APO und der konstitutive Illiberalismus seiner Parlamentarismuskritik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38, 160–179.
- Kraushaar, Wolfgang (2008): Die Furcht vor einem „neuen 33“. Protest gegen die Notstandsgesetzgebung. In: Geppert, Dominik; Hacke, Jens (Hg.): Streit um den Staat:

- Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960-1980, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 135–150.
- Lehmann, Dirk (2013): Geduld und Theorie. Ein Versuch über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben von Theorie und Praxis. In: Kritiknetz - Zeitschrift für kritische Theorie der Gesellschaft, <https://www.kritiknetz.de/kritischetheorie/1222-geduld-und-theorie-ein-versuch-ueber%20die-gegenwaertige-lage-und-die-aufgaben-von-theorie-und-politik> [Zugriff: 19.2.2025].
- Lenhard, Philipp (2017): Reconstruction und Reeducation. Max Horkheimer und die deutsch-israelische Freundschaft, 1948–1973. In: Naharaim. Zeitschrift für deutsch-jüdische Literatur und Kulturgeschichte, Bd. 11, Heft 1-2, DOI: <https://doi.org/10.1515/naha-2017-0001> [Zugriff: 26.1.2025].
- Löwenthal, Leo (1980): Mitmachen wollte ich nie. Ein autobiographisches Gespräch mit Helmut Dubiel. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Machunsky, Niklas (2025): Über Archöos und Neos. Das antisemitische Ressentiment in der Zeitenwende. In: Finkielkraut, Alain: Revisionismus von links. Überlegungen zur Frage des Genozids. Freiburg: ça ira, 147–200.
- Marx, Karl (1843/44): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 1, Berlin: Dietz 1988, 378–391.
- Nachtmann, Clemens (1995): Kapitalistische Krise und Gesellschaftsplanung. In: Bruhn, Joachim; Dahmann, Manfred; Nachtmann, Clemens (Hg.): Geduld und Ironie. Johannes Agnoli zum 70. Geburtstag. Freiburg: ça ira, 67–93.
- Nachtmann, Clemens et al. (2003): Ein Staatsfeind mit Lehrstuhl. Michael Heinrich, Joachim Bruhn und Clemens Nachtmann zur Erinnerung an Johannes Agnoli. Eine Sendung von Stephan Grigat, <https://www.youtube.com/watch?v=p6z798HLDE4> [Zugriff: 19.2.2025].
- Nachtmann, Clemens (2012): Krisenbewältigung ohne Ende. Über die negative Aufhebung des Kapitals. In: Grigat, Stephan (Hg.): Postnazismus revisited. Das Nachleben des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert, Freiburg: ça ira, 149–203.
- Neupert, Alexander (2013): Staatsfetischismus. Rekonstruktion eines umstrittenen Begriffs. Münster: LIT.
- Quadfasel, Lars (2013): Adornos Leninismus. Kritische Theorie und das Problem der Avantgarde. In: Jungle World, 23.5.2013, <https://jungle.world/artikel/2013/21/adornos-leninismus> [Zugriff: 26.1.2025].
- Scheit, Gerhard (2004): Suicide Attack. Zur Kritik der politischen Gewalt. Freiburg: ça ira.
- Situationistische Internationale (S.I.) (1965): Adresse an die Revolutionäre Algeriens und aller Länder. In: Situationistische Internationale, No. 10, <https://www.si-revue.de/adresse-an-die-revolutionäre-algeriens-und-aller-länder/> [Zugriff: 26.1.2025].
- Weiß, Volker (2025): Das Deutsche Demokratische Reich. Wie die extreme Rechte Geschichte und Demokratie zerstört. Stuttgart: Klett-Cotta.

Arbeit und Antisemitismus

Kritik des Produktivitätswahns¹

Würde heute ein Politiker oder eine Politikerin fordern, „weitet die Arbeitslosigkeit aus“, er oder sie könnte sofort einpacken. Deswegen versprechen Politmanager über alle Parteigrenzen hinweg bekanntlich genau das Gegenteil: nämlich Arbeit, Arbeit, Arbeit. Und das, obwohl jeder weiß oder zumindest wissen könnte, wenn er morgens oder abends den Mitmenschen in der U-Bahn oder im Bus genauer ins Gesicht schauen würde: Heteronome Arbeit macht krank und ist in erster Linie Mühsal. Karl Marx wusste das und hat allen Kritikern gesellschaftlicher Elendsproduktion in seinem Hauptwerk *Das Kapital* ins Stammbuch geschrieben: „Das Reich der Freiheit beginnt erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört.“ (Marx 1894: 828) An anderer Stelle, in seinen Anmerkungen zum deutschen Nationalökonom Friedrich List, der sich im Gegensatz zu Marx gegen die Gleichstellung der Juden aussprach, führt er aus:

„Es ist eins der größten Mißverständnisse, von freier, gesellschaftlicher menschlicher Arbeit, von Arbeit ohne Privateigentum zu sprechen. Die ‚Arbeit‘ ist ihrem Wesen nach die unfreie, unmenschliche, ungesellschaftliche, von Privateigentum bedingte und das Privateigentum schaffende Tätigkeit. Die Aufhebung des Privateigentums wird also erst zu einer Wirklichkeit, wenn sie als Aufhebung der Arbeit gefaßt wird.“ (Marx 1845: 436)

Der Mainstream der sich merkwürdigerweise immer wieder auf Marx berufenden Arbeiterbewegung hat die Vernutzung der Arbeitskräfte zum Zweck der Verwertung des Kapitals hingegen zur Grundbedingung der Selbstverwirklichung geadelt. Das proletarische Schaffen sei gut, und der eigentliche Skandal des Kapitalismus bestehe darin, nicht jedem Menschen einen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen.

Oscar Wilde schrieb in seinem Essay *Der Sozialismus und die Seele des Menschen*:

„Heutzutage wird sehr viel Unsinn über die Würde der körperlichen Arbeit geschrieben. An der körperlichen Arbeit ist ganz und gar nichts notwendig Würdevolles [...]. Es ist geistig und moralisch genommen schimpflich für den Menschen, irgendetwas zu tun, was ihm keine Freude macht, und viele Formen der Arbeit sind ganz freudlose Beschäftigungen.“ (Wilde 1891: 32f.)

1 Eine frühere Fassung dieses Beitrags ist erschienen in *Talente. Zeitschrift für Bildung und Berufsorientierung*, 13. Jg., Ausgabe 28, Heft 2/2017.

Hätte sich die Linke in den letzten 100 Jahren mehr an Oscar Wildes vorzüglicher und leider viel zu unbekannten Schrift orientiert, anstatt den Arbeitsfetischismus ihrer zumeist moralinsauren Vordenker aufzusaugen, hätte sie gewusst, dass fremdbestimmte Arbeit den Menschen in aller Regel nicht erfüllt, sondern fertig macht. Sie würde nicht beklagen, dass der Gesellschaft die Arbeit ausgeht, sondern skandalisieren, dass in der bestehenden Gesellschaft solch eine ausgesprochen begrüßenswerte Entwicklung zu keiner Befreiung führt. Was ist das für eine Welt, in welcher der technische Fortschritt systematisch neues Elend verursacht, anstatt die Menschen von der Plackerei der Arbeit zu befreien? Und was sind das für Menschen, die angesichts der Einrichtung dieser Welt nicht mit aller Leidenschaft für jenes ganz Andere streiten, das es den Individuen ermöglichen müsste, sich in Ausschweifung und Genuss, geistiger und körperlicher Hingabe, autonomer Produktivität und spielerischer Herstellung, Kunst und intellektueller Selbstreflexion als Gattungswesen überhaupt erst zu konstituieren?

Es ginge darum, sich die Welt im wie auch immer widersprüchlichen Einklang mit den Mitmenschen und mit der größtmöglichen Bequemlichkeit anzueignen. Das hieße unter anderem: Transformation des Privateigentums an zentralen Produktionsmitteln hin zu gesellschaftlicher Verfügung zum Zwecke der Verwirklichung von Freiheit. Nicht aus Hass auf die Reichen oder gar den Reichtum, sondern auf Grund der Beschränkungen der menschlichen Entfaltung, die solche Formen von Eigentum zwangsläufig mit sich bringen und selbst noch den Besitzenden auferlegen: „Wenn das Eigentum nur Annehmlichkeiten brächte, könnten wir es aushalten; aber seine Pflichten machen es unerträglich. Im Interesse der Reichen müssen wir es abschaffen.“ (Ebd.: 12) Es ginge um eine von Ausbeutung und Herrschaft befreite Gesellschaft, nicht zum Zwecke der Konstitution repressiver Kollektive oder gar einer Rückkehr zu irgendeiner vermeintlich „natürlichen“, vorzivilisatorischen Lebensweise, sondern zur Befreiung der Individuen von bedrückender materieller Not – „Zart wäre einzig das Gröbste: daß niemand mehr hungern soll“ (Adorno 1951: 178) – und aus jenen gesellschaftlichen Zwängen, die angesichts des gesellschaftlichen Reichtums vollkommen anachronistisch sind.

Doch statt für die Bedingungen der Möglichkeit individueller Freiheit und gesellschaftlicher Autonomie zu streiten, für eine Art produktiven Müßiggang, der das Gegenteil von auf die Dauer nur Langeweile verströmendem Nichtstun wäre, suchen allzu viele in der Schinderei der heteronomen Arbeit Erfüllung – und finden sie womöglich auch noch.

Die Linken haben den Arbeitsfetischismus keineswegs für sich gepachtet. Ob Sozialdemokraten oder Bolschewisten, ob christliche Soziallehre, islamistischer Furor oder faschistischer Produktivitätswahn, ob Leninisten oder liberale Verwertungsapologeten – bei aller Heterogenität ihrer jeweiligen politischen Projekte konnten und können sie sich doch alle für die Parole „Die Arbeit hoch“ begeistern. Papst Benedikt (2011) verkündete, die Arbeit trage dazu bei, „Gott und den anderen näher zu sein“. Sayyid Qutb, der Vordenker der ägyptischen Muslimbru-

derschaft, der von Ali Khamenei ins Persische übersetzt wurde, lobt in seinem programmatischen Werk *Wegmarken* den Islam dafür, dass er den Menschen im „Zentrum Afrikas [...] die Freude an der Arbeit“ lehrte (Qutb 2006: 119). In der Bibel heißt es: „Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen.“ Auf den Parolenbändern der stalinistischen Arbeitslager wurde das nur geringfügig abgewandelt. Und vor einigen Jahren hat auch Franz Müntefering als SPD-Vorsitzender mit dem Ausspruch „Nur wer arbeitet, soll auch essen“ das Programm seiner Partei für die Schaffenden auf den Punkt gebracht (ZEIT ONLINE 2010). Beim modeorientierten Neonazi-Versand können „T-Hemden“ mit der Aufschrift „Arbeit adelt“ erworben werden, dem alten Slogan des nationalsozialistischen Reichsarbeitsdienstes. Bei der mittlerweile in „Die Heimat“ umbenannten NPD firmierte „Arbeit“ noch vor „Familie“ und „Vaterland“, die Freiheitliche Partei in Österreich forderte schon in den 1990er Jahren „Hackeln statt packeln“ und linke Gruppen drohen ihren Gegnern in ihren reichlich abgehalfterten Demoparolen an, sie „in die Produktion“ zu schicken.

Wo sich Gewerkschaften zumindest innerhalb des schlechten Bestehenden als partiell vernünftig erweisen und wie die Schweizer Arbeitervertretung einen Volksentscheid zur Arbeitsminimierung initiieren, prallen sie auf die geballte Arbeitswut der Mehrheitsbevölkerung: 66,5 Prozent der Eidgenossen stimmten 2012 in einem Referendum *gegen* die Verlängerung des gesetzlichen Mindesturlaubs von vier auf sechs Wochen.

Der Mainstream der Linken liebt die Arbeit. In vielen ihrer Ausprägungen steht sie geradezu für eine Hingabe an die menschliche Schinderei. Anstatt sich an Paul Lafargue, den Schwiegersohn von Marx zu erinnern, der 1883 das *Recht auf Faulheit* hochhielt, soll es ein „Recht auf Arbeit“ sein, für das beispielsweise am 1. Mai gestritten wird. Und man begibt sich nicht gerade auf Glatteis, wenn man prognostiziert, dass es auch bei kommenden 1.-Mai-Feiertagen aus den sozialdemokratischen und sozialistischen Postillen, vor dem Berliner Reichstag und auf dem Wiener Rathausplatz, auf den Kundgebungen von DGB und ÖGB wieder „Arbeit für alle!“ schmettern wird. Dieser Slogan steht ganz in der Tradition von Georg Büchners Aufruf „Friede den Hütten, Krieg den Palästen“, der in seiner Entstehungszeit 1834 noch eine gewisse Berechtigung gehabt haben mag. Als Motto unzähliger linker Kampagnen ist er aber zu einer Sklavenparole mutiert und findet seinen Widerhall beispielsweise in Graffitis, die sich „Gegen Reichtum“ im je eigenen Kiez aussprechen. Ginge es um das gute Leben für alle, hätte „Friede den Hütten, Krieg den Palästen“ schon längst durch eine Kriegserklärung an die Hütten und die Forderung „Paläste für alle“ abgelöst werden müssen. Anstatt aber die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum zu fordern, wird gegen den Reichtum selbst mobil gemacht.

Schon früh ist die gleichmäßige Verteilung des Elends, nicht seine Abschaffung zum Ziel des Mainstreams der Arbeiterbewegung geworden. Die Vordenker der Sozialdemokratie fürchteten wohl nur eines noch mehr als den Vorwurf des

„nationalen Nihilismus“: als Verächter der Arbeit ins Visier des politischen Gegners zu geraten. Schon August Bebel verkündete Ende des 19. Jahrhunderts in seiner Schrift *Die Frau und der Sozialismus*: „Die alberne Behauptung, die Sozialisten wollten die Arbeit abschaffen, ist ein Widersinn sondergleichen. Nichtarbeiter, Faulenzer gibt es nur in der bürgerlichen Welt.“ (Bebel 1878: 414)

Auch die zionistische Linke hatte ihren Anteil an der Fetischisierung der Arbeit, allerdings in einem spezifischen Kontext. Liest man die Hasstiraden der arbeitsamen Kibbutzniks auf die verweichlichten, nur dem Handel und dem Vergnügen frönenden Stadtmenschen in Tel Aviv, so sind die Parallelen zum marxistischen Arbeitskult und seinen ressentimenthaften Implikationen ebenso deutlich wie in der Bildsprache des Arbeiterzionismus, der das antisemitische Bild vom jüdischen Lust- und Luftmenschen nicht durch eine Affirmation konterte, sondern durch die *avoda ivrit* (hebräische Arbeit), also durch das Ziel der Schaffung des neuen, arbeitsamen und wehrhaften, kräftigen und tugendhaften Arbeiters. Allerdings geschah dies keineswegs allein aus ideologischer Motivation, sondern weitestgehend aus Gründen äußeren Zwangs und angesichts der Notwendigkeit, in einer feindlichen Umwelt eine funktionsfähige Ökonomie und eine staatliche Verwaltung aufzubauen.

Gegen die Versuche, dem Antisemitismus in den postnazistischen Gesellschaften mit dem Verweis auf die Aufbauleistungen der *avoda ivrit* in Israel zu begegnen, wandte schon Theodor W. Adorno ein:

„Entfallen müsste darum die gesamte Argumentationsreihe, die sich darauf bezieht, dass die Juden in Israel mit saurem Schweiß das Land fruchtbar machen. Ich bin der letzte, der die großartige Leistung dort verkleinert. Aber sie ist selber im Grunde nur der Reflex auf die furchtbare soziale Rückbildung, die den Juden durch den Antisemitismus aufgezwungen wurde, und nicht zu verabsolutieren, nicht so darzustellen, als ob der Schweiß an sich etwas Verdienstliches und etwas Positives wäre.“ (Adorno 1962: 370)

„Blinde Wut des Machens“

Es existierten stets dissidente Strömungen in der Linken, welche das Lob des Schuftens und Rackerns nicht mitmachen wollten – sie blieben in aller Regel eine verschwindend kleine Minderheit. Marx hatte bereits als junger Mann in den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten* konstatiert: „Der Arbeiter fühlt sich daher erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich. Zu Hause ist er, wenn er nicht arbeitet, und wenn er arbeitet, ist er nicht zu Hause.“ Die Fremdheit der Arbeit trete „darin rein hervor, dass, sobald kein physischer oder sonstiger Zwang existiert, die Arbeit als eine Pest geflohen wird“ (Marx 1844: XXIII).

Lafargue, der auch ein scharfer Kritiker des Nationalismus in der sich herausbildenden Arbeiterbewegung war, schrieb eine *Widerlegung des „Rechts auf Arbeit“*.

Friedrich Nietzsche diagnostizierte als Beobachter der brutalen Durchsetzung der Fabrikarbeit am Ende des 19. Jahrhunderts in seinem Aphorismus *Die Lobredner der Arbeit*, dass „eine solche Arbeit die beste Polizei“ sei, da sie „jeden im Zaume hält und die Entwicklung der Vernunft, der Begehrlichkeit, des Unabhängigkeitsgelüstes kräftig zu hindern versteht“ (1954: 1129). Während Michail Bakunin als zentraler Vordenker des Anarchismus die Arbeit zur „Grundlage der Menschenwürde“ erklärte (zit. n. Barbey 2012: 24), beharrte Moses Hess, ein Freund von Marx und als „roter Rabbi“ einer der frühen Theoretiker des Zionismus (Weiß 2015), auf der Unterscheidung zwischen „freier Tätigkeit“ und „gezwungener Arbeit“ (zit. n. Barbey 2012: 19). Während die Stalinisten den Produktivitätswahn auf eine massenmörderische Spitze trieben, hatte der russische Avantgardist Kasimir Malewitsch schon in seiner Schrift *Die Faulheit als tatsächliche Wahrheit der Menschheit* erklärt: „Die Arbeit muss verflucht werden, wie es auch die Legenden vom Paradies überliefern, die Faulheit aber sollte das sein, wonach der Mensch zu streben hat.“ Es ginge nicht an, dass sich nur die Besitzenden von der Arbeit emanzipieren, vielmehr sollte sich „die ganze Menschheit“ von ihr befreien (Malewitsch 1921).

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wollten Vordenker des italienischen Operaismus wie Mario Tronti eine „Arbeiterpartei gegen die Arbeit“ schaffen, und insbesondere die Autoren der Kritischen Theorie wandten sich gegen die Anbetung der Plackerei: Adorno kritisierte in seinen *Minima Moralia* ein Ideal menschlichen Verhaltens, das „am Modell der Produktion als Selbstzweck gebildet ist“; er wandte sich gegen das „Wunschbild des ungehemmten, kraftstrotzenden, schöpferischen Menschen“. Jene die Gesellschaft durchziehende Vorstellung vom „fessellosen Tun, dem ununterbrochenen Zeugen, der pausbäckigen Unersättlichkeit“ war ihm ein Gräuel. Er fürchtete nicht „das Erschlaffen der Menschheit im Wohlleben“, sondern die „blinde Wut des Machens“ (Adorno 1951: 178f.).

Oft genug verweigerten die Arbeiter und Arbeiterinnen den produktivistischen Vordenkern der Arbeiterbewegung mit ihrem Ideal der „schaffenden Sozialisten“ die Gefolgschaft. Die spanischen Proletarier brachten während des Bürgerkriegs in den 1930er Jahren mit ihrer selbstbewussten Verweigerungshaltung die anarchistischen Funktionäre der Gewerkschaft CNT zur Verzweiflung, die in ihren letztlich aus dem Abwehrkampf gegen die Faschisten resultierenden und also durchaus verständlichen Aufrufen zur Arbeitsdisziplin ihren bolschewistischen und stalinistischen Konkurrenten kaum in etwas nachstanden und beispielsweise im revolutionären Barcelona die Akkordarbeit wieder einführten (Seidman 2011: 10, 34).

Die von den französischen Situationisten um Guy Debord aufgegriffene Parole „Ne travaillez jamais“ („Arbeitet niemals“) stammte nicht aus dem studentischen Milieu der 68er-Bewegung, wie ordnungsapologetische sozialistische und kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre sofort behaupteten, sondern war in den 1960er und 1970er Jahren ein gängiger Slogan insbesondere in den subproletarischen Vierteln der französischen Hauptstadt. Er steht ganz in der Tradition jener Pariser Arbeiter, die in der linken „Volksfrontregierung“ in den 1930er Jahren

keine Chance zur schwunghaften Steigerung der Produktivität sahen, sondern eine Möglichkeit, erstmals in ihrem Leben bezahlten Urlaub zu machen und an die Atlantikküste zu fahren. Zeitweise war es ein geflügeltes Wort, die französischen Sozialisten und Kommunisten hätten nicht als Wegbereiter der Revolution, sondern des Massentourismus fungiert.

Antisemitischer Arbeitswahn

Durchgesetzt haben sich jedoch ganz andere Traditionslinien. Die fanatischsten Lobpreiser der Arbeit waren nicht selten zugleich die schlimmsten Antisemiten: von Marin Luther, dem Protagonisten des protestantischen Arbeitsethos⁷ und Autor des Pamphlets *Von den Juden und ihren Lügen*, über den Industriellen Henry Ford, für den es „nichts Abscheulicheres“ gab „als ein müßiges Leben“ (zit. n. Gruppe Krisis 2019: 34) – und dessen Machwerk *Der internationale Jude* ein Bestseller im Nationalsozialismus war, während es am Beginn des 21. Jahrhunderts am Stand des iranischen Antisemiten-Regimes bei der Frankfurter Buchmesse in Deutschland vertrieben wurde –, bis zu Adolf Hitler.

Luther war von dem Gedanken besessen, Juden zur Arbeit zur zwingen, und forderte, „daß man den jungen starken Juden und Jüdinnen in die Hand gebe Flegel, Axt, Karst, Spaten, Rocken, Spindel und lasse sie ihr Brot verdienen im Schweiß der Nasen“ (zit. n. Brumlik 2012: 53). Ausgehend von einer Entgegensetzung von vermeintlichen deutschen Arbeitstugenden und „jüdischem Wucher“ steigert er sich in Zerstörungs- und Vertreibungsfantasien:

„Nach einem Katalog, der präzise die Zerstörung der Synagogen und Wohnungen, verordnete Obdachlosigkeit, Vernichtung des kulturellen und religiösen Erbes, Reiseverbote, von Staats wegen angeordnete Enteignung [...] und schließlich Zwangsarbeit vorschlägt, plädiert Luther für die Vertreibung der Juden.“ (Ebd.)

Luthers Arbeitsverständnis war eindeutig antisemitisch, und seine Schrift *Von den Juden und ihren Lügen* hat wie kaum eine andere die weitere Entwicklung zumindest in jenen Teilen Deutschlands geprägt, in denen seine Lehre zur Staatsreligion wurde (Becker 2000). Keineswegs nur im deutschsprachigen Raum, dort aber ganz besonders, existiert eine lange Tradition der Entgegensetzung von vermeintlicher jüdischer „Nicht-Arbeit“ und den nationalen Arbeitstugenden: In diesem Konzept wird die Arbeit überhöht und

„ein besonderer Bezug zu ihr wird zu einer deutschen Kraft erklärt, die von fremden Mächten angegriffen und geschwächt würde. So wird eine sich antimodern artikulierende ‚deutsche Moderne‘ fantasiert, deren Grundlagen es immer schon gegeben habe. Die negativen Seiten der Moderne erscheinen als Produkt ‚des Juden‘. Der Topos ‚deutsche Arbeit‘ ist zudem eine Integrationsfigur für eine klassen-

lose Klassengesellschaft [...] Der Nationalsozialismus erfand den Topos zwar nicht, aber er radikalisierte ihn und ließ ihn wirkmächtig werden.“ (Lelle 2022: 25)

Der nationalliberale Politiker und Historiker Heinrich von Treitschke, auf den die Parole „Die Juden sind unser Unglück“ zurückgeht, war ebenso ein Wegbereiter dieser Tradition wie Gustav Freytag mit seinem Bestseller *Soll und Haben* oder Wilhelm Marr. Der Berliner Hofprediger Adolf Stoecker von der offen antisemitischen Partei der Christlich-Sozialen postulierte einen „christlich-deutschen Arbeitsgeist“ und erklärte 1878: „Das moderne Judentum muss an der produktiven Arbeit teilnehmen“; die Juden hätten „an der Arbeit keine Freude, für die deutsche Arbeitsehre keine Sympathie“ (zit. n. Becker 2000).

Ernst Jünger ließ Arbeit und Freiheit in eins fallen und proklamierte ein „für den Verzicht gerüstetes Glück“ (zit. n. Barbey 2012: 62), womit er sich auch in diesem Punkt als veritabler Vordenker des nationalsozialistischen Opfer- und Arbeitskultes erwies. Den brachte der Führer der NS-Volksgemeinschaft am treffendsten auf den Punkt: Hitler hat seinen Antisemitismus explizit aus seinem Verständnis von „deutscher Arbeit“ entwickelt. Bereits in einer seiner ersten programmatischen Reden 1920 im Münchner Hofbräuhaus führte Hitler aus, dass der von ihm behauptete „rassische“ Gegensatz von „Ariern“ und Juden maßgeblich aus dem gegensätzlichen Arbeitsverständnis resultiere:

„Ariertum bedeutet sittliche Auffassung der Arbeit und dadurch das, was wir heute so oft im Munde führen: Sozialismus, Gemeinsinn, Gemeinnutz geht vor Eigennutz – Judentum bedeutet egoistische Auffassung der Arbeit und dadurch Mammonismus und Materialismus [...]“ (zit. n. Wildt 2014)

In *Mein Kampf* proklamierte er „den Sieg des Gedankens der schaffenden Arbeit, die selbst ewig antisemitisch war und antisemitisch sein wird“ (Hitler 1933: 557). Wie ernst er das gemeint hatte, konnte man später über den Toren der Vernichtungslager nachlesen: „Arbeit macht frei“.

Im völkischen Staat des Nationalsozialismus bekam die Arbeit zentrale Bedeutung, was neben den antisemitischen ideologischen Implikationen einen ganz praktischen Nutzen hatte:

„Die Frage materieller Entlohnung von geleisteter Arbeit trat zurück gegenüber einer symbolischen, öffentlichen Anerkennung von Arbeit. Damit war auch der ideologische Weg frei, all jene gesellschaftlich geleistete Arbeit, die nicht entlohnt wird, wie vor allem die Arbeit von Frauen im Haushalt und in der Familie, als gleichwertigen Dienst an der Volksgemeinschaft propagandistisch anzuerkennen, ohne die sozialreformerische Forderung aus der Frauenbewegung nach Bezahlung dieser Tätigkeiten zu erfüllen [...]“ (Wildt 2014: 12f.)

Was die staatszentrierten und kollektivistischen Teile der Arbeiterbewegung bereits vorgezeichnet hatten, wurde bei den Nazis zur Vollendung gebracht: Arbeit als Dienst an der Volksgemeinschaft und als Opfer für das Gemeinwohl. Das hatte Folgen für die Entwicklung in den Nachfolgegesellschaften des Nationalsozialismus, die sich nicht nur in diesem Punkt von den liberal-kapitalistischen Gesellschaften angelsächsischer Prägung unterscheiden. In aller Kürze hat Gerhard Scheit das auf den Punkt gebracht: „Wenn in Amerika von *pursuit of happiness* gesprochen wird, heißt es in Deutschland immer nur: Arbeit macht frei.“ (Scheit 2012: 108) Nachdem die großdeutschen Proletarier zu „Soldaten der Arbeit“ mutiert waren und sich weitestgehend in die Volksgemeinschaft – und das heißt auch: das Vernichtungswerk – integriert hatten, machte man sich nach 1945 daran, die Resultate des Nationalsozialismus in der demokratisierten Volksgemeinschaft sozialpartnerschaftlich zu verwalten (Scheit 2001).

Die Linke hingegen polemisierte gegen die schmarotzenden Müßiggänger und wünschte sich „Arbeiter- und Bauernstaaten“, anstatt die Menschen vom elenden Dasein als Arbeiter zu befreien. Der Arbeitsfanatismus von links bis rechts sieht die ehrliche Arbeit um ihren gerechten Lohn betrogen, sei es durch die „Zinsknechtschaft“, wie es bei den Nationalsozialisten explizit hieß und bei vielen Islamisten heute heißt, oder die keineswegs nur von der Antiglobalisierungsbewegung so inbrünstig gehassten „Spekulanten“. Die Agitation geht gegen „die da oben“, gegen die „Bonzen und Parasiten“, die lieber konspirieren als durch anständige Arbeit etwas zum Volkswohlstand beizutragen.

Der Hass auf das unterstellte oder tatsächliche arbeitslose Einkommen ist nicht nur eine falsche, sondern angesichts seiner Ressentimenthaftigkeit und seiner Verherrlichung des Staates eine äußerst gefährliche Antwort auf gesellschaftliche Krisenerscheinungen und ungleiche Reichumsverteilung. Der in jedem arbeitsfetischistischen 1.-Mai-Aufruf artikulierte Sozialneid ist das exakte Gegenteil von dringend notwendiger Sozialkritik.

Ein bekanntes Beispiel für ebenso arbeitsfetischistische wie ressentimenthafte Vorstellungen ist die Verfilmung von George Orwells *Animal Farm*, mit der Pädagogen jeden Alters bis heute versuchen, den ihnen Ausgelieferten kritisches Bewusstsein einzutrichtern. Der berühmte Zeichentrickfilm von John Halas und Joy Batchelor ignoriert in seiner Stalinismuskritik – die zur gleichen Zeit formuliert wurde, als in Moskau die „Ärzteprozesse“ stattfanden, bei denen sechs Juden und drei weitere Angeklagte unter anderem als „Agenten des Zionismus“ unter Anklage standen – den Stellenwert des Antisemitismus in den realsozialistischen Gesellschaften, der eines der Resultate von Produktivitätsideal, Arbeitsethos und einer „proletarischen Moral“ war, die sich stets gegen sie torpedierende „zersetzende Kräfte“ zur Wehr setzen musste. *Animal Farm* bleibt über weite Strecken selbst einer Denkart verhaftet, die nie und nimmer etwas zu Emanzipation und Aufklärung wird beitragen können. Es wird nicht einfach Herrschaft kritisiert, sondern die Herrschaft der dekadenten, in Luxus schwelgenden, trinkenden Führungselite

wird im Namen des ehrlich arbeitenden, sich in Abstinenz übenden Volkes attackiert. Unterschwellig richtet sich die Kritik gegen den Luxus selbst, der doch das ganze Ziel einer ernsthaften emanzipativen Bestrebung sein müsste. Man stößt sich, ähnlich wie in den heutigen Bewegungen der Sozialneider, nicht daran, dass nicht alle gleichermaßen am Luxus partizipieren können, sondern daran, dass es nicht allen gleich schlecht geht. Bei solch einer Denkfigur, welche die stalinistische Vergötterung der schaffenden Arbeit in die Kritik am Stalinismus übernimmt, ist es kein Wunder, dass antisemitische Stereotypen in der Verfilmung von *Animal Farm* nicht fehlen. Man denke nur an die Figur des Bempel, ein auf das Geld fixierter, sich nicht um die Allgemeinheit schererender Händler, der mit schlafwandlerischer Sicherheit mit einer Physiognomie ausgestattet wurde, wie sie Antisemiten für Juden reserviert haben.

Arbeits- und Staatsfetischismus

Ob linke Globalisierungsgegner, christliche Sozialtheoretiker oder faschistische Produktivitätsfanatiker: Helfershelfer bei der Rettung der Arbeit soll der Staat sein, der den zügellosen, nicht dingfest zu machenden Marktkräften den Betrug an der ehrlichen Arbeit verunmöglichen soll: kein Arbeitsfetischismus ohne Staatsfetischismus. Doch wird der Staat gegen den Markt in Anschlag gebracht, werden Folgen kritisiert und zugleich deren Ursache legitimiert. Es wird nicht das Kapitalverhältnis und der Staat als dessen kollektiver Organisator für die systematische Schädigung des Interesses der abhängig Beschäftigten verantwortlich gemacht, sondern der Kapitalismus wird lediglich mit immer neuen sprachlichen Zusätzen versehen: vom „Turbokapitalismus“ über den „Kasino- und Mafiakapitalismus“ bis zum „Raubtier-“ oder „Börsendschunzel-Kapitalismus“. Dagegen wird dann die „Würde der Arbeit“ mobilisiert und der Verlust der „Gestaltungsmöglichkeiten der Politik“ beklagt.

Der Skandal der heutigen Gesellschaftsform besteht aber nicht darin, dass die Politik in einigen Bereichen weniger zu melden hat als früher (während sie in anderen Bereichen wie zum Beispiel der Migrationsverwaltung deutlich aktiver agiert als noch vor 20 Jahren). Das Niederschmetternde einer auf Gedeih und Verderb an die Verwertung von Kapital geketteten Gesellschaft besteht darin, dass in ihr das millionenfache Verhungern von Menschen, die zwar Lebensmittel „nachfragen“, aber eben über keine *zahlungskräftige* Nachfrage verfügen, achselzuckend in Kauf genommen wird. Das Obszöne dieser Gesellschaft besteht darin, dass Luxus und Genuss den meisten Menschen auch in den materiell vergleichsweise abgesicherten Weltgegenden vorenthalten werden, obwohl das angesichts der entwickelten menschlichen und gesellschaftlichen Fähigkeiten nicht notwendig wäre. Nicht etwa, weil das irgendeine finsternen Mächte so beschlossen hätten, sondern weil es schlicht der Logik des Systems der Kapitalakkumulation entspricht, gegen das es

heute kaum wahrnehmbare Einwände mehr gibt – es sei denn von Leuten, welche die bestehende Gesellschaft durch noch Schlimmeres ersetzen wollen.

In der Forderung „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ äußert sich moralische Empörung, aber keine Kritik, die sich zunächst einen Begriff vom zu Kritisierenden bilden müsste. Und so schauen dann auch die Rezepte aus – beispielsweise jene des reformistischen Flügels der Antiglobalisierungsbewegung, die sich in Form von Gruppierungen wie Attac als eine Art ideeller Gesamtsozialarbeiter konstituiert hat: Erst wird durchaus zutreffend das Elend in der Welt beschrieben – von den drastischen Verelendungstendenzen in den Metropolen bis zum Massensterben in den Hungerregionen. Doch dann fordert man angesichts dieses Leidens nicht den Umsturz aller Verhältnisse, „in denen“, wie es beim jungen Marx 1844 heißt, „der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Marx 1843/44: 385), sondern – eine neue Steuer. Mit Tobin-Tax und Co will man den „Auswüchsen“ des „wurzellosten Finanzkapitalismus“ zu Leibe rücken. Und so muss es einen auch gar nicht wundern, dass manche Verlautbarung der Globalisierungskritiker klingt, als wollten sie der nationalsozialistischen Unterscheidung in gutes „schaffendes“ und böses „raffendes“ Kapital nacheifern. Doch auch in diesem Fall stehen Kapitalismuskritiker von links keinesfalls alleine da. In Österreich griff kurz vor seinem Ableben der Haus- und Hofdichter der *Kronenzeitung* „Staber!“ 2011 diese Unterscheidung auf und reimte in der auflagenstärksten Tageszeitung des Landes: „Das Spekulantentpack ist schädlich, doch nicht das Kapital, das redlich.“ Sein Kollege Wolf Martin sekundierte: „Konzerne, Banken, Hochfinanz schmarotzen an der Volkssubstanz.“ (Zit. n. Stögner 2016)

Die Grundlage einer derartigen Aufspaltung ist keineswegs eine Erfindung der nationalsozialistischen Ideologie, sondern im Arbeitsfetischismus jeglicher Couleur angelegt: auf der einen Seite die Arbeitsplätze schaffenden, verantwortungsbewussten Industriekapitäne; auf der anderen das unproduktive Kapital der Zirkulationssphäre, das in gemeinschaftsfeindlicher Absicht rastlos seine Krakenarme um den Globus spanne und die „Würde der Völker“ angreife, zu deren Verteidigung europäische und lateinamerikanische Links- und Rechtspopulisten ebenso antreten wie arabische Nationalisten oder Islamisten.

Ein Paradebeispiel aus der Populärkultur für die Unterscheidung von bösem „raffenden“ und gutem „schaffenden“ Kapital bietet der ansonsten ausgesprochen unterhaltsame Spielfilm *Pretty Woman*, in dem der wurzellose Zirkulationskapitalist, in dem ohnehin schon das Gute schlummert, das aber durch den schlechten Einfluss des geldgierigen und machthungrigen Anwalts nicht zur Geltung kommen kann, von der schönen Prostituierten zum bodenständigen Produktionskapitalisten bekehrt und aus den Fängen des in jeder Hinsicht als unmoralisch gezeichneten Winkeladvokaten befreit wird.

In Europa schwingen sich Politiker nahezu jeglicher politischen Couleur zu leidenschaftlichen Anklagen gegen die „Spekulanten“ und „Finanzhaie“ auf. Gesellschaftskritik wurde weitgehend durch die Markierung von vermeintlich Schul-

digen ersetzt. Anstatt die gesellschaftlichen Gründe für das menschliche Elend ins Visier zu nehmen, werden Personifikationen der gesellschaftlichen Verhältnisse dem Volkszorn ausgeliefert. Anstatt für die Vollendung des Individualismus und für seine gesellschaftlichen Voraussetzungen zu streiten, klammert man sich an die Sklavenparole „Die Arbeit hoch!“. In der Huldigung des Prinzips der Arbeit finden rechts und links, sozialdemokratischer Etatismus und liberaler Verwertungswahn zueinander. Jemand wie Oscar Wilde hätte für dieses Theater nur Verachtung übriggehabt. In *Der Sozialismus und die Seele des Menschen* heißt es ebenso knapp wie treffend: „Muße, nicht Arbeit, ist das Ziel des Menschen.“ (Wilde 1891: 34)

Glück statt Arbeit

Das zynische Achselzucken des Liberalismus, der angesichts der schlechten Einrichtung der Welt erklärt, die Menschen seien nun einmal so, und der über seine eigenen Konstitutionsbedingungen nichts wissen will, ist nicht viel besser als das linke Geraunze. Doch was sollte die Alternative zum traditionslinken wie liberalen Arbeitsfetischismus sein? Entspricht das Arbeitsregiment nicht der „menschlichen Natur“? Schon der Dandy und Gentleman Oscar Wilde hatte die passende Antwort auf derartige geschichtsvergessene Abwehrreaktionen parat: „Das Einzige, was man von der Natur des Menschen wirklich weiß, ist, dass sie sich ändert.“ (Ebd.: 3) Gegen liberale Konkurrenzverherrlichung und linken Staatsfetischismus ginge es um eine Kritik der Arbeit, die weder mit dem traditionellen arbeitsfetischistischen Marxismus noch mit alternativen Verzichtsideologien etwas zu tun hat. Ihr geht es nicht um eine gleichmäßige Verteilung des Elends, sondern um seine globale Abschaffung. Sie will nicht Konsumverzicht, sondern Luxus für alle. Solch eine Kritik skandalisiert, dass Reichtum und Genuss den meisten Menschen vorenthalten werden, obwohl das angesichts der entwickelten menschlichen und gesellschaftlichen Fähigkeiten nicht notwendig wäre. Für diese Vorenthaltung bedarf es nicht des bösen Willens von „Heuschrecken“, wie die Charaktermasken des Finanzkapitals, welche die vermeintliche Würde der Arbeit beschmutzen würden, in zahlreichen Reden in sehr eindeutiger Tradition immer wieder tituiert werden, sondern allein der Logik eines Systems, das sich nicht an den Bedürfnissen der Menschen, sondern der Verwertbarkeit des Kapitals orientiert.

Eine Kritik der Arbeit richtet sich nicht gegen das Glücksversprechen der bürgerlichen Revolution, sondern versucht, seinen ideologischen Gehalt aufzuzeigen und zu verdeutlichen, dass dieses Versprechen in der bürgerlichen Gesellschaft kaum eingelöst werden kann. Solcherart Gesellschaftskritik will keinen falschen Kollektivismus oder gar Gemeinschaftssinn, sondern die verwirklichte Freiheit des Individuums, das sich über seine gesellschaftliche Konstitution bewusst ist. Dementsprechend lehnt solch eine Kritik die Parole „Die Arbeit hoch!“ ab und setzt dagegen die Vorstellung Adornos von einem versöhnten gesellschaftlichen Zustand, wie er sie in seinem Aphorismus *Sur l'eau* in den *Minima Moralia* gefasst hat: „auf

dem Wasser liegen und friedlich in den Himmel schauen“ (Adorno 1951: 179), was auch eine schöne Alternative zu den drögen Gewerkschaftsaufmärschen oder der Klassenkampfsimulation linker Splittergruppen zum alljährlichen Tag der Arbeit ist.

Klassenfahrt in die Volksgemeinschaft

Der Vorstellung von der „Einheit der Arbeiterklasse“, die auf den diversen Aufmärschen zur Feier der Arbeit Jahr für Jahr beschworen wird, war immer schon ein Quäntchen kollektivistischer Wahn und eine ordentliche Portion Konformismus beigemischt. Das Klassenbewusstsein, das stets als eine Art Geheimwaffe der Arbeiteremanzipation selbst noch bei den avanciertesten Vertretern eines kritischen Marxismus firmierte (Grigat 2012), ist lange schon entzaubert. Wird das Kapital vor dem Hintergrund der Marx'schen Wert- und Fetischkritik als blinder gesellschaftlicher Prozess, als Selbstbewegung eines gesellschaftlichen Ungetüms begriffen, das sich durch das bewusste Handeln der gesellschaftlichen Akteure vollzieht und dabei stets und zum Nachteil des überwiegenden Teils der Menschen die Aufspaltung der Gattung keineswegs nur in Klassen, sondern überhaupt in sich zwangsläufig in erbitterter Konkurrenz feindlich gegenüberstehende Monaden produziert und reproduziert, so ist auch der Klassenkampf keine heroische und systemtransformierende Angelegenheit mehr.

Die schlechten gesellschaftlichen Arbeitsverhältnisse können nicht durch die konsequente Wahrnehmung von Interessen aufgehoben werden, da sie diese Interessen selbst konstituieren (Kurz 1995). Anders gesagt: Lohnarbeiter als Lohnarbeiter wollen mit jedem Recht mehr Lohn und mehr Zeit jenseits der Plackerei, nicht die allgemeine Emanzipation. Der Wille und das Interesse, die sich hier artikulieren, sind nicht jene von voraussetzungslosen Subjekten, sondern von gesellschaftlichen Charaktermasken, von Personifikationen gesellschaftlicher Verhältnisse. Das ist keine Kritik an den Charaktermasken der Arbeit oder an den ebenso naheliegenden wie zu unterstützenden Forderungen nach mehr Lohn, kürzeren Arbeitszeiten, besseren Arbeitsbedingungen etc. – „Wenn tatsächlich die Arbeiter mehr zu verlieren haben als ihre Ketten, dann mag das zwar für die Theorie peinlich sein, aber für die Arbeiter ist es zunächst einmal etwas sehr Gutes“ (Adorno 1964: 83) –, sondern an jenen, die in diese Forderungen umstandslos eine das System von Kapitalakkumulation und politischer Herrschaft transformierende oder revolutionierende Kraft hineinzaubern.

Die Verwirklichung von Emanzipation, die Herstellung eines versöhnten Zustandes kann nicht die Verwirklichung eines Klasseninteresses vom Standpunkt der Arbeit aus sein, sondern nur die Überwindung von Klassen und ihrer Interessen. Nicht baut die Arbeiterklasse den Sozialismus auf, sondern der Aufbau des Sozialismus, soll er nicht lediglich eine alternative Form der Schinderei sein, implizierte den Abbau der Arbeiterklasse. Für die 30-Stunden-Woche oder den von

Lafargue empfohlenen 3-Stunden-Tag kann und soll man als Klasse streiten, für allgemeine Emanzipation und gesellschaftliche Versöhnung im Sinne der Kritischen Theorie nicht: „Wäre Kritik der Gesellschaft nur das Interesse einer Klasse und nicht das konkrete der Menschheit, so wäre sie keinen Schuss Pulver wert.“ (Adorno 1949/50: 124)

Subjekt der Emanzipation von fremdbestimmter Arbeit könnte heute nur eine Assoziation der leidenden Menschen mit dem Vorsatz sein, jene Verhältnisse, die das Leid systematisch verursachen, in einem Akt praktischer gesellschaftlicher Selbstreflexion in progressiver Absicht aufzuheben. Weiß dieses Subjekt aber nichts von der drohenden Aufhebung des schlechten Bestehenden hin zum Schlimmsten, kann es kein emanzipatives sein. Die klassenlose Klassengesellschaft, die postnazistische, in Deutschland und Österreich erst durch Faschismus und Nationalsozialismus ermöglichte „Pseudomorphose der Klassengesellschaft an die klassenlose“, von der Adorno in seinen *Reflexionen zur Klassentheorie* spricht (Adorno 1942: 391), berührt den Kern jeder Emanzipationstheorie. Da der für den Traditionsmarxismus konstitutive Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit kein außerhalb jeglicher Geschichtlichkeit existierendes Verhältnis ist, kann er auch nicht unberührt bleiben von der negativen Aufhebung der Klassengesellschaft in der deutsch-österreichischen Volksgemeinschaft. Das proletarische Interesse hat sich im Nationalsozialismus mit dem Staat verbündet und sich ans Vernichtungswerk gemacht. Nachdem die Proletarier in den hiesigen Gefilden in ihrer niederschmetternd überwiegenden Mehrheit zu Prolet-Ariern mutiert waren und sich in den volksgemeinschaftlichen Massenmord integriert hatten, müsste jede emphatisch auf den Begriff der Arbeiterklasse rekurrierende Emanzipationsvorstellung vor sich selbst erschrecken.

Aus der Erfahrung des Nationalsozialismus resultiert eine unbedingte Parteilichkeit gegen jede Art falscher Unmittelbarkeit. Neben dieser Parteinahme für die Vermittlung und den daraus resultierenden Interventionen gegen jeden Versuch ihrer barbarischen Aufhebung muss es einer ebenso rettenden wie radikalen Gesellschaftskritik um den Versuch gehen, inmitten der falschen Gesellschaft individuelle und gesellschaftliche Selbstreflexion zu ermöglichen, um die Reste jener systematisch beschädigten Mündigkeit zu retten, die eine Grundbedingung zur Verwirklichung von Freiheit ist.

Schlechte Aufhebung der Arbeit

War vor der nationalsozialistischen Versöhnung von Kapital und Arbeit der Arbeitskult noch auf die Verklärung der Schufterei als Mittel zum Lebensunterhalt gerichtet, gerät im Nationalsozialismus und im Postnazismus das Sinnstiftende und Disziplinierende der Arbeit zum eigentlichen Grund des Arbeitsfetischismus. Daran ändert dann auch die vermeintlich „neoliberale“ Flexibilisierung der Arbeitswelt in den letzten Jahrzehnten nichts mehr. Ganz im Gegenteil: Sie herrscht die zuvor

von Staats wegen und gemeinschaftlich organisierte Verpflichtung zur Produktivität nun jedem Individuum als „Eigenverantwortung“ auf. Durch die mittlerweile schon nicht mehr sehr neuen Formen von „Mitbestimmung“ und die vielgelobten „flachen Hierarchien“ in der Arbeitswelt wird der Produktivitätswahn im schlechten Sinne demokratisiert und individualisiert, keineswegs aber in Frage gestellt.

Diese Flexibilisierung und schlechte Individualisierung machen sich selbst noch in der Kritik an der Arbeitssucht bemerkbar. Etwa wenn sich Menschen ungeachtet der gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen jenseits der Erwerbsarbeit einfach als *Glückliche Arbeitslose* titulieren, wie vor einigen Jahren eine von Berlin ausgehende Initiative, die über die Landesgrenzen hinweg große Beachtung im Feuilleton gefunden hat. So sympathisch ihre Kritik an den vorherrschenden Vorstellungen von Produktivität und Arbeit sein mag, so problematisch ist beispielsweise ihr Lob afrikanischer Großfamilien als alternative Form der Reproduktion und ihre Begeisterung für die vermeintliche „soziale Überlegenheit des armen Südens“, von der sie in ihrem *Manifest* schreiben (*Glückliche Arbeitslose* 2000). Der schlechten Individualisierung begegnen sie mit einem falschen und rückwärts-gewandten Kollektivismus, obwohl sie selbst betonen, dass es nicht darum gehen kann, „uralte soziale Gebräuche nachzuahmen“ (ebd.). Nicht ein vormodernes Stammesbewusstsein, in dem Arbeits- und Freizeit noch gar nicht voneinander geschieden sind, kann das Ziel sein. Es geht vielmehr um einen gesellschaftlich selbst-reflexiven Müßiggang, der nicht hinter zentrale Errungenschaften der Moderne wie beispielsweise der Herauslösung aus repressiven Familienstrukturen und die Möglichkeit zu freiwilliger Vereinzelung zurückfällt, sondern über sie hinausweist. Doch solange das Glück des Menschen an den Nachweis seiner Verwertbarkeit gebunden bleibt, kann man kein „glücklicher Arbeitsloser“ werden, und die wie auch immer kritikwürdige bürgerliche, urbanistische Gesellschaft ist allemal besser als die „Blutsurenge“ (Marx 1857/58: 95) traditioneller Gemeinschaften und der „Idiotismus des Landlebens“, den Marx und Friedrich Engels in ihrem *Manifest* völlig zu Recht ins Visier genommen haben (Marx/Engels 1848: 466).

Eine Kritik des Arbeitsfetischismus bedeutet nicht, ein Plädoyer fürs dröge Nichtstun zu halten oder sich die dumpfe Parole „Arbeit ist Scheiße“ von der konformistischen Punker-Fraktion oder anderen infantilen Spießern zu eigen zu machen. Das bloße Herumhängen wird nach ein paar Tagen oder ein paar Monaten nervtötend und frustrierend. Das konsequente, selbst zur Ideologie gewordene *far niente* ist auf Dauer gar nicht *dolce*, sondern langweilig – und, angesichts der Einrichtung dieser Welt, irgendwann existenzbedrohend. Es geht nicht darum, die Kritik an heteronomer Arbeit als Ausrede zu verwenden, sich den Anforderungen eines mündigen – und das heißt immer auch: widerspruchsvollen und mitunter ausgesprochen anstrengenden – Lebens zu verweigern und sich in der Wiederholung des Immergleichen einigermaßen bequem, aber völlig stupide so einzurichten, wie man das in gewissen Segmenten der Linken praktiziert.

Anzustreben wäre vielmehr, den offenbar in nahezu jedem Menschen schlummernden Tatendrang, die Kreativität und das Bedürfnis nach ästhetischer Äußerung, die Lust an der Gestaltung des eigenen Lebens und den Wunsch nach größtmöglichem und ausdifferenziertem Genuss vom ökonomischen Verwertungszwang und von politischer Bevormundung zu befreien und gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, die eine Art produktiven und spielerischen Müßiggang überhaupt erst ermöglichen würden. Gelänge dies, würde, wie es in Adornos *Minima Moralia* heißt, die Menschheit wohl auch „aus Freiheit Möglichkeiten ungenützt“ lassen, „anstatt unter irrem Zwang auf fremde Sterne einzustürmen“ (Adorno 1951: 179). Vermutlich wäre die Konstitution einer derartigen Gesellschaft mit Menschen, die ganz im Sinn Oscar Wildes überhaupt erst eine Form des mündigen Individualismus herausbilden könnten, auch die beste Möglichkeit, die antisemitische, pathisch-projektive Reaktion auf die moderne Gesellschaft ebenso dauerhaft aus der Welt zu schaffen wie ihre religiösen Begründungen.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1942): Reflexionen zur Klassentheorie. In: Adorno, Theodor W.: Gesammelte Schriften (GS), Bd. 8. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1997, 373–391.
- Adorno, Theodor W. (1949/50): Theorie der Gesellschaft. Stichworte und Entwürfe zur Vorlesung 1949/50. In: Tiedemann, Rolf (Hg.): Frankfurter Adorno Blätter, Bd. VIII. Frankfurt: Text & Kritik 2003, 111–142.
- Adorno, Theodor W. (1951): *Minima Moralia*. Reflexionen aus dem beschädigten Leben. In: Adorno, Theodor W.: GS, Bd. 4. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1997.
- Adorno, Theodor W. (1962): Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute. In: Adorno, Theodor W.: GS, Bd. 20.1. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1997, 360–383.
- Adorno, Theodor W. (1964): Philosophische Elemente einer Theorie der Gesellschaft. Nachgelassene Schriften, Abt. IV: Vorlesungen, Bd. 12. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2008.
- Barbey, Rainer (Hg.) (2012): Recht auf Arbeitslosigkeit? Ein Lesebuch über Leistung, Faulheit und die Zukunft der Arbeit. Essen: Klartext.
- Bebel, August (1878): Die Frau und der Sozialismus. Frankfurt a. M.: Marxistische Blätter 1973.
- Becker, Ulrike (2000): Deutscher Arbeitswahn und Antisemitismus. In: Context XXI, Nr. 1, 2000, 7–12.
- Brumlik, Micha (2012): Innerlich beschnittene Juden. Zu Eduard Fuchs' „Die Juden in der Karikatur“. Hamburg: Konkret.
- Bruhn, Joachim (1982): Thesen zum nationalsozialistischen Arbeitsbegriff, seinem historischen Umfeld und seinen Konsequenzen. In: Archiv für die Geschichte der Arbeit und des Widerstandes, Nr. 5, Berlin: Kramer, 57–72.

- Die Glücklichen Arbeitslosen (2000): Manifest der Glücklichen Arbeitslosen. Berlin: http://www.satt.org/gesellschaft/glar_1.html [Zugriff: 26.1.2025].
- Füssel, Kuno; Salz, Günther: Kapitalismus verstehen und überwinden. In: Katholische Arbeitnehmer-Bewegung in der Diözese Trier (Hg.): Das Ganze verändern. Beiträge zur Überwindung des Kapitalismus. Norderstedt: BoD, 13–121.
- Grigat, Stephan (2012): Von der positiven zur negativen Dialektik. Fetischkritik und Klassenbewusstsein bei Georg Lukács. In: Bitterolf, Markus; Maier, Denis (Hg.): Verdinglichung, Marxismus, Geschichte. Von der Niederlage der Novemberrevolution zur kritischen Theorie. Freiburg: ça ira 2012, 339–365.
- Gruppe Krisis (2019): Manifest gegen die Arbeit. 4. Auflage, Nürnberg: Krisis.
- Hitler, Adolf (1933): Mein Kampf. München: Franz Eher Nachfolger [1925/26].
- Kurz, Robert (1995): Postmarxismus und Arbeitsfetisch. Zum historischen Widerspruch in der Marxschen Theorie. In: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft, Nr. 15.
- Kurz, Robert; Lohoff, Ernst; Trenkle, Norbert (Hg.) (1999): Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit. Hamburg: Konkret.
- Lafargue, Paul (1883): Das Recht auf Faulheit und andere Satiren. O.O. 1992: Edition Sonne & Faulheit.
- Lelle, Nikolas (2016): Hinter dem Ruf nach deutscher Arbeit verschanzt sich die Volksgemeinschaft. Überlegungen zu einem vernachlässigten Element des Nationalsozialismus. In: Busch, Charlotte; Gehrlein, Martin; Uhlig, Tom David (Hg.): Schiefheilungen. Zeitgenössische Betrachtungen über Antisemitismus. Wiesbaden: Springer VS, 179–200.
- Lelle, Nikolas (2022): Arbeit, Dienst und Führung. Der Nationalsozialismus und sein Erbe. Berlin: Verbrecher.
- Lelle, Nikolas (2024): „Arbeit macht frei“. Annäherung an eine NS-Devise. Berlin: Verbrecher.
- Malewitsch, Kasimir (1921): Die Faulheit als tatsächliche Wahrheit der Menschheit, <https://www.anarchismus.at/arbeit/kritik-der-lohnarbeit/7029-kasimir-malewitsch-die-faulheit-als-tatsaechliche-wahrheit-der-menschheit> [Zugriff: 26.1.2025].
- Marx, Karl (1843/44): Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 1. Berlin: Dietz 1988, 378–391.
- Marx, Karl (1844): Ökonomisch-Philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844. In: MEW, Bd. 40. Berlin: Dietz 1985, 465–588.
- Marx, Karl (1845): Über F. Lists Buch „Das nationale System der politischen Ökonomie“. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 3/1972, 14. Jg., Berlin, 425–446.
- Marx, Karl (1857/58): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW, Bd. 42, Berlin: Dietz 1983.

- Marx, Karl (1894): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. 3. MEW, Bd. 25, Berlin: Dietz 1973.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (1848): *Manifest der Kommunistischen Partei*. In: MEW, Bd. 4, Berlin: Dietz 1972, 459–493.
- Nietzsche, Friedrich (1954): *Werke in drei Bänden*. München, Band 1, München: Hanser.
- Papst Benedikt XVI (2011): *Ansprache an die Teilnehmer der Pilgerfahrt der Diözese Terni-Narni-Amelia*, 26.3.2011, https://www.vatican.va/content/benedict-xvi/de/speeches/2011/march/documents/hf_ben-xvi_spe_20110326_terni-narni-amelia.html [Zugriff: 26.1.2025].
- Qutb, Sayyid (2006): *Milestones*. Birmingham: Maktabah.
- Schatz, Holger; Woeldike, Andrea (2001): *Freiheit und Wahn deutscher Arbeit. Zur historischen Aktualität einer folgenreichen antisemitischen Projektion*. Münster: Unrast.
- Scheit, Gerhard (2001): *Meister der Krise. Über den Zusammenhang von Vernichtung und Volkswohlstand*. Freiburg: ça ira.
- Scheit, Gerhard (2012): *Gemeinschaftsneid des Einzeltäters, Bußfertigkeit im Kollektiv. Primäre und sekundäre Form des postnazistischen Bewußtseins*. In: Grigat, Stephan (Hg.): *Postnazismus revisited. Das Nachleben des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert*. Freiburg: ça ira, 95–123.
- Seidman, Michael (2011): *Gegen die Arbeit. Über die Arbeiterkämpfe in Barcelona und Paris 1936–38*. Heidelberg: Graswurzelrevolution.
- Stögner, Karin (2016): *Secondary Antisemitism, the Economic Crisis and the Construction of National Identity in the Austrian Print Media*. In: *Critical Sociology*, DOI: 10.1177/0896920516662507 [Zugriff: 30.1.2025].
- Weiß, Volker (2015): *Moses Hess. Rheinischer Jude, Revolutionär, früher Zionist*. Köln: Greven.
- Wilde, Oscar (1891): *Der Sozialismus und die Seele des Menschen. Ein Essay*. Zürich: Diogenes 1970.
- Wildt, Michael (2014): *Der Begriff der Arbeit bei Hitler*. In: Buggeln, Marc; Wildt, Michael (Hg.): *Arbeit im Nationalsozialismus*. Oldenburg: De Gruyter, 3–24.
- ZEIT ONLINE (2010): *Arbeiten fürs Essen*, 11.1.2010, <https://www.zeit.de/online/2006/20/Schreiner> [Zugriff: 26.1.2025].

Der Autor

Stephan Grigat ist Professor für Theorien und Kritik des Antisemitismus an der *Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen* und Leiter des *Centrums für Antisemitismus- und Rassismusstudien* (CARS) in Aachen. Er ist Research Fellow am *Herzl Institute for the Study of Zionism* der *Universität Haifa* und am *London Center for the Study of Contemporary Antisemitism*, Herausgeber von „Kritik des Antisemitismus in der Gegenwart: Erscheinungsformen – Theorien – Bekämpfung“ (Nomos 2023) und Mitherausgeber von „Erinnern als höchste Form des Vergessens? (Um-) Deutungen des Holocaust und der Historikerstreit 2.0“ (Verbrecher 2023).

Wie lässt sich der Hass auf Israel erklären? Woher kommt der tief verwurzelte Antisemitismus, der sowohl in der westlichen als auch in der arabischen Welt existiert? Stephan Grigat beleuchtet die verschiedenen Gesichter des Antisemitismus – von christlichem und islamischem Antijudaismus über modernen Antisemitismus bis hin zum Antizionismus. Er untersucht, wie diese Formen des Hasses historisch entstanden sind und als Ideologien in politischen Bewegungen aus diversen politischen Spektren wirksam werden – vom linken Antizionismus bis zum Nationalsozialismus, vom arabischen Nationalismus bis zum politischen Islam.

Der Autor:

Prof. Dr. Stephan Grigat, Professor für Theorien und Kritik des Antisemitismus an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen (katho), Leiter des Centrums für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) in Aachen

ISBN 978-3-8474-3147-3



www.budrich.de